

79/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 43. Sitzung, 13.06.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

TONBANDABSCHRIFT
Untersuchungsausschuss
betreffend
Beschaffung von Kampfflugzeugen

43. Sitzung / öffentlicher Teil

Mittwoch, 13.06.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:08 Uhr – 19:15 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack
Schriftführer

Dr. Peter Pilz
Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



TONBANDABSCHRIFT

43. Sitzung/öffentlicher Teil

Mittwoch, 13. Juni 2007

Gesamtdauer der 43. Sitzung:
9.08 Uhr – 19.15 Uhr

BR-Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 9.08 Uhr

Obmann Dr. Peter Pilz: Guten Morgen! Ich begrüße alle Abgeordneten, Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen, Pressevertreter und Vertreter und Vertreterinnen bei der Sitzung des Untersuchungsausschusses – was ist das schon wieder, kann man diese Dinger da wegtun?

Ich habe wieder Protokollberichtigungen, weise darauf hin, dass diese Protokollberichtigungen öffentlich aufliegen, gehe davon aus, dass sie von Mitgliedern aller Fraktionen eifrig studiert werden und wir dann später in einer Geschäftsordnungssitzung wie üblich damit verfahren werden. Sie liegen hier vorne auf. Nachdem es jetzt keine Wünsche zur Geschäftsordnungs-Besprechung gibt, kommen wir gleich zur ersten Befragung, und ich ersuche Herrn Dr. Karl Schober in den Saal zu bitten.

So, danke schön, das sind Prachtaufnahmen für Dich persönlich. Danke. Ich sage zum ersten, zum zweiten und zum dritten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen zur Anhörung von Herrn **Dr. Karl Schober**.

Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muß ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und der strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu Ihren Personalien, bitte immer ins Mikrophon zu sprechen und dazu einzuschalten. So, genau. Ihr vollständiger Name lautet?

StA Dr. Karl Schober: Dr. Karl Schober.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

StA Dr. Karl Schober: 20.5.1960.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift.

StA Dr. Karl Schober: Per Adresse Staatsanwaltschaft Wien, 1080 Wien, Landesgerichtsstraße 11.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

StA Dr. Karl Schober: Staatsanwalt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Justiz wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte auf eine konkrete Frage hin einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich zur Besprechung der weiteren Vorgangsweise. Nach der Verfahrensordnung haben Sie vor Eingang in die Befragung das Recht einer persönlichen Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

StA Dr. Karl Schober: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann bitte ich um diese Erklärung.

StA Dr. Karl Schober: Habe ich Sie richtig verstanden, vor jeder einzelnen Frage?

Obmann Dr. Peter Pilz: Vor Eingang in die Befragung.

StA Dr. Karl Schober: Nein, möchte ich nicht, danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, erster Fragesteller ist der Abgeordnete Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Schober, könnten Sie uns mitteilen, wie Sie mit der Causa Eurofighter dienstlich zu tun haben? Sie müssen das Mikrophon einschalten, sonst sind Sie nicht drauf.

StA Dr. Karl Schober: Ich führe derzeit ein Strafverfahren gegen Generalmajor Wolf, seine Gattin, gegen Erhard Steininger und gegen Erika und Gernot Rumpold.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie bereits mit den Strafanzeigen aus dem Jahre 2002 und 2003 befasst? Sie müssen jeweils das Mikrophon einschalten.

StA Dr. Karl Schober: Nein, war ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, warum hier schon wieder die Gegenschaltung, die Mikrophone schon wieder gegengeschaltet sind? Das ist jedes Mal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte sofort die entsetzlich störenden Gegenschaltungen der Mikrophone zu beseitigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist wirklich lästig, weil bei jeder ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, ich verstehe es schon, das ist schon richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Frage daher noch einmal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kann man das bitte von Seiten der Parlamentsdirektion, wird schon gemacht, danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie mit den Strafanzeigen des Jahres 2002 und 2003 einmal von einem Anonymus und einmal von der Anwaltskanzlei Höhne In der Maur und Partner eingebracht, befasst?

StA Dr. Karl Schober: Ich kann mich an diese Anzeigen, die von Ihnen genannt wurden, konkret nicht erinnern, wüsste aber nicht, dass ich damit befasst gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind diese Strafanzeigen auch beim nunmehr von Ihnen geführten Ermittlungsakt?

StA Dr. Karl Schober: Nein, das sind sie nicht. Meines Wissens können diese Anzeigen nur in dem Verfahren 61 St/05, das dem Ausschuss vorliegt und das meines Wissens vom Kollegen Schön geführt wurde, Gegenstand dieses Verfahrens sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Soweit ich sehe, ist die Mitteilung über die Zurücklegung der Strafanzeige über die Kanzlei Dr.Höhne von Dr. Müller gefertigt.

StA Dr. Karl Schober: Das ist möglich, der damals der Gruppenleiter bei Dr. Schön in der Wirtschaftsgruppe war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist nämlich so, dass sehr wesentliche Dinge, die heute Gegenstand dieses Ausschusses sind und indirekt oder direkt auch Gegenstand Ihrer Ermittlungen sein könnten, bereits in diesen beiden Strafanzeigen sehr eingehend dargestellt werden. Ich bin daher erstaunt, dass die nicht im laufenden Ermittlungsakt sind.

StA Dr. Karl Schober: Ich darf darauf hinweisen, dass der Untersuchungsausschuss sämtliche Unterlagen den der Staatsanwaltschaft Wien abgefordert hat, unter anderem auch dieses von mir genannte Tagebuch, weshalb ich in meinem Ermittlungsverfahren beim Untersuchungsrichter im Rahmen der Vorerhebungen auch beantragt, beziehungsweise bei meiner Oberbehörde beantragt habe, dieses Tagebuch, in dem sich mit großer Wahrscheinlichkeit verfahrensrelevante Teile befinden, wieder zumindest in Kopie zurück zu fordern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie spielt sich das ab? Sie geben die Originale weiter und behalten sich keine Kopie zurück im Justizministerium?

StA Dr. Karl Schober: Darüber kann ich keine Auskunft geben, da ich das Tagebuch nicht weitergegeben habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie Sie die Ermittlungen begonnen haben, sind Sie tätig geworden aufgrund einer Strafanzeige des Verteidigungsministeriums, ist das richtig?

StA Dr. Karl Schober: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zu diesem Zeitpunkt war der Ermittlungsakt meiner Erinnerung nach noch nicht im Untersuchungsausschuss.

StA Dr. Karl Schober: Diese Frage kann ich nicht beantworten, weil ich über den genauen Zeitablauf im Moment keine Erinnerung habe, den Zeitablauf, was die Übermittlung der Tagebücher betrifft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist jetzt etwas mühsam, wenn Sie diesen Teil des Ermittlungsaktes nicht kennen, wenn ich Sie genau zu den Gründen der seinerzeitigen Zurücklegung befragen möchte. Sie haben da überhaupt keine Kenntnis, nehme ich an. Von diesen Zurücklegungsgründen. Wir müssen uns darauf einigen, dass wir jeweils ausreden, und dann uns gegenseitig das Mikrophon uns wegschnappen. Bitte.

StA Dr. Karl Schober: Über die Zurücklegungsgründe kann ich keine Angaben machen, da ich nicht die Zurücklegung durchgeführt habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind Sie befugt über den aktuellen Ermittlungsstand in der Causa Wolf und in der Causa Rumpold dem Ausschuss Mitteilung zu machen?

StA Dr. Karl Schober: Soweit mir die gesetzlichen Grundlagen dieses Untersuchungsausschuss bekannt sind, bin ich nicht befugt, mich auf die Amtsverschwiegenheit zu berufen, deshalb bin ich zwangsläufig befugt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir zunächst beim Herrn Generalleutnant Wolf. Haben Sie Erkenntnisse gewonnen über den Hintergrund der Zahlungen des Herrn Steininger an die Firma, an der der Herr Wolf beteiligt ist, über die Natur dieser Zahlung?

StA Dr. Karl Schober: Meine Kenntnis über diese Zahlung beschränkt sich derzeit über die medial veröffentlichten Aussagen der Beteiligten sowie die Aussage des Generalmajor Wolf in seinem Disziplinarverfahren, bei dem er keine zielführenden Angaben über diesen Geldfluss machen konnte oder wollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Muss man davon ausgehen, dass weder der Herr Wolf, noch der Herr Steininger, noch die Frau Wolf bisher einvernommen wurden?

StA Dr. Karl Schober: Das ist richtig. Ich habe die Einvernahme der genannten Personen beim Untersuchungsrichter im Rahmen von Vorerhebungen beantragt, über einen Vernehmungstermin und eine bereits durchgeführte Vernehmung ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie uns über den Ermittlungsstand bei dem Eheleuten Rumpold, den aktuellen Stand berichten? Sind die Eheleute Rumpold einvernommen worden bereits?

StA Dr. Karl Schober: Die Eheleute Rumpold sind noch nicht einvernommen worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hoher Ausschussvorsitzender, mir ist nicht mehr klar, wozu wir die Auskunftsperson befragen soll, wenn sie außerdem nicht einmal den Kenntnisstand hat, den dieser Ausschuss hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Naja, es gibt zwei Möglichkeiten, das erste einmal in der Befragung zusammenzufassen, was eigentlich die Justiz seit vielen Jahren weiß. Und da liegt uns ja ein dicker Ordner vor mit Unterlagen. Wir werden schon noch auf den Punkt zurückkommen, wie ein Gerichtsverfahren ausschaut, bei dem sich die zuständigen Beamten diese Unterlagen nicht besorgen, nicht einmal von dem Wissensstand vor zwei oder drei Jahren der Staatsanwaltschaft ausgehen, Steuerakte

nicht anfordern. Und vielleicht könnten wir dann zur österreichischen Spezialität einer politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft kommen, wo wir uns gemeinsam den Kopf darüber zerbrechen, wozu es so etwas überhaupt gibt, trotz eindeutiger Stellungnahmen des Europarates, aber das sind nur sehr persönliche Überlegungen von mir.

So, der nächste ist der Kollege Kogler, bitte. Okay, dann werde ich jetzt einige Fragen stellen.

Herr Dr. Schober, können Sie einmal dem Ausschuß schildern, welche besondere Stellung der Herr Magister Klackl und Sie in der Staatsanwaltschaft Wien haben, für welche Art von Verfahren Sie zuständig sind.

StA Dr. Karl Schober: Wir sind für sogenannte politische Strafsachen zuständig, das bedeutet, dass es sich dabei um einen in der Geschäftsverteilung teilweise nach Delikten abgegrenzten Tatbestandskatalog handelt. Ich denke da an die Verfahren nach dem Verbotsgesetz, die einen wesentlichen Teil unserer Tätigkeit ausmachen und wie in allen Spezialabteilungen Akten, die vom jeweiligen Gruppenleiter zugeteilt werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie so schildern, damit der Ausschuß sich eine Vorstellung machen kann, die wichtigsten Verfahren, die von dieser politischen Abteilung in den letzten Jahren geführt worden sind.

StA Dr. Karl Schober: Ich beginne mit dem Kollegen Klackl. Verfahren nach dem Verbotsgesetz David Irving. Die allen sattsam bekannte sogenannte Spitzelaffäre. Bei meinem Strafverfahren war es Strafverfahren nach dem Verbotsgesetz John Gudenus und das aktuelle gegen Generalmajor Wolf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollen wir nicht ganz die Causa Grasser und Homepage vergessen.

StA Dr. Karl Schober: Die wurde vom Kollegen Klackl geführt, so ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sagen Sie, ist es international üblich, dass es eine politische Abteilung gibt oder gibt es da eine Stellungnahme des Europarates der das als österreichische Besonderheit bezeichnet.

StA Dr. Karl Schober: Dazu kann ich keine Angaben mache, da ersuche ich Sie sich an meine vorgesetzte Dienstbehörde zu wenden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, wenn Sie da keine Wahrnehmung haben, dann können Sie dem Ausschuß auch nicht darüber berichten, da haben Sie vollkommen recht. Ich sage Ihnen, das ist eine internationale Besonderheit, dass eine politische Spezialabteilung einer Staatsanwaltschaft Verfahren in der Regel gegen Regierungsmitglieder und Ihnen nachstehende Personen führt. International ist es üblich, dass es statt.....(Zwischenrufe)

Nein, Frau Kollegin Fekter, Sie haben vollkommen recht, es gibt eine Spezialität der politischen Abteilung, das sind die Verfahren nach dem Verbotsgesetz, die haben mit dem was wir hier besprechen mit Sicherheit überhaupt nichts zu tun und die werden wir auch mit Sicherheit nicht erörtern. Aber international ist es üblich, dass es anstelle solcher Einrichtungen Abteilungen der Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Korruptionsbekämpfung gibt, wir werden ja sehen ob das im Zuge einer Reform der Staatsanwaltschaft Wien so in den nächsten Monaten beginnen könnte. Können Sie sagen zu welchem Ergebnis die von der politischen Staatsanwaltschaft geführten Verfahren Spitzelaffäre, Homepage und Eurofighter geführt haben? Ist es irgendwie zu einer Hauptverhandlung gekommen?

StA Dr. Karl Schober: Ich darf darauf hinweisen, dass es sich dabei natürlich nur um punktuell herausgegriffene Verfahren handelt, auch andere Verfahren wurden ähnlich behandelt und hatten ähnliches Verfahrensergebnis, zumal von der Staatsanwaltschaft ein erheblicher Teil der Verfahren auch allgemeiner Strafsachen auf diese Art und Weise erledigt beendet wird, nach Prüfung der Sach- und Rechtslage. Diese Verfahren wurden meines Wissens mit Zurücklegung bzw. Einstellung des Verfahrens nach § 90 bzw. 109 StPO beendet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe ja alle diese Verfahren mit großem Interesse hier im Parlament versucht zu begleiten und kann mich gut erinnern, wie man die Wirtschaftspolizei angewiesen hat, bestimmte Personen aus ihrem Bericht zu eliminieren, vom Kärntner Landeshauptmann abwärts, wie man durchgesetzt hat sogar gegen Richterbeschlüsse das Verfahren weiter zu führen, die Einstellung des Verfahrens gegen den damaligen Finanzminister und heute sind wir bei einem Punkt, warum trotz umfangreicher Anzeigen in der Causa Eurofighter es niemals zu einer Hauptversammlung gekommen ist. Ich sage Ihnen auch warum das für den Ausschuß und das Parlament wichtig ist. Weil es an und für sich unüblich ist in westeuropäischen Demokratien, dass parlamentarische Untersuchungsausschüsse sich auf die Spur machen müssen in Art Befragungen und Ermittlungen, dort wo in anderen Ländern die Justiz erfolgreich tätig wird. Dass wir ständig nach der sogenannten strafrechtlich rauchenden Pistole gefragt werden, haben wir dem erfolgreichen Wirken der Staatsanwaltschaft Wien in der Causa Eurofighter zu verdanken und deswegen wollen wir jetzt einmal genau wissen, warum 22 Anzeigen, die ich jetzt kurz zum Vortrage bringe, 22 Anzeigen zum Ergebnis null, ur Zurücklegung, zu keinen Hauptverhandlungen geführt hat.

Erstens, anonyme Anzeige vom 12.07.2002. Zweitens, anonyme Anzeige vom 15.11.2002. Drittens, anonyme 15.11., vierte ebenfalls, fünfte ebenfalls, sechste vom 20.11.2002, siebente vom 22.11.2002, achte vom 25.11.2002, neunte vom 3.3.2003, ebenfalls die zehnte und die elfte Anzeige, die zwölfte vom 10.3.2003, die dreizehnte vom Herrn Fussi vom 22.5.2003, vierzehnte 25.5.2003, fünfzehnte 4.7.2003, sechzehnte 6.8.2003, siebzehnte 11.9.2003, achtzehnte, die habe ich persönlich erstattet am 20.9.2003, neunzehnte 31.10.2003, zwanzigste vom Vorsitzenden des Bundesrates des österreichischen Parlaments vom 24.7.2003, einundzwanzigste und zweiundzwanzigste waren vom BMLV bzw. von der Eurofighter GmbH und hatten nicht primär Aufklärung der Affäre zum Gegenstand. Ich weise darüber hinausgehend darauf hin, dass bereits am 18.7.2002 in einer anonymen Sachverhaltsdarstellung die Verdächtigen Siegfried Wolf, Karl Heinz Grassner, Erika und Gernold Rumpold, Peter Westenthaler, genannt wurden, es genaue Angaben zur Firma Media Connection und anderen Rumpold-Firmen gegeben hat, Vermittlung des Auftrages von EADS an Rumpold besprochen worden ist, die Rolle von Wolf Grassner, die Kontakte Rumpold/Westenthaler, detaillierte Infos zu den persönlichen Finanzen von Westenthaler, alle der Staatsanwaltschaft Wien mitgeteilt worden sind. Über genauere Informationen zu diesem Komplex hat der Untersuchungsausschuß über sehr lange Zeit nicht verfügt. Das war ein beeindruckendes Tatsachenkonvolut. Können Sie dem Ausschuß erklären, warum erstens daraufhin keine zielführenden Ermittlungen, keine Aufträge an die Polizei, keine Aufträge an das Büro für interne Angelegenheiten erfolgt sind und sich zweitens für Ihr jetziges Verfahren nicht einmal diesen Akt beschafft haben? (*Zwischenrufe*)

Wenn das in diesem Ton weitergeht, werde ich der Empfehlung des Kollegen Stadler folgen. Bitte die Fragen zu beantworten.

StA Dr. Karl Schober: Werter Herr Vorsitzender, ich darf davon ausgehen, dass Ihnen der Unterschied zwischen einem politischen Auditorium und einem Strafgericht bzw.

einer Strafverfolgungsbehörde bekannt ist und Sie über diese Unterschiede sehr wohl Bescheid wissen. Ich darf auch davon ausgehen, dass Ihnen bekannt ist, dass für die strafrechtliche Verfolgung die Erfüllung nicht nur objektiver Tatbestandselemente sondern auch subjektiver Tatbestandselemente, die auch bewiesen werden müssen, erforderlich ist. Aus diesem Grunde kann ich Ihre Frage in dieser Form nicht beantworten, weil sie am Kern des Problems vorbeigeht, nämlich der Unterscheidung zwischen einer politischen Verantwortung und einer strafrechtlichen Verantwortung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Schober! Ist Ihnen bekannt, dass es in diesen Unterlagen in diesen Anzeigen an die Staatsanwaltschaft sehr detaillierte Hinweise auf Geldflüsse, auf Beeinflussung des Bieterverfahrens gibt? Dass sich hier Kopien von Dokumenten der Bewertungskommission des Bundesministeriums für Landesverteidigung befinden. Dass hier detailliert aus der Arbeit der Bewertungskommission berichtet wird. Dass es also ganz konkrete Hinweise und Vorwürfe, überprüfbare Hinweise gibt, die die Behauptung, es handle sich um Korruption und eine ungesetzliche Beeinflussung des Beschaffungsvorganges beziehen. Ist Ihnen das bekannt? Weil dann sind wir schon bei dem Punkt, dass sowohl subjektiv als auch objektiv die Voraussetzungen gegeben sind.

Dr. Karl Schober: Wie ich Ihnen bereits eingangs erklärt habe, sind mir die Details dieses Tagebuches samt Beilagen nicht bekannt, weil ich diesen Akt nicht bearbeitet habe und er derzeit dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung steht. Ich kann daher die Frage, ob mir diese Details bekannt sind, nur mit Nein beantworten. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass der von Ihnen zitierte Begriff der Korruption in dieser Form als Tatbestand im Strafgesetz nicht enthalten ist. Das wäre eine Aufgabe des Gesetzgebers, hier Abhilfe zu schaffen. Das was in den Medien und auch von Ihnen als Korruption bezeichnet wird, schärfer zu formulieren und einer Verfolgbarkeit zuzuführen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön, dass Sie uns hier eine gesetzgeberische Aufgabe mitgebracht haben. Ich erinnere Sie an Ihre Aufgabe. Da gibt es den § 304 des Strafgesetzbuches, den Sie, nehme ich an, kennen und der im Mittelpunkt genau der Vorwürfe, Hinweise, auf wie ich es nenne Korruption steht und der ja auch offensichtlich im Mittelpunkt des von Ihnen jetzt geführten Verfahrens steht.

Zweitens: Der Originalakt des Bundesministeriums für Justiz befindet sich selbstverständlich nicht im Parlament, sondern Kopien davon. Die Ministerien fertigen Kopien an und stellen das dem Parlament für die Parlamentarische Untersuchung zur Verfügung. Der Originalakt ist selbstverständlich im Bundesministerium für Justiz. Warum haben Sie sich für Ihre Ermittlungen diesen Originalakt nicht besorgt? Ich möchte nur einmal wissen, was das für eine Art von Ermittlungen sind.

Dr. Karl Schober: Es handelt sich dabei um ursprünglich ein staatsanwaltschaftliches Vorverfahren, das nunmehr ein untersuchungsrichterliches Vorverfahren im Sinne von Vorerhebungen ist. Dass sich dieses Tagebuch im Original im BMJ befinden soll, ist mir neu. Ich werde Ihre Anregung gerne zur Kenntnis nehmen und zum Inhalt meiner weiteren Überlegungen und weiteren Untersuchungen machen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich nehme nur zur Kenntnis, wir haben das jetzt bei Protokoll, dass der Untersuchungsausschuss Sie darauf hinweisen muss, dass es bereits umfangreiche Akte, umfangreiche Kenntnisse, umfangreiche Dokumente im Bundesministerium für Justiz gibt und Sie der Anregung des Untersuchungsausschusses folgen, jetzt einmal ein ordentliches Verfahren mit den Unterlagen der Justiz zu führen. Dafür möchte ich mich wirklich jetzt herzlich bedanken. So gehen wir weiter, vielleicht kommen wir noch zu weiteren Anregungen, damit endlich einmal ein Verfahren der Justiz so geführt wird, damit sich das Parlament

eher auf seine eigentliche Aufgabe, wissen Sie, nämlich das die Kontrolle der politischen Verantwortlichkeit und ob ein ordnungsgemäßes Verfahren durchgeführt worden ist. Ich möchte Ihnen das nur sagen, damit Sie verstehen, warum, wenn die ÖVP nicht.

So ich unterbreche die Sitzung. Wir müssen jetzt diese ständigen Störungen von Seiten der ÖVP besprechen. Bitte die Fraktionsführer und Fraktionsführerinnen zu mir.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Es gibt jetzt eine Einigung, und zwar, dass wir versuchen, das Verfahren nicht hauptsächlich über Sitzungsunterbrechungen zu führen, sondern wenn Sitzungsunterbrechungen von Fraktionen gewünscht werden, dann wird es die geben, und dann werden wir uns in Ruhe aussprechen, und ich werde darauf achten, obwohl mir dazu nicht alle Möglichkeiten zur Verfügung stehen, dass das möglichst so gehandhabt wird. So, wir führen jetzt die Befragung fort. Herr Dr. Schober, ich sage Ihnen gleich, was das Ziel ist. Wir wollen versuchen für den Untersuchungsausschuss draufzukommen, erstens warum bei den seinerzeitigen Vorerhebungen, wenn es überhaupt welche zu den einzelnen Anzeigen gegeben hat, meiner Meinung nach relativ wenig herausgekommen ist. Zweitens interessiert uns aber auch, zum jetzigen Zeitpunkt, warum Ihnen als Staatsanwalt nicht der gesamte Akt aus den früheren Jahren zur Verfügung steht. Und ich möchte das zweite mit Ihnen jetzt einmal durchgehen. So, die Akten der Staatsanwaltschaft waren ja bereits beinhaltet im ersten Beweisbeschluss, das heißt, die Übersendung hat, ich sage es jetzt ungenau, im Herbst vorigen Jahres stattgefunden. Waren Sie da zuständig für diese Übersendung?

StA Dr. Karl Schober: Keinesfalls, ich darf Sie, ich habe in meinen Unterlagen Nachschau gehalten und dabei festgestellt, dass das gegenständliche Tagebuch 61St48/02a, um das es hier geht mit 23.11.2006 der Oberstaatsanwaltschaft Wien vorgelegt wurde. Diese Aktenvorlage habe nicht ich verfügt, ich gehe davon aus, dass es unser Behördenleiter war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, also der Behördenleiter der Staatsanwaltschaft Wien, das ist auch das normale Verfahren, gibt das der Oberstaatsanwaltschaft und über das Ministerium, weil es wird uns ja nicht von der Staatsanwaltschaft übermittelt, sondern über das Ministerium sind uns diese Akten übermittelt worden. Wir müssen das jetzt selbst überprüfen. Wissen Sie mit Sicherheit, ob das die Originalakten oder Kopien der Originalakten waren?

StA Dr. Karl Schober: Mir wurde gesagt, dass die Tagebücher im Original vorgelegt werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das müssen wir natürlich jetzt in der Parlamentsdirektion überprüfen, weil das zweierlei bedeutet. Erstens ist das eine völlig unübliche Vorgangsweise, weil die anderen Ministerien in Kopie vorlegen, und zweitens müssen wir uns kundig machen, warum spätestens dann, wenn es klar wird, - so, ich habe im Rahmen der Zeit, die mir zur Verfügung steht, nur noch eine abschließende Frage. Das Verfahren, das jetzt läuft ist ja eingeleitet worden durch eine Anzeige des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Ist das richtig?

StA Dr. Karl Schober: Das ist richtig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja.

StA Dr. Karl Schober: Und zwar im Februar 2007.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wann war Ihnen zum Zeitpunkt dieser Einleitung bekannt, dass es hier umfangreiche Akten aus früheren Verfahren im Hause gibt?

StA Dr. Karl Schober: Natürlich war mir bekannt, dass es dieses Tagebuch gibt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, und haben Sie bei der Einleitung der Vorerhebungen gegen Wolf und andere, haben Sie da versucht, sofort dieses Tagebuch zu bekommen?

StA Dr. Karl Schober: Habe ich nicht, weil es mir zum damaligen Zeitpunkt nicht erforderlich schien, weil ich darf Sie daran erinnern, dass die Verfahrenseinleitung gegen Generalmajor Wolf, die sogenannte Operation Gipfelsieg betroffen hat, nämlich die Feier anlässlich des Vertragsabschlusses mit EADS, eine Feier, die in Langenlebarn am 30.10.2002 stattgefunden hat, und wo der Verdacht bestand, dass diese Feier zumindest teilweise von EADS bezahlt wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, wir kommen dann in der nächsten Runde darauf zurück. Die nächste ist die Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das eingeleitete Verfahren Wolf hat den Gipfelsieg beinhaltet, oder bereits die Zahlung an die Frau von Wolf?

StA Dr. Karl Schober: Ursprünglich nur Gipfelsieg, der weitere Verdacht der Zahlung von 87 600 € durch Erhard Steininger kam erst später hinzu.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): An welche Abteilung im Ressort gehen die Akten, wenn Sie angefordert werden? Also, welcher Sektionschef ist da zuständig?

StA Dr. Karl Schober: Tut mir leid, das kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Verdachtsmomente gegen Rumpold, welche Delikte sind da sozusagen zu untersuchen?

StA Dr. Karl Schober: Nachdem die Beweislage sich derzeit lediglich so gestaltet, dass der Verdacht besteht, es seinen Zahlungen erfolgt, denen keine geldwerten Leistungen gegenüberstehen, ist pauschal der Verdacht Richtung §§ 302 und oder 304 StGB.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): 304, die Rumpolds sind Privatpersonen?

StA Dr. Karl Schober: Das ist richtig, aber sie können Beitragstätter sein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ach so, bezüglich der Unterlagen, die Ihnen übermittelt wurden, hatten Sie nur jene vom Verteidigungsressort oder auch hier vom Parlament, Unterlagen?

StA Dr. Karl Schober: Was diesen Bereich betrifft, hatte ich nur Unterlagen des Verteidigungsressorts.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kennen Sie die Protokolle dieser Ausschüsse?

StA Dr. Karl Schober: Ich kenne nicht alle Protokolle im Detail, habe mich aber insbesondere als es um den medial verbreiteten Verdacht gegen Generalmajor Wolf wegen des Verdachtes der falschen Zeugenaussage ging, persönlich per Email an den Herrn Vorsitzenden gewandt, mit dem Ersuchen, falls tatsächlich dafür Anhaltspunkte bestehen sollten, er mir die Protokolle übermitteln möge, die Richtung 288 Abs 3 gehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie in dieser Causa mit der Frau Ministerin, ist egal mit welcher, vorher oder mit der jetzigen, Gespräche geführt?

StA Dr. Karl Schober: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat es eine, sage ich jetzt einmal Anregung, weil Weisung, hat es eine Weisung gegeben?

StA Dr. Karl Schober: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie sagen nein, denke ich mir. Aber hat es eine Anregung aus der Oberhierarchie gegeben, wie in diesem Fall vorzugehen ist?

Dr. Karl Schober: Hat es nicht gegeben. Es wurde nur behördenintern, sprich mit meinem Gruppenleiter ist gleich der Herr Behördenleiter, die Vorgehensweise grob besprochen. Die Detailplanung, sage ich jetzt einmal, die Detailumsetzung wurde mir überlassen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Unterlagen Wolf kennen Sie auch die vertraulichen Protokolle dieses Untersuchungsausschusses?

Dr. Karl Schober: Nein, die kenne ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie die angefordert?

Dr. Karl Schober: Ich habe angefordert sämtliche Unterlagen, die diesen Verdacht nach § 288 stützen könnten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese Anforderung landet beim Herrn Vorsitzenden.

Dr. Karl Schober: So ist es.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat der Herr Vorsitzende darauf schon reagiert?

Dr. Karl Schober: Ich habe einige Dateien mit Protokollen übermittelt bekommen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Auch die Vertraulichen?

Dr. Karl Schober: Meines Wissens waren keine Vertraulichen dabei? Aber da möchte ich mich nicht mit hundertprozentiger Sicherheit festlegen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Unterlagen, die Ihnen vom Vorsitzenden übermittelt worden sind, scheinen die Ihnen ausreichend für die Beurteilung des Sachverhaltes?

Dr. Karl Schober: Was den Verdacht der falschen Zeugenaussage betrifft, schienen sie mir ausreichend.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, wir haben Verdacht der falschen Zeugenaussage bei Wolf und bei Rumpold haben wir unerlaubte Geschenkannahme als Beitragstäter?

Dr. Karl Schober: Auch bei Wolf der Verdacht nach § 302, § 304.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja. Wie ist der Zeithorizont? Was haben Sie mit dem Gruppenleiter für einen Zeithorizont besprochen bezüglich dieser beiden Verfahren?

Dr. Karl Schober: Es ist abzuwarten, wann die beim Untersuchungsrichter beantragten Erhebungsschritte umgesetzt werden. Das bleibt abzuwarten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Rumpolds sind ja, das habe ich Medienberichten entnommen, in einem Medienverfahren, in einem zivilrechtlichen Verfahren, das gegen den Vorsitzenden geht, mit einem Koffer voll

Unterlagen bei Gericht aufgetaucht. Ich gebe zu beim Zivilgericht. Haben Sie sich hier ins Einvernehmen gesetzt, auch diese Unterlagen sichten zu können im Hinblick auf die Beitragstäterschaft?

Dr. Karl Schober: Mir ist seitens der Rechtsvertretung der Familie Rumpold signalisiert worden, dass ich falls ich Unterlagen anfordern sollte, diese auch zur Verfügung gestellt bekäme. Diese Erfordernis hat sich derzeit noch nicht gestellt. Ich möchte aber darauf hinweisen, was den hier durchaus im Raum stehenden Vorwurf der schlampigen oder nachlässigen strafrechtlichen Verfolgung betrifft, die Justiz hat einen anderen Zeithorizont und Zeitvorgabe als dieser Untersuchungsausschuss, der offenbar unter einem ziemlichen Zeitdruck steht, den ich nicht zu beurteilen habe. Die Justiz ist an diese Zeitvorgaben natürlich nicht gebunden, sondern durch die ersten Verfolgungsanträge und ersten Verfolgungsschritte des Untersuchungsrichters ist Verjährungshemmung eingetreten. Das ist das Relevante für die Justiz. Und dann kann in Ruhe gearbeitet werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der aus meiner Sicht bei mir so angekommenen Unterstellungen, die der Herr Pilz da vorgelesen hat, in dem er eine Fülle von Anzeigen, Sachverhaltsdarstellungen vorgelesen hat, die eingestellt wurden, frage ich Sie, waren Sie schon einmal mit Anzeigen und Sachverhaltsdarstellungen gegen den Vorsitzenden des Ausschusses in irgendeiner Causa befasst?

Dr. Karl Schober: Das würde ich nicht ausschließen, Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Auch gegen andere Grüne, Öllinger et cetera?

Dr. Karl Schober: Ja, das definitiv.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind die auch eingestellt worden diese Verfahren?

Dr. Karl Schober: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die sind auch eingestellt worden?

Dr. Karl Schober: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also Ihre politische Abteilung stellt nicht einseitig ein, sondern stellt gesetzeskonform ein.

Dr. Karl Schober: Davon gehe ich aus.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat es auch schon Anzeigen gegen den Kollegen Stadler gegeben?

Dr. Karl Schober: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und sind auch die eingestellt worden?

Dr. Karl Schober: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Schade, dass da eigentlich nach Gesetz vorgegangen wird und nicht politisch, wie der Herr Vorsitzende Pilz Ihnen zu unterstellen versucht hat.

Es ist so, dass der Herr Pilz den Namen Grasser auch in den Mund genommen hat. Liegt ein Strafverfahren gegen den ehemaligen Finanzminister vor?

Dr. Karl Schober: In meiner Abteilung aktuell nicht. Über den Kollegen Krakl kann ich es nicht sagen und es nicht natürlich auch denkbar, dass in anderen Abteilungen der Staatsanwaltschaft allenfalls Verfahren laufen, weil es nicht zwingend ist, dass derartige Verfahren in der sogenannten politischen Abteilung landen zu deren Ehrenrettung ich nach wie vor festhalten möchte, dass eine Spezialisierung in einer Strafverfolgungsbehörde weltweit stattfindet. Es gibt in allen Strafverfolgungsbehörden Spezialgruppen. Es gibt Wirtschaftsgruppen, es gibt Wirtschaftsfachleute, es gibt natürlich auch Fachleute um Umgang mit heikleren Themen, die üblicherweise etwas erfahrene Mitarbeiter sind. Daraus politische Intentionen abzuleiten, halte ich für nicht zutreffend. Das heißt, gegen Grasser kann es Verfahren geben. Darüber kann ich allerdings auch keine weitere Auskunft geben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Gegen den Generalmajor Wolf das Verfahren, das vom Verteidigungsressort eingeleitet wurde, glauben Sie, dass wir hier noch mit einem Prozess im heurigen Jahr rechnen können?

Dr. Karl Schober: Diese Frage kann ich aus verschiedenen Gründen so nicht beantworten. Ich versuche es anders zu formulieren. Das Strafverfahren wird mit der gebotenen Zügigkeit durchgeführt. Verzögerungen, die unsachlich wären, sind zu vermeiden und werden auch vermieden. Dass dieses Verfahren mit einer Hauptverhandlung endet, ist natürlich auch nicht vorhersehbar, denn dazu bedarf es entsprechend strafrechtlich relevanten Substrats, um eine Anklage einbringen zu können oder einen Strafantrag einbringen zu können. Das kann ich allerdings nicht garantieren. Es könnte durchaus sein, dass auch dieses Verfahren mit Verfahrenseinstellung mangels Vorliegens sämtlicher Tatbestandselemente beendet wird.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist richtig. Also ich habe mich hier unklar ausgedrückt. Bezüglich der, sage ich einmal, Beendigung des Vorverfahrens nämlich auch der untersuchungsrichtlicherlichen Ermittlungen, Einstellung oder Anklageerhebung. Ist da noch im heurigen Jahr zu rechnen, entweder oder?

Dr. Karl Schober: Ich strebe es an.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und die Wahrscheinlichkeit eher gering oder eher realistisch bei solchen Verfahren?

Dr. Karl Schober: Seriöserweise kann ich dazu keine Angaben machen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber Sie streben das an?

Dr. Karl Schober: Ich strebe es an.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): noch im heurigen Jahr. Bezüglich der Rumpold-Verfahren Beitragstäterschaft würde aber bedeuten, dass Geld, das die Rumpolds laut unseren Unterlagen für Werbeaktivitäten verwendet haben, nicht bei den Rumpolds selbst geblieben ist und den Gewinn, den sie daraus lukriert haben, nicht bei den Rumpolds selbst geblieben ist, sondern dass diese Zahlungen an Täter, weil wenn sie Beitragstäter sind, müssen diese Zahlungen ja an Täter geflossen sein, die im Hinblick auf den § 304 dann ein Delikt begangen haben müssen. Ist das die richtige Schlussfolgerung?

Dr. Karl Schober: Dieser Verdacht steht im Raum und diesem Verdacht wird nachgegangen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, wir brauchen zuerst einen Täter, der Geld erhalten hat?

Dr. Karl Schober: Wenn sich der Verdacht von Geldflüssen, nämlich weitergehende Geldflüsse von den Rumpold-Firmen von 100 % Communications weiter zu Dritten erhärten sollte, dann müsste man natürlich überprüfen bei wem das gelandet ist und wer letztlich im Sinne der §§ 302, 304 als der Beamte verfolgt werden könnte, dem diese Geldflüsse direkt oder indirekt zugekommen sind. Das ist natürlich ein Problem der Strafverfolgungsbehörden, dass der Tatbestand so gefasst ist, dass Geldflüsse, die landläufig als merkwürdig bezeichnet werden können und den Verdacht der Korruption im weitesten Sinne beinhalten nicht immer verfolgbar sind, denn für diese beiden Tatbestände ist natürlich der Zusammenhang zu einem Amtsgeschäft die Nachweisbarkeit des Zusammenhangs zu einem Amtsgeschäft zwingend erforderlich was nicht immer gelingen kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): (ohne Mikrofon)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Herr Kollege Stadler meint, dass wir Sie fragen sollen im Hinblick auf den Versuch, aber auch wenn es um einen Versuch geht, brauche ich zuerst einen Täter.

StA Dr. Karl Schober: Das ist richtig und ich brauche auch das Amtsgeschäft dazu, den Zusammenhang mit dem Amtsgeschäft.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich Westenthaler hat der Herr Kollege Pilz den Namen in den Mund genommen. Liegt hier ein Strafverfahren vor, derzeit aktuell?

StA Dr. Karl Schober: Ja.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Welche Delikte werden hier verfolgt

StA Dr. Karl Schober: 288.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was ist das?

StA Dr. Karl Schober: Das ist die falsche Zeugenaussage.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Liegen noch andere Sachverhaltsdarstellungen und Verfahren im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsgegenstand bei Ihnen?

StA Dr. Karl Schober: Es gibt eine Sachverhaltsdarstellung im Zusammenhang mit einer Aussage des Ing. Westenthaler vor dem Untersuchungsausschuss. Das ist allerdings noch nicht geprüft.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Gibt es in der Staatsanwaltschaft eine Sommerpause bezüglich der Gerichtsferien und so?

StA Dr. Karl Schober: Der Begriff der Gerichtsferien stammt aus dem Zivilverfahren und hat lediglich Einfluss auf die Fristen bestimmter Aktivitäten die Parteien im Zivilverfahren tätigen können, bedeutet allerdings nicht das irgend ein Gericht über die Sommerferien zusperrt, bedeutet auch nicht das die Staatsanwaltschaft über die Sommerferien zusperrt.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Unterlagen die in das Justizressort gelangt sind. Ist es üblich das die dann wieder zurückgestellt werden und in welchem Zeitraum spielt sich das normalerweise ab? Weil die bleiben ja nicht im Justizressort.

StA Dr. Karl Schober: Sie meinen Unterlagen.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Unterlagen, die angefordert, dann werden die dort bearbeitet nehme ich an. Wie lange dauert das im Regelfall das sie wieder zurückgestellt werden?

StA Dr. Karl Schober: Das kommt darauf an wozu diese Unterlagen vorgelegt wurden. Wenn es im Rahmen eines sogenannten Vorhabensberichtes ist bei dem der zuständige Staatsanwalt das von ihm beabsichtigte weitere Vorhaben darlegt und seine rechtlichen und sachlichen Gründe erläutert und dem Unterlagen angeschlossen werden müssen, dann dauert das im Regelfall einige Tage bis einige Wochen bis die Unterlagen wieder rücklangen.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben ja gemeint, dass Sie vom Vorsitzenden alle Unterlagen in der Causa Rumold Wolf etc. angefordert haben. Das heißt alles was zur Erhellung dieses Falles beiträgt, da hätte ja der Herr Vorsitzende auch das Tagebuch übermitteln können das uns hier vorliegt.

StA Dr. Karl Schober: Das muss ich präzisieren. Ich habe im Zusammenhang mit dem Verdacht der falschen Aussage vor dem Untersuchungsausschuss Unterlagen angefordert, die mir nach meinem dafürhalten auch übermittelt wurden. Ob sie vollständig sind kann ich nicht überprüfen. Ich habe beim Untersuchungsrichter im Rahmen der Vorerhebungen beantragt an den Untersuchungsausschuss heranzutreten mit dem Ersuchen sämtliche Unterlagen die in welche Richtung auch immer eines strafrechtlichen Tatbestandes gehen der Staatsanwaltschaft beziehungsweise dem Untersuchungsrichter zu übermitteln.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, Dankeschön.

Abgeordnete Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt die Zusammenfassung hätte auch der Vorsitzende übermitteln können.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke Frau Kollegin Fekter. Ich möchte jetzt folgendes bekanntgeben. Ich habe erst die Parlamentsdirektion ersucht den Akt des Bundesministeriums für Justiz hier im Lokal vorzulegen. Wir haben uns gemeinsam vergewissert, es handelt sich um eine Kopie und nicht um das Original des Aktes. Das Original des Aktes ist im Bundesministerium für Justiz und wir werden dann schon noch weiterfragen weil es uns interessiert wo er derzeit abliegt, um das so unjuristisch zu formulieren. Kollege Kräuter bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, zwei Feststellungen am Anfang. Also die Logik von der noch Justizsprecherin und künftigen Volksanwältin Frau Fekter mit der sie die Zurücklegung in der Sache Wolf mit den Zurücklegungen von Angelegenheiten Pilz und Öllinger hoch und aufrechnet, das zählt sicher zu den Highlights oder besser gesagt Abgründen die sich in diesem Untersuchungsausschuss ereignet haben. Soweit einmal die erste Feststellung. Das zählt zu den Abgründen, Frau Kollegin Fekter. Das Zweite. Die grundsätzliche Systemproblematik, die auch der Europarat erwähnt, beziehungsweise kritisiert, Herr Ausschussobmann, diese grundsätzliche Systemproblematik, Herr Ausschussobmann diese grundsätzliche Systemproblematik die auch der Europarat entsprechen kritisiert wird mit Sicherheit Eingang in den Bericht finden und ich kann mir sehr gut vorstellen das es hier zu gesetzlichen Änderungen kommen wird. Herr Staatsanwalt, die wohl einzige Legitimation von dieser Sondereinheit kann ja nur besondere Sorgfalt sein bei Verfahren. Ist das richtig?

StA Dr. Karl Schober: Da müssen Sie meine vorgesetzte Dienstbehörde fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn man eine besondere Stelle einrichtet für eben Verfahren, die so zu sagen im politischen Umfeld und im Zusammenhang mit Verbotsgesetz und so im Ding zu tun hat, muss ja da ein

besonderer Stellenwert so zu sagen, weil etwas anderes wäre ja nicht erklärlich. Wie schätzen Sie das ein?

StA Dr. Karl Schober: Das kann ich nicht beantworten, weil es nicht mir obliegt eine Rechtfertigung für meine Gruppe zu finden, sondern ich habe meine Arbeit zu erledigen und tue das nach bestem Wissen und Gewissen und nach meinem Dafürhalten hat sich die vorgesetzte Dienstbehörde noch nicht über irgendwelche Unzukömmlichkeiten meinerseits beklagen müssen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gehen wir noch einmal jetzt zu dem konkreten Fall der seinerzeitigen anonymen Anzeige, der Ausschussobmann hat ja daraus referiert, wo sehr konkret viele Ergebnisse die eben der Untersuchungsausschuss zu Tage gefördert hat ja schon vorweg genommen waren. Haben Sie diese nicht angefordert? Das wir das noch einmal festhalten, diese anonyme Anzeige.

StA Dr. Karl Schober: Ich habe bisher aus diesem Tagebuch auch keine Einzelstücke angefordert, sondern das gesamte Tagebuch, im Wege meiner vorgesetzten Dienstbehörde ersucht das wieder mir zukommen zu lassen. Zu der grundsätzlichen Problematik, unabhängig jetzt vom Fall Eurofighter, von anonymen Anzeigen möchte ich festhalten das natürlich unter Umständen man im Nachhinein durch neue Erkenntnisse zu einer anderen Beurteilung kommen kann. Anonyme Anzeigen grundsätzlich allerdings mit, und das schreibt uns die Strafprozessordnung vor, mit größtmöglicher Schonung der betroffenen Person zu behandeln sind. Das heißt man kann nicht mit der Kavallerie hineinreiten wenn ein Anonymus irgendwelche Behauptungen in den Raum stellt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn Sie jetzt so, das wir uns das in der Praxis vorstellen können, Ihre Arbeit aufnehmen werden Sie sich wahrscheinlich einmal eine Mediendokumentation erstellen oder erstellen lassen. Ist das richtig?

StA Dr. Karl Schober: Das ist nicht in jedem Fall so, aber es ist grundsätzlich richtig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, das heißt Ihnen müssen ja einige Zeitungsmeldungen, ich erinnere nur die Presse hat beispielsweise schon im Jahr 2002 von Ungereimtheiten in Zusammenhang mit dem Herrn Wolf berichtet, da müssen Sie ja eine ganze Serie von einzelnen Medienberichten ... (*Zwischenruf von Maria Theresia Fekter*) ... Also entweder hat die Frau Fekter die Frage nicht verstanden oder Sie hat in Ihrer Nervosität irgend...

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte in der Befragung fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Also in der Regel, Herr Staatsanwalt haben Sie gesagt, wird Eingangs einmal bei diesen Verfahren die ja auch Personen öffentlichen Lebens betreffen und die in den Medien vorkommen eine Mediendokumentation erstellt. Haben Sie das in diesem Fall gemacht?

StA Dr. Karl Schober: Das habe ich in diesem Fall gemacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, wobei zur Präzisierung, meinen Sie diesen Fall, das Strafverfahren Wolf oder andere?

StA Dr. Karl Schober: Genau, ja. Das heißt Sie haben ja dann, können Sie sich

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt Sie haben ja dann, können Sie sich daran erinnern oder können Sie das aufzählen wie viele, nennen wir es einmal Hinweise, Indizien, Berichte die in er Vergangenheit, in den Jahren ab 2001 über Wolf erschienen sind, können Sie sich daran erinnern?

StA Dr. Karl Schober: Kann ich nicht sagen. Über die Zahl kann ich keine Auskunft geben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Ihnen wurde aus dieser Mediendokumentation dann gegenwärtig, dass es schon eigentlich einen Vorlauf gibt in dieser Sache und die nicht erst beginnt.

StA Dr. Karl Schober: Natürlich, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist ja auch einmal wichtig herauszuarbeiten. Ich möchte jetzt ganz konkret, dass auch jetzt im aktuellen Verfahren Klarheit ist um was es geht, im Zusammenhang mit den, das ich es richtig zitiere, 87 600 Euro, diesen Geldfluss von Steininger an die Wolfs, die fünf verschiedenen Varianten, das wir es wirklich festhalten, ich möchte Sie dann eben die Frage anschließen ob Ihnen das so gegenwärtig ist und Ihnen auch klar ist. Die erste Variante, die aufgetaucht ist, war ja in einem kleinen Zeitungsinterview. Sie nicken, Sie kennen das. Da war davon die Rede, dass der Herr Wolf zur Frau Wolf gesagt hat, ich rede mit dem Erhard. Das war die erste Variante, die vom Herrn Air Chief, damals Wolf, ausgegangen ist. Gleich darauf und das ist auch durch einen renommierten Journalisten von der Kleinen Zeitung bestätigt, da gibt es einen entsprechenden Aktenvermerk, verschiedene auch Kontakte mit einzelnen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses. Also diese allererste Variante ist auf verschiedenen Ebenen gesichert. Dann der APA gegenüber hat es eine zweite Variante gegeben. Das war am 07. 04. 2007. Da war dann auf einmal von einer Antragsrechnung, man habe überlegt wie man die Zahlung abwickeln solle. Man habe sich dafür entschieden, eine Antragsrechnung zu gestalten. Das war die zweite Variante.

Dann sind steuerliche Expertisen öffentlich aufgetaucht dazu von Werner Doralt. Das ist auch medienbekannt. Titel „Erich Wolf in der Bredouille“. Und dann war auf einmal die dritte Variante, am 14. 04., da hat sich auf einmal der Herr Wolf eingeschaltet, er glaube nicht, dass seine Frau von einem Darlehen gesprochen haben soll, sondern es habe sich um eine Vorauszahlung für Leistungen gehandelt. Das ist auch aus der APA. Das heißt, nachdem ich rede mit dem Erhard unter Antragsrechnung kommt es dann zur Vorauszahlung.

Das Vierte hat uns dann der Herr Steininger hier zu Protokoll gegeben. Das ist nachzulesen in den öffentlichen Protokollen, einer Freundin unter die Arme greifen. Das war dann die vierte Variante.

Zur fünften Variante ist es dann gekommen auch wieder durch Aussagen von Herrn Steininger, dass diese Zahlung eine Vorauszahlung für eine Steuerberatung sei. Die ganz einfache und simple Frage, ist Ihnen damit als damit Befasster bekannt, dass diese fünf Varianten existieren?

Dr. Karl Schober: Mir ist bekannt, dass es verschiedene Varianten dazu gibt, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Noch konkreter die Frage. Ist Ihnen bekannt, dass es diese fünf, vielleicht gibt es ja noch mehr, aber zumindest diese fünf von mir aufgezählten Varianten dieses Zahlungsflusses gibt?

Dr. Karl Schober: Die von Ihnen genannten Varianten sind mir bekannt gewesen, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Ich möchte jetzt nur Folgendes bekanntgeben und daran erinnern, der Untersuchungsausschuss hat am 11. Juni einen Beschluss gefasst, einen Antrag der Abgeordneten Kräuter, Kogler, Stadler, Freund und Damen einstimmig beschlossen, ich zitiere nur auszugsweise, zur Überprüfung der Verdachtsmomente ersucht daher und zwar geht es da um Wolf, Anna Maria

Frühstück-Wolf, Steininger, Gernot und Erika Rumpold ersucht daher das Landesgericht für Strafsachen Wien die dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorliegenden und diesen Verdacht erhärtenden oder entkräfteten Unterlagen und Protokolle über Zeugenaussagen zu übermitteln. Dann haben wir beschlossen, dem Landesgericht für Strafsachen Wien werden die Protokoll der öffentlichen sowie nicht-öffentlichen Teile jener Sitzungen übermittelt, in denen Generalmajor Erich Wolf, Anna Maria Frühstück-Wolf, Erhard P. Steininger, Gernot Rumpold und Erika Rumpold als Auskunftspersonen befragt wurden.

In Punkt zwei heißt es: In Beantwortung dieses Schreibens wird dem Landesgericht für Strafsachen Wien außerdem mitgeteilt wie folgt: Dem Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen standen auf Grund der von ihm gefassten Beweisbeschlüsse und Aktenanforderungen unter anderem die Steuerakten des Unternehmens 100 % Communications PR-Agentur sowie des Erhard P. Steininger seit dem Jahr 2001 zur Verfügung. Die Steuerakten Steininger wurden jedoch vor Übermittlung durch das Bundesministerium für Finanzen teilweise unkenntlich gemacht. Die in den einzelnen Sitzungen durch die Abgeordneten gestellten Fragen basieren daher auf dieser Aktenlage.

Ich möchte nur zu Protokoll geben, dass mir persönlich die Empörung von Teilen der ÖVP-Fraktion über diesen gemeinsamen Beschluss und die Vollziehung durch die Parlamentsdirektion unverständlich ist.

So, als Nächster am Wort ist Kollege Darmann. – Bitte.

(Mikrophonausfall.)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und ersuche Kollegen Stadler fortzufahren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, Sie haben gesagt, Sie haben die Ausdehnung der Ermittlungen bei Generalmajor Wolf durchgeführt, im Bezug auf den Verdacht der Falschaussage nach 188/3 StGB, vor diesem Ausschuss und haben gesagt, dass er noch auf staatsanwaltschaftlicher Ebene ausgedehnt ist und nicht auf die Ebene der Vorerhebungen. Können Sie uns erläutern, warum nicht.

StA Dr. Karl Schober: Vorweg ersuche ich den Herrn Vorsitzenden unter Bezugnahme auf § 6 der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Vorverfahren, insbesondere bei diesem Vorverfahrensschritt, um ein nicht öffentliches Verfahren handelt, für die Wahrung der Vertraulichkeit der Aussagen zu sorgen.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, Sie haben da vollkommen recht, zu dem Punkt unterbreche ich jetzt kurz die Sitzung. Ich bitte die Fraktionsführerinnen und Fraktionsführer zu mir, dass wir die weitere Vorgangsweise besprechen.

So, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf, und gebe nur folgendes zu Protokoll: Uns liegt eine Mitteilung der Oberstaatsanwaltschaft vor, wonach ersucht wird, die, ich lese es einfach vor, dann ist es bei Protokoll: Gemäß § 6 Verfahrensordnung teile ich hierzu mit, dass es erforderlich ist, die Vertraulichkeit der Aussage des Staatsanwaltes Dr. Karl Schober zu wahren, soweit sich diese auf im nichtöffentlichen strafrechtlichen Verfahren erhobene oder in diesem sonst hervorgekommene Daten, die nicht Gegenstand einer gerichtlichen Hauptverhandlung waren, beziehen wird, unterschrieben vom Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien. Die Verfahrensordnung sieht für diesen Fall im § 6 folgendes vor: Wenn eine Mitteilung

dieser Art vorliegt, ist die Befragung nicht öffentlich durchzuführen, außer ein Mitglied dieses Ausschusses begehrt eine Abstimmung darüber, wird mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, dass trotz dieser Verständigung, in dem Fall durch die OStA, öffentlich verhandelt wird. Wird das mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, dann wird das auch weiterhin öffentlich verhandelt.

Mit dem Kollegen Stadler habe ich vereinbart, dass er jetzt noch die restlichen Fragen stellt, die eindeutig noch in öffentlicher Sitzung gestellt werden können, und ich gehe davon aus, dass das die Mitglieder der anderen Fraktionen auch so halten. Wenn kein Antrag in Richtung dieses Zweidrittel-Mehrheitsbeschlusses vorliegt, dann werden wir die restlichen Fragen wie eben diese Frage in nichtöffentlicher Sitzung behandeln. Kolleg Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, die Mitteilung an die Kanzlei Dr. Höhne, über die Zurücklegung der Strafanzeigen, vom 28. Mai 2003 und vom 29. September 2003 sind jeweils vom Staatsanwalt Dr. Erich Müller gezeichnet, ich sage Ihnen das nur einleitend deswegen, weil Dr. Müller im Paralleltag im Banken-Untersuchungsausschuss uns in einem anderen Fall berichtet hat, wie er von einem Sektionschef des Justizministeriums in einem anderen Fall, der dort Untersuchungsgegenstand ist, angeleitet wurde, die Untersuchungen einzustellen. Nun frage ich Sie im Zusammenhang mit der von Ihnen diesen Ausschuss interessierenden Untersuchungen. Haben Sie Gespräche mit Vertretern des Justizministeriums gehabt über diese Fälle, es sind ja mehrere Fälle?

StA Dr. Karl Schober: Ich hatte keine Gespräche, die das Verfahren betreffen, es hat einige Anrufe von einem Mitarbeiter des Ministeriums gegeben, der lediglich den Verfahrensstand von mir wissen wollte, allerdings inhaltlich keinerlei Diskussion mit ihm geführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war ein Mitarbeiter des Kabinetts?

StA Dr. Karl Schober: Nein, nein, nicht des Kabinetts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit Vorgesetzten der Oberstaatsanwaltschaft in diesen relevanten Pausen Gespräche gehabt?

StA Dr. Karl Schober: Ich habe meine Erwägungen in sogenannten OStA Berichten, das heißt Berichten an die Oberstaatsanwaltschaft, die ans BMJ weitergeleitet werden, dargelegt, darüber hinaus hat es keine inhaltlichen Diskussionen gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist auf Sie in irgendeiner Form, direkt oder indirekt, Druck ausgeübt worden, die Ermittlungen in eine bestimmte Richtung zu führen?

StA Dr. Karl Schober: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Tempo zu verlangsamen?

StA Dr. Karl Schober: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat man Ihnen sonst Andeutungen gemacht, wie Sie diese Ermittlungen führen sollen?

StA Dr. Karl Schober: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, danke auch, ich werde jetzt ein paar Fragen ergänzen. Die erste und zumindest von der Frage her sehr einfache, ist: Nachdem sich der Originalakt, ganz offensichtlich, wie wir besprochen haben, der früheren Verfahren des

jetzt von Ihnen geleiteten Verfahrens im Justizministerium befindet, lautet eine ganz einfache Frage: Wo liegt er derzeit?

StA Dr. Karl Schober: Diese Frage kann ich nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie versucht, diese Frage zu klären?

StA Dr. Karl Schober: Nachdem mir nicht bekannt war, dass dieser Akt im BMJ liegen soll, habe ich diese Frage selbstverständlich nicht versucht zu klären, weil es dafür keine Veranlassung gab.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich meine, ich versuche jetzt wirklich draufzukommen, wie das funktioniert bei Ihnen im Haus. Hatten Sie irgendeinen konkreten Grund für die Annahme, dass der Originalakt im Parlament ist, was ja ganz offensichtlich nicht der Fall ist.

StA Dr. Karl Schober: Das war die Annahme, die in der Behörde existiert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Was heißt, in der Behörde nicht nur von Ihnen, wer hat diese Annahme geteilt, oder woher beziehen Sie diese Annahme?

StA Dr. Karl Schober: Das Tagebuch wurde an die Oberstaatsanwaltschaft weitergeleitet, und wir sind davon ausgegangen, dass das Originaltagebuch an den Untersuchungsausschuss weitergeleitet wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich versuche mir nur so einen Eindruck eines sorgfältig geführten Verfahrens zu verschaffen. Da braucht man einen Akt. Dann gibt es eine unüberprüfte und offensichtlich auch unrichtige Annahme, der Akt ist nicht im Haus. Dann sagt man, na ja, dann brauchen wir ihn gar nicht anfordern oder schauen wo er ist, weil wir haben uns einfach so gedacht, dass er nicht im Haus ist und es gibt keinen zumindest jetzt nennbaren Grund für diese Annahme. Okay. Ich will nur so wissen, wie Verfahren in diesem Haus geführt werden. Das ist einmal der erste Punkt.

Der Zweite ist, schildern Sie uns noch einmal Ihre Versuche, diesen Akt zu bekommen. Sie haben das wie meine 15 Minuten vorbei waren bei dem Punkt gewesen, wo Sie zu Recht darauf hingewiesen haben, für die Untersuchung dieser Gipfelsiegfeier in Langenlebarn waren Sie der Meinung, dass man den Akt nicht braucht. Dann hat es ja die weiteren konkreten Hinweise aus dem Steuerakt Steininger in Bezug dieses schon oft rezelebten 87 600 € Honorars an die Firma Frühstück-Wolf, Wolf geben. Haben Sie dann zu dem Zeitpunkt versucht, den Akt zu bekommen?

Dr. Karl Schober: Herr Vorsitzender! Zu Ihren ersten Ausführungen nehme ich zur Kenntnis, dass die Trennung zwischen Gerichtsbarkeit und Gesetzgebung offenbar nicht wirklich scharf geführt wird. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie über Art und Umfang meiner Tätigkeit Bescheid wissen und auch wissen wie man es wesentlich besser machen könnte. Ich werde Ihre Ausführungen zum Gegenstand meiner weiteren Überlegungen machen.

Was Ihre zweite Frage betrifft, was ich versucht habe, um zu diesem Tagebuch zu kommen, verweise ich auf meine bisherigen Angaben, wonach ich bei der Oberstaatsanwaltschaft im Rahmen eines ...Berichtes ersucht habe, das Tagebuch rückzufordern. Darüber hinausgehende Angaben sind mir nicht möglich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Wenn die Abgeordneten des Ausschusses zur Qualitätssteigerung der Erhebungen in der STA führt, ja warum nicht.

Ich komme jetzt auf die Anzeige vom 17. Juli 2002, das war die erste wichtige anonyme Anzeige an die STA Wien. Ich zitiere daraus: Die Vorgangsweise der Täter, die EADS-Manager beziehungsweise Vertreter, Vorstandschef Wolf vom Magna Konzern, Karl-Heinz Grasser, mehrere Mitglieder der Bewertungskommission

Abfangjäger, Gernot Rumpold und dessen Gattin, Peter Westenthaler. Nur damit wir uns gemeinsam ein Bild darüber machen, was Sie aktenmäßig noch nicht bekommen haben und worüber die Staatsanwaltschaft Wien ab dem Juli 2002 verfügt hat.

Die EADS-Manager, ich zitiere weiter, die EADS Manager suchten sich auf Empfehlung von Grasser alle im Klub von Magna ausgerechnet Rumpold als Werbe- und PR-Agentur. Dann wird ausgeführt in welchen Verhältnis die Media Connection zur Freiheitlichen Partei sieht. Was in dem Vertrag mit der FPÖ in dem Detail drinnensteht. Und dann geht es weiter: In bewusster Umgebung dieses Vertrages wurde der EADS-Auftrag mit einer Schwesterfirma der Media Connection abgeschlossen, jedoch in Personaleinheit und Büroeinheit.

Gernot Rumpold erklärte im Parlament, Freiheitlicher Klub, auf Befragen besorgter Abgeordneter, dass dieser EADS-Auftrag ausgerechnet auf Vermittlung von und dann kommt ein Name eines Journalisten, an seine Ehefrau erteilt wurde. Tatsächlicher Vermittler waren Grasser, Wolf. Mit der Auswahl von Rumpold wollte EADS signalisieren, dass die „F“ Teilhaber des Gewinnes ist. Damit sollten F-Regierungsmitglieder positiv gestimmt werden. Der bewusste Anschein von Parteienfinanzierung sollte „F“-interne Kritiker mundtot machen. Vertragsinhalt mit Rumpolds Firma, drei Millionen € im Vorhinein, eine Million € nach Abschluss als Erfolgsprämie zum Verteilen.

Bereits im Frühjahr 2002 besuchte Rumpold wiederholt Peter Westenthaler. Westenthaler hat als Klubchef der „F“ Zugang zur Parteispitze und kann Stimmung machen. Im Frühjahr 2002 kam Westenthaler gemäß Infos aus Bankenkreisen zu größeren Geldbeträgen. Und dann gibt es Details über plötzliche Vermögenszuwächse des damaligen Freiheitlichen Klubobmannes. Weitere finanzielle Zuwendungen an Kommissionsmitglieder sind auf Grund deren Verhalten sehr wahrscheinlich. Der wichtigste Player im Wirtschaftskrimi war Karl-Heinz Grasser und dann gibt es etliche Details über die Ministerratssitzungen. Die erste vom 25.06.2002, die zweite Entscheidende vom 02.07.2002, dann über die Akteneinsicht von Grasser über die Art und Weise wie die politische Entscheidung manipuliert worden ist und so weiter. Das war nur die erste Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Wien.

Soweit wir wissen, sind auf Grund dieser – bleiben wir auf der völlig sicheren Seite – es hat keine Hauptverhandlung auf Grund dieser Sachverhaltsdarstellung gegeben und es ist nicht klar nachvollziehbar wieweit es überhaupt Ermittlungen gegeben hat. In den weiteren Sachverhaltsdarstellungen gibt es bereits als Beilage interne Dokumente der Bewertungskommission, gibt es jede Menge interne Unterlagen aus dem Bundesministerium für Landesverteidigung, gibt es immer konkrete Hinweise, gibt es detaillierte Hinweise auf plötzliche Vermögenszuwächse bei der damaligen Vizekanzlerin Susanne Ries-Passer, gibt es ganz konkrete Hinweise auf Wohnungen, auf Geld, auf alles Mögliche und dem wird nicht nachgegangen. Jetzt kann ich Sie natürlich nicht fragen, warum das der Fall war, weil Sie nicht dieses Verfahren geführt haben. Aber was mich wundert und wo ich noch immer keine hinlängliche Antwort darauf habe ist, dass erstens mit dermaßen brisanten Hinweisen die durch den Untersuchungsausschuss durch unsere Arbeit ergänzt werden konnten, aber im Kern die wichtigsten Vorwürfe damals bereits der Staatsanwaltschaft bekannt waren, ist erstaunlich wenig bis gar nichts passiert. Da haben Sie vollkommen Recht. Das ist nicht Ihre persönliche Verantwortung, aber wir versuchen zu klären, warum das in der Justiz so passiert oder nicht passiert ist. Und Zweitens ist nach wie vor die Frage offen, was ist mit dem Akt passiert?

Jetzt kann ich Sie nicht fragen, was Sie gedenken in Richtung Frau Ries-Passer, Herrn Westenthaler, Herrn Passer, Herrn Ministerialrat Wall und einigen anderen von den Ermittlungen her zu unternehmen, weil Sie ja die Unterlagen offensichtlich noch nicht

kennen. Jetzt möchte ich Sie nur eines dazu fragen, hat es von Seiten des Justizministeriums auf die Anforderung dieser Akte, dieses Tagebuches, irgendeine Antwort gegeben, die Ihnen bekannt ist?

Dr. Karl Schober: Mir ist bisher keine Antwort bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, das Justizministerium hat Sie nicht einmal darüber informiert, dass dieser Akt sehr wohl im Hause ist. Und wir waren ja schon bei diesem Punkt, Sie wissen auch klarerweise nicht wo er sich derzeit befinden könnte. Wir werden versuchen, dies anderweitig zu klären.

Dr. Karl Schober: Ich darf zur Erläuterung festhalten, diese Anforderungen erfolgten jeweils im Rahmen von Osta-Berichten. Die Weiterleitung dieser Berichte bedarf naturgemäß einer gewissen Vorlaufzeit. Das heißt es ist durchaus denkbar, dass diese Anforderung erst vor kurzem im BMJ eingelangt ist oder überhaupt noch nicht im BMJ eingelangt ist. Darüber kann ich allerdings keine Angaben machen. Ich sage das nur zur Erläuterung, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass Bundesministerium für Justiz würde hier irgendwelche Unterlagen mir bewusst vorenthalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt damit, nur um darauf hinzuweisen, sind Sie natürlich auch nicht informiert nur jetzt beispielsweise über die Sachverhaltsdarstellung vom 15. November 2002, in der sehr detailliert über die Vermögensverhältnisse der Familie Passer, Ries-Passer, also Haus in Innsbruck, Penthouse in Wien, alles Mögliche verwiesen wird und gleichzeitig sehr detailliert auf den Konkurs von Herrn Passer und die Millionenschulden zum damaligen Zeitpunkt eingegangen wird. Die Staatsanwaltschaft wird hier auch aufgefordert, eine Lebenskostendeckungsrechnung beim Finanzamt anzufordern. Wir haben im Akt nachgeschaut, ob irgendwelche Überprüfungen dieser Art durchgeführt worden sind. Soweit wir den Akt studieren konnten und ich gehe davon aus, dass er vollständig ist, ist auch diese Überprüfung unterblieben. Das heißt die Lebensumstände und Vermögensverhältnisse und Vermögenszuwächse bei Westenthaler, bei Ries-Passer und bei einigen wichtigen Beamten des Bundesministeriums für Landesverteidigung sind nicht durchgeführt worden. Jetzt ist meine Frage, ich sage es Ihnen aber ehrlich, ich weiß nicht, ob sie diese mit Ihrem derzeitigen Informationsstand beantworten können: Sollte es aus den Akten Hinweise dieser Art geben, planen Sie genaue Untersuchungen dieser Art, Lebenskostendeckungsrechnung und Plausibilität der Entwicklung und auch Begründung von Vermögenszuwächsen und so weiter durchzuführen? Ich frage jetzt nicht nur in Bezug auf Riess-Prasser und Westenthaler, sondern insbesondere auf Beamte der Bewertungskommission.

StA Dr. Karl Schober: Über den konkreten Umfang einzelner allenfalls durchzuführender Erhebungsschritte Mutmaßungen anzustellen, ist mir seriöserweise nicht wirklich möglich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist alles in Ordnung. Meine Fragezeit ist vorbei. Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Hinblick auf die vom Kollegen Pilz gestellten Fragen: Wie muss man sich das vorstellen, wenn im Jahr 2002 oder 2003 Verfahren eingestellt wurden, kann dann eine neuerliche Anzeige alles wieder aufrollen, und geht das dann so lange, bis man endlich einmal jemanden findet, der dann anklagt, oder wie geht man, wenn immer zum selben Sachverhalt immer die selben Anzeigen kommen, wie geht das die Staatsanwaltschaft vor?

StA Dr. Karl Schober: Wenn zu einem konkreten Strafverfahren neue Anzeigen dazukommen, die eine Bewertung, die damalige Bewertung in einem anderen Licht erscheinen lassen, dann kann das durchaus im Rahmen der Möglichkeiten der

Strafprozessordnung, ich verweise da auf die Paragraphen, die sich mit der Wiederaufnahme des Strafverfahrens beschäftigen, je nach Forderungen für die Wiederaufnahme...

(Zwischenruf.)

Es kann auch eine bloße Fortführung sein, so ist es. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten kann das Verfahren fortgesetzt werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die vom Kollegen Pilz zitierte Strafanzeige, war das einen anonyme, Herr Vorsitzender, war dies eine anonyme Strafanzeige, oder haben Sie diese gemacht?

Obmann Dr. Peter Pilz: Also, ich mache keine anonymen Strafanzeigen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe gesagt: War das eine anonyme oder war es die von Ihnen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Also, ich sehe, dass Sie die Unterlagen nicht studiert haben und Aktenhilfe von Seiten des Grünen Klubs brauchen, die ich gerne erteile, es war eine anonyme Anzeige, wie ich selbst gesagt habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei dieser anonymen Anzeige, waren da nur die Verdachtselemente angeführt oder gab es auch konkrete Beweise wie Belege, etc.? Wissen Sie das?

StA Dr. Karl Schober: Das weiß ich nicht, weil ich dieses Verfahren nicht geführt habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, und wie geht die Staatsanwaltschaft bei anonymen Anzeigen, die zwar, jetzt sage ich einmal, das Verdachtsgerüst sehr genau beschreiben, aber keine Beweise dazu liefert, vor?

StA Dr. Karl Schober: Wie ich heute schon gesagt habe, sind wir durch die Strafprozessordnung dazu angehalten, anonyme Anzeigen unter Schonung, besonderer Schonung, der angezeigten Person zu behandeln, und das bedeutet, dass dann, wenn zwar Verdachtsmomente vorliegen, Anschuldigungen vorliegen, denen kein konkreter Beweis beiliegt, kann es dazu führen, dass Beweise im Rahmen des Möglichen aufgenommen werden, es kann auch sein, dass diese Anzeige aliminell überprüft wird und mangels ausreichender Beweislage mit einer Verfahrenseinstellung vorgegangen wird.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wann erhebt die Staatsanwaltschaft amtswegig Beweise?

StA Dr. Karl Schober: Wenn durch die aufgeworfenen Verdachtsmomente Erfordernis dazu gegeben ist. Die Staatsanwaltschaft ist dazu verpflichtet, zur amtswegigen Wahrheitsfindung, das bedeutet, dass im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und Verpflichtungen die Staatsanwaltschaft natürlich dazu angehalten ist, Beweise aufzunehmen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich dieser Verfahren, die eingestellt wurden, ist, Sie haben das ja nicht durchgeführt, das ist mir schon bewusst, aber ist Ihnen bekannt, ob es damals Weisungen gegeben hat in eine konkrete Vorgangsweise?

StA Dr. Karl Schober: Das ist mir aus meiner Wahrnehmung nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist dann jetzt durch die Untersuchungen des Untersuchungsausschusses eine Situation eingetreten, wo man

sagen kann, das lässt das Ganze unter einem anderen Licht erscheinen, oder, dass jetzt wieder die Vorwürfe von damals neu bearbeitet werden?

StA Dr. Karl Schober: Das kann dazu führen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber so weit sind Sie noch nicht, oder wie?

StA Dr. Karl Schober: Nachdem ich die Unterlagen noch nicht habe, bin ich noch nicht so weit.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kann es sein, dass Ihre Motivation auch dahin ging, den Untersuchungsausschuss abzuwarten, einfach weil auch hier Ergebnisse ja zutage treten können, die in Ihrer Arbeit verwertbar sind?

StA Dr. Karl Schober: Das ist zumindest auch eine Überlegung, zumal es wenig Sinn macht, wenn zwei Stellen versuchen, Beweise herbeizuschaffen und sich dadurch, untechnisch formuliert, in die Quere kommen, da ich davon ausgehe, dass Beweisergebnisse, die einstrafrechtlich relevantes Verhalten zutage gefördert haben, der Justiz zur Verfügung gestellt werden, habe ich mich darauf, was die Erhebungstätigkeit des Untersuchungsausschusses betrifft, durchaus auch verlassen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist in Ihrer Behörde einmal diskutiert worden, dass durch die Aktenanforderung des Parlamentes unter Umständen die Verfahren bei Gericht behindert werden könnten, ist das diskutiert worden?

StA Dr. Karl Schober: Das ist im Kollegenkreis diskutiert worden, die Arbeit hat allerdings nicht zu irgendwelchen Besprechungen im Ministerium geführt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): hat man sich darüber Gedanken gemacht, wie man so eine Kollision möglichst vermeiden kann?

StA Dr. Karl Schober: Man hat sich Gedanken gemacht, nur es hat zu keinen konkreten Umsetzungen geführt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn man sich Gedanken macht, kann man ja darüber nachdenken, wie man diese Kollision trotzdem in der eigenen Arbeit optimiert, hat man da eher gesagt, okay, das schicken wir ins Parlament, und dann sind die Akten eben einmal dort, und dann warten wir, oder...

StA Dr. Karl Schober: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass die Übermittlung der Akten ja bereits im November 2006 erfolgt ist. Zum damaligen Zeitpunkt hat es nach, erstens einmal bei mir noch kein Strafverfahren gegeben, das hat erst mit Anfang Februar 2007 begonnen, es hat daher von meiner Seite aus keinerlei Veranlassung gegeben, das in irgendeiner Form zu hinterfragen, zumal ja auch dieses Tagebuch nicht mein Verfahren betroffen hat, eines meiner Verfahren betroffen hat, und es eine Entscheidung der Behördenleitung war, und ich diesbezüglich auch keinerlei Veranlassung sah, das in irgendeiner Weise zu hinterfragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Verfahren, die, jetzt sage ich einmal, im weiteren Zusammenhang mit diesem Untersuchungsgegenstand stehen, landen die alle bei Ihnen oder können diese auch in anderen Staatsanwaltschaften sein?

StA Dr. Karl Schober: Diese können natürlich auch in anderen Staatsanwaltschaften landen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, ob es da noch etwas gibt?

StA Dr. Karl Schober: Ich kann es nicht ausschließen, aber mir ist nichts bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Keine weiteren Fragen derzeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: So. Danke. Kollege Jarolim, bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber ich bin für diese technischen Hinweise im höchsten Ausmaß natürlich auch, weil sie ja auch bewusstseinsweiternd sind und auch das kollegiale Klima darstellen, sehr dankbar, also... Ich habe nur eine ganz kurze Frage, Herr Staatsanwalt: Diese, wobei ich mich jetzt schon entschuldigen möchte, ich bin erst ein bisschen später gekommen, vielleicht haben Sie das Eine oder Andere schon gesagt, so wie die Kollegin Fekter das jetzt wieder zitiert, wobei ich davon ausgehe, dass Sie nicht die Kollisionen optimieren wollten in der Staatsanwaltschaft, sondern eigentlich das Gegenteil, wenn ... der Vorwurf der Kollegin war.

Sagen Sie, diese Gruppe, wie viele Personen, das ist ja eine Einheit, die Sie da gebildet haben oder die sich gebildet hat, wie viele Staatsanwälte umfasst diese?

StA Dr. Karl Schober: Zwei Staatsanwälte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gibt es da einen Vorsitzenden, Obmann oder einen Leitenden?

StA Dr. Karl Schober: Die Gruppen in der Staatsanwaltschaft Wien sind, die Organisation der Staatsanwaltschaft ist grundsätzlich gesetzlich geregelt, das ist keine ausdrückliche Besonderheit der Staatsanwaltschaft Wien. Die Notwendigkeit Spezialgruppen zu bilden ergibt sich allerdings aus der besonderen Größe der Staatsanwaltschaft Wien mit etwa 56 Staatsanwälten. Deshalb gibt es hier Spezialgruppen wie Wirtschaftsgruppe, mittlerweile auch Spezialisten für Sexualdelikte und so weiter. Die Gruppe, das so genannte politische Referat umfasst zwei Kollegen, nämlich den Kollegen Dr. Michael Klackl und mich, wobei wir als Spezialisten auch für Medienstrafsachen zuständig sind. Gruppenleiter ist ein, von der Geschäftsverteilung vorgesehen ein Gruppenleiter, das ist traditionell immer der Behördenleiter.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Der Behördenleiter. Und wer war das zum damaligen Zeitpunkt 2002, 2003?

StA Dr. Karl Schober: Das müsste Hofrat Matussek gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Der Dr. Schön hat mir Ihrer Gruppe etwas zu tun, oder nicht?

StA Dr. Karl Schober: Nein, dieses Verfahren ist damals in der Wirtschaftsgruppe geführt worden, nicht im politischen Referat

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): In der Wirtschaftsgruppe.

StA Dr. Karl Schober: Das ist in der Wirtschaftsgruppe geführt worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): 2002, 2003.

StA Dr. Karl Schober: 2002, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer war in der Wirtschaftsgruppe damals zuständiger Leiter?

StA Dr. Karl Schober: Nachdem die Einstellungsmitteilung vom Kollegen Müller unterschrieben worden ist, gehe ich davon aus das damals der Dr. Erich Müller Leiter der Wirtschaftsgruppe war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Jarolim, das haben wir in Ihrer Abwesenheit bereits alles besprochen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dankeschön, ja. Sagen Sie, Sie sind gefragt worden was Sie als relevante Unterlagen, wenn Sie eine Anzeige gegen unbekannte Täter bekommen, bezeichnen würden. Wie wir heute gehört haben, gibt es den Anzeigen beigelegt auch interne Dokumente aus den Behördenverfahren. Würden Sie das als relevante Unterlagen bezeichnen?

StA Dr. Karl Schober: Zweifellos.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Würden Sie aufgrund derartiger Übermittlungen auch mit den entsprechenden Behörden Kontakt aufnehmen und Rückfragen stellen, in den Behörden?

StA Dr. Karl Schober: Wenn es erforderlich ist, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber bis dato statt gefunden hat das nicht? Ihres wissens.

StA Dr. Karl Schober: In meinem Verfahren nicht. Wir unterhalten uns allerdings hier über Unterlagen, die aus einem anderen Verfahren stammen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja. Sagen Sie, vom Berichtswesen her, gibt es in Ihrer Gruppe Sonderheiten oder ist das ganz normal wie alle anderen, Geschäftsordnungsmäßig wird das abgehandelt, vom Berichtswesen?

StA Dr. Karl Schober: § 8 Absatz 1 Staatsanwaltschaftsgesetz schreibt bei Strafverfahren von besonderen öffentlichen Interesse eine Berichtspflicht vor. So genannte allgemeine Strafsachen, der gewerbsmäßige Handtaschendieb oder der Serieneinbrecher fällt da natürlich nicht darunter, brisantere Themen natürlich sehr wohl.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sind die bei Ihnen abgehandelten de facto „geschäftsordnungsgemäß“ alle Berichtsakten, oder werden die zu Berichtsakten gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Jarolim das haben wir alles schon besprochen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ok.

StA Dr. Karl Schober: Da muss ich insofern widersprechen, weil die konkrete Durchführung von Berichten noch nicht Thema dieses Ausschusses war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, aber es ist ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Berichtsfragen haben wir bereits auch erfragt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn Sie bitte die Frage beantworten würden, so wie ich Sie gestellt habe.

StA Dr. Karl Schober: Bei einigen Strafverfahren, insbesondere Strafverfahren nach dem Verbotsgesetz, gibt es eine Erlassgemäß geregelte Vorschrift, die besagt das ein Bericht nicht über das Vorhaben sondern über die getroffene Erledigung zu erstatten ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber das gilt nur für diese Aktenart und nicht für die Anderen, die bei Ihnen anhängig sind. Sagen Sie, kurze Frage noch der Yline ist das bei Ihnen anhängig, ist das Yline Böhme ist das eine Zuständigkeit für die Sie.

StA Dr. Karl Schober: Yline ist Gegenstand eines Strafverfahrens in der Wirtschaftsgruppe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): In der Wirtschaftsgruppe und die Wirtschaftsgruppe ist wer? Krakow?

StA Dr. Karl Schober: Der Leiter der Wirtschaftsgruppe ist nicht der Kollege Krakow sonder ist der Dr. Schön.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eben, danke das wollte ich wissen. ... Zwischenruf ... Ja aber ich wollte wissen ob der Her Schön zuständig ist. Das war eigentlich meine Frage und danke herzlich ich glaube auch der Kollege Pilz hat dadurch noch etwas gelernt

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Kollege Darmann, noch Fragen? Kollege Stadler bitte. Wir müssen jetzt nur aufpassen weil wir haben mit Präsidenten Leitl elf Uhr vereinbart und ich würde vorschlagen ihn nicht übermäßig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe nur eine Frage, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Eben, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann haben Sie das Ersuchen um Übermittlung des Tagebuches und an wen gerichtet?

StA Dr. Karl Schober: Dieses Ersuchen wurde im Rahmen eines so genannten Osta Berichtes an die Oberstaatsanwaltschaft gerichtet und erfolgte meines Wissens ende Mai.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ende Mai erst sind Sie auf die Idee gekommen, dass Sie dieses Tagebuch eventuell für Ihre Ermittlungen interessieren könnte. Das heißt also vor wenigen Tagen auf gut Deutsch.

StA Dr. Karl Schober: Es kann auch sein das es Mitte Mai war, ich kann mich bei Zeitpunkt jetzt nicht wirklich festlegen nachdem ich die Unterlagen nicht vorliegen habe. Ich kann Ihnen allerdings den Zeitpunkt auch nicht angeben wann ich auf die Idee gekommen bin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das mag sein, ich wollte eigentlich dann gar nicht ermitteln wie viel Zeit üblicherweise verstreicht zwischen Idee und tatsächlicher Handlung. Das werden wir so ohnehin nicht klären können. Das heißt, wir halten fest, Sie sind erst frühestens Mitte Mai, vermutlich aber Ende Mai erst auf die Idee gekommen dieses Tagebuch für Ihre Ermittlungen gegen den Herrn Wolf anzufordern. Habe ich das richtig verstanden?

StA Dr. Karl Schober: Ich habe es zu diesem Zeitpunkt angefordert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das genügt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dankeschön gibt es dazu noch weitere Fragewünsche in öffentlicher Sitzung? Ich hätte nur noch eine abschließende Frage. Das Sie uns das schildern, das wir uns das vorstellen können. Sagen Sie, aus welchem Anlass und wie ist Ihnen diese Idee Mitte oder Ende Mai gekommen? Es gibt ja oft Anlässe für Ideen.

StA Dr. Karl Schober: Das kann ich Ihnen nicht konkret beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: War einfach so eine Idee. Ok, gut. Dann ersuche ich jetzt die Vertreter und Vertreterinnen der Medien uns allein zu lassen, damit einige Fragen in nicht öffentlicher Sitzung gestellt werden können.

(Fortsetzung: nichtöffentlich)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen wieder zur öffentlichen Sitzung und ich ersuche, Herrn **Präsidenten Dr. Leitl** in den Saal zu bitten. So, danke schön. Das Wort raus drängt sich auf. Eins, zwei, drei, und!

So, ich begrüße Herrn Dr. Leitl bei uns im Untersuchungsausschuss. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsch Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zur den Personalien. Bitte, in das Mikrofon zu sprechen, Ihr vollständiger Name lautet?

Dr. Christoph Leitl: Christoph Leitl.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

Dr. Christoph Leitl: 29.3.49.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

Dr. Christoph Leitl: 4040 Linz.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Beruf?

Dr. Christoph Leitl: Unternehmer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich bediensteter?

Dr. Christoph Leitl: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte auf konkrete Fragen hin einer dieser Gründe für Sie schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich, um die weitere Vorgangsweise mit uns zu besprechen. Vor Eingang in die Befragung haben Sie nach Verfahrensordnung das Recht einer persönlichen Erklärung zum Beweisthema, wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Christoph Leitl: Nein, danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann beginnt der Kollege Kogler mit der Befragung, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke schön. Herr Präsident! Die Bundeswirtschaftskammer und auch die Länderkammern haben ja Bemühungen versucht, zumindest die Möglichkeiten der Anbahnung von Gegengeschäfte zu verbessern. Die erste Frage in dem Zusammenhang, wie war Ihrer Wahrnehmung nach die „Arge Offset“ in Ihrem Haus organisiert?

Dr. Christoph Leitl: Herr Abgeordneter! Wir haben als Bundeswirtschaftskammer uns nie in die Entscheidung und Durchführung des Beschaffungsvorganges an sich eingemischt. Das war eine politische Entscheidung der zuständigen politischen Instanzen. Wir haben gesagt, wenn es aber die Möglichkeit gibt, Gegengeschäfte zu machen, dann sind wir daran interessiert. Und diese von Ihnen angesprochene „Arge Offset“ sollte dazu dienen, dass nicht nur einige wenige informierte große Unternehmen, deren Namen Ihnen bekannt sind, sondern dass es auch kleine- und mittlere Unternehmen geben sollte, die gehört haben, die Republik tätigt eine große Anschaffung. Im Zusammenhang mit dieser Anschaffung werden Möglichkeiten für Gegengeschäfte geboten. Was haben Kleine und Mittlere davon außer der Zulieferung an die Großen? Können sie auch, die teilweise spezialisiert sind, auch direkt in diese

Geschäfte hineinzukommen? Und so haben wir in insgesamt acht Veranstaltungen informiert, welche Möglichkeiten es dazu gibt und haben das als unsere Aufgabe als Serviceorganisation gesehen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zu diesen acht Veranstaltungen werden wir dann noch kurz kommen. Eines noch vorher, wie hat sich diese „Arge Offset“ jetzt nicht nur organisiert, sondern auch finanziert? Wie ist das konstruiert gewesen in Ihrem Haus?

Dr. Christoph Leitl: Die Arge Offset hat sich als Serviceleistung der Wirtschaftskammern finanziert ausschließlich aus den Mitteln der Wirtschaftskammern. Das heißt, es ist keine Fremdfinanzierung erfolgt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist ein guter Hinweis. Gleich um zu diesen acht Veranstaltungen zu kommen, die waren ja in den Landeshauptstädten und in Wien, die Sie hier ansprechen. Jetzt haben Sie schon Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Wirtschaftskammer selber hier finanziert hat. Was wissen Sie über die Finanzierung und Ausrichtung, also zunächst über die Organisation und Ausrichtung dieser acht Veranstaltungen?

Dr. Christoph Leitl: Diese acht Veranstaltungen sind wie Sie richtig gesagt haben in den Bundesländern mit Ausnahme des Burgenlandes erfolgt. Die Burgenländer waren teilweise in Wien, teilweise in Niederösterreich miteinbezogen. Es waren das Informationsveranstaltungen. Es mussten dazu Einladungen gedruckt, Säle zur Verfügung gestellt werden. Die durchschnittlichen Kosten einer solchen Veranstaltung betragen 4 000 € und wurden wie gesagt zur Gänze aus Mitteln der Wirtschaftskammer getätigt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die durchschnittlichen Kosten betragen 4 000 €. Dann dürfen wir um und hochgerechnet davon ausgehen, dass wir insgesamt 32 000 € veranschlagen müssen für Veranstaltungen. Das führt mich jetzt eigentlich schon ganz geschwind zu einer Frage im Zusammenhang, also ich will Sie nicht aufs Glatteis führen oder was, nur haben Sie Wahrnehmungen darüber, dass mit irgendjemand, gar mit Ihnen selbst, seitens der Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH oder von EADS die Idee geboren wurde, das wäre doch eine Patzen Geschichte, wenn wir das als Gegengeschäft einreichen könnten, das was Sie hier ausgelegt haben als Wirtschaftskammer? Haben Sie dazu irgendein Gespräch vernommen? Oder diese Idee, ist die einmal irgendwo aufgetaucht?

Dr. Christoph Leitl: Ich habe davon gehört. War selbst in kein Gespräch involviert, ist auch niemand diesbezüglich an mich herantreten. Nachdem aber die Frage möglicher Anrechnungen nicht unsere Aufgabe war, ist das auch unsererseits nicht weiter verfolgt worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie haben auch keine Kostenübernahme von Eurofighter oder EADS entgegengenommen für diese Veranstaltungen? Sie haben das ausschließlich als Wirtschaftskammer und Länderkammer selbst finanziert?

Dr. Christoph Leitl: So ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, weitere Wahrnehmungen dazu haben Sie nicht. Dann erspare ich mir, aber nur noch einmal fürs Protokoll und allein schon um es sich auf der Zunge zergehen zu lassen, füge ich noch den Hinweis hinzu, dass sich in den Unterlagen das Gegengeschäftsformular über diesen Vorgang der Roadshows befindet und der Wert des „Gegengeschäftes“ ist mit drei Millionen € verbucht. Also der berühmte Hochrechnungsfaktor 10, den haben wir auch schon oft genug hier kennengelernt. Und die Firma, die hier als begünstigte österreichische

Firma unterschreibt und ein Gegengeschäft bestätigt ist niemand geringerer als die Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH selber. Was jetzt wirklich noch hinzugekommen ist, dass Sie offensichtlich in Vorbereitung die durchschnittlichen Kosten angeben haben können und wir den Hochrechnungsfaktor ausmachen können. Das Ganze hat dort System. Damit ist für mich dieser eine Punkt abgeschlossen.

Ich wollte Sie noch jetzt einen ganz anderen Bereich fragen. Ich beziehe mich auf die Jahre 2002 und 2003. Hat Ihrer Erinnerung, Wahrnehmung nach die Bundeswirtschaftskammer in diesen Jahren Spendentätigkeiten an die politischen Parteien abgewickelt? Also ich meine jetzt nicht die Fraktionsfinanzierungen. Da würde ich vorläufig überhaupt nicht einsteigen in den Bereich, sondern ganz „normale Parteispenden“ im Sinne einer Zuwendung an die bundespolitischen Parteien seitens der Wirtschaftskammer. Hat es so etwas gegeben?

Dr. Christoph Leitl: Nein. Konnte es auch gar nicht geben, weil wir einen internen Kontrollausschuss haben, der von allen Fraktionen unseres Hauses, das sind auch alle Fraktionen, die hier im Parlament vertreten sind, kontrolliert wird und wir darüber hinaus Rechnungshof geprüft sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Rechnungshofprüfung kann ich natürlich bestätigen. Das ist aber keine inhaltlich, sondern eine eher formale Prüfung, weil dies den Sonderbestimmungen unterliegt. Viel wesentlicher ist die Aussage, dass Sie davon ausgehen müssen, dass die Bundeswirtschaftskammer keine direkten Zuwendungen an politische Parteien getätigt hat.

Dr. Christoph Leitl: So ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann würde ich das Verfahren beschleunigen und einmal für die Runde weitergeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Von der ÖVP keine Fragewünsche. Kollege Kräuter. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Präsident! Sie haben vorher gesagt, in Entscheidungen hat sich die Wirtschaftskammer nicht eingemischt oder nie eingemischt was die Typenentscheidung betrifft. Ganz ähnlich hat auch Reinhold Mitterlehner am 31. Oktober 2006, das war unmittelbar nach dem Beschluss des Untersuchungsausschusses argumentiert und hat gesagt, dass die Wirtschaftskammer weder direkt noch indirekt in die Beschaffung der Eurofighter inklusive der Typenentscheidung eingebunden war. Jetzt haben wir Schriftverkehr zwischen Aloysius Rauen und Herrn Dr. Rudolf Lohberger und später dann auch von der Wirtschaftskammer an führende Militärs beispielsweise Herrn Spinka oder auch Herrn Wall, wo ihm mit Briefpapier Wirtschaftskammer Österreich, ich kann Ihnen das gerne zum Nachvollziehen vorlegen, wo eben im Jahre 2001, also vor der Typenentscheidung mitgeteilt wird, dass eben der Herr Steininger wohlbekannt offizieller Repräsentant für Österreich in Bezug auf die Beschaffung Abfangjäger ist. Meine Frage dazu, haben Sie davon gewusst und wie können Sie sich das erklären, dass die Wirtschaftskammer ein halbes Jahr vor der Typenentscheidung führenden Militärs mitteilt, dass der Herr Steininger EADS Eurofighter in Österreich vertritt?

Dr. Christoph Leitl: Herr Abgeordneter! So viel ich weiß hat Ihnen Dr. Lohberger selbst hier Rede und Antwort gestanden. Ich nehme daher an, dass Sie ihn das direkt befragen konnten. Bei uns im Haus ist das so organisiert, dass ich für den Organbereich zuständig bin und dass wir daneben den autonomen Geschäftsbereich haben. Das ist im Wirtschaftskammergesetz so vorgelegt. Ich bin daher nur dafür zuständig, was den Organbereich betrifft. Das war die formale Einsetzung dieser „Arge Offset“. In alle anderen Dinge habe ich mich, auch sehr bewusst, nie eingemischt,

einerseits weil es mich nicht interessiert hat, zweitens weil ich weiß, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Auftrag, bestmögliche Gegengeschäfte einzuleiten, dass sie dem in professioneller Weise nachkommen.

Welche Informationen hier gelaufen sind, kann ich im Einzelfall nicht beurteilen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich verstehe schon, dass Sie in diesem operativen Geschäft sozusagen natürlich nicht jetzt persönlich beteiligt sind, aber es geht ja darum herauszuarbeiten, dass natürlich von einer Nichteinmischung nicht gesprochen werden kann, wenn ein halbes Jahr vor der Typenentscheidung ganz gezielt für eine ganz bestimmte Bietergruppe, es ist ja nicht so, dass von den Mitgliedern ähnliche Informationen weiter verteilt worden sind, von der Wirtschaftskammer ganz gezielt und zutiefst involviert, weil Aloisius Rauen hat sich ja im Vorfeld schon an Herrn Lohberger gewendet, dann hohe Militärs informiert und damit ist ja doch etwas, was man wohl Einmischung nennen kann, damit dokumentiert. Ich möchte da nur fragen, ob man jetzt nach wie vor angesichts dieser Akten- und Faktenlage davon sprechen kann, dass die Wirtschaftskammer erst, wie es öffentlich transportiert wurde, nach der Typenentscheidung im Zusammenhang mit den Gegengeschäften tätig wurde.

Dr. Christoph Leitl: Herr Abgeordneter! Ich kann auch aus der mir vorgelegten Kopie nicht entnehmen, worin da eine Beeinflussung für die Typenwahl sein sollte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, um dies noch einmal zu verdeutlichen, ich möchte den versuch unternehmen. Die Wirtschaftskammer hat ein halbes Jahr vor der Typenentscheidung auf Ersuchen von Herrn Aloisius Rauen hohen Militärs mitgeteilt, dass Herr Steininger der offizielle EADS-Repräsentant in Österreich ist, und da erhebt sich natürlich jetzt die Frage, warum? Was ist der Hintergrund und was hat man sich da erwartet?

Dr. Christoph Leitl: Da müssen Sie Herrn Dr. Lohberger fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Lohberger hat auch mit Herrn Neudeck, der Ihnen wahrscheinlich bekannt ist, das ist ein Ex-FPÖ-Finanzchef und ehemaliger Abgeordneter, eine gemeinsame Firma betrieben. Ist so etwas bei der Wirtschaftskammerspitze bekannt, welche Firmengründungen und –beteiligungen es gibt von wichtigen Mitarbeitern wie Herrn Dr. Lohberger?

Dr. Christoph Leitl: Es gibt diesbezüglich keine Meldepflicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Keine Meldepflicht. Okay. (Zwischenruf.) So genau wollte ich es gar nicht wissen, Frau Kollegin Fekter, es ist nur um das Prinzip gegangen, ob so etwas bekannt ist an der Spitze.

Ich habe da eine sehr interessante Sache aus dem FORMAT Nr. 38/02, und ich darf das kurz zitieren, kann es Ihnen gerne auch vorlegen: Im Parteivorstand, ÖVP in diesem Fall, wurde Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von den Landeshauptleuten Waltraud Klasnic, Erwin Pröll und Franz Schausberger gezwungen, die Linie zu ändern und die Finanzierung der Drakennachfolge der Wirtschaft aufzubrummen, dann kommt ein Führungszeichen, und wir sollen das alles zahlen? Wunderte sich Wirtschaftsbundchef Christoph Leitl. Haben Sie da irgendeine Erinnerung zu diesem entsetzten Aufschrei von Ihnen?

Dr. Christoph Leitl: Wer den ehemaligen Bundeskanzler, Dr. Schüssel, kennt, weiß, dass er sich intern nie etwas hat aufzwingen lassen, Punkt eins, Punkt zwei, es war natürlich ein mal auch die Rede, wie kann eine Abwicklung sein, und ich habe immer die ganz engen Grenzen der Wirtschaftskammerorganisation in diesen Fällen aufgezeigt und diese sind auch immer respektiert worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, das heißt, so ähnlich, wie es Herr Lorenz Fritz auch geschildert hat, er hat es nie so gesehen mit dieser Wirtschaftsplattform, die angeblich die Abfangjäger zahlen soll, kann man dies auch bei Ihnen so interpretieren?

Dr. Christoph Leitl: Das können Sie so interpretieren, das Einzige, was ich einmal gemacht habe, war ein Vorschlag, ob man nicht zur Schonung des Budgets eine Art Leasing-Modell abwickelt, um auf diese Weise die Anschaffungskosten über einen längeren wirtschaftlichen Zeitraum zu verteilen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Ein Letztes: Sie haben von Klein- und Mittelbetrieben geredet, die dazukommen sollen, nicht, im Zuge von Gegengeschäften, und wir haben leider im Untersuchungsausschuss herausarbeiten können beziehungsweise müssen, dass die betroffene Region von der Stationierung, Eichfeld-Murboden in der Obersteiermark, dass es dort buchstäblich kein Gegengeschäft gibt.

Das Stahl Judenburg, was Herr Wirtschaftsminister genannt hat, habe ich ihm dann nachweisen können, dass auch dies mit 0,0 in den eigenen unterlagen dargestellt ist.

Hat es nie seitens der Wirtschaftskammer diese Überlegung gegeben, dass es ja recht und billig und fair wäre, genau dort, wo die Bevölkerung betroffen ist, und es ist ja nicht so, dass Starts und Landungen keine Belästigungen sind, Lärm, Schmutz, Gefahren, das man da besondere Schwerpunkte und Initiativen setzen, ist Ihnen dies einmal untergekommen?

Dr. Christoph Leitl: Nein, ist mir nicht untergekommen, es ist allerdings diskutiert worden, inwiefern eine solche Stationierung in diesem von Ihnen genannten regionalen bereich indirekte ökonomische Effekte bringen würde, die sich aus Zulieferungen ergeben, das ist das Eine, aber das Zweite: Wir haben in diesen genannten Veranstaltungen alle in Frage kommenden informiert, aber niemanden dazu in besonderer Weise gedrängt oder irgendeinen Schwerpunkt gesetzt oder irgendeine zusätzliche Motivation diesbezüglich veranstaltet.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, das wird der betroffenen Bevölkerung eher wenig nützen, weil ohnehin diese Region mit Arbeitsplatzverlusten zu kämpfen hat und was ich mit recht und billig gemeint habe, man müsste einfach ganz besondere Anstrengungen ja dort entfalten, wo eben diese Belastung einfach auftritt, um irgendwie ein Gleich- und Gegengewicht zu schaffen, also da gibt es ja eine Unzahl von Zitaten von der seinerzeitigen Landeshauptfrau Klasnic, vom damaligen ... Payerl und so weiter, man hat eine eigene Task Force gegründet und so, also ich möchte gerne gemeinsam mich verständigen mit Ihnen, dass man besondere Anstrengungen über das normale Maß hinaus, dass man sagt, na, es gibt die Angebote, und die Firmen müssen sich entsprechend bemühen dort setzt, darauf würde ich mich gerne verständigen und von Ihnen eine Aussage haben, denn sollten Eurofighter kommen, und die Wahrscheinlichkeit ist da, das kann so oder so ausgehen letztendlich, dann wird man sich ja hier neu noch einmal anstrengen müssen. Sind Sie auch dieser Meinung und würden Sie dies unterstützen?

Dr. Christoph Leitl: Mir ist nicht bekannt, dass es irgendwelche besonderen Informationsveranstaltungen in der Region in Richtung Gegengeschäft gegeben hat, dazu war die Veranstaltung im Bundesland Steiermark gedacht, jedes steirische Unternehmen, auch aus dieser Region, hätte Zugriff gehabt, natürlich ist auf die indirekten Effekte hingewiesen worden, der sich auch für umliegende Klein- und Kleinstbetriebe da in positiver Weise ergeben könnte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt eine wirklich letzte Frage zu der Firma EBD, das ist die Firma von Herrn Dr. Bergner, die betraut ist, das ist die Euro

Business Development GmbH, die eben die Gegengeschäfte abwickelt. Sie haben sie bestimmt in den Medien verfolgt, die Firma von Herrn Dr. Bergner hat in den letzten Wochen und Monaten da im Untersuchungsausschuss eine entsprechende Rolle gespielt.

War Ihnen eigentlich bekannt, welche Struktur da im Hintergrund über eine weitere Firma dann, wer da die Treugeber sind von dieser Firma?

Dr. Christoph Leitl: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Kollege Darmann, keine Fragen. Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Leitl! Was macht genau unter dem Dach der Wirtschaftskammer die Arbeitsgemeinschaft Sicherheit und Wirtschaft? Was ist das genau, was ist das der Rechtsform nach, was ist das?

(Zwischenruf.)

Dr. Christoph Leitl: Ich bin ihr aber trotzdem dankbar, wenn...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich befürchtet, dass Sie das sagen, das motiviert sie. Ich warne Sie, Herr Präsident.

Dr. Christoph Leitl: Nein. Sie können davon ausgehen, dass bei uns alles im Rahmen des Kammergesetzes der Fall ist und dass es hier keine unzulässigen oder nicht öffentlich nachvollziehbaren Verbindungen zwischen dem Bereich der Wirtschaftskammer und der Politik im gegenständlichen Fall Eurofighter, aber natürlich auch in anderen Bereichen gibt.

Eine Arbeitsgemeinschaft ist dazu da, um bei Mitgliedern mit gleichartigen Interessen Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen einer Plattform zu ermöglichen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was heißt dies jetzt bezüglich dieser Arbeitsgemeinschaft Sicherheit und Wirtschaft konkret? Was macht man da?

Dr. Christoph Leitl: Dass man insbesondere auch die Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesheer dazu nützt, um bei Beschaffungsvorgängen auch entsprechende Informationen zu haben, diese Informationen weiterzuleiten und auch hier kleineren Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Informationsgleichstand zu erhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können wir davon ausgehen, dass es sich bei der Firma EADS nicht um ein kleineres österreichisches Unternehmen handelt?

Dr. Christoph Leitl: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das, glaube ich, ist unstrittig.

Dr. Christoph Leitl: Davon können Sie einmal ausgehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich glaube auch, ja. Warum übernimmt es dann die Wirtschaftskammer über ihre Arbeitsgemeinschaft Sicherheit und Wirtschaft, diese Firma EADS, die kein kleines österreichisches Unternehmen ist, gegenüber dem Verteidigungsministerium zu vertreten?

Dr. Christoph Leitl: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen dieses Schreiben vor. Wenn Sie das vielleicht einmal anschauen, bitte.

Dr. Christoph Leitl: Ja, das ist ein, wenn ich es richtig sehe, gleichlautendes Schreiben, was mir der Herr Abgeordnete hier auch übergeben hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Weil er es nicht vorgetragen hat, wenn Sie es mir bitte zurückleiten, ich trage es für das Protokoll vor. Es ist ein Schreiben, das die Bundeswirtschaftskammer, Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Wirtschaft, am 7. 12. 2001 an den General Dr. Corrieri gerichtet hat, mit folgendem Wortlaut: „Sehr geehrter Herr General Corrieri! Wir erlauben uns höflichst mitzuteilen, dass uns die Firma“ uns, die Wirtschaftskammer, „die Firma EADS Eurofighter“ – die es zu dem Zeitpunkt übrigens noch gar nicht gab, die Firma Eurofighter – durch ihren Generaldirektor Herrn Aloysius Rauen mitgeteilt hat, dass Herr Erhart Steininger, Teichgasse 7, A-3400 Klosterneuburg, ihr offizieller Repräsentant für Österreich in Bezug auf die Beschaffung der Abfangjäger ist. Mit dem höflichen Ersuchen um Kenntnisnahme verbleiben wir mit freundlichen Grüßen, Dr. Rudolf Lohberger.“ Nun haben wir geklärt, dass es sich bei EADS nicht um eine kleine Firma aus Österreich handelt, Eurofighter noch gar nicht existiert hat, die Eurofighter GmbH, und daher hier nicht eine kleine österreichische Firma als Mitglied der Wirtschaftskammer gegenüber dem Verteidigungsministerium vertreten wird, um Informationen für diese kleine österreichische Firma zu beschaffen, sondern es ist genau umgekehrt. Ein Rüstungskonzern, ein ausländischer, wird gegenüber dem Verteidigungsministerium mit dem Siegel der Wirtschaftskammer versehen. Welchen Zweck soll dieses Schreiben haben? Ich sage Ihnen gleich, der Zweck der Mitteilung ist es nicht, weil die Firma EADS hat bereits selbständig dem Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass der Herr Steininger Repräsentant ist.

Dr. Christoph Leitl: Es ist natürlich so, dass nicht nur kleine und mittlere Betriebe in einer solchen Arbeitsgemeinschaft sind, sondern sämtliche Mitglieder der Wirtschaftskammer die Möglichkeit dazu haben. Es ist eine der wesentlichen Intentionen, dass auch kleine und mittlere Betriebe Informationsnachteile damit ausgleichen können. Punkt Eins. Punkt Zwei: Was Dr. Lohberger betrifft, kann ich mich nur wiederholen. Sie haben die Gelegenheit gehabt, ihn direkt zu befragen. Ich glaube, er kann Ihnen damit als einziger kompetente Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Präsident, können wir uns darauf einigen, dass die Firma EADS im Jahre 2001 nicht Mitglied der Wirtschaftskammer war?

Dr. Christoph Leitl: Da müsste ich jetzt eine Vermutung äußern, aber Sicherheit habe ich keine.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben, Ihre Mitglieder beziehen sich auf Unternehmensniederlassungen auf dem Gebiet der Republik Österreich. Ist das richtig?

Dr. Christoph Leitl: So ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Manching und Ottobrunn gehört nicht zum Hoheitsgebiet der Republik Österreich.

Dr. Christoph Leitl: Das ist, davon dürfen wir ausgehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher dürfen wir davon ausgehen, dass die Firma EADS nicht Kammermitglied der Wirtschaftskammer ist.

Dr. Christoph Leitl: Wobei es durchaus sein kann, dass es Zweigniederlassungen, Filialen und so weiter gibt, daher kann ich es nicht ausschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier ist nicht von einer Zweigniederlassung und von einer Filiale die Rede, hier ist von der Firma EADS Eurofighter die Rede, die

jetzt von der Wirtschaftskammer gegenüber dem Verteidigungsministerium vertreten wird, und wir halten fest, dass EADS nicht Mitglied der Wirtschaftskammer war. Also macht der Herr Lohberger hier für wen? Anders herum gefragt, fragen wir generell. Vertritt die Wirtschaftskammer auch ausländische Rüstungskonzerne gegenüber österreichischen Ministerien? Ist das Aufgabe der Wirtschaftskammer?

Dr. Christoph Leitl: Aufgabe der Wirtschaftskammer ist es, wirtschaftliche Aktivitäten, die durchaus auch internationale Querbezüge haben können, in Österreich zugunsten ihrer Mitglieder entsprechend zu vertreten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welches Mitglied ist hier begünstigt durch diesen Brief?

Dr. Christoph Leitl: Kann ich nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie, ich kann es auch nicht beurteilen. Jetzt habe ich mir gedacht, dass der Präsident der Kammer, mit deren Siegel hier die Firma EADS versehen wird, die höheren Weihen der österreichischen Wirtschaftskammer erfährt, dass mir der Herr Präsident dieser Wirtschaftskammer erklären kann, warum die Wirtschaftskammer für einen ausländischen Rüstungskonzern tätig wird?

Dr. Christoph Leitl: Ich habe Ihnen eingangs schon gesagt, dass ich für Organentscheidungen zuständig bin, diese Organentscheidungen auch vertrete, dass ich aber für operative Abläufe innerhalb dieser Organentscheidungen ein Geschäftssystem habe, das gesetzlich auch so vorgesehen ist, und das Geschäftssystem hier auch eigenständig und eigenverantwortlich handelt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Wirtschaftskammer Österreich hat, nehme ich an, ein gewisses Interesse daran, alle gleich zu behandeln. Ist das so?

Dr. Christoph Leitl: So ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dürfen wir davon ausgehen, dass also der Herr Lohberger auch für andere Rüstungskonzerne ihre Bevollmächtigten gegenüber dem Verteidigungsministerium bekanntgegeben hat?

Dr. Christoph Leitl: Sie dürfen, Herr Abgeordneter, davon ausgehen, dass ich alle Versuche, mir Präsentationen, Interventionen, Gesprächstermine in dieser Causa Beschaffung von Abfangjägern immer und konsequent und nachweislich abgelehnt habe. (*Ruf: Warum?*) Abgelehnt, warum?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, nein, meine Frage war noch nicht gestellt. Es hat mir nur jemand wieder das Mikrophon unzulässigerweise weggenommen.

Warum hat dann ausgerechnet der Herr Lohberger nur für die Firma EADS lobbyiert und nicht für andere Rüstungs...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Falscher Vorhalt. Er hat für Steininger lobbyiert, und Steininger war Mitglied in der Kammer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete Fekter. Sie haben bereits beim Minister Bartenstein, leider erfolgreich, souffliert. Ich ersuche Sie, in berechtigter Vermutung, dass der Präsident ohne soufflieren auskommt, diesen Ausschuss nicht weiter zu stören.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber dann soll der Stadler die falschen Vorhalte unterlassen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, das überlassen wir dem Kollegen Stadler, welche Fragen er stellt. Der Präsident Leitl braucht sicherlich derzeit keine Volksanwältin zur Vertretung in diesem Ausschuss. Er schafft das selbst. Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Außerdem präzisiere ich noch einmal. Aus dem Wortlaut des Briefes, den ich gerne noch einmal langsam vorlese, damit also auch alle intellektuell folgen können, dass hier die Wirtschaftskammer nicht für den Herrn Steininger auftritt, sondern ausdrücklich und wortwörtlich für die Firma EADS Eurofighter, und für den namentlich genannten Herrn Generaldirektor Aloysius Rauen. Jetzt frage ich noch einmal. Haben Sie auch, hat die Wirtschaftskammer auch für andere Rüstungskonzerne gleichartige Interventionen getätigt?

Dr. Christoph Leitl: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nur sagen, was ich getan habe. Sie haben die Gelegenheit gehabt, mit dem für das Geschäftssystem zuständigen Generalsekretär Mag. Tomani zu reden, Sie haben die Möglichkeit gehabt, mit Dr. Lohberger zu reden, ich nehme an, dass Sie diese Fragen damit an die kompetenten Persönlichkeiten gerichtet haben. Ich kann daher in dieser Frage nichts weiteres, als diese Persönlichkeiten auf Ihre Frage geantwortet haben, hinzufügen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie wissen nicht, ob Ihre Kammer weitere Interventionen für Rüstungskonzerne gemacht hat? Das entzieht sich Ihrer Kenntnis. Ist das so?

Dr. Christoph Leitl: Ich weiß über den ganzen Ablauf nichts, weil ich mich auch nie darüber informiert habe, ich kann nur sagen, mit der Einrichtung der ARGE Offset durch einen Beschluss des erweiterten Präsidiums der Wirtschaftskammer war für mich dieser Fall abgeschlossen. Alles andere war operative Umsetzung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was hätte es für Sie kammerintern für Konsequenzen, wenn Sie feststellen, dass ein namhafter und bedeutender Mitarbeiter Ihres Hauses ausschließlich für einen Rüstungskonzern tätig wird?

Dr. Christoph Leitl: Dann würde ich das Geschäftssystem ersuchen, mir diesbezüglich einen Sachverhalt vorzulegen und mir allfällige Konsequenzen zu berichten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie dürfen die heutige Befragung durchaus als Anregung auffassen, Herr Präsident.

Dr. Christoph Leitl: Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe eine weitere Frage, bezieht sich auf die Aussage des Dkfm. Fritz gestern, der uns ziemlich eindrücklich geschildert hat, wie Gelder von Dritten, ob jetzt Mitglied oder Nichtmitglied der IV, über die IV unter Abzug einer Steuer an die beiden Regierungsparteien ÖVP und FPÖ weitergeleitet wurden. Meine Frage richtet sich an Sie: haben Sie Kenntnis davon, ob auch die Bundeswirtschaftskammer derartige Geldertransfers, wie sie uns der Herr Dkfm. Fritz gestern geschildert hat, durchgeführt hat?

Dr. Christoph Leitl: Das fällt selbstverständlich in die politische Verantwortung und ich kann Ihnen sagen, dass ich von solchen Vorfällen keine Kenntnis habe und sie auch ausschließe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können sie für die Wirtschaftskammer ausschließen?

Dr. Christoph Leitl: So ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Ihre bedeutenden und leitenden Mitarbeiter, und um einen solchen handelt es sich beim Herrn Dr. Lohberger, mit

Politikern Firmen gründen, ist es dann in Ihrer Kammer üblich, dass man darüber intern zumindest Mitteilung macht?

Dr. Christoph Leitl: Ist nicht üblich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist nicht üblich. Das heißt also, es ist durchaus nicht auszuschließen, dass weiter Ihrer leitenden Mitarbeiter mit verschiedenen Politikern gemeinsame Firmen haben?

Dr. Christoph Leitl: Ich kann nicht jeden meiner zirka 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihrem Lebensweg begleiten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das habe ich gar nicht verlangt. Es geht hier darum, dass Sie ja Mitteilung bekommen über sobald eine Firma gegründet wird. Das bekommt ja die Bundeswirtschaftskammer volles Akteneinsichtsrecht und Mitteilung.

Dr. Christoph Leitl: Wenn ein Unternehmen gegründet wird, findet das in den Landeskammern statt und das Mitglied ist dort angesiedelt. Wir haben 370 000 Mitglieder. Es werden jährlich erfreulicherweise etwa 30 000 mehr. Es ist mir beim besten Willen nicht möglich, hier den Überblick über diese Zahl zu haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht Ihnen, ich sage in der Wirtschaftskammer wird das thematisiert oder ist das überhaupt kein Thema wenn Ihre leitenden Mitarbeiter jetzt ob Landeskammer oder Bundeswirtschaftskammer, wenn Ihre leitenden Mitarbeiter gemeinsam mit Politikern Firmen gründen? Es ist ja nichts Unanständiges, ja. Nicht jede Frage impliziert schon eine Unanständigkeit. Wir wollen ja nur wissen, ob es ein diesbezügliches Kontrollsystem gibt oder nicht?

Dr. Christoph Leitl: Nein, es ist möglich, ein Unternehmen zu gründen. Es gibt gewisse formale Voraussetzungen in Österreich. Jeder und jede die sich daran halten, können ein Unternehmen gründen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das kennen wir alles was die Gewerbeordnung diesbezüglich vorsieht. Das war aber nicht meine Frage, ob man ein Unternehmen gründen kann. Sondern ob in der Bundeswirtschaftskammer und in den Landeskammern es intern eine Kontrolle gibt, wenn leitende Mitarbeiter mit Politikern dieses Land, mit führenden Politikern dieses Landes Firmen gründen?

Dr. Christoph Leitl: Das würde die Frage stellen, was kontrolliere ich alles. Das würde zu einem umfangreichen Nachforschungssystem führen. Das könnte die Wirtschaftskammer nicht durchführen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Oh ja, das haben Sie schon.

Dr. Christoph Leitl: Ist auch nicht ihre Aufgabe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kenne Unternehmen, die sehr sehr umfangreich Gegenstand von Erhebungen durch die Wirtschaftskammer waren.

Dr. Christoph Leitl: Nur im Rahmen der Gewerbeordnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal, es ist die Frage, ob jemand bestimmte Leute in seinem Geschäft nicht haben will oder nicht, ist nicht eine Frage der Gewerbeordnung. Das war Gegenstand einer Ermittlung beispielsweise gegen ein Kammermitglied. Daher habe ich daraus geschlossen, dass Sie sich auch dafür interessieren, mit wem Ihre leitenden Mitarbeiter, mit welchen politischen Repräsentanten dieses Landes sie Firmen gründen. Sie sagen, das interessiert die Kammer nicht?

Dr. Christoph Leitl: Ich kenne den von Ihnen angezogenen Einzelfall nicht. Kann daher auch nicht nachvollziehen, dass Sie jetzt diesen Einzelfall ins generelle ableiten wollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will nur Klarheit haben. Gibt es eine solche Kontrolle oder gibt es sie nicht?

Dr. Christoph Leitl: Es werden Firmengründungen erfolgen im Rahmen der Gewerbeordnung und der gültigen Gesetze. Darüber hinausgehende Dinge werden nicht gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Ich darf jetzt auch kurz noch Fragen stellen. Diese Gegengeschäftsbestätigungen in Bezug auf die Roadshow der Bundeswirtschaftskammer, ich sage es Ihnen ganz offen, dass ist für mich die rätselhafteste Gegengeschäftsbestätigung von allen die mir vorgelegt worden sind und da waren einige sonderbare darunter. Und ich möchte es jetzt Punkt für Punkt durchgehen, weil ich einiges nicht verstehe. Das steht als Lieferdienstleistungsempfänger, also die Firma, die einen Auftrag erteilt, steht Eurofighter und Eurojet Partner Companies, EADS, British Aerospace, Alenia, Rolls-Royce und MTU. Jetzt, wenn ich das richtig verstanden habe, sind die 300 000 € von der Wirtschaftskammer ausgegeben worden? Ist das richtig?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): 30.000.

Dr. Christoph Leitl: Die 30 000?

Obmann Dr. Peter Pilz: 30 000 €, Entschuldigung.

Dr. Christoph Leitl: Die sind von der Wirtschaftskammer ausgegeben worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Ist Ihnen bekanntgeworden, ob hier in diesem Zusammenhang Eurofighter und Eurojet Partner Companies selbst finanzielle Leistungen erbracht haben?

Dr. Christoph Leitl: Meines Wissens nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt haben wir eine nachweisbare finanzielle Leistung von 30 000 €. Den Wert des Gegengeschäftes drei Millionen €, also das Hundertfache. Ein Prozent erklärt sich aus einer Leistung der Wirtschaftskammer. Haben Sie einen Hinweis auf die restlichen 99 Prozent, woher die kommen?

Dr. Christoph Leitl: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es also der Fall und wir müssen derzeit davon ausgehen, dass Eurofighter behauptet, Sie hätten einen Auftrag gegeben im Wert von drei Millionen ohne selbst einen Cent ausgegeben zu haben. Das Geld dahinter stammt in der Höhe von einem Prozent dieser Summe von der Bundeswirtschaftskammer, die aber nicht einmal im Formular und in der Gegengeschäftsbestätigung aufscheint. Sagen Sie, ist Ihnen irgendeine Wertschöpfungskette bekannt mit dem Faktor Hundert?

Dr. Christoph Leitl: Wenn Sie es sich nicht um besondere Glücksfälle handelt, Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also mich erinnert das mehr an Bet-and-win und weniger an ein ...

Dr. Christoph Leitl: Aber noch einmal. Ich kann nicht ernsthaft nachvollziehen, welche Leistungen das genannte Unternehmen hier ins Treffen führt. Was hier an Vorbereitung gemacht wird? Ich kenne nur das, was die Wirtschaftskammer selbst

organisiert und finanziert hat. Und das ist es, Punkt. Über die anderen 99 Prozent kann ich nicht Auskunft geben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Uns ist ja auch nichts anderes bekannt, weil unten steht Roadshow und irgendetwas mit Management. Das ist nicht einmal klar ausgefüllt. Das sind handschriftliche Zufügungen. Ich lese einmal vor, damit Sie sehen, wie das Ganze dargestellt wird und wie es zur Unterschrift und Gegengeschäftsbestätigungen kommt. Österreichischer Partner des Gegengeschäftes wird ausgefüllt, Vielzahl österreichischer Unternehmen mit Schwerpunkt KMU. Mit so etwas geben sich die Bestätiger zufrieden, also österreichischer Partner des Gegengeschäftes. Dann haben Sie, auf der Rückseite ist verpflichtend auszufüllen, der österreichische Partner des Gegengeschäftes firmenmäßige Zeichnung und da steht die Eurofighter GmbH. Das ist ja gerade verkehrt. Die kann ja nicht der österreichische Partner sein. Die ist ja auf der ersten Seite die Gegenseite und auf der zweiten Seite ist sie der österreichische Partner. Das heißt aus dem Formular geht hervor, dass mit den Geldern der Wirtschaftskammer Österreich der Eurofighter GmbH einen Auftrag gegeben hat. Wobei festzustellen ist, dass sich weder die Eurofighter GmbH noch die Eurofighter GmbH in Österreich befindet. Sagen Sie, warum wird so etwas unter Mitwirkung der Wirtschaftskammer Österreich als Gegengeschäft anerkannt? Verstehen Sie das?

Dr. Christoph Leitl: Ich kann da nur wieder auf die zuständigen Abwicklungsbeauftragten hinweisen. Aber auch darauf, dass die Wirtschaftskammer selbst niemals die Kompetenz hatte, zu beurteilen, ob etwas als Gegengeschäft anerkannt wird oder nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sagen Sie, haben Sie Kenntnis davon, hat ein Vertreter der Wirtschaftskammer und das wäre ein Versuch der Ehrenrettung, der anerkennenden Plattform mitgeteilt, dass die Wirtschaftskammer das eigentlich nicht für richtig hält, das als Gegengeschäft anzuerkennen?

Dr. Christoph Leitl: Ich habe keine Kenntnis davon.

Obmann Dr. Peter Pilz: Könnten Sie das bitte schön eruieren, weil ich habe das sehr wohl gehört, dass sich sogar die Wirtschaftskammer und die zuständigen Herrn dort bis auf höchste Ebene sehr gewundert haben, dass im Namen der Wirtschaftskammer ohne eine Zeichnung durch die Wirtschaftskammer, dass mit Geldern der Wirtschaftskammer als Gegengeschäft anerkannt worden ist?

Dr. Christoph Leitl: Ich kann es gerne eruieren, wenn Sie das wollen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Sagen Sie, grundsätzlich wissen Sie ja, welche Kriterien Gegengeschäfte erfüllen müssen. Wenn Sie dieses Formular sehen, also die eine Seite hier ist Eurofighter und Eurojet Partner Companies, der Liefer- und Dienstleistungsempfänger. Und dann, das ist ja das Absurdeste des ganzen Formulars, der österreichische Partner des Gegengeschäfts ist die Eurofighter GmbH mit einer deutschen Adresse. Ist das Ihrer Meinung nach eine ordnungsgemäß erstellte und sachlich gerechtfertigte Gegengeschäftsbestätigung?

Dr. Christoph Leitl: Herr Vorsitzende! Ich muss noch einmal sagen, dass es nicht unsere Aufgabe als Wirtschaftskammer gewesen ist, Gegengeschäftsbestätigungen abzuwickeln. Dass es nicht unsere Aufgabe war, diesbezügliche Beurteilungen vorzunehmen und auch Entscheidungen zu treffen. Ich nehme an, dass die Entscheidungsbefugten sich das überlegt haben und zu entsprechenden Schlüssen gekommen sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber es muss ja möglich sein für den Präsidenten, einer der wichtigsten wirtschaftlichen oder einer der beiden wichtigsten wirtschaftlichen Interessensvertretungen, wenn man das sieht und da geht es um Geld der eigenen

Organisation und da geht es um die Interessen der KMUs, dass der Präsident sagt, das ist gut so und so stelle ich mir das vor oder sagt, Nein, eigentlich eher nicht. Ich glaube, dazu haben Sie schon das Mandat?

Dr. Christoph Leitl: Schauen Sie, wir sind hier jetzt nicht darum da was man persönlich denkt und nicht, sondern wir sind dazu da zu sagen, wozu war die Wirtschaftskammer Österreich befugt? Was hat sie machen können? Wenn Sie mir jetzt etwas zeigen, da müsste ich zumindest die Möglichkeit haben, Hintergründe zu kennen, Motive zu kennen, letztendlich die Entscheidungen auch zu wissen. Das habe ich alles nicht und daher tue ich mir schwer, aus einer punktuellen Darlegung einen Gesamtschluss zu ziehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das verstehe ich schon. Das ist eine Frage des Willens, ob man sagt, man will das beurteilen oder nicht. Es ist ja nicht Ihre Aufgabe. Ihre Aufgabe ist hier, über Tatsachen und Wahrnehmungen zu berichten. Aber ich wollte Ihnen die Möglichkeit geben, hier eine Beurteilung vorzunehmen.

Ein Punkt ist schon wichtig, dass die Eurofighter GmbH mit Unterschrift und Stempel als österreichischer Partner des Gegengeschäftes auftritt, ist schlicht und einfach gesetzeswidrig, weil sie das nicht sein kann. Es können nur österreichische Firmen österreichische Partner von Gegengeschäften sein. Und Eurofighter GmbH ist hier die andere Seite und deswegen möglicherweise zu Recht als Leistungsempfänger hier in dieser Spalte eingetragen. Das heißt, das ist nicht nur unkorrekt, das ist gesetzeswidrig was hier vorliegt. Und das halte ich schon für einen Punkt und da möchte ich Sie weiter fragen, wenn mit Geldern der Bundeswirtschaftskammer ein Gegengeschäft fälschlich und gesetzeswidrig behauptet wird und 30 000 € auf drei Millionen € offensichtlich in Unkenntnis der österreichischen Wertschöpfungszustände aufgeblasen wird, besteht da Ihrer Meinung nach nicht die Notwendigkeit der Bundeswirtschaftskammer gegen derartige Praktiken mit dem Namen der Kammer und mit Geldern der Kammer durchaus tätig zu werden?

Dr. Christoph Leitl: Wenn wir in die Beurteilung oder Entscheidung eingebunden wären, dann hätten wir das prüfen müssen und allenfalls auch eine Mitverantwortung zu tragen gehabt. So nehme ich an, dass diese Würdigung des vorliegenden Antrages und auch die entsprechende Entscheidung von den dazu befugten Gremien vorgenommen worden ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat ja wohl so sein müssen und die werden auch die Verantwortung dafür tragen müssen mit welchen Konsequenzen auch immer. Nur letzte Frage dazu, werden Sie auf Grund dieser Unterlagen, die ja eindeutig sind, im Gegensatz zu anderen Gegengeschäften ist ja da nicht einmal ein Interpretationsspielraum, ob es sich hier um ein korrektes Gegengeschäft handelt. Die Antwort ist eindeutig Nein. Was werden Sie jetzt im Interesse der Bundeswirtschaftskammer um deren Gelder es ja geht unternehmen? Werden Sie das Wirtschaftsministerium auffordern, dieses Geschäft aus der Liste der Gegengeschäfte zu streichen?

Dr. Christoph Leitl: Wenn Sie sagen es geht um Geld der Bundeswirtschaftskammer, dann können Sie nur die Informationskampagne, es war nie von Roadshow bei uns die Rede, sondern von Informationskonferenzen, dann können Sie das nur nehmen. Und ich glaube, dieses Geld ist auch im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen, die wir zu beachten haben, sparsam und zweckmäßig für Interessen unserer Mitglieder eingesetzt worden. Alle anderen Entscheidungsvorgänge kann ich hier nicht beurteilen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na gut. Kommen wir zu dieser Geschichte mit der Parteienfinanzierung. Wir haben nach § 4, Abs. 7 Parteiengesetz Spenden über Interessensvertretungen, hat die ÖVP von 2001 bis 2005 laut eigenen Erklärungen, die

in der Wiener Zeitung veröffentlicht worden sind, 3 597 660 € bezogen. Die FPÖ 1 390 482 €, das sind mit 4 988 142 € knapp fünf Millionen € in den genannten Jahren 2001 bis 2005. Ich möchte mit Ihnen gar nicht den zum Teil absonderlichen Verlauf insbesondere im Bereich der FPÖ jetzt im Detail durchgehen, weil ich gehe davon aus, dass Sie dazu keine Wahrnehmungen machen konnten. Für mich ist nur wichtig, der Kollege Stadler hat bereits gefragt, Sie können mit Sicherheit ausschließen, dass auch nur ein Euro und ein Cent aus diesen Summen von der Wirtschaftskammer stammt? Gilt das für die Bundeswirtschaftskammer und die Länderkammern, diese Erklärung, dass mit Sicherheit auszuschließen ist?

Dr. Christoph Leitl: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Weil ich sage Ihnen nur, wohin das weiterführt, weil nachdem für die Arbeiterkammer ähnliche gesetzliche Regelungen gelten und ich davon ausgehe, dass das genauso ausgeschlossen wird und ich auch glaube, dass das glaubhaft ausgeschlossen werden kann, bleiben über der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Industriellenvereinigung als freiwillige Interessensvertretungen, die innerhalb der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften mit ihren Geld machen können was sie wollen. Und das werden wir mit anderen Personen, zum Beispiel, mit dem Herrn Neudeck heute um 15 Uhr für die FPÖ erörtern müssen.

So, das war es eigentlich. Können Sie mir nur ein Letztes noch sagen, wie beurteilen Sie heute angesichts der Liste der behaupteten und möglicherweise zum Teil auch zustande gekommenen Gegengeschäfte den Erfolg für die Klein- und mittleren Unternehmen?

Dr. Christoph Leitl: Ich habe mit einigen gesprochen, weil mir selbst auch immer die Frage des Erfolgs einer solchen Gegengeschäftsbeziehung ein interessantes Thema gewesen ist. Die meisten Antworten, die ich bekommen habe: Es war hilfreich, einen Kontakt zu erhalten, eine Gelegenheit zur Präsentation zu haben. Es war hilfreich im atmosphärischen Teil, aber letztendlich musste ein Unternehmen im Kosten-Nutzen-Vergleich wettbewerbsfähig sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe da nur noch eine letzte ergänzende Frage. Sagen Sie, sind Ihnen im Rahmen der Bundeswirtschaftskammer Fälle bekanntgeworden, wo das Gegengeschäft ausschließlich daraus bestanden hat, das behauptete Gegengeschäft, dass für bereits abgeschlossene Geschäfte andere Finanzierungen angeboten worden sind?

Dr. Christoph Leitl: Mir ist nichts bekannt geworden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich habe keine weiteren Fragen. – Bitte.

(Keine Namensnennung bei der Worterteilung – Stimme unbekannt.)

Abgeordneter ...: Herr Präsident! Ich möchte Ihnen kurz einen Artikel aus der Kleinen Zeitung von heute berichten, und Ihnen ein paar Fragen zu stellen. Erstens der Artikel beginnt mit der Überschrift „Wir brauchen diese Flieger einfach“, Zeltweger sind vom Eurofighter überzeugt. Gute Stimmung im Aichfeld. Da hat die Kleine Zeitung so ein Stimmungsbild eingeholt und ich möchte zwei Zitate rausnehmen.

Das Erste: Die Flieger bringen Arbeitsplätze in die Region. Es ist zwar laut, aber wenn man bereits 30 Jahre hier lebt, ist das egal. Und von einem Unternehmer, der ebenfalls hier befragt worden ist, wir brauchen diese Flieger einfach. 99,9 Prozent meiner Kunden sprechen sich auch für den Eurofighter aus. Herr Präsident! Da sieht man schon das Stimmungsfeld in der Region hier in Aichfeld ist eindeutig auch für die Nachbeschaffung. Jetzt ist meine Frage, sind Ihnen diese Informationen bekannt oder

haben Sie auch über die örtliche Regionalstelle der Wirtschaftskammer dieses Stimmungsbild eingeholt?

Dr. Christoph Leitl: Ich glaube, dass die Kleine Zeitung in diesem Fall die Stimmung der Bevölkerung korrekt widerspiegelt.

Abgeordneter ...: Herr Präsident! Eine zweite Frage. Können Sie sich das vorstellen, dass es üblich ist oder stellen Sie sich vor, dass es total unüblich ist, wenn ausländische Unternehmen in Österreich mit Behörden in Kontakt treten wollen oder mit einzelnen Kammermitgliedern, dass Sie in erster Linie zum Beispiel auch an die Bundeswirtschaftskammer herantreten, um sozusagen diesen Kontakt zu ermöglichen wie es im Fall von EADS und Steininger gewesen, dass die Bundeswirtschaftskammer sozusagen hier auch dem damals noch unbekanntem Unternehmen Eurofighter den Kontakt hergestellt hat?

Dr. Christoph Leitl: Selbstverständlich ist Kontaktherstellung und Kontaktvermittlung eine unserer Aufgaben. Wir erwarten das ja umgekehrt auch von unseren Partnerorganisationen in anderen Ländern. Ob diese Kontaktvermittlung jetzt über die Bundeskammer, über die Landeskammer oder eine Bezirksstelle erfolgt, hängt von den spezifischen Interessen und Gegebenheiten des Informationswissbegierigen ab.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Darmann. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke Herr Vorsitzender! Herr Dr. Leitl! Nur eine kurze Frage zur Aufnahme dieses ganzen Hickhacks wie es da jetzt rund um den Eurofighter in Österreich abläuft, im Ausland. Was haben Sie für eine Rückmeldung durch die Außenhandelsdelegierten? Wie reagiert das Ausland darauf was sich hier abspielt in Österreich in diesem Zusammenhang mit dieser Beschaffung?

Dr. Christoph Leitl: Ich habe da keine besonderen Rückmeldungen aus dem Kreis meiner Außenhandelsdelegierten.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Überraschend, aber danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Präsident, die ARGE Sicherheit war jene Arbeitsgemeinschaft, die die Betriebe in den unterschiedlichen Innungen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefasst hat, die mit dem Bundesheer Kontakt und wirtschaftliche Verflechtungen haben, um sozusagen das zu bündeln. Weil in der Kammer ja die Industrie in einem eigenen Fachverband organisiert ist, das Gewerbe wieder in einem eigenen, die verschiedenen Innungen, und jene, die sich für Geschäfte mit dem Bundesheer interessieren, weil sie sie schon getätigt haben oder weil sie beabsichtigen, solche zu tätigen, waren in der ARGE Sicherheit zusammengefasst. Liegt es da in der Natur der Sache, dass, wenn jemand als Repräsentant in Österreich mit einem österreichischen Gewerbeschein als Kammermitglied sozusagen sich dem Bundesheer zu präsentieren, dass er sich dann der Wirtschaftskammer bedient?

Dr. Christoph Leitl: Das liegt in der Natur der Sache.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, in dem Schreiben, wo Steininger als Repräsentant genannt wird, und Steininger ist ein österreichisches Unternehmen, dass er sich hier sozusagen an die ARGE Sicherheit wendet, damit die dem Bundesheer das glaubwürdig übermitteln, dann kann man davon ausgehen, dass aufgrund des hohen Vertrauensvorschlusses, den die Wirtschaftskammer genießt, so ein Repräsentant auch diesen Weg wählt?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist ein falscher Vorhalt, Herr Vorsitzender. Jetzt mache ich das einmal, was die Frau Fekter zu hunderten Malen macht, aber das stimmt schlicht nicht, was sie hier vorträgt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Würde ich in diesen Fällen jedes Mal eingreifen, würde das die Sitzung beträchtlich verlängern. Bitte, Frau Kollegin Fekter, fortzufahren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Kollege Stadler hat versucht, das schräg darzustellen, weil Lohberger als damals glaube ich Syndikus in etwa der Wirtschaftskammer, also er war auf alle Fälle Geschäftsführer dieser ARGE Sicherheit, sozusagen Steininger beim Bundesheer vorgestellt hat als Repräsentant von EADS Eurofighter. Das war an und für sich nicht korrekt, weil EADS Eurofighter keine Firma ist: entweder EADS oder Eurofighter GmbH; Lohberger hat das dort etwas untechnisch formuliert, um auf die Reaktion des Herrn Kollegen Kräuter zu antworten, ich hätte den Vorhalt nicht ganz korrekt gemacht. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, danke herzlich. So, gibt es noch weitere Wünsche? Das scheint nicht der Fall. Damit ist die Befragung geschlossen. Danke für Ihr Erscheinen und Ihre Auskünfte und wünsche in Zukunft bessere Gegengeschäfte.

Ich ***unterbreche*** die Sitzung bis 12.30 Uhr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen zur Anhörung von Herrn ***Hofrat Mag. Erich Deutsch.***

Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Dieser Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu Ihren Personalien. Bitte das Mikrofon zu benützen. Ihr vollständiger Name lautet?

HR Mag. Erich Deutsch: Erich Deutsch.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

HR Mag. Erich Deutsch: 30.12.1942.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

HR Mag. Erich Deutsch: 1130 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

HR Mag. Erich Deutsch: Beamter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Landesverteidigung, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe für Sie schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich zur Besprechung der weiteren Vorgangsweise.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie das recht auf eine persönliche Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann bitte ich um diese Erklärung.

HR Mag. Erich Deutsch: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf einleitend einen kurzen Überblick über die Aufgaben, Befugnisse und Organisation des Abwehramtes im allgemeinen und im besonderen Zusammenhang mit der Drakennachbeschaffung geben.

Seit 2000 sind die Ausgaben und Befugnisse der militärischen Abwehr im Militärbefugnisgesetz geregelt, darüber hinaus die Informationssicherheit für ausländisch klassifizierte Informationen im Informationssicherheitsgesetz. Eine weitere wesentliche Rechtsgrundlage für unsere Tätigkeit ist das Datenschutzgesetz neben natürlich allen maßgeblichen Rechtsvorschriften der Rechtsordnung schlechthin.

Die Prüfung und Vorprüfung der Befugnisausübung ist durch das Institut des Rechtsschutzbeauftragten geregelt.

Die Aufgaben des Abwehramtes sind die nachrichtendienstliche Abwehr im Rahmen des militärischen Eigenschutzes, geregelt in den Paragraphen 20 bis 25 Militärbefugnisgesetz, die Beratung des Ministers als Sicherheitsbeauftragten, geregelt durch einen internen Erlass, wobei hier unter militärischer Sicherheit Gruppen- und Personenschutz, Geheimschutz und Objektschutz verstanden wird, Beratung des

Ministers als Informationssicherheitsbeauftragten im Sinne des Informationssicherheitsgesetzes und der Informationssicherheitsverordnung.

Das bedeutet in diesem Zusammenhang, dass das Abwehramt in den Schutz militärischer Rechtsgüter vor erwartbaren gerichtlich zu ahndenden Vorsatzdelikten und für sogenannte Verlässlichkeitsprüfungen zuständig ist.

Das ist die Überprüfung von Personen, von denen unmittelbar oder mittelbar eine Gefahr für die militärische Sicherheit ausgehen könnte, weil diesen Zugang zu sicherheitssensiblen oder, wie wir sagen, klassifizierten Rechtsgütern erlangen könnte oder erlangen sollte.

Die militärische Sicherheit umfasst den Schutz militärischer Rechtsgüter, das sind im Wesentlichen Leben und Gesundheit von Angehörigen des Ressorts, militärische Bereiche, Heeresbund und militärische Geheimnisse.

Daraus folgt: Es liegt daher nicht in der Zuständigkeit des Abwehramtes zu prüfen, ob bestimmte Angehörige Kontakte oder Verbindungen, dienstliche oder außerdienstliche, zu Unternehmen oder Lobbyisten haben, sofern daraus nicht eine Gefahr für die militärische Sicherheit ausgeht, und es gibt aber auch keine interne Meldepflicht an das Abwehramt.

Es ist ebenso wenig eine Aufgabe des Abwehramtes, die Objektivität oder Befangenheit von an einem Vergabeverfahren beteiligten Personen zu prüfen.

Immer dann, also wenn kein Bezug zur militärischen Sicherheit gegeben werden kann, liegt damit auch keine Zuständigkeit des Abwehramtes vor.

In Zusammenhang mit der Drakennachfolge hat das Abwehramt bis dato folgende Aufgaben wahrgenommen: Im Juli 2002, das genaue Datum habe ich leider in der Eile nicht mehr recherchieren können, wurde ein sogenanntes LOU, ein Letter of Understanding mit der NETMA, ich darf erklären, was die NETMA ist, das ist die NATO Eurofighter Typhoon Management Agency, sie ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ah, Tornado, Tornado.

HR Mag. Erich Deutsch: Ah, Tornado, okay, ich habe jetzt das T falsch zugeordnet vor lauter... Gut. Die NETMA ist eine Dienststelle der NATO, die im Wesentlichen Geheimschutzbedürfnisse der NATO, der Hersteller und aller Bedarfsträger koordiniert.

Im September, dieses Abkommen wurde durch meinen stellvertretenden Amtsleiter und den zuständigen Abteilungsleiter mit einem Vertreter des Ministeriums aus der Legistik verhandelt und dann im September 2002 zum Abschluss gebracht und im Juni 2003, da gibt es das genaue Datum, am 2. 6. 2003 habe ich als Leiter des Abwehramtes und als Informationssicherheitsbeauftragter des Herrn Bundesministers dieses Abkommen, das also im Wesentlichen eine Sicherheitsvereinbarung beinhaltet, unterzeichnet, nachdem dies auch Vertreter aller dieser Herstellernationen unterzeichnet haben.

In der weiteren Folge ging dieser weitere Beschaffungsvorgang voran, und es gab ein sogenanntes, wie dies modern heute heißt, Kick-off-Meeting am 29. 7. 2002, an dem auch mein Stellvertreter teilgenommen hat, weil ich damals in Urlaub war, schließlich wurden alle Projektmitglieder Ende Juli, Anfang August 2002 einer eingehenden Sicherheitsbelehrung unterzogen im Hinblick auf militärische Sicherheit, wie schon erwähnt.

Des weiteren gab es natürlich im Zuge dieser Zeit von 2002 bis herauf etliche Abklärung von Sicherheitsvorfällen, ich erinnere da nur an den Fall des Brigadier Knoll, an verschiedene Zeitungsmeldungen, die überraschenderweise in den Medien

erschienen sind, die relativ diese Aufgaben sehr zeitaufwendig ... Wir haben auch Verlässlichkeitsprüfungen, soweit erforderlich und beantragt, durchgeführt, das heißt, immer dann, wenn ein Bedarfsträger einen Zutritt zu einer klassifizierten Information erhalten soll, wird bei uns ein Antrag gestellt und dann die entsprechende Prüfung durchgeführt.

Ja, darüber hinaus waren wir natürlich im Zuge dieser Nachfolgebeschaffung für eine Menge bauliche Maßnahmen zuständig, wo wir auch für den Standrad und für die Sicherheitsbestimmungen in diesem Fall tätig werden, ob dies jetzt Objekte sind oder EDV-Leitungen, die alle nach dem NATO-Standard zu zertifizieren sind, wir sind seit Neuestem auch Zertifizierungsstelle des Bundesministeriums für Angelegenheiten, für derartige Dinge.

Kurz noch zur Organisation: Das Abwehramt ist eine dem Verteidigungsminister nachgeordnete Dienststelle und direkt dem Generalstabschef unterstellt. Im Wesentlichen ist es organisiert, neben einem Leitungs- und Verwaltungselement hat es vier Abteilungen: Eine dieser Abteilungen bearbeitet federführend alle Sicherheitsangelegenheiten, militärische Sicherheit den Eurofighter betreffend.

Nachdem ja immer die Beziehungen von Generalmajor Wolf angesprochen werden, darf ich vielleicht auch dazu kurz etwas sagen: Es gibt von mir zum Generalmajor überhaupt keinerlei private Verbindungen, und selbst dienstliche nur in dem Ausmaß, wo wir zuständig sind. Ich darf dazu noch von der Fachkompetenz sagen: Das Abwehramt, oder auch ich, verfügen über keine einschlägigen Kenntnisse von Beschaffungs- oder Bewertungsabläufen oder einschlägigen Kenntnissen über technische oder kaufmännische Belange.

Ich sage Ihnen dazu, den Eurofighter-Vertrag kennen wir bis heute selbst nicht, sondern nur die Ziffer, die die Sicherheit regelt. Danke schön. Das wäre mein Statement gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Es beginnt Kollegin Fekter. Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Hofrat! Danke für die Ausführungen. Sie haben jetzt gerade ausgeführt, jeder Zugang zu klassifizierten Informationen zieht eine Prüfung nach sich. Wir haben hier Zugang zu klassifizierten Informationen, weil uns ja vertrauliche Unterlagen übermittelt worden sind. Welche Prüfungen haben Sie bezüglich der Mitglieder dieses Ausschusses bisher angestellt?

Mag. Erich Deutsch: Wir haben darauf hingewiesen auf die Bestimmung, vor allem wenn es um ausländisch klassifizierte Informationen geht. Die sind ja die einzigen, die in einem besonderen Gesetz, im Informationssicherheitsgesetz angesprochen sind. Inländisch klassifizierte Informationen sind ja bei uns in der Republik sehr unterschiedlich in den einzelnen Ressorts geregelt. In unserem Ressort gibt es eine Schlusssachenvorschrift, die das regelt. Also ein Erlass, der noch die Amtsverschwiegenheit aufbauend hier das erlassmäßig regelt. Man hat sich in der letzten Zeit bemüht, glaube ich, wieder eine einheitliche Regelung bundesweit zu schaffen. Nachdem das Parlament meines Wissens so etwas nicht kennt, hier gibt es den Begriff der Vertraulichkeit meines Wissens und es müssten zumindest die Eckpunkte eingehalten werden, aber Abgeordnete sind ausgenommen von diesen Überprüfungen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie ausschließen, dass Mitglieder dieses Untersuchungsausschusses nachrichtenamtlich überwacht werden?

Mag. Erich Deutsch: Also von uns nicht. Ich kann hier nicht für die Republik sprechen, sondern nur für das Abwehramt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zu welchen Mitgliedern des Ausschusses hatten Sie vor dem heutigen Tag Kontakt?

Mag. Erich Deutsch: Ich kenne Damen und Herren von dem besonderen Unterausschuss, der die Nachrichtendienste zu prüfen hat. Und wenn ich mich so reihum sehe, kenne ich natürlich viele Herren vom Bildschirm her, aus den Medien.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ihre Ladung ist ja im Zusammenhang erfolgt mit den Nebenbeschäftigungen. Können Sie uns erläutern, wie die Nebenbeschäftigungen im Verteidigungsressort überprüft, überwacht, genehmigt, bewilligt, wie immer wie sich das darstellt?

Mag. Erich Deutsch: Ich muss einmal sagen, das Abwehramt hat hier keine Zuständigkeit. Zuständig ist erstens einmal der Mann selbst, dann sein Vorgesetzter, die Dienstbehörde und die Disziplinarbehörde letztlich, wenn irgendwelche Ungereimtheiten hier auftauchen sollten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Landen diese Meldungen bezüglich einer Beschäftigung so eine Art Bekanntgabe, weil eine Bewilligung als solches gibt es ja im eigentlich Sinne nicht. Landet diese Meldung in Ihrem Amt?

Mag. Erich Deutsch: Diese Meldung nicht. Es kann aber sein, dass im Zuge des Ausfüllens des Formulars der Verlässlichkeitsprüfung, wo allerdings dabei steht, nur mit Bezug zur militärischen Sicherheit, solche Informationen zu uns gelangen, allerdings haben wir hier keine Kompetenz nachzuforschen. Würden hier Besonderheiten auftauchen, würde das am Meldeweg allenfalls über meine Vorgesetzten in den richtigen Kanal sozusagen geleitet werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei der Verlässlichkeitsprüfung von Generalmajor Wolf sind da seine Nebentätigkeiten aufgetaucht?

Mag. Erich Deutsch: Es sind Nebentätigkeiten aufgetaucht. Aber es gab aus einem besonderen Anlass, der wie Sie heute aus den Medien entnehmen konnten, kam es in der vorigen Nacht zu einer Festnahme. Es hat mit Wolf nicht unmittelbar zu tun. Aber das war für uns Anlass, mit Wolf ein Gespräch zu führen und da hat er uns erklärt, er hat seine Nebentätigkeiten beendet so wie er das bei der Disziplinarabteilung auch getan hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie uns sagen, wer die festgenommene Person ist?

Mag. Erich Deutsch: Ja, ich weiß, das ist eine Datenschutzfrage für mich und zweitens ein laufendes gerichtliches Verfahren. Es geht um einen Beamten oder einen Unteroffizier, soweit kann man sagen des Verteidigungsressorts. Das war der Grund, warum wir überhaupt in der Sache zwar nicht federführend aber mitwirkend hier tätig waren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Auch bezüglich der Nebenbeschäftigung von Generalmajor Wolf zum damaligen Zeitpunkt, also 2002, was war damals die Angabe von Wolf?

Mag. Erich Deutsch: Da müsste ich jetzt nachschauen. Die Verlässlichkeitsprüfung würde jetzt ablaufen im Juli und das kann ich jetzt explizit nicht sagen wie das exakt geheißen hat. Da müsste ich es im Akt nachforschen. Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dem Bundesheer war aber bekannt, dass er Nebentätigkeiten ausübt, die sich mit Flugshows und Geschäften in diesem Umfeld bewegen. Und Generalmajor Wolf hat dem Ausschuss hier

bekanntgegeben, dass er diese Tätigkeiten bevor er in die Bewertungskommission eingetreten ist, zurückgelegt hat. Ist Ihnen das bekanntgegeben worden?

Mag. Erich Deutsch: Eben durch das letzte Gespräch, das er was zurückgelegt hätte und schon vor längerer Zeit. Das ist seine Aussage gewesen. Das hat er auch gegenüber der Disziplinarbehörde bekanntgegeben. Das war für uns kein Grund. Das ist für uns kein Untersuchungsgegenstand.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt solche Angaben sind nicht näher überprüft worden, ob nicht daraus unter Umständen eine Gefahr für die militärische Sicherheit entstehen könnte?

Mag. Erich Deutsch: Na ja das ist zu überprüfen, ob daraus eine Gefahr für die militärische Sicherheit, also Objektschutz, Geheimschutz, Personenschutz entstehen könnte. Das ist das Prüfungsszenario.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn man so eine Tätigkeit sich ansieht, was sind die Kriterien, ab wann man eine Gefahr ortet?

Mag. Erich Deutsch: Es gibt kaum praktische Fälle. Wenn einer für einen fremden Nachrichtendienst arbeiten würde oder einer extremistischen Organisation in die Nähe kommt oder gar kriminell, das würde ja dann schon wieder die Abgrenzung sein eigentlich zum Innenressort und zur Justiz. Also das wären Anhaltspunkte, wenn er solchen Organisationen irgendwo in die Nähe käme.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Klassische Unvereinbarkeiten, dass man einfach sagt, es ist unvereinbar, wenn er da einerseits in der Fliegerbranche tätig ist und andererseits einen Fliegerbeschaffungsvorgang mitbetreibt. Werden die auch überprüft?

Mag. Erich Deutsch: Von uns nicht, da wird die Dienstbehörde gefordert oder sein Vorgesetzter oder die Hierarchie hinauf.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist das damals erfolgt? Haben Sie Kenntnis davon?

Mag. Erich Deutsch: Nachdem General Pleiner hier im Ausschuss, habe ich mich eine Stunde lang unterhalten über Dinge, die lange in der Vergangenheit liegen und er, glaube ich, hat es dargelegt, dass es offenbar schon immer ein Thema war, die Nebenbeschäftigung des Generalmajor Wolf und sie damals Maßnahmen gesetzt haben. Aber General Pleiner ist, glaube ich, 2002 in den Ruhestand getreten oder zwischen 2002, Anfang 2003 und hat dann gesagt, ja es sei dann bei der Disziplinarabteilung gelandet und der Leiter ist verstorben überraschend. Also das konnte er mir nicht mehr sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie häufig kommen eigentlich Nebenbeschäftigungen in Ihre Abteilung, wo man bei der Nebenbeschäftigung unter Umständen doch eine Gefahr für die militärische Sicherheit sieht?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe Beispiele gebracht. Wir haben das überhaupt so einen Fall noch nicht gehabt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist es üblich, dass hohe Militärs Nebenbeschäftigungen haben sei es, indem sie regelmäßig Artikel schreiben für Zeitungen und dafür entlohnt werden, indem sie Vorträge halten und dafür entlohnt werden, indem sie Kontakte zu, sage ich jetzt einmal, Rüstungsbranche haben, aus denen sie Geld lukrieren?

Mag. Erich Deutsch: Das kann ich jetzt nicht bestätigen, weil es bei uns hier keine Übersicht gibt über diese Nebenbeschäftigungen. Ich kann nur sagen im eigenen

Bereich, ich habe hochgradige Techniker im Bereich, die heute wissen, dass sie draußen sehr viel verdienen könnten. Ich habe das bei mir selbst abzuarbeiten gehabt und habe gesagt, liebe Freunde, ihr müsst euch entscheiden, entweder oder. Ich habe dann eher das Risiko, dass ich einen guten Mitarbeiter verliere. Aber sie sind geblieben, kann ich auch sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat ja bereits im Jahr 2003 heftige mediale Debatten darüber gegeben, parlamentarische Aktivitäten gegeben, Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft gegeben in diesem Zusammenhang. Hat sich Ihr Amt damit befasst?

Mag. Erich Deutsch: Ich verstehe jetzt die Frage nicht. Anzeigen in welchen Zusammenhang?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich unterstelle jetzt einmal, dass bereits zum damaligen Zeitpunkt und nicht erst jetzt durch den Untersuchungsausschuss, sondern bereits zum damaligen Zeitpunkt diese Nebenbeschäftigungen, diese Tätigkeiten vermutete Unvereinbarkeiten waren ja damals bereits medial in der Berichterstattung und es hat dringliche Anfragen hier im Haus dazu gegeben. Es hat Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft gegeben. Das muss doch nicht spurlos an Ihrem Abwehramt vorbeigegangen sein. Das kann ich mir, jetzt sage ich einmal ganz ehrlich, nicht vorstellen.

Mag. Erich Deutsch: Es ist immer die Frage des Zusammenhangs mit der militärischen Sicherheit. Und wir haben damit mit vielen anderen Bereichen genug zu tun, so dass wir uns nicht als allumfassend, wo wir nicht zuständig sind, nicht einschalten oder kümmern.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also Sie haben ausgeführt, Herr Hofrat, dass Ihre Hauptaufgabe darin besteht, zu erwartende Gerichtsverfahren sozusagen hinanzuhalten und das Militär, nämlich die Sicherheit der Militärs, Rechtsgüter, die militärischen Bereiche et cetera zu schützen vor zu erwartenden Gerichtsverfahren. Aber wenn es Anzeigen an die Staatsanwaltschaft gegeben hat, ist ja so etwas eigentlich zu erwarten.

Mag. Erich Deutsch: Ja, aber nicht umfassend. Nur im spezifischen Zusammenhang mit Schutz der militärischen Rechtsgüter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Heißt das, dass Sie sich vorwiegend mit Gefahren, die von außen kommen, befassen und fast nicht mit Gefahren, die unter Umständen von innen herauswachsen könnten?

Mag. Erich Deutsch: Das kann man so generell nicht sagen. Natürlich schon von außen, aber auch von innen natürlich. Es gibt ja auch Innentäter – das ist schon noch die Frage. Aber nicht Dinge, nur wenn sie eine Gefahr für die militärische Sicherheit darstellen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat im Juli/August 2002, wie Sie ausgeführt haben, eine umfassende Sicherheitsbelehrung gegeben. (*Erich Deutsch: Ja!*) Können Sie uns Details zu dieser Sicherheitsbelehrung sagen?

Mag. Erich Deutsch: Das ist zum Beispiel, wie mit dem Geheimschutz umzugehen ist; eine Erinnerung der Vorschriftenlage: Wie gehe ich mit klassifizierten Informationen um? Da gibt es eine Menge bürokratischer Dinge, wie sie zu kennzeichnen sind, wie sie zu lagern sind, einzusperren sind, wer nur Zugang haben darf – also nur verlässlichkeitsgeprüfte Personen –, in welchen Behältnissen sie aufzubewahren sind. Das ist das, was einmal den Geheimschutz betrifft.

Objektschutz kann eine Rolle spielen bei besonderen Schutzobjekten, die besonders gekennzeichnet sind, dass auch dort nur Personen entweder verlässlichkeitsgeprüft Zutritt haben dürfen oder eben – im Ausnahmefall, wenn es ein kurzer Besuch ist – mit einer Sicherheitsperson begleitet werden müssen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese Verlässlichkeitsprüfungen, haben die alle Mitglieder der Bewertungskommission über sich ergehen lassen müssen?

Mag. Erich Deutsch: Ja! Es wird geschaut: Ist eine aktuelle sozusagen noch vorhanden, und wenn sich keine Veränderungen ergeben haben, also keine Meldungen zu uns hereinkommen – die Gültigkeit geht bis zu fünf Jahren bei uns – dann bleibt die. Aber es wurde festgestellt, dass alle Mitglieder so eine aktuelle oder zumindest nicht länger als fünf Jahre zurückliegende Verlässlichkeitsprüfung besitzen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, grundsätzlich ist der Rhythmus in etwa alle fünf Jahre und nicht projektsbezogen? (*Erich Deutsch: Nicht projektbezogen.*) Bezüglich dieser Verlässlichkeitsprüfung und Unvereinbarkeitsregelung die Nebenbeschäftigungen betreffend haben Sie ausgeführt, dass da nicht primär das Abwehramt zuständig ist, sondern die Vorgesetzten und dann die Disziplinarbehörde (*Erich Deutsch: Die Dienstbehörde an sich!*), die Dienstbehörde. Das war damals Plainer. Nur, Plainer ging ja dann in Pension. Wer war dann zuständig?

Mag. Erich Deutsch: Die Gruppe Disziplinarwesen im Bereich Kontrollsektion. (*Abg. Dr. Fekter: Kontrollsektion? Wer ad personam?*) Das ist jetzt GenLtn Matta?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, der war unmittelbar nach Plainer dann dafür zuständig?

Mag. Erich Deutsch: Da hat es an der Schnittstelle 2002/2003 eine Umorganisation gegeben, die ReOrg. Da wurde Matta Leiter der Kontrollsektion.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der, sage ich einmal, Prüfung im Hinblick auf die Zuverlässigkeit beziehungsweise Sicherheit macht ja das Abwehramt auch Prüfungen bei Dritten. Wie hat das ausgesehen bei jenen, die den Vertrag verhandelt haben?

Mag. Erich Deutsch: Wenn derjenige, der den Vertrag verhandelt, Zutritt zu klassifizierten Informationen erhalten soll – das ist nicht unsere Beurteilung, sondern der Bedarfsträger hat an uns heranzutreten oder es könnte auch sein, dass der eine sogenannte Clearance bekommt, wenn er aus Deutschland kommt. Es gibt Sicherheitsvereinbarungen mit der Bundesrepublik, jetzt wird neu abgeschlossen, dann kann er die als Ausländer schon mitbringen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich jener Personen, die in Österreich als Vermittler aufgetreten sind – die haben in den letzten Wochen die Medien beherrscht, derer gab es ja viele, die meisten davon langjährige Kontaktpersonen zum Verteidigungsressort – im Hinblick auf die jeweiligen Rüstungsgüter. Wie schaut das bei denen mit Sicherheitsbelehrung, Verlässlichkeitsprüfung et cetera aus?

Mag. Erich Deutsch: Wie schon ausgeführt, wird die Verlässlichkeitsprüfung über Antrag des Bedarfsträgers von uns durchgeführt, wenn beabsichtigt ist, dass diese Personen einen Zutritt zu klassifizierten Informationen erhalten sollen. Wenn kein Antrag kommt, weil eben das nicht der Fall ist, dann gibt es von uns auch keine Verlässlichkeitsprüfung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wer ist der Bedarfsträger?, können Sie mir das erklären?

Mag. Erich Deutsch: Der, der mit dem in Verhandlung tritt und der ihm den Zutritt zu gewähren hat oder weiß, dass im Zuge von Verhandlungen solche klassifizierten Informationen zur Sprache kommen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bedarfsträger, kann das immer nur der Sektionschef sein oder?

Mag. Erich Deutsch: Nein, das kann ein Abteilungsleiter sein, in Wahrheit bis hinunter zu jedem, der überhaupt selbstbefugt ist, hier Zutritt zu haben. Das könnte also theoretisch auch weiter hinuntergehen. Normalerweise wird es der Abteilungsleiter im Ministerium sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer von der SPÖ? – Bitte.

(Keine Namensnennung bei der Worterteilung – Stimme unbekannt.)

Abgeordneter ... (SPÖ): Herr Hofrat Deutsch, ich werde mich sehr auf personenbezogene Fragen und persönliche Netzwerke konzentrieren, insbesondere was diese jetzt schon vielfach zitierte personenbezogene Überprüfung, Verlässlichkeitsprüfung, auch das Interesse dann, wer dann allfällig einen Antrag gestellt hat, konzentrieren. Zum Beginn eher etwas persönlicheres.

Die Frage, die mir jetzt auf der Zunge brennt: Stimmt es oder trifft es zu, dass Sie eine Cousine von Herrn Erhard Steininger geheiratet haben?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe Anneliese Deutsch vor 30 Jahren geheiratet. Da habe ich Herrn Steininger noch nicht gekannt. Hellseher war ich natürlich auch keiner, was sich daraus einmal entwickeln könnte. *(Ruf: Die Verwandten kann man sich nicht aussuchen!)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber Herr Steininger war damals schon auf der Welt.

Mag. Erich Deutsch: Er ist älter als ich, das ist schon richtig, aber nicht bekannt. Er ist mir dann, muss ich sagen, nachdem er bei seinen mehreren Ehen ja einen Sohn hatte, der mit meiner Tochter ungefähr gleich ist, wie sich das halt üblich ..., haben sich die Frauen ... Da habe ich ihn kennengelernt, aber nie wissend, was er eigentlich tut. Da bin ich erst sehr spät draufgekommen und das hat sich alles entwickelt im Lebenszyklus.

Abgeordneter ... (SPÖ): Ich gehe davon aus, dass Ihnen bekannt ist, dass Herr Steininger Trauzeuge von GenMj Wolf ist?

Mag. Erich Deutsch: Das ist mir jetzt bekannt aus den Medien und aus dem Untersuchungsausschuss.

Abgeordneter ... (SPÖ): Sind Ihnen oder waren Ihnen – ich gehe einmal davon aus, dass es so ist, aber ich frage trotzdem – die Kontakte des Herrn Steininger zu verschiedensten Beamten des Landesverteidigungsministeriums bekannt?

Mag. Erich Deutsch: Im Detail nicht, aber es ist klar, wenn der schon so lange im Geschäft ist, dass er mit den einschlägigen Beamten wahrscheinlich in Kontakt treten musste. Aber im Detail ...

Abgeordneter ... (SPÖ): Ist Herr Steininger Ihres Wissens einmal so einer Verlässlichkeitsprüfung unterzogen worden?

Mag. Erich Deutsch: Ja, das ist schon lange her, vor meiner Zeit. Ich bin ja 1998 ins Amt gekommen, und da hat man den Herrn Steininger – aber nicht für eine Tätigkeit

bei uns, sondern weil er eine Clearance für Schweden benötigt hat, das war im Jahre 1992, er war damals Direktor des BOFORS-Verbindungsbüros und hat für ein Schießen in Schweden und für Vorführungen einer panzerbrechenden Munition, für ein weiteres Scharfschießen haben die Schweden eine Clearance verlangt. Nachdem es auch hier wieder im Hintergrund eine Sicherheitsvereinbarung gibt, hat man die damals ausgestellt. Das ist damals 1994, oder das eine war schon 1989, die Überprüfung hat es dann 1994 gegeben, es muss also vorher eine Verlässlichkeitsprüfung gegeben haben, aber ich kann das nur mehr retrospektiv so beantworten.

Abgeordneter ... (SPÖ): Habe ich da etwas falsch verstanden? Sie haben zuerst gesagt: So etwa im Rhythmus von fünf Jahren wird so eine Sache personenbezogen durchgeführt. Herr Steininger ist jetzt eine der Figuren im ganzen Beschaffungsvorgang: Wurde da zwischenzeitlich wieder einmal eine Clearance oder eine Verlässlichkeitsprüfung durchgeführt?

Mag. Erich Deutsch: Diese fünf Jahre gelten also für Ressortangehörige in erster Linie, also die permanent hier sind und die nicht also hier nur, wenn eben speziell ein Zutritt verlangt wird.

Im Ressort gehen wir davon aus, dass die Mitarbeiter regelmäßig ab einer gewissen Ebene Zugang zu klassifizierten Informationen haben werden, und daher wird diese Verlässlichkeitsprüfung durchgeführt.

Abgeordneter ... (SPÖ): Und wie sehen Sie das jetzt im Zusammenhang mit dem ja bekannterweise Treffen zwischen Brigadier Knoll und Herrn Steininger? – Sie kennen ja diese ganze Geschichte rundherum. Ich meine, da geht es ja auch um hochqualifizierte Informationen?

Mag. Erich Deutsch: Ich weiß nicht, was die dort gesprochen haben.

Abgeordneter ... (SPÖ): Aber Sie wissen, dass der Brigadier Knoll auf seinem privaten Laptop ...

Mag. Erich Deutsch: Das ist bekannt, das wurde auch von uns untersucht meines Wissens, es wurde eine Disziplinaranzeige durchgeführt. Strafrechtlich wurde beurteilt, dass das belanglos sei. Das beurteilen nicht wir, sondern die zuständige Gruppe Disziplinar- und Beschwerdewesen letztlich, und das Disziplinarverfahren hat geendet, ich habe jetzt nur aus dem Ausschuss erfahren, was er wirklich bekommen hat. Das erfahre ich üblicherweise gar nicht.

Abgeordneter ... (SPÖ): Sie haben gesagt, auch wenn ausländische Personen irgendwie in solchen Beschaffungsvorgängen oder in die Nähe von militärischen qualifizierten Informationen kommen, untersucht werden oder zumindest eine Clearance verlangt wird. Ich frage Sie jetzt. Es hat diese Woche der Herr Wiederwohl behauptet, und ich gehe einmal davon aus, Sie haben das ja auch mitbekommen, dass der Klausdieter Bergner, ist ja auch eine der Figuren in diesem ganzen Deal, angeblich Stasi-Mitarbeiter gewesen sein soll. Jetzt ist das einer der Verhandler in diesem ganzen Beschaffungsvorgang. Wurde der jemals von Ihrer Seite her ...?

Mag. Erich Deutsch: Von uns nicht, nein.

Abgeordneter ... (SPÖ): Ist kein Antrag gekommen? Gar nichts?

Mag. Erich Deutsch: Möglicherweise ist er mit einer Clearance gekommen, das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter ... (SPÖ): Wo würde die liegen, die Clearance, oder wer weiß das?

Mag. Erich Deutsch: Die müssten zumindest vorweisen mit denen er verhandelt hat.

Abgeordneter ... (SPÖ): Eher dann schon fürs erste meine abschließende Frage. Sind Sie persönlich überzeugt, aus Ihrer Qualifikation heraus als Chef des Heeresabwehramtes, dass bei diesem Beschaffungsvorgang der Luftraumüberwachungsfahrzeuge im Landesverteidigungsministerium in Bezug auf die Überprüfungen, auf die Sicherstellung, dass da alles Leute im Einsatz sind, die höchst vertrauenswürdig sind, dass da größtmögliche Sorgfalt walten gelassen wurde, oder wie auch immer?

Mag. Erich Deutsch: Ich würde einmal sagen, die Beispiele, die ich angeführt habe, ob das jetzt Brigadier Knoll war, könnte ich diese Frage jetzt nicht mit einem einfachen Ja beantworten. Weil das sind Dinge, die man so nicht tut. Das fängt mit einem privaten Laptop an, dass man dort womöglich Dienstliches und Privates mischt, dass man ihn mit nach Hause nimmt, das ist ein eigenes Problem. Wir haben Leute sogar, die zuhause arbeiten wollen, mit einem zweiten Laptop teilweise ausgestattet. Und wir sind immer dahinter, dass keine privaten, weil die sind nicht entsprechend gesichert, wenn der verloren geht, und wir wissen heute, wie leicht so ein Laptop aus dem Auto verschwindet, wenn er dann sichtbar auf der Rückbank liegt. Mit dem kämpfen wir intern sowieso, dass hier die Vorschriften wirklich so einzuhalten wären, wie wir uns das also wünschen und vorstellen.

Abgeordneter ... (SPÖ): In Kenntnis jetzt dieses Falles Knoll, wenn wir es jetzt einmal so bezeichnen möchten, hat es dann in der Folge dann darauf irgendwelche speziellen Überprüfungsverfahren gegeben, oder Anforderungen gegeben, da ganz besonders jetzt darauf zu schauen?

Mag. Erich Deutsch: Solche Dinge werden natürlich dem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Generalstabschef, gemeldet. Wir haben uns immer darum bemüht, weil es ist gar nicht so einfach, wenn einer einen Laptop hat, zu schauen, was hat er drauf. Das ist ja einmal eine sehr brisante rechtliche Frage, würde ich sagen. Es fängt einmal mit internen Vorschriften an. Das ist jetzt erst gewachsen, dieses Dinge.

Abgeordneter ... (SPÖ): Gut, Herr Hofrat, ich sage einmal danke. Ich würde aber den Herrn Vorsitzenden ersuchen, jedenfalls in vertraulicher Sitzung, dem nachzugehen und zu eruieren, wer jetzt dieser eine Unteroffizier ist, der da verhaftet wurde, zumindest habe ich es so verstanden, beziehungsweise was da für Vorhaltungen, um was es da genau gegangen ist. Würde ich ersuchen.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Wir können dann noch klären, ob wir noch Fragen, die mit dem Untersuchungsgegenstand in Zusammenhang stehen, das ist der entscheidende Punkt, in vertraulicher Sitzung dann noch behandelt werden. Aber wie gesagt, da kann jederzeit ein diesbezüglicher Antrag gestellt werden. Es kann auch die Frage in öffentlicher Sitzung formuliert werden, um zu beurteilen, ob sie in die vertrauliche Sitzung gehört. Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte anschließen an eine Frage der Kollegin Dr. Fekter. Sie hat da früher angesprochen die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten im Bundesministerium für Landesverteidigung und im Zuge dieser Frage haben Sie zu Beginn, wie ich Sie beobachtet habe, schon genickt, auf Zeitungsartikel von Bediensteten angesprochen, die erscheinen für Zeitungen, Artikel verfasst haben, waren Sie nickend hier, und am Schluss, wie es dann die Frage sich weiter entwickelt hat, haben Sie eher in die Richtung hin geantwortet, na ja, eigentlich nicht wirklich, Nebenbeschäftigungen wissen Sie von nichts. Was ist jetzt wirklich konkret die Antwort?

Mag. Erich Deutsch: Ich würde sagen, meine Nicken nicht falsch zu interpretieren. Ich habe also auf die Frage hin, dass ich sie verstanden habe, einmal genickt. Aber wir überprüfen Nebenbeschäftigungen nicht, wir führen keine Statistik darüber, sondern

nur für diesen spezifischen Bereich, wie ich das schon erläutert habe, wenn daraus eine Gefahr für die militärischen Rechtsgüter abzuleiten oder zu beurteilen wären.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut, dann habe ich das geklärt. Dann war das von meiner Seite aus ein Missverständnis, habe ich das falsch verstanden. Zweite Frage. Zur Verlässlichkeitsprüfung, den Herrn Steininger haben wir dort geklärt. Ist beim Herrn Plattner und beim Herrn Schön, sind da Verlässlichkeitsprüfungen durchgeführt worden?

Mag. Erich Deutsch: Sind mir nicht bekannt. Nein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nicht bekannt. Nächste Frage ...

Mag. Erich Deutsch: Also wenn man das jetzt auf den Punkt bringen möchte, müsste ich sozusagen jetzt nachschauen, ob eine vorhanden ist. Weil ich bearbeite das nicht selbst, wenn ich das vielleicht allgemein erklären darf, sondern da gibt es die Abteilung, die das macht, oder jede Abteilung wenn es um das Inland geht, macht es die eine Abteilung, wenn es um den Eurofighter geht, die andere. Wir haben das so konzentriert.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut, das wäre noch abzuklären.

Mag. Erich Deutsch: Können wir abklären, ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich glaube, das wäre interessant, weil dann wissen wir auch, ob diese Personen Zutritt zu schutzwürdigen Informationen gehabt haben. Wenn der Vorsitz das erlaubt, die Überprüfung.

Mag. Erich Deutsch: Ja, da müsste ich jetzt anrufen oder ich kann jetzt nicht sagen, ich gehe davon aus, ich muss davon ausgehen, wenn Sie Zutritt zu klassifizierten Informationen haben, dann werden sie sicherlich bei uns beantragt und geprüft. Von dem muss ich ausgehen. Weil ich habe nicht die Übersicht, wer jetzt gerade, genauso, wenn die fünf Jahre ablaufen, muss das vor Ort die zuständige Abteilung oder der Sicherheitsbeauftragte für den Bereich wahrnehmen. Wir haben noch kein Meldesystem, ein automatisiertes, das uns das sagt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Weil wir gerade dabei sind. Ist Ihnen bekannt, ob die Vertreter von EADS beziehungsweise Eurofighter, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, Vertragsverhandlungen, Clearances vorgelegt haben oder auch eine Verlässlichkeitsüberprüfung?

Mag. Erich Deutsch: Nein, wir haben keine durchgeführt, ob sie sie vorgelegt haben, das kann nur der wissen, mit dem sie verhandelt haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, so Personen wie Aldag oder Rauen ist Ihnen nicht bekannt?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sind im Zuge dieser Abfangjägnachbeschaffung Mitarbeiter anderer Ressorts vom Abwehramt überprüft worden?

Mag. Erich Deutsch: Also das schließe ich aus, weil ja hier für alle anderen, die nicht Militärangehörige sind, der Innenminister zuständig ist für die Personenüberprüfung, oder Sicherheitsüberprüfung, wie es dort heißt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das können sie hundertprozentig ausschließen? Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Deutsch, ich komme zurück auf eine Frage, die Ihnen die Kollegin Fekter gestellt hat. Auf die Frage, ob Abgeordnete dieses Ausschusses vom Abwehramt überprüft wurden, haben Sie gesagt, das können Sie ausschließen.

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind Mitarbeiter dieses Ausschusses vom Abwehramt überprüft worden?

Mag. Erich Deutsch: Wenn er bei uns Ressortangehöriger ist, dann könnte das sein. Aber ich sehe, wenn ich so in der Runde schaue, sehe ich keinen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben einige hier.

Mag. Erich Deutsch: Aha. Vielleicht erkenne ich sie jetzt nicht in Zivil oder

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist eine relativ lange Liste von Mitarbeitern des Ausschusses.

Mag. Erich Deutsch: Hier?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja.

Mag. Erich Deutsch: Ja dann –

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es sind sicher, es ist davon auszugehen, dass es Überprüfungen gegeben hat.

Mag. Erich Deutsch: Es sei denn, er ist freigestellt oder wie das üblich ist bei Beamten, wenn Sie ein Mandat ausüben, dann wird da in der Zeit sicher nichts gemacht. Wenn er keine Tätigkeit bei uns ausübt und auch keinen Zugang zu klassifizierten Informationen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben also derzeit keine konkreten Kenntnisse über solche Überprüfungsmaßnahmen?

Mag. Erich Deutsch: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ob sonst jemand Abgeordneter oder Mitarbeiter dieses Ausschusses abgehört hat?

Mag. Erich Deutsch: Nein, wir hören niemanden ab. Also wir hören niemanden ab. Und mir ist auch nicht bekannt, dass das ... (*Zwischenruf*)

Nein, nein, das weiß ich nicht, wir sind ja nicht, Sie wissen, dass wir ja nur Verbindungsdaten erhalten und keine Sprechdaten oder überhaupt, also Grunddaten, Telefonnummer, welche Telefonnummer gehört wem. Das ist das einzige, was wir bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie jemand, der so etwas machen könnte bei Ihnen im Ressort?

Mag. Erich Deutsch: Das ist eine technische Frage in erster Linie. Ich kann nur von der Zuständigkeit ausgehen, dass das Nachrichtenamt vielleicht. Ob sie technisch dazu in der Lage sind, kann ich nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Kenntnis davon, ob das Nachrichtenamt oder Ihr früherer Leiter des Nachrichtenamtes so etwas durchgeführt hat?

Mag. Erich Deutsch: Habe ich keine Kenntnisse.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben keine Kenntnisse davon. Es wurde schon geklärt, dass Sie mit der Cousine des Herrn Steininger verheiratet sind. Stimmt es, dass der Akt des Herrn Steininger im Vorfeld des Untersuchungsausschusses zu Ihnen gelangt ist, dass Sie den Akt zu sich genommen haben?

Mag. Erich Deutsch: Den hat man jetzt geholt um feststellen zu können, wann die Überprüfungen waren. Die waren ja lange vor meiner Zeit.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, erst jetzt im Vorfeld der Ladung?

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann haben Sie den Akt zu sich kommen lassen?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe ihn überhaupt nicht mir kommen lassen, sondern die die hier mir einen Bericht zu machen hatten im Zuge der parlamentarischen Anfrage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer war das? Wer hat aus Ihrer Abteilung den Steininger Akt kommen lassen?

Mag. Erich Deutsch: Das ist die Abteilung A, die für alle im Zusammenhang mit dem Eurofighter zuständigen Angelegenheiten bearbeitet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und der Akt ist aber bei Ihnen unter Verschluss. Ist das richtig?

Mag. Erich Deutsch: Bei mir persönlich?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In der Abteilung.

Mag. Erich Deutsch: Da gibt es auch einen Geheimakt dazu.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was ist der Grund, warum der Herr Steininger bei Ihnen einen Geheimakt hat?

Mag. Erich Deutsch: Ja, wie fange ich die Geschichte jetzt an. Der Geheimakt stammt aus dem Jahre 1994. Er hat damals eine Beziehung mit einer Dame aus der DDR gehabt und es war Anlass die Sache zu überprüfen. Das war übrigens, weil ich das persönlich auch wusste wie ich ins Amt gekommen bin, mir ja damals auch berichten ließ. Das ist der Grund gewesen wo man versucht hat, hier Informationen zu erlangen, ob das Einfluss auf seine Verlässlichkeit haben könnte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Handelt es sich um die Frau Beatrice P.?

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann auch den vollen Namen nennen, wenn Sie wollen?

Mag. Erich Deutsch: Ja, richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kommt das hin?

Mag. Erich Deutsch: Das kommt hin, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das ist der geheime Teil dieses Aktes?

Mag. Erich Deutsch: Was steht drinnen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, mir geht es nur darum, ist das der Verschlussgrund?

Mag. Erich Deutsch: Das ist der Punkt sozusagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist der Verschlussgrund?

Mag. Erich Deutsch: Ja, ja, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es richtig, dass der Herr Steininger Sie gebeten hat, seine Wohnung und seine Büros auf Wanzen zu überprüfen?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weder Wohnung noch Büros?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er keine derartige Prüfung von Ihnen ersucht?

Mag. Erich Deutsch: Das würde ich auch nicht machen im privaten Bereich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte?

Mag. Erich Deutsch: Wir machen keine Prüfungen externer Art. Wir prüfen nur Räumlichkeiten

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er Sie gebeten?

Mag. Erich Deutsch: Nein, hat mich nicht gebeten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er einen anderen Ressortangehörigen in Ihrem Umfeld gebeten, so etwas durchzuführen?

Mag. Erich Deutsch: Ist mir nicht bekannt. Aber bekannt ist, dass das auch Privatfirmen heute machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja es gibt einen Mitarbeiter, den Sie haben, der so etwas privat anbietet. Das ist der Herr Reinhard Kohlweg. Hat er den Herrn Reinhard Kohlweg Ihrer Wahrnehmung nach gebeten, sein Büro und seine Wohnung abzusuchen?

Mag. Erich Deutsch: Das ist mir nicht bekannt. Ich weiß, dass der Herr Oberst Kohlweg um eine Nebenbeschäftigung angesucht hat und diese Nebenbeschäftigung haben wir ihn für Tätigkeiten untersagt. Ich habe ihm gesagt, er kann Vorträge im offenen Bereich halten. Aber sonst, wenn ich das jetzt höre, müsste ich tätig werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sein Gewerbeschein lautet auf Dienstleistungen in der automatischen Datenverarbeitung und Informationstechnik und er bietet selber Spionageprävention an.

Mag. Erich Deutsch: Wo tut er das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zum Beispiel bei der Internationalen Handelskammer Wien hat er ein Seminar dazu abgehalten?

Mag. Erich Deutsch: Ja ein Seminar sicher. Aber was uns bekannt ist und wir schauen uns die Vortragsunterlagen an, dürfen dort keine Verschlussachen vorgetragen werden, sondern nur allgemeine im technischen Bereich, die nicht unter Verschluss sind. Wenn das Ihnen vorliegt, würde ich ersuchen, dann müsste ich mich mit der Sache jetzt näher befassen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben keine Kenntnis davon?

Mag. Erich Deutsch: Nein. Dass er den Vortrag gehalten hat, schon natürlich, aber nicht, dass er dort Verschlussachen

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir geht es nur darum, wie sehr der Herr Steininger Möglichkeiten hat, sich kostengünstig solche Dienste zu organisieren. Ihnen ist diesbezüglich nichts bekannt?

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen bekannt, was diese Ermittlungen über die Dame aus der DDR, was das für Konsequenzen für den Herrn Steininger bei dem Zugang zum Ressort hatte?

Mag. Erich Deutsch: Der Zutritt zum Ressort wird ja damit nicht ausgeschlossen sein, sondern nur der Zugang zu klassifizierten Informationen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die hatte er aber im Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung.

Mag. Erich Deutsch: Das kann ich nicht sagen. Das müsste auch wieder wie ich vorhin ausgeführt habe, der Bedarfsträger hätte das zu beurteilen und bei uns dann zu beantragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben ermittelt, dass die, zumindest geht das aus einem Bericht in News hervor, vom 25. Jänner 2007, dass gezählte 128 Personen Zugang zu diesem Vertrag hatten.

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War der Herr Steininger darunter?

Mag. Erich Deutsch: Nein. Das waren nur alles Ressortangehörige.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, diese 128 Personen waren nur die, die aus dem Ressort Zugang zu diesem Vertrag hatten. Das sind die, die außerhalb des Ressorts Zugang zu diesem Vertrag hatten wie etwa der Herr Steininger noch gar nicht mitgezählt.

Mag. Erich Deutsch: Nein, weil uns auch nicht bekannt ist, dass der Herr Steininger zu dem Vertrag oder zu klassifizierten Informationen, ich muss das präzisieren, Zugang hatte oder haben sollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir können davon ausgehen. Er war der Bevollmächtigte Vertreter der Firma EADS beziehungsweise Eurofighter in Österreich. Ich möchte Ihnen anhand eines Schreibens belegen. Es schreibt hier die Firma EADS in einem Fax an das Bundesministerium für Landesverteidigung vom 11. März 2002, ich zitiere, und zwar unter Bezugnahme darauf, dass alle Antworten als „NATO restricted“ eingestuft sind, heißt es dann, wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie morgen Herrn Aldag, EADS Projektleiter Österreich, Herrn Engling, Eurofighter GmbH und Herrn Steininger zur Übergabe der Dokumente empfangen würden. Das belegt ganz eindeutig, dass der Mann Zugang hatte zu geheimen und sogar „NATO restricted“ Daten. Hat es keine Überprüfung dieser drei Leute gegeben?

Mag. Erich Deutsch: Nein, hat es keine gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch des Herrn Steininger nicht?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Seit 1994, seit dieser DDR-Dame

Mag. Erich Deutsch: Es hat keine Überprüfung gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): oder der Ex-DDR-Dame, die DDR war zu dem Zeitpunkt ja schon nicht mehr existent, hat es keine Überprüfung mehr gegeben?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie die Tonbandaufzeichnungen des Gesprächs zwischen Elisabeth Kaufmann-Bruckberger und dem Herrn Chaimschevit, worüber in den Medien berichtet wurde?

Mag. Erich Deutsch: Beide Namen sind mir unbekannt und ich kenne daher auch keine Tonbandaufzeichnungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Stimmt es, dass Sie Herrn Deutsch beim Standard telefonisch interveniert haben, nach einer parlamentarischen Anfrage meines Kollegen Haimbuchner?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe interveniert?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind diese Angaben unrichtig?

Mag. Erich Deutsch: Ja. Ich habe nicht interveniert. Ich bin vom Conrad Seidl befragt worden und ich war natürlich persönlich schon nicht nur erstaunt, dass man hier Dinge verknüpft einerseits die entfernte Verwandtschaft meiner Frau mir quasi unterstellt, dass ich hier nicht korrekt gearbeitet hätte. Aber ich habe nicht interveniert, sondern Seidl hat mich angerufen damals.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie selber haben nicht beim Standard angerufen?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie sehr und wie eng ist Ihnen das Ehepaar Wolf bekannt? Ich sage es Ihnen gleich dazu nur damit Sie wissen, die Frau Wolf hat hier gesagt, dass sie Sie und Ihre Frau kennt.

Mag. Erich Deutsch: Ja, das mag schon sein von irgendwelchen Empfängen. Aber ich habe, glaube ich, die Frau Wolf, das kann ich auf einer Hand, wenn ich es zählen noch könnte, also ganz selten gesehen und jetzt schon sehr lange nicht auf Veranstaltungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Ihnen die Beziehungen des Cousins Ihrer Frau Steininger zum Ehepaar Wolf, waren die Ihnen bekannt?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie nicht gewusst, dass der Herr Steininger der Trauzeuge des Ehepaares ist?

Mag. Erich Deutsch: Nein, habe ich nicht gewusst. Das habe ich jetzt erst erfahren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagen Sie, Sie haben ja ein Screening bei Ihnen durchgeführt, nehme ich an, hinsichtlich mehrerer Personen, die mit dieser Beschaffung zu tun hatte, die nicht ressortangehörig sind. Ist das richtig?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie kein Screening durchgeführt?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, auch der Herr Klaus Dieter Bergner wurde von Ihrer Abteilung nie untersucht?

Mag. Erich Deutsch: Nein. Ich weiß, es steht jetzt in den Medien, glaube ich, Bergner war das, der das behauptet hat. Das stimmt nicht. Er hat zuerst ja schon einmal wo anders behauptet, wer wäre vom Deutschen Dienst, vom MAD. Nach unseren Erfahrungen hat ihn auch der MAD nicht geprüft. Nach unserer Beurteilung wäre der MAD draußen auch gar nicht zuständig für ihn, sondern eher der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das steht im Profil. Ich wollte Ihnen das vorhalten. Er sagt selber, dass er vom Abwehrdienst des Bundesheeres gescreent wurde.

Mag. Erich Deutsch: Das stimmt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das stimmt nicht?

Mag. Erich Deutsch: Nein, das stimmt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wurde der Herr Zecevic gescreent?

Mag. Erich Deutsch: Den kenne ich gar nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie kennen ihn gar nicht?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe nicht einmal den Namen gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben vor zwei Tagen hier, das ist ein Vertreter des Herrn Bergner, wir haben vor zwei Tagen hier eine Auskunftsperson gehabt, die mehr oder minder unverhohlen behauptet hat, dass der Herr Bergner eine Stasivergangenheit habe und der Herr Zecevic ebenfalls.

HR Mag. Erich Deutsch: Jetzt müsste man zur STASI etwas sagen, nicht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte, ja.

HR Mag. Erich Deutsch: Die DDR ist mehr oder minder 1989 faktisch und 1990 dann formal hat sie als Staat quasi aufgehört zu bestehen und ich habe mir da ein paar Daten diesbezüglich schon, und es kam ja dann Gaugg von der Volkskammer zum Sonderbeauftragten ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung, ich unterbreche sehr ungern. Sie haben uns heute Ihr Amt sehr genau vorgestellt, haben Sie jetzt vor, uns die DDR im Detail vorzustellen?

HR Mag. Erich Deutsch: Na, Detail ist übertrieben, aber ich wollte nur sagen, vielleicht gehen wir einen Sprung zur BIRTHLER-Behörde. Informationen von dort bekommen Dienste auch heute noch nicht, um zu überprüfen, wer dort auf einer Liste steht oder unter welchem Aspekt er dort behandelt wird, also es gibt keine Möglichkeit außer für Historiker, Journalisten oder NATO-Mitglieder.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben keine Möglichkeit, dort Erhebungen über die Vergangenheit von Leuten, die mit dem Österreichischen Bundesheer zu tun haben und vertraulichste Informationen bekommen zu ermitteln.

HR Mag. Erich Deutsch: Würde uns interessieren, ich sage nur Rosenholz-Datei, diese Rosenholz-Datei, die Amerikaner waren offenbar beim Zusammenbruch der DDR sehr rasch und haben diesen Klartext, die Klarnamendatei in ihre Hände bekommen und die Bundesrepublik hat sich lange bemüht, diese zurückzubekommen, 1993 ist dies erst erfolgt, und das sage ich aber auch jetzt sozusagen, die Deutschen haben nicht alle Klarnamen bekommen, nur so nebenbei, aber wir haben jedenfalls keinen Zugang zu diesen Dateien.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer wäre zuständig, wenn jemand überprüft werden soll, der nicht aus dem Ressort stammt, der Zugang zu vertraulichen Ressortdaten bekommt? Wer wäre dafür zuständig, so eine Überprüfung durchzuführen in Österreich?

HR Mag. Erich Deutsch: Also ein Ressortfremder, der zu unseren Daten ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja.

HR Mag. Erich Deutsch: Wenn er dies bekommen soll, dann machen wir dies.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber wenn Ihnen Herr Zesewitz nicht einmal bekannt ist?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, er ist mir nicht bekannt, habe ich ja gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich sage ja, das ist ja jetzt das für mich Erstaunliche, weil wir davon ausgegangen sind, dass ihr Dienst so etwas, so jemanden vorher screent, es geht sogar Herr Bergner eigenartigerweise davon aus, dass er von Ihnen gescreent wurde. Er wird hoch erfreut oder vielleicht sogar enttäuscht sein, dass er von Ihnen nicht einmal gescreent wurde.

HR Mag. Erich Deutsch: Ich habe gesagt, dass wir nichts von Amtes wegen tätig werden, sondern vom Bedarfsträger, der an und herantritt und sagt: Dieser Herr, ob dies Bergner oder der andere Herr ist, soll Zugang zu klassifizierten Informationen erhalten, dann würde das einmal gestoppt werden von uns, das Verfahren durchgeführt werden, und dann, wenn das okay ist, dann könnte er...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): das heißt, selbst wenn Sie vom Cousin Ihrer Frau Kenntnis erlangt hätten, dass er Zugang zu vertraulichen Daten bekommt, hätten Sie selbst von Amtes wegen keine Tätigkeit ...

HR Mag. Erich Deutsch: Na, wenn ich das gewusst hätte, hätte ich es auch von Amtes wegen ausnahmsweise gemacht, oder hätte mit dieser Stelle gesprochen, ob dies stimmt, weil nur diese kann beurteilen, ob er wirklich Zugang hat oder nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aus diesem Schreiben der Firma EADS, das ich Ihnen vorgetragen habe, geht dies zweifelsfrei hervor. Ich kann Ihnen auch den Volltext ...

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, das Schreiben höre ich da, ich kenne das Schreiben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, an Sie ist niemand herangetreten mit dem Ersuchen, Herrn Steininger, Plattner, Bergner oder Zesewitz zu untersuchen.

HR Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wieso ist man dann an Sie herangetreten, die Lebensgefährtin von Herrn Steininger zu observieren?

HR Mag. Erich Deutsch: Na, observiert wurde sie nicht, das ... An mich ist niemand herangetreten, diese war ja schon vor meiner Zeit beobachtet, ich bin 1998 ins Amt gekommen und 1994 war diese Überprüfung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie selbst Kontakte zu Vertretern von EADS oder Eurofighter gehabt?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, nur zu Herrn Steininger.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sonst niemand?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Ich möchte gleich da fortsetzen: Können Sie dem Ausschuss Ihren privaten Umgang mit Herrn Steininger schildern?

HR Mag. Erich Deutsch: Also, Herrn Steininger, habe ich schon erklärt, habe ich, ich bin jetzt dreißig Jahre verheiratet, ihn habe ich irgendwann Jahre danach kennen gelernt im privaten Bereich, und habe Herrn Steininger, wenn ich jetzt diese 25 Jahre Revue passieren lasse, im Schnitt wahrscheinlich ein-, zweimal im Jahr gesehen, meistens bei irgendwelchen familiären Anlässen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie schon einmal mit Herrn Steininger einen Urlaub verbracht?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, ich habe keinen Urlaub verbracht mit ihm, aber er hat uns im Urlaub besucht, ein, zwei Tage, ja. Ich war jahrelang in Kärnten Urlaub, Steininger hat auch da...

Obmann Dr. Peter Pilz: Können sie sagen, wann dies war?

War das heuer?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, er ist auch heuer aufgetaucht, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Schildern Sie dies bitte dem Ausschuss. Das war ein Skiurlaub?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und da kommt Herr Steininger. Schildern Sie uns das bitte im Detail, während des laufenden Untersuchungsausschusses, schildern Sie uns das bitte im Detail, wo Sie auf Urlaub waren, wie Herr Steininger gekommen ist.

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, also ich war in der Ramsau auf Urlaub und das Quartier war, die macht meine Frau üblicherweise, alles, was mit dem Urlaub zusammenhängt, ist Herr Steininger mit seiner Gattin, muss ich jetzt sagen, thailändischen Gattin dort auch eingetroffen und, ja, der Skiurlaub wird jetzt nicht gemeinsam verbracht, ich habe einen behinderten Sohn, da kommt also Schilaufen nicht in Frage, hat sich im Wesentlichen in Spazierengehen erschöpft, Herr Steininger hat seinen Urlaub dort nach seinen Wünschen gestaltet. Da saß man vielleicht beim Abendessen wieder beisammen und ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns einmal schildern, das Datum?

HR Mag. Erich Deutsch: Das muss Anfang März gewesen sein. Das Datum habe ich jetzt also ... Wann war das? Wann war das? Das war von 3. März bis 10. März.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wann ist Herr Steininger gekommen?

HR Mag. Erich Deutsch: Na, er muss auch am 3. oder 4. gekommen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wie lange war Herr Steininger dort?

HR Mag. Erich Deutsch: Na ja, er ist dann am Freitag oder am Samstag wieder abgefahren. Samstag vielleicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie das Datum dazu sagen, weil ich weiß jetzt nicht, der wievielte der Freitag oder Samstag war...

HR Mag. Erich Deutsch: Na, ich sage es gleich, wann war das jetzt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Also 3. März bis?

HR Mag. Erich Deutsch: 9. habe ich gerade gesagt, nicht? Ja, 10., 10. März.

Obmann Dr. Peter Pilz: 3. bis 10. März.

HR Mag. Erich Deutsch: Der Samstag war der 10.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Herr Steininger? Die ganze Zeit?

HR Mag. Erich Deutsch: Ist am Samstag abgefahren, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also, er war die ganze Zeit mit Ihnen dort. Das ist also nicht ganz falsch, von einem gemeinsamen Urlaub zu sprechen?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Gut. Können Sie sagen, wer aller dabei war?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, seine Frau, meine Gattin mit dem Sohn.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns auch sagen, wo Sie da gemeinsam waren?

HR Mag. Erich Deutsch: Na, in der Ramsau, das Hotel kann ich jetzt nicht ... Lindenhof, glaube ich, oder so.

Obmann Dr. Peter Pilz: das heißt, Sie waren im selben Hotel wie Herr Steininger?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Wer hat denn das gebucht?

HR Mag. Erich Deutsch: Meine Gattin.

Obmann Dr. Peter Pilz: Für alle? Für Herrn Steininger auch?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, wird auch für Herrn Steininger gebucht haben, also ich habe es nicht durchgeführt, also ich kann mich an diese Details gar nicht erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, und da sind Sie spazieren gegangen und haben am Abend mit Herrn Steininger gegessen und haben sich mit Herrn Steininger eben so urlaubsmäßig unterhalten?

HR Mag. Erich Deutsch: Auch.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auch, ja. Haben Sie sich auch über Sachthemen unterhalten?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, keine Sachthemen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, Sie haben die ganze Zeit nicht über Eurofighter gesprochen?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht über das militärische Beschaffungswesen?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nur Privates?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, es ist nicht viel gesprochen worden, weil beim Essen selbst wurden solche Themen also nicht ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Da ist wenig gesprochen worden, ja. Gut. Was haben Sie zum damaligen Zeitpunkt gewusst über den Beruf von Herrn Steininger.

HR Mag. Erich Deutsch: Jetzt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, damals zur Zeit des Urlaubs.

HR Mag. Erich Deutsch: Also da, wo ich ihn kennen gelernt habe?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, zum Zeitpunkt des Urlaubs heuer in der Ramsau, was haben Sie denn gewusst, wovon Herr Steininger seinen Lebensunterhalt bestreitet?

HR Mag. Erich Deutsch: Es war bekannt, also auch vor Ort, Steininger ist, glaube ich, 2003 in Pension gegangen, für mich war damals überhaupt die Sache ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Bis 2006 hat er sein Gewerbe noch ausgeübt.

HR Mag. Erich Deutsch: Habe ich also nicht besonders verfolgt oder festgestellt. Dass er irgendetwas für Eurofighter noch tut, war mir bekannt, aber was genau, das ist ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie wussten also, er war für Eurofighter tätig?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Seit wann wussten Sie das?

HR Mag. Erich Deutsch: Na ja, ich habe das erfahren, glaube ich, erst durch den, das war im Spätherbst 2002 in etwa, wo ich das erfahren habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ab Spätherbst 2002 wussten Sie: Steininger ist für Eurofighter tätig. Von wem haben Sie das erfahren?

Mag. Erich Deutsch: Das habe ich gar nicht von ihm erfahren, sondern aus dem Bereich des Ressorts hat mich weil das eine Überraschung war, dass Steininger überhaupt für Eurofighter tätig sei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Natürlich, weil er vorher eher der schwedischen Seite zugerechnet worden ist. Jetzt haben wir einmal diesen gemeinsamen Urlaub in der Ramsau. Wer hat den Urlaub bezahlt?

Mag. Erich Deutsch: Meinen Teil habe ich bezahlt. Ich weiß, was Sie jetzt fragen werden. Ich darf die Situation schildern, vor der ich gestanden bin? (*Obmann Dr. Pilz: Ja!*) Ich wollte, wie das üblich ist, nach dem Frühstück den Urlaub bezahlen, da hat sie gesagt: Das ist schon erledigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer hat gesagt, das ist schon erledigt?

Mag. Erich Deutsch: Ja, wie ich zahlen wollte, sagte, der Herr Steininger hat das schon beglichen. So. Jetzt bin ich dem Herrn Steininger, der schon reisebereit war, nachgegangen und habe gesagt: Das ist unmöglich, das geht nicht. Worauf er gesagt hat: Siehst Du, jetzt kannst Du nicht mehr aus. Worauf ich gesagt habe: Gut, Du bekommst das Geld zurück natürlich. Und das Geld hat er zurückbekommen. Nachdem er schon abgerauscht war, konnte das erst, nachdem er wieder in Österreich war, durch meine Frau erledigt werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt: Herr Steininger hat dort die Rechnung für alle bezahlt? (*Erich Deutsch: So ist es, ja.*) Wann ist das zurückbezahlt worden?

Mag. Erich Deutsch: Wie er beim Ausschuss war, war er kurz bei uns, da hat ihm meine Frau das übergeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, wann das war?

Mag. Erich Deutsch: Da müsste ich meine Frau fragen, das genaue Datum kann ich Ihnen nicht sagen. (*Zwischenruf*)

Nein, nein, er war ja nicht da, er war ja in Thailand zu der Zeit. Also eine Möglichkeit, ihm das sofort ... ich hätte mit Kreditkarte bezahlt, ich habe also nicht über 2 000 € in bar mitgebracht, war mir nicht vor Ort sofort möglich, das zu begleichen. Aber ich habe ihm sofort gesagt, das bekommt er zurück. Und meine Frau hat das ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt: Nachdem bekannt geworden ist, in welchem Maße Herr Steininger in die ganze Geschichte mit Wolf, Frühstück-Wolf, verwickelt war, behaupten Sie – ich kann es ja jetzt nicht überprüfen –, stellen Sie hier vor dem

Ausschuss fest, dann haben Sie oder hätten Sie zurückgezahlt. War das – weil das geht sich terminmäßig gar nicht anders aus – erst nachdem der Öffentlichkeit über die Zahlung des Herrn Steininger an die Firma Wolf bekannt geworden ist?

Mag. Erich Deutsch: Diesen Zusammenhang, den Sie jetzt herstellen...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, nur zeitlich. Ich stelle keinen sachlichen Zusammenhang her, sondern nur einen zeitlichen.

Mag. Erich Deutsch: Na ja, wann er wieder da war. Es war gar keine Möglichkeit, ich hätte nicht gewusst ... (*Obmann Dr. Pilz: Es war nach Ostern erst. – Ist das richtig?*) Ich muss schauen, ob ich da irgendeinen Vermerk habe in der Richtung, aber ... Sicherlich über das Zurückzahlen ... Da müssen Sie meine Frau befragen, weil die das erledigt hat, das genaue Datum ist jetzt schwierig zu sagen.

Ich kann das am Datum nicht genau festmachen. Tut mir Leid.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist sicherlich nicht unerheblich für das, was folgt. Deswegen: Wäre es möglich, dass Sie auf kurzem Wege diese Information einholen, zum Beispiel durch ein kurzes Telefongespräch?

Magr. Erich Deutsch: Ich werde versuchen, ob ich meine Frau erwische.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich *unterbreche* so lange die Sitzung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich *nehme* die unterbrochene Sitzung *wieder auf*.

Herr Deutsch, ich fahre mit noch ein paar kurzen Fragen fort: War das der einzige Urlaub, den Sie mit Herrn Steininger verbracht haben?

Mag. Erich Deutsch: In dieser Gesamtdauer ja. Ich habe gesagt, in Kärnten war ich 14 Tage auf Urlaub, da ist er ein, zwei Tage dort erschienen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns jetzt im Detail die Kärnten-Urlaube und die Besuche des Herrn Steininger schildern, wann und wo das war?

Mag. Erich Deutsch: Das liegt teilweise lange zurück.

Obmann Dr. Peter Pilz: Beginnen wir bei der jüngsten Vergangenheit. Ich glaube, am Gescheitesten ist, wenn wir die durchgehen, die am kürzesten zurückliegen, die Urlaubsbesuche bei Herrn Steininger in Kärnten. Wo war das in Kärnten? War das in dem Haus am Wörthersee?

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein. Ich war nie am Wörthersee. Ich war am Magdalenensee, vorigen Sommer....

Obmann Dr. Peter Pilz: Bleiben wir einmal dabei, am Magdalenensee. Was war das? War das ein Hotel oder ein Haus, oder was war das?

Mag. Erich Deutsch: Nein, das ist ein Appartement gewesen, weil ich mit der Familie dort waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie ein Appartement gemietet am Magdalenensee? (*Erich Deutsch: Ja, für drei bis vier Personen.*) Und da hat Sie wann das letzte Mal Herr Steininger besucht?

Mag. Erich Deutsch: In Kärnten war ich das letzte Mal, glaube ich, im Jahr 2004, wenn das richtig ist. Da könnte er unten gewesen sein. Ich kann das aber nicht mit Sicherheit festmachen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren andere Personen mit Herrn Steininger mit? (*Erich Deutsch: Ja, seine Frau.*) Haben Sie sich sonst noch zu privaten Geselligkeiten oder sportlichen Aktivitäten mit Herrn Steininger getroffen?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe mich nicht mit Herrn Steininger getroffen. Dort hat er uns besucht und das kann in Kärnten durchaus auch davor gewesen sein, auch das Jahr davor möglicherweise. Ich habe mir das rausgeschrieben, ich war jahrelang in Kärnten, dann unterbrochen, dann am Stubenbergsee. Also in Kärnten war er sicherlich ein, zwei Mal in der Dauer von ein, zwei Tagen dort.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der Herr Steininger ist, erfahre ich, weil ich weiß das natürlich nicht auswendig, ist am 28. April wieder von seinem Auslandsurlaub zurückgekommen. Das heißt dieses Treffen, wo Sie behaupten, hier wäre es zur Rückzahlung gekommen.

Mag. Erich Deutsch: Muss nach dem 28. April gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: muss nach dem 28. April, also irgendwann im Mai stattgefunden haben. Wir haben uns ja darauf geeinigt, dass Sie versuchen werden, zu eruieren an welchen Tag das war.

Mag. Erich Deutsch: Ja, ich habe sie weder am Festnetz noch am Handy.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe jetzt eine andere Frage. Sagen Sie, in welcher Art und Weise werden Personen, die mit Kriegsmaterial handeln, vom Abwehramt überprüft?

Mag. Erich Deutsch: In der gleichen Weise wie andere, ob sie jetzt mit Kriegsmaterial handeln oder nicht, wenn sie bei uns zu klassifizierten Informationen Zugang erhalten sollen. Entweder sie kommen mit einer „Clearents“ von einem anderen Staat oder sie werden bei uns beantragt, eine Überprüfung durchzuführen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es üblich, dass Personen, die mit Kriegsmaterial handeln, regelmäßigen Überprüfungen unterzogen werden?

Mag. Erich Deutsch: Nein, die werden projektbezogen dann, wenn es erforderlich ist, dass sie Zutritt erhalten sollen, werden sie von uns überprüft.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, was ein erweitertes Sicherheitsprotokoll ist?

Mag. Erich Deutsch: Hier werden zusätzliche Fragen gestellt. Das ist ja in der Verordnung geregelt, wo eben zusätzliche Frage an den Betroffene gestellt werden. Das sind auch Alkohol- oder Suchtmittelabhängigkeiten drinnen. Da geht es auch um Staatsbürgerschaft, Beruf der Eltern und des gegenwärtigen Ehegatten ist anzugeben in dem Formular, näher Verwandte oder näher Verschwägerte mit Relevanz für die militärische Sicherheit zum Beispiel.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es richtig, dass die leitenden Beamten des BMLV sowie Firmen und Personen, die mit Kriegsmaterial handeln in etwa alle fünf Jahre dieses erweiterte Sicherheitsprotokoll auszufüllen und an Sie zu senden haben?

Mag. Erich Deutsch: Das gilt für die Beamten im Ressort, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es auch üblich für Personen, die mit Kriegsmaterial handeln?

Mag. Erich Deutsch: Nicht laufend, sondern das wird projektbezogen durchgeführt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Okay. Jetzt hat Herr Steininger eindeutig projektbezogen mit einem der größten militärischen Beschaffungsvorgänge der Zweiten Republik zu

tun gehabt. Schildern Sie uns bitte, wann der Herr Steininger das erweiterte Sicherheitsprotokoll ans Abwehramt geschickt hat?

Mag. Erich Deutsch: Wir haben kein erweitertes Sicherheitsprotokoll bekommen, weil er offenbar nicht veranlasst wurde so etwas zu tun und wir auch nicht beauftragt wurden, mit ihm so etwas durchzuführen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, der zentrale Repräsentant von EADS Eurofighter bei diesem Beschaffungsvorgang in Österreich ist nicht dazu aufgefordert worden, ein erweitertes Sicherheitsprotokoll auszufüllen. Ist das richtig?

Mag. Erich Deutsch: Das ist richtig. Ich kann nur den Schluss ziehen, weil man ihm offensichtlich keinen Zugang zu klassifizierten Informationen gegeben hat oder geben wollte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden später noch zu anderen möglichen Schlüssen kommen. Meine Zeit ist jetzt einmal in dieser Runde vorbei. Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zurück noch einmal zu Ihrem Urlaub in der Ramsau. Ist Steininger das aus Thailand angereist oder kam er aus Österreich und ist nachher nach Thailand gefahren?

Mag. Erich Deutsch: Also ich war überrascht, dass er überhaupt dort aufgetaucht ist, muss ich sagen. Es war natürlich bestellt und ich habe mit meiner Frau noch überlegt dass wir das stornieren müssen oder wie tun wir und dann war er tatsächlich da.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und dann ist er ja nach Thailand gefahren, weil

Mag. Erich Deutsch: Ja von dem musste ich ausgehen, dass er wieder abreist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Okay. Jetzt zu einer ganz anderen Sache. Herr Hofrat Deutsch! Sie sind ja Chef dieses Abwehramtes und das Abwehramt ist primär zuständig

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter! Das Abwehramt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Abwehramt, Entschuldigung, ich bin kein Militarist. Tut mir leid, dass ich da nicht so korrekt war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auch ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Abwehramt. Das Abwehramt hat die Aufgabe der Spionageabwehr. Kann ich mir das so vorstellen?

Mag. Erich Deutsch: Auch, ja ist auch eine der Aufgaben, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie ist dann diese Spionageabwehr erfolgt als Bundesminister Darabos in St. Johann den Punker besuchte mit der Zeitschrift „Österreich“ und anschließend

Mag. Erich Deutsch: Ja, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): diese Zeitungsmeldungen aufgetaucht sind mit ganz klaren Plänen vom Punker. Können Sie mir sagen, wie das Abwehramt hier tätig geworden ist?

Mag. Erich Deutsch: Also den Zutritt zu den St. Johann, wir geben nicht den Zutritt, sondern das macht der Führungsstab im Bundesministerium für Landesverteidigung. Wenn der die Genehmigung erteilt, dann können die hinein. Wie sie zu solchen Plänen gekommen sind, das müsste man jetzt vor Ort recherchieren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was heißt das, müsste man? Hat das Abwehramt nicht sofort reagiert über diesen skandalösen Vorfall? Immerhin ist es das die geheimste Stätte, die Österreich hat.

Mag. Erich Deutsch: Welche Pläne sind hier abgedruckt? Also dieser Artikel, darf ich das sehen, welche Art Pläne das sein sollen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es gibt ja in diesem Punker ein absolutes

Mag. Erich Deutsch: Das sind ja keine Pläne.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Photoverbot.

Mag. Erich Deutsch: Ja, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Noch in den 80er Jahren mussten Journalisten, die darüber berichtet haben, mit einer Anklage wegen Verrats von Staatsgeheimnissen rechnen und jetzt frage ich Sie, das wäre doch Ihre ureigenste Aufgabe gewesen, hier einzuschreiten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie, Kollegin Fekter, es dürfte das Telefonat sein, um das wir den Herrn Deutsch ersucht haben.

Mag. Erich Deutsch: Geht es?

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, ja.

Mag. Erich Deutsch: (ohne Mikro!)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hofrat Deutsch! Bezüglich Ihrer Aufgabe, nämlich Spionageabwehr, da passiert etwas Ungeheuerliches, nämlich dass es eine große Medienberichterstattung aus diesem Punker gibt und Sie erklären uns gerade, das Abwehramt ist in keinster Weise tätig geworden.

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein. Man muss ja einmal schauen, wer mit dem Minister aller unterwegs war. Es war der Generalstabschef unterwegs. Es war der Kommandant Streitkräftekommando unterwegs. Wir haben natürlich recherchiert. Der Sicherheitsbeauftragte dort hat erinnert, aber das hat offenbar keine Wirkung gezeigt. Das Faktum ist, man ist dort hineingegangen unter der Verantwortung, könnte man sagen, des Ministers und der Verantwortung auch des Generalstabschefs.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie den Minister darauf aufmerksam gemacht? Immerhin haben Sie uns ja vorhin erklärt, dass es zu Ihren Aufgaben gehört, umfassende Sicherheitsbelehrungen vorzunehmen?

Mag. Erich Deutsch: Ja, ich habe den Kabinettchef dann im Anschluss wie wir das erfahren haben, dass das so passiert ist, aufmerksam gemacht, was dazu geführt hat, glaube ich, dass bei einer nächsten Besichtigung in Zeltweg man überhaupt Journalisten mit Photoapparaten dort nicht zulassen wollte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat das Konsequenzen gehabt für die verantwortlichen Personen, die diesen Riesenschaden angerichtet haben?

Mag. Erich Deutsch: Das kann ich nicht sagen, das ist immerhin mein eigener Vorgesetzter, ob das der Generalstabschef ist oder auch der Herr Bundesminister, das kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In welcher Form haben Sie dann darauf reagiert, dass der Geheimnisschutz in Österreich nicht durch so eine unprofessionelle Vorgangsweise überhaupt ad absurdum geführt wird?

Mag. Erich Deutsch: Na ja, ich habe das vorgetragen beim Kabinettschef, dass das also hier ein Riesenproblem darstellt, weil man natürlich ja dann als Vorbild auch das absurdum führen würde, diese Dinge.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese Aufnahmen dort und die Recherche hat ja nicht ein Journalist des Heeres und nicht ein Bundesheerfotograph gemacht. Sondern Journalisten von einem Medium. Ist das Abwehramt tätig geworden, zumindest dieses Material wieder in die Hände zu bekommen, oder kann das jetzt weltweit kursieren?

Mag. Erich Deutsch: Also was ich, Wissensstand ist, wurde das Filmmaterial abgegeben. Vor Ort. Laut Aussage des Sicherheitsbeauftragten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und warum konnte es dann in der Zeitung erscheinen?

Mag. Erich Deutsch: Offenbar wurden nur die anderen, offenbar sind also, ist das nicht lückenlos erfolgt. Ich war nicht vor Ort, also ich konnte das nur recherchieren und das waren die Antworten damals.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was hat es für internationale Reaktionen zu diesem ungeheuerlichen Vorfall gegeben, nachdem wir ja dort ausgewählt wurden als europäisches, sage ich jetzt einmal, Sicherheitszentrum für die Daten, die europäischen?

Mag. Erich Deutsch: Also mir sind keine internationalen Reaktionen bekannt geworden darauf. Man muss natürlich sagen, es wurde ja genau dieser Bereich, wo diese internationalen Daten gelagert worden sind, scheinen hier nicht auf. Man könnte höchstens sagen, da dieses Schnittschema, was hier auf der zweiten Seite ist, daraus kann man, könnte man es allenfalls erschließen. Auf welcher Ebene es zumindest liegt. Das könnte man erschließen, ohne nähere Details.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber sind Sie doch ehrlich, Herr Hofrat Deutsch. Wenn Spionageabwehr Ihre Hauptaufgabe ist, dann ist doch das ein klassischer Fall von sage ich jetzt einmal, Möglichkeiten der Spionage. Ich will ja nicht sagen, dass sozusagen die Leute, die mit waren, spioniert haben. Nur allein das, was sie von sich geben können, ist ein gefundenes Fressen für jeden Spion.

Mag. Erich Deutsch: Was auf jeden Fall durchgeführt wurde dort vor Ort durch den Sicherheitsbeauftragten war eine Sicherheitsbelehrung auf jeden Fall. Dass das passiert ist, kann man überhaupt nicht beschönigen. Das war auch nicht zu verhindern im Augenblick, wie gesagt, es waren höchste Offiziere, mein eigener Chef dort und der Minister selbst, das haben wir, wir bedauern aufs Äußerste, dass das geschehen ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie verhindern Sie, dass das in Zukunft nicht auch noch passiert für eine Bildreportage und eine schöne Schlagzeilen hauen wir alles über Bord, was an sich internationale Standards sind?

Mag. Erich Deutsch: Man kann jetzt nur dem Minister das nochmals sagen und vor allem vor Ort, dass der wirklich wie ein Zerberus, auch wenn der Minister oder Kaiser von China kommt, dort niemand hineinlässt, wenn das nicht so ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber jetzt ist der Schaden ja schon angerichtet.

Mag. Erich Deutsch: Der ist, das ist einmal in den Medien. Das kann man nicht mehr ungeschehen machen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat das für Sie Folgen gehabt?

Mag. Erich Deutsch: Für mich? Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie mit den dort Verantwortlichen dort Kontakt aufgenommen und ihnen die Dramatik dieses Vorganges erläutert?

Mag. Erich Deutsch: Ich nicht persönlich, aber mein Zuständiger hat mit diesem Sicherheitsbeauftragten das Gespräch geführt und an sich die Zuständigkeit für den Zutritt als solchen liegt beim Führungsstab, also im Ministerium angesiedelt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Mit einem Wort, Unfähigkeit, wenn so etwas passiert. Warum haben Sie das nicht selber in die Hand genommen?

Mag. Erich Deutsch: Retrospektiv war ja nichts mehr zu verhindern in dem Augenblick. Es war ja nur mehr festzustellen, wie das überhaupt zustande gekommen ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In dem Bericht darüber wird im Detail beschrieben, wie sich die Etagen dort aufbauen, in welcher Etage was zu finden ist, et cetera. Als sind wir uns doch ganz ehrlich, das ist in Wirklichkeit ein Supergau, der in einem Bundesheer passieren kann. Sie nicken.

Mag. Erich Deutsch: Wir waren vorher nicht informiert, dass der Minister dort hineingeht. Es war klar, der Ablauf ist geregelt, dass dort nur Leute hinein, die entweder überprüft sind oder begleitet werden, aber jedenfalls nicht fotografieren dürften.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat es eine Anzeige gegeben, wie das üblich war in vorherigen Jahren, wegen Verrats von Staatsgeheimnissen?

Mag. Erich Deutsch: Das kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Von Ihrem Amt nicht, obwohl Sie das erkannt haben, was hier passiert ist?

Mag. Erich Deutsch: Also vom Amt ist nichts in der Richtung gemacht worden, keine Strafanzeige, weil die Sache ja auf der Ministerienebene anhängig war.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat man hier sozusagen die Parteikollegen geschützt?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich habe vor mir da die Ladungsliste Untersuchungsausschuss Donnerstag 8. März 2007. Wir wissen ja jetzt, Herr Hofrat, aus Ihrer Aussage, dass der Herr Steininger mit Ihnen bis Samstag 10. März ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Unterbrechen wir kurz.

Mag. Erich Deutsch: Soll ich rausgehen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie Sie wollen. Es gibt keine Vorschriften, wo Sie zu telefonieren haben. Aber die Sitzung ist für die Dauer **unterbrochen**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**. – Bitte, Kollege Kräuter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich setzte fort beziehungsweise wiederhole noch einmal meinen Vorhalt. Ich habe da eine Ladungsliste vom Untersuchungsausschuss vom Donnerstag, 8. März 2007. Jetzt wissen wir durch die Aussage des Herrn Hofrat, dass in der Woche bis Samstag, 10. März Herr Steininger einen gemeinsamen Urlaub in der Obersteiermark verbracht hat. Bei Steininger findet sich aber – der war für 15 Uhr vorgesehen – folgende Notiz auf dieser Ladungsliste: „Keine Zustellung, da laut RS bis 15. 3. im Ausland.“ Das ist einmal das erste, um das festzustellen.

Herr Hofrat, ich wollte Sie fragen – Sie haben gesagt Lindenhof oder so ähnlich? – (*Erich Deutsch: Ich glaube ja. Da sind zwei oder drei Hotels.*) : Waren Sie schon öfter auf Urlaub in dem Lindenhof in der Ramsau?

Mag. Erich Deutsch: Nein. In der Ramsau schon, aber nicht im Lindenhof.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben jetzt vorher gesagt: Obwohl Ihre Gattin das gebucht hat, waren Sie überrascht, als dann die Steiningers, muss man sagen, also das Ehepaar Steininger, aufgetaucht ist. Warum waren Sie da überrascht?

Mag. Erich Deutsch: Weil er für mich in Thailand war!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Ihre Gattin hat zwar gebucht. (*Erich Deutsch: Im September oder Oktober schon!*) Und da hat es kein Telefonat gegeben zwischen den Gattinnen beispielsweise?

Mag. Erich Deutsch: Ist mir nicht bekannt. Ich war überrascht ... Mit Thailand telefoniert meine Frau sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt ist das schon langfristig gebucht gewesen. Wann ist das gebucht worden?

Mag. Erich Deutsch: Das muss im Herbst des Vorjahres gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also im Herbst 2006 hat Ihre Gattin den gemeinsamen Urlaub von Ihnen und Steininger gebucht. Jetzt waren Sie aber noch nie in dem Lindenhof. Jetzt ist es ja üblich bei Buchungen, dass man Anzahlungen leistet.

Mag. Erich Deutsch: Die haben keine verlangt. Ich weiß es nicht, also ich glaube nicht, dass meine Frau eine Anzahlung geleistet hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich bin Steirer. Ich kenne in der Obersteiermark kein Hotel, wo man für vier Personen in der Hochsaison bucht und keine Anzahlung tätigt oder Kreditkartennummer zumindest bekanntgibt.

Mag. Erich Deutsch: Das lässt sich alles feststellen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da müsste ja Ihre Gattin zumindest für die Buchung, die Sie und Ihre Gattin betrifft, zumindest eine Kreditkartennummer bekannt gegeben haben. Oder ist es möglich, dass eine Einladung von Steininger ausgesprochen wurde zu diesem Skiurlaub?

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein! Er hat mich da in eine schlechte Situation gebracht – das habe ich ihm auch gesagt, und er hat gestrahlt sozusagen. Er weiß, dass ich mir, auch von ihm, nichts schenken lasse. Was hätte ich tun sollen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben im Herbst, offensichtlich noch bevor der Untersuchungsausschuss im Nationalrat beschlossen wurde, diesen Urlaub mit Steininger gebucht. (*Erich Deutsch: Ja!*) Ist es nicht lebensnah, dass man sich dann, bei all diesen Ereignissen, nicht einmal zwischendurch bespricht oder telefoniert, wenn es auch nur im Zusammenhang mit dem gemeinsam geplanten Urlaub ist?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe sicher nichts besprochen. Vielleicht hat meine Frau etwas besprochen. Aber er war ja die meiste Zeit gar nicht in Österreich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Klar ist, wenn man zu einem Urlaub einfach nicht auftaucht, dass dann erhebliche Stornogebühren fällig sind und im letzten Moment sogar die volle Länge sozusagen. Die hätten Sie dann bezahlt?

Mag. Erich Deutsch: Das weiß ich nicht, was gewesen wäre, wenn. Aber wahrscheinlich hätte ich das übernehmen müssen und dann das Umgekehrte zurückfordern, wenn er nicht gekommen wäre.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie sind dort bestimmt auch auswärts zum Essen gegangen, haben vielleicht Eintritte, Liftkarten, und so weiter ... Wer hat die beglichen?

Mag. Erich Deutsch: Es ist heuer die Schneelage so schlecht gewesen, dass ich überhaupt nicht Ski gefahren bin, sondern nur spazieren gegangen bin.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber man geht ja dann auch in Restaurants, man ist ja nicht immer im gleichen Hotel. Wer hat da Restaurantrechnungen bezahlt?

Mag. Erich Deutsch: Das Abendessen war immer gebucht, also eine Halbpension. Wenn man unterwegs ist, ja, da hat er einmal so und einmal so bezahlt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie irgendeinen Besuch bekommen in dieser Zeit von irgendjemanden aus Deutschland? Herr Plattner? (*Erich Deutsch: Nein!*) Niemand, überhaupt niemand?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe keinen gesehen. Ich war aber nicht den ganzen Tag über mit Herrn Steininger zusammen, sondern der hat mindestens 50 Prozent der Zeit oder mehr auch alleine sich bewegt dort in der Gegend.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bei den Urlauben in Kärnten, wo Sie mit dem Herrn Steininger zusammen waren, ist da einmal jemand dazugekommen? Können Sie das ausschließen?

Mag. Erich Deutsch: Soweit ich mich erinnern kann, kann ich das ausschließen, also von den Personen, die Sie da genannt haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie irgendwann mit Herrn Wolf einen Urlaub gemeinsam verbracht? (*Erich Deutsch: Nein!*) Kennen Sie Herrn Knoll näher persönlich? (*Erich Deutsch: Nein!*) Sie wissen, dass Herr Knoll Mitglied der Bewertungskommission war und für Logistik und Technik zuständig? (*Erich Deutsch: Ja!*) Er hat hier zu Protokoll gegeben, dass er sich mit Herrn Steininger 15-mal getroffen hat. Hat Herr Steininger mit Ihnen über Herrn Knoll einmal gesprochen?

Mag. Erich Deutsch: Interessant, ja, seinerzeit einmal hat er eine Andeutung gemacht, wie das Disziplinarverfahren gelaufen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also, Herr Steininger hat mit Ihnen über das Disziplinarverfahren des Herrn Knoll gesprochen?

Mag. Erich Deutsch: Nicht über das Verfahren als solches, sondern Herr Knoll dürfte ihm offenbar etwas erzählt haben darüber, dass ein Verfahren anhängig sei, aber nicht über Inhalte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Knoll hat zu Protokoll gegeben, dass er mit Herrn Steininger über Technik- und Militärdinge gesprochen hat. Jetzt wissen wir auch, dass er illegal einen Laptop, offensichtlich mit Daten militärischer Art, bei sich zu Hause gehabt hat. Wie reagieren Sie jetzt auf diese Angelegenheit?

Mag. Erich Deutsch: Wir haben eine Disziplinaranzeige gemacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie das näher untersucht, welche Daten Herr Knoll auf seinem privaten Laptop gehabt hat?

Mag. Erich Deutsch: Es war ja damals spezifisch über die Daten, die damals, glaube ich, im „NEWS“ erschienen sind. Das war das Spektrum. Wir haben nicht den gesamten Laptop untersucht, weil das ja eine sehr aufwendige Prozedur ist, sondern wir haben diese Daten, die im „NEWS“ erschienen sind, auf seinem Laptop gefunden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben bei Brigadier Knoll, der Mitglied der Bewertungskommission war, vertrauliche Daten des Bundesheeres, die unmittelbar mit dem Eurofighter-Ankauf zusammenhängen, gefunden?

Mag. Erich Deutsch: Also, im Detail müsste man sich das jetzt anschauen. Aber es waren Daten, die mehr oder minder... ob die Identität hundertprozentig feststellbar war mit dem, was in „NEWS“ erschienen ist, das konnte nicht erwiesen werden, aber sehr Ähnlichkeiten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welche Daten sind im „NEWS“ erschienen? Waren das Daten, die mit dem Eurofighter zu tun haben?

Mag. Erich Deutsch: Das kann ich heute nicht mehr sagen, welche Daten das im Detail waren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Machen wir es nicht so kompliziert. Haben sich auf dem privaten Laptop von Brigadier Knoll illegal Daten befunden, die mit dem Ankauf von Luftraumüberwachungsflugzeugen zu tun haben?

Mag. Erich Deutsch: Ja, es waren Daten drauf. Es war das Bild, glaube ich, drauf. Es dürfte von einem Vortrag von ihm gewesen sein, den er da ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und Ihnen war bekannt, dass sich Herr Brigadier Knoll mit Herrn Steininger vielfach getroffen hat?

Mag. Erich Deutsch: Nein, das war mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe da einen handschriftlichen Brief von Herrn Steininger an den Anwalt Dr. Nödl. – Kennen Sie den?, wo er sich bedroht fühlt. Da steht das Datum 1. 3. 2007 drunter. An sich wurde da eher der Eindruck erweckt, dass das aus Thailand kommen würde. In Wirklichkeit hat ja Herr Steininger da gerade seinen Winterurlaub offensichtlich da vorbereitet. Hat er mit Ihnen über diesen Brief gesprochen?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. – Kollege Darmann, bitte. (*Abg. Mag. Darmann: Danke, keine Fragen!*) – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Deutsch, Sie haben gesagt, dass keine Mitglieder dieses Ausschusses durch Ihr Amt überprüft wurden. Jetzt muss ich Sie anders fragen: Gibt es in Ihrem Amt einen Akt über den Ausschussvorsitzenden Dr. Pilz?

Mag. Erich Deutsch: Also, einen Akt in dem Sinn kann ich mir nicht vorstellen, dass es den gibt. Pressemeldungen, die im Zusammenhang seinerzeit gesammelt wurden – das reicht ja lange zurück –, aber einen Akt Dr. Pilz in dem Sinne gibt es meines Wissens nach nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist jetzt noch unklarer als zuvor.

Mag. Erich Deutsch: Da müsste ich jetzt nachschauen natürlich. Weil wenn ich das alles im Kopf hätte, wäre... ich weiß es nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Na, Dr. Pilz ist schon bekannt!*) Nein, das ist keine Frage. Aber was ich weiß, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der ist mindestens so bekannt wie Lebensgefährtinnen aus der DDR in Österreich. Gibt es einen Akt Dr. Pilz?

Mag. Erich Deutsch: Einen derartig vergleichbaren Akt gibt es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe gar keine Vergleiche angestellt! Gibt es einen Akt Dr. Pilz? (*Erich Deutsch: Nein, es gibt keinen Akt Dr. Pilz!*) Es gibt keinen Akt Dr. Pilz? (*Erich Deutsch: Es gibt Presseauswertungen und solche Dinge ...seinerzeit..*) Was ist das dann, wenn es?

Mag. Erich Deutsch: Das wird bei uns in ... Das ist kein Akt in dem Sinn, wo das alles zusammengeführt ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gibt es einen Akt Ewald Stadler? Sie müssen ein akustisches Signal geben. Kopfschütteln kann nicht zu Protokoll genommen werden.

Mag. Erich Deutsch: Also ich kenne auch keinen Akt Dr. Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut.

Mag. Erich Deutsch: Außer es gäbe ihn aus vor meiner Zeit. Ich habe dann nicht mehr nachgesehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann hat der Herr Steininger Ihrer Erkenntnis nach seine thailändische Gattin geheiratet? Ist das im Jahre 2004 gewesen?

Mag. Erich Deutsch: Wann er sie geheiratet hat?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja.

Mag. Erich Deutsch: Der hat sie schon einige Zeit gekannt, als er sie dann geheiratet hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, Sie wissen, dass die sich schon länger gekannt haben, auch davor schon vor der Heirat?

Mag. Erich Deutsch: Ja, er muss sie ja einige Zeit gekannt haben?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Muss nicht sein. Das geht auch ruckzuck mitunter. Haben Sie gewusst, kennen Sie die Dame persönlich?

Mag. Erich Deutsch: Ja, die habe ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie gewusst, dass das die Tochter eines thailändischen Generals ist?

Mag. Erich Deutsch: Nein, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wissen Sie nicht?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen jetzt vorhalte, dass es die Tochter eines thailändischen Generals ist, hätten Sie dann eine Sicherheitsüberprüfung des Herrn Steininger vorzunehmen gehabt auf Grund dessen was Sie uns vorher geschildert haben über verwandtschaftliche Beziehungen, wo man sogar Angaben zur Ehegattin machen muss?

Mag. Erich Deutsch: Moment, also das habe ich jetzt nicht verstanden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben selber berichtet, dass Sie bei diesem Fragebogen die Leute auffordern, Angaben auch über die Ehegatten zu machen. Wenn Sie jetzt erfahren, Sie sagen, Sie haben erst jetzt von mir erfahren, dass die Tochter eines thailändischen Generals ist, fingieren wir einmal, dass Sie das schon gewusst haben wie Sie die Damen kennengelernt haben, fingieren wir ferner, dass Ihnen der Herr Steininger oder sonst jemand das gesagt hätte, hätten Sie dann eine Sicherheitsüberprüfung durchführen lassen müssen?

Mag. Erich Deutsch: Also ich glaube nicht, dass Thailand oder ein thailändischer General für die Republik Österreich ein Sicherheitsrisiko darstellt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welche Länder würden Sie denn als Sicherheitsrisiko bezeichnen? Wenn militärische Informationsflüsse über Thailand erfolgen, ist das dann kein Sicherheitsrisiko oder hängt das einfach nur mit der Distanz zusammen?

Mag. Erich Deutsch: Mit der Distanz nicht, sondern Thailand hat mit Österreich weder eine gemeinsame Grenze noch gemeinsame

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich auch schon bemerkt.

Mag. Erich Deutsch: militärische Zusammenhänge. Also ich kann da jetzt nicht einen Zusammenhang herstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es wäre möglich, dass zum Beispiel Informationsflüsse über Thailand woanders hingehen könnten? Ist das denkbar?

Mag. Erich Deutsch: Ja, natürlich denkbar ist das schon.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie, das heißt also, gibt es eine Eingrenzung bei welchen militärischen Verwandtschaftsverhältnissen zu welchen Ländern man keine Überprüfung durchführt und bei welchen schon? Oder ist das in Ermessen gestellt?

Mag. Erich Deutsch: Das ist eine Ermessensfrage, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Ermessensfrage.

Mag. Erich Deutsch: Und eine Beurteilungsfrage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie es nicht gewusst haben, können Sie es auch nicht beurteilen. Ist das so?

Mag. Erich Deutsch: In dem Fall?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Hätten Sie es gewusst, wären Sie zu der Beurteilung gekommen, dass das kein Sicherheitsproblem darstellen muss?

Mag. Erich Deutsch: Das kann man nicht sagen. Das hätte man sich anschauen müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war auch meine Einschätzung, dass man es nicht sagen kann.

Mag. Erich Deutsch: Ich kann ja nicht nur den Umstand, dass wäre sie eine Tochter oder hätten wir gewusst, dass sie eine Tochter eines Generals ist, daraus jetzt

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich finde es nur bemerkenswert, dass einer der prominentesten Waffenhändler, der im Verteidigungsministerium aus und ein geht, auf Grund von verwandtschaftlichen Beziehungen seit 1994 nicht ein einziges Mal mehr überprüft wurde, obwohl er in der Zwischenzeit vertraulichste Daten bekommt. Es gibt mehrfachen Schriftverkehr dazu. Wir haben sogar eine Übernahmebestätigungen hier, wo er unterschrieben hat, vertraulichste Daten

bekommen hat, mit Ihnen privat auf Urlaub fährt und Sie wissen, dass er eine thailändische Frau geheiratet hat, von der Sie aber nicht wissen, dass sie die Tochter eines Generals ist, weil man so militärfern ist, wenn man sich im Urlaub miteinander unterhält. Mit Verlaub, meine Bewertung will ich jetzt nicht abgeben, ob ich Ihnen das glaube oder nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Natürlich bitte.

Mag. Erich Deutsch: Das möchte ich schon dazu was sagen. Bitte sehr. Ich habe, glaube ich, mehrfach erklärt, dass bei uns Prüfungen durchgeführt werden, wenn beantragt wird, dass jemand Zugang zu klassifizierten Informationen erhält. Dieser Antrag ist bei uns nie gestellt worden von jenen, die mit dem Herrn Steininger zu tun hatten. Ich habe dienstlich mit ihm überhaupt nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe Sie vorhin gefragt, ob Sie von sich aus derartige Überprüfungen amtswegig durchgeführt hätten. Da haben Sie noch unter treuesten Augenaufschlag gesagt, jawohl. Und nun halte ich Ihnen vor, dass es die Tochter eines thailändischen Generals ist. Da behaupten Sie, Sie haben es nicht gewusst, weil Sie müssten nämlich unter dem Aspekt dessen was Sie vorher ausgesagt haben nämlich zugeben, dass Sie eine Überprüfung hätten durchführen müssen.

Mag. Erich Deutsch: Wenn er jetzt nicht Zugang zu klassifizierten Informationen hat, dann spielt auch der thailändische General keine Rolle.

Obmann Dr. Peter Pilz: So danke schön. Ich möchte Sie jetzt noch ein paar zusätzliche Sachen fragen. Ich habe hier die Ladungsliste unseres Untersuchungsausschusses für Donnerstag, 08. März 2007, Beweisthemen 1 bis 3. Für 15 Uhr war geladen Herr Erhard Steininger, Vermerk hier keine Zustellung, da laut Rückschein bis 15. 03. im Ausland, also im Originalrückschein heißt es nur, auf Urlaub.

Mir geht es jetzt um den Punkt, der Kollege Kräuter hat zu Recht gefragt, warum Sie überrascht waren? Sagen Sie, warum haben Sie angenommen, dass er nicht mit Ihnen wie geplant auf Urlaub fährt, sondern sich in Thailand aufhält?

Mag. Erich Deutsch: Ich wusste, dass er in Thailand ist. Das war ja auch in den Medien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben es den Medien entnommen, dass er in Thailand ist? Dann stellen Sie fest, der im Untersuchungsausschuss geladene, aber in Thailand abgängige Erhard Steininger, für uns nicht greifbare Erhard Steininger, sitzt plötzlich neben Ihnen im Lindenhof in der Ramsau und hat vor jetzt eine Woche oder mehr mit Ihnen dort gemeinsam zu verbringen. Sagen Sie, war Ihnen klar, dass nicht nur im österreichischen Parlament, sondern auch Bundesministerium für Landesverteidigung höchstes Interesse bestand zu wissen, dass sich der Herr Steininger nicht in Thailand, sondern in der Ramsau aufhält?

Mag. Erich Deutsch: Ich wusste nicht, dass er zu diesem Datum eine Ladung hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum haben Sie bis heute Ihre Vorgesetzten im Bundesministerium für Landesverteidigung nicht von Ihrem gemeinsamen Urlaub zu dieser Zeit mit dem Herrn Steininger informiert?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe keinen Anlass dazu gesehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie das genauer erklären?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe keinen Anlass gesehen von dem Umstand, dass Steininger als ich im Urlaub war, auch dort war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie irgendwen darüber informiert?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ich habe niemanden informiert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Bundesministerium für Landesverteidigung keine einzige Person?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Ich stelle fest, am 06. April hat Verteidigungsminister Darabos öffentlich angekündigt, dass er vorhabe, Strafanzeige und Disziplinaranzeige gegen Generalmajor Wolf wegen Verdachts der falschen Beweisaussage und wegen Verdachts der Geschenkannahme bei der Staatsanwaltschaft Wien einzubringen. War Ihnen das bekannt?

Mag. Erich Deutsch: Das war bekannt, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Am 10. April ist Generalmajor Wolf vom Dienst suspendiert worden. War Ihnen das bekannt?

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Am 28. April ist Herr Steininger dann zurückgekommen. Irgendwann später behaupten Sie, hätten Sie das Geld zurückgezahlt.

Mag. Erich Deutsch: Ja. Ich nicht, sondern meine Frau.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Frau. Das heißt, von der öffentlichen Ankündigung wegen einer Überweisung von Herrn Steiner gegen Generalmajor Wolf und in der Folge auch gegen Steininger selbst ein Strafverfahren einzuleiten und der von Ihnen dem Ausschuss gegenüber behaupteten Rückzahlung dieses Betrages liegt zumindest ein Monat. Ist das richtig?

Mag. Erich Deutsch: Ja, weil das Datum steht ja noch nicht fest, wann zurückgezahlt wird. Aber es kann nur sein, dass er wieder in Österreich war. Das war Voraussetzung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber der entscheidende Punkt, ist egal, ich möchte jetzt überhaupt nichts bewerten. Ich möchte nur möglichst genau die Fakten haben. Sie haben niemanden informiert und ein Monat nachdem Ihnen bekanntgeworden ist die Affäre Wolf Steininger, die Strafanzeige und die Disziplinaranzeige und die Suspendierung, behaupten Sie, wir können das nicht überprüfen, Sie hätten Ihren Anteil an der Urlaubsrechnung beglichen. Können Sie sagen, wie hoch dieser Anteil war?

Mag. Erich Deutsch: Ja der war über 2 000 €. Genau den Betrag kann ich nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, über 2 000 €. Und in welcher Form ist das zurückbezahlt worden?

Mag. Erich Deutsch: In bar.

Obmann Dr. Peter Pilz: In bar und wo?

Mag. Erich Deutsch: Das kann ich jetzt nicht auswendig sagen, weil meine Frau hat das erledigt. Entweder war Sie bei ihm.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie waren da nicht dabei?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, ich war nicht dabei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es darüber eine Quittung? Haben Sie jemals eine Quittung gesehen?

HR Mag. Erich Deutsch: Üblicherweise wird also keine Quittung ausgestellt natürlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dies war keine übliche Situation. Sie haben ganz genau gewusst, was Sie mit dem, was es mit Herrn Steininger auf sich hat, Sie haben genau gewusst, in welcher Situation Herr Steininger ist, Sie haben gewusst, es läuft ein Strafverfahren, Sie haben gewusst, Herr Steininger hat einen Urlaub bezahlt, und bis dahin hat da zumindest berechtigt der Eindruck bestanden, er hätte sie eingeladen, und in dieser Situation verlangen Sie keine Rechnung für einen Betrag, von dem Sie behaupten, Sie haben ihn, er wäre Herrn Steininger übergeben worden?

Haben Sie keine Rechnung verlangt? Bis heute haben Sie keine Rechnung?

HR Mag. Erich Deutsch: Ich müsste meine Frau fragen, aber ich, eine Rechnung in diesem Sinne nicht, weil da, glaube ich nicht, vielleicht hat er eine Bestätigung ausgestellt das kann ich nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja.

HR Mag. Erich Deutsch: Also ich habe meiner Frau vertraut, dass sie das bezahlt hat und dass, sie wird ihm vertraut haben, dass er das Geld bekommen hat, von dem gehe ich aus.

Obmann Dr. Peter Pilz: So. Ich werde Sie dann später noch befragen anhand der Verordnung zum Militärbefugnisgesetz bezüglich der Verlässlichkeitsprüfung bei erweiterten Sicherheitsprotokollen und Ähnlichem, ob Sie hier den dienstlichen Verpflichtungen nachgekommen sind, dazu lasse ich mir aber jetzt vom Rechts- und Legislativdienst noch Unterlagen bringen, deswegen habe ich jetzt einmal vorläufig keine weiteren Fragen. Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also, wir haben am 27. 2., also für den 27. 2. Herrn Steininger geladen, und eine Absage bekommen mit dem Hinweis, er wäre bis 4. 3. auf Urlaub. Wir haben dann weiter am 8. 3. Herrn Steininger wieder geladen und die Absage bekommen, er wäre bis 15. 3. auf Urlaub. Wir haben ihn dann am 22. 3. wieder geladen, und haben dann die Auskunft bekommen, er ist bis 27. 4. nicht da, ortsabwesend, also ab dann war sozusagen Thailand im Gespräch.

Wenn man jetzt davon ausgeht, dass uns Steininger zuerst informiert, bis 4. 3. wäre er nicht da, und Sie sagen aber, am 4. wäre er bei Ihnen in der Ramsau aufgetaucht, das war der Samstag, ja, und Sie das aufgrund der Medien wussten, dass dies sozusagen Steininger verweigert die Aussage im Ausschuss, weil Urlaub, etc., das ist ja durch die Medien gegeistert, Sie haben ja schon vorhin gesagt, ja, Sie waren selbst überrascht, dass er gekommen ist, was hat er Ihnen denn für eine Geschichte aufgetischt?

HR Mag. Erich Deutsch: Er hat mir keine Geschichte aufgetischt, er ist einfach gekommen, weil der Urlaub offenbar gebucht war. Ich wusste von seinen Ladungen in diesem Zeitraum und von seinen Absenzen, er war in Thailand und ist, für mich überraschend, gekommen, weil ich habe damit gerechnet, er wird nicht wegen dieser einen Woche von Thailand nach Österreich herfliegen, aber dies hat er offenbar getan.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): das heißt: Vorhin haben Sie aber bestätigt, dass er erst nach diesem Urlaub nach Thailand gefahren ist?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, wieder, wahrscheinlich, nicht? Also, ich führe jetzt nicht Buch über Herrn Steininger, was dieser gemacht hat, aber meines Wissens hat er dies erwähnt, dass er wieder nach Thailand fliegt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): das ist ja höchst bedenklich, wenn uns Steininger informiert, er wäre bis 4. 3. in Urlaub, und dann taucht er plötzlich in der Ramsau auf.

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und am 8. wäre er wieder geladen gewesen, und da ist er immer noch in der Ramsau?

HR Mag. Erich Deutsch: Da hätte er eigentlich kommen können, nicht?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber dies haben Sie ja doch den Medien entnommen?

HR Mag. Erich Deutsch: Na, ich habe im Urlaub die Medien in dieser Weise nicht verfolgt, vor allem nicht, was die Ladungstermine von irgendjemandem, auch Herrn Steininger, betrifft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe, ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin ziemlich überrascht, welche mangelnde Sensibilität Sie in dieser Causa an den Tag legen?

HR Mag. Erich Deutsch: Also, ich war in Urlaub, er war in Thailand und war dann plötzlich in der Ramsau, ich wusste von seinen Ladungen konkreter Art nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Hinblick auf die Sicherheitschecks, die Herr Kollege Stadler Sie gefragt hat, nämlich dass sozusagen jener Waffenlobbyist, der mit dem größten Beschaffungsvorgang in Österreich zu tun hat, rein zufällig auch ein, sage ich jetzt einmal, familiäres Verhältnis zu einer ausländischen Armee hat. Dass Ihnen dies in keinster Weise als Chef der Spionageabwehr in irgendeiner Art und Weise zu Handlungen angeregt hat, erscheint mir doch höchst, höchst merkwürdig.

HR Mag. Erich Deutsch: Na, ich habe aber gesagt, es war mir nicht bekannt, dass er mit einer Tochter von einem General, das ist die Frage, stimmt es oder stimmt es gar nicht, ich höre das, ich habe dies aus den Medien jetzt erfahren, aber wusste dies nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Steininger ist im Verteidigungsressort ein- und ausgegangen, daher hat er sich ja auch als Türöffner bezeichnet, weil er sich dort so gut auskennt, dass ihm sozusagen alle Türen dort offenstehen, Sie haben gemeint, na ja, wenn er zu klassifizierten Unterlagen Zugang gehabt hätte, oder wenn Sie sozusagen

HR Mag. Erich Deutsch: Kenntnis davon gehabt...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kenntnis davon, jetzt muss man wissen, dass Sie gerade vorhin erwähnt haben, er hat einmal das Verfahren Knoll erwähnt, Sie wissen, beim Verfahren Knoll ist es um die Privatnutzung eines Laptops gegangen, mit militärischen Geheimnissen, daraus hätten Sie als Chef des Abwehramtes doch sofort ganz hellhörig werden müssen, dass Steininger da womöglich Dinge weiß, die ihm klassifizierte Unterlagen zur Kenntnis bringen, und spätestens dann hätten Sie doch auch Steininger überprüfen lassen müssen.

HR Mag. Erich Deutsch: Woraus schließen Sie, dass Steininger Inhalte und nähere Gründe des Dis-Verfahrens gewusst hätte, das habe ich also nicht gesagt. Er hat also nur erwähnt, gegen Herrn Knoll gibt es ein Dis-Verfahren, aus. Mehr hat er nicht ... Er wusste das einfach.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also Tatsache ist, dass wir wissen, dass beide in Klosterneuburg des Öfteren zu Heurigenbesuchen gegangen sind, das heißt also, das war auf gut Deutsch überhaupt gar kein Geheimnis, dass Knoll und Steininger sich nicht sehr fern standen, und wenn Steininger dann von so einem Verfahren weiß, das Knoll selbst vor seiner eigenen Frau versucht hat auch zu

verheimlichen, ja, Knoll wollte nämlich unbedingt, dass niemand davon erfährt, aber Steininger erzählt er es schon, dann muss man schon ganz ehrlich sagen, hätten bei Ihnen alle Alarmglocken schrillen müssen, also im Hinblick auf Ihre Position bin ich, ich bin kein Militarist, und ich habe keine Ahnung, jetzt sage ich einmal, wie Spionageabwehr funktioniert, aber vom Chef des Spionageabwehramtes erwarte ich mir Sensibilität in diesen Fragen schon, das muss ich ganz ehrlich sagen, da bin ich ziemlich entsetzt, dass Sie dies nicht an den Tag legen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollen Sie darauf antworten?

HR Mag. Erich Deutsch: Na es ist schwierig, dazu etwas zu sagen, weil wenn der weiß, ein Dis-Verfahren ... Ich meine, solche Dinge gehen im Ressort, werden bekannt ganz einfach, ob ... Wahrscheinlich hat ihm Knoll erzählt, gegen mich läuft ein Dis-Verfahren. Ich kann nur diesen Schluss ziehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also, ich finde dies insofern sehr eigenartig mit dem Abwehramt, muss ich schon ganz ehrlich sagen, einerseits werden sozusagen die Parteifreunde auch dann nicht belangt, wenn sie höchste militärische Sicherheitsrisiken darstellen, andererseits werden die Verwandten in keinster Weise durchleuchtet, auch wenn sie zu fremden militärischen, sage ich einmal, Armeen, in verwandtschaftlichem Verhältnis stehen, und in Wirklichkeit vor dem Untersuchungsausschuss erscheinen sollen, aber mit Ihnen Urlaub machen, also, Herr Hofrat, ich habe mir eigentlich viel Schlimmes vorstellen können, aber das nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollen Sie dazu noch etwas feststellen?

HR Mag. Erich Deutsch: Also, ich glaube, mir werden hier Dinge unterstellt in der Weise, dass ich also gewisse Dinge nicht getan hätte, die wir üblicherweise auch bei keinem anderen machen. Schließlich mache die Sachen nicht ich, sondern es gibt zuständige Abteilungen, denen müsste ich ja nahezu anordnen, so etwas nicht zu tun, diese machen dies routinemäßig, und ich habe mich nicht eingeschaltet, etwas zu tun oder etwas nicht zu tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber als Chef des Abwehramtes müssen Sie doch ein Mindestmaß an Sensibilität in all diesen Causen an den Tag legen, und dies vermisse ich total. Einerseits bei dem Supergau, der in St. Johann passiert ist, da ist gar nichts vom Abwehramt dann in Wirklichkeit geschehen, und wir haben damit aber riskiert, dass wir eine Spielwiese für ausländische Spionage werden.

HR Mag. Erich Deutsch: Also, was St. Johann betrifft, Sie dürfen auch nicht vergessen, wir sind eine nachgeordnete Dienststelle, wir haben hier keine Weisungsbefugnisse. Es ist gemeldet worden und für die Zukunft versucht, auch über das Kabinett direkt in einem Gespräch, abzustellen. Und das ist meines Wissens auch auf fruchtbaren Boden gefallen. Aber ich habe als nachgeordnete Dienststelle nicht diese Möglichkeiten, wenn sogar meine Vorgesetzten dort anwesend waren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Jetzt hätte ich gerne gewusst: Haben Sie meinen Akt gelesen?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ich kenne Ihren Akt nicht – wenn es überhaupt einen geben sollte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie kennen meinen Akt nicht. Und der Nachsatz „wenn es überhaupt einen gibt“, der war noch nachgeschauelt.

Mag. Erich Deutsch: Aber ich kenne nicht alle Akte, und ich schaue auch nicht nach. Es kann über Sie vermutlich keinen geben. Aber wenn ich das wissen wollte, muss ich nachschauen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und genau das glaube ich Ihnen so wie einige andere Aussagen auch.

Mag. Erich Deutsch: Das tut mir Leid.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. – Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Hofrat, kennen Sie den Rechtsanwalt Dr. Nödl?

Mag. Erich Deutsch: Aus dem Fernsehen, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): So haben Sie ihn vorher nie irgendwo getroffen? (*Erich Deutsch: Nein!*) Es ist nämlich Folgendes: So ungefähr um den 12. oder 13. März – da muss man dann noch genauer recherchieren über die Parlamentsdirektion – ist von Dr. Nödl ein ganzes Konvolut an Strategien, Positionen, auch dieser ominöse Brief von Herrn Steininger, hierher übermittelt worden. Und da steckt sehr viel Arbeit – unter Anführungszeichen – dahinter, um strategische Positionen zugunsten des Herrn Steininger zu formulieren. Das war ungefähr am 12., 13. März. So. Jetzt war Herr Steininger mit Ihnen bis 10. März auf Urlaub. Hat Herr Dr. Nödl sich öfter gemeldet? (*Erich Deutsch: Bei mir?*) Nein, überhaupt, im Hotel. Kann es sein, dass sich Herr Dr. Nödl in dieser Zeit mit Herrn Steininger getroffen hat in der Ramsau, wäre das möglich?

Mag. Erich Deutsch: Dazu kann ich nichts sagen. Ich habe jedenfalls nicht gesehen, dass sich die Beiden getroffen hätten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welche Gespräche haben Sie mit Herrn Steininger geführt? Jetzt stellen wir uns nur einmal die Situation vor: Sie haben gewusst, Untersuchungsausschuss, haben geglaubt in Thailand, kommt überraschend. Da muss doch das erste Thema, über das Sie mit ihm gesprochen haben, seine momentane Situation gewesen sein?

Mag. Erich Deutsch: Ja sicherlich. Er hat gesagt, er hat sich abgemeldet – und das war es. Er hat nicht gesagt, dass er eine Ladung hätte oder sonst etwas.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Unter anderem haben Sie ja auch offensichtlich über das Disziplinarverfahren gesprochen, das gegen Brigadier Knoll läuft.

Mag. Erich Deutsch: Das war schon irgendwann einmal.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt stellen wir uns das plastisch vor. Sie haben Spaziergänge. Worüber werden Sie mit Herrn Steininger, der ja zugegebenermaßen in einer Stresssituation sich befunden hat, gesprochen haben? Haben Sie über den Untersuchungsausschuss gesprochen? (*Erich Deutsch: Nein!*) Haben Sie über den Eurofighter-Ankauf gesprochen?

Mag. Erich Deutsch: Ich muss Ihnen sagen, ich war froh, dass ich im Urlaub war und dass ich über dienstliche Sachen nicht sprechen wollte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie über die Zahlung von Steininger an die Familie Wolf gesprochen?

Mag. Erich Deutsch: Nein. Habe ich nicht gekannt. Das habe ich erst aus den Medien erfahren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie jemals Geschenke von Herrn Steininger bekommen? (*Erich Deutsch: Nein!*) Haben Sie Geldüberweisungen bekommen von Herrn Steininger? (*Erich Deutsch: Nein!*) Irgendwelche Honorare für irgendwelche Leistungen?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe keine Leistungen erbracht und habe daher auch keine Honorare bekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben keine Geldsummen, ob jetzt Honorare oder private Zahlungen, Schenkungen, unter-die-Arme-gegriffen, also da gibt es ja allerhand, was an Phantasie irgendwie tauglich wäre, Sie haben nie Geld von Herrn Steininger bekommen?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe nie Geld von Herrn Steininger bekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Waren Sie einmal in Thailand? (*Erich Deutsch: Ja!*) Öfter? (*Erich Deutsch: Einmal.*) Haben Sie da Herrn Steininger getroffen?

Mag. Erich Deutsch: Der ist auch dort aufgetaucht, zwei Tage.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der ist auch aufgetaucht! Wer hat diese Thailandreise gebucht?

Mag. Erich Deutsch: Meine Frau, meines Wissens.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also, Ihre Frau hat die Thailand-Reise gebucht und ganz offensichtlich das Treffen – Thailand ist ja nicht so klein und da ist ja allerhand Bevölkerungsdichte – zufällig?

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein, das wird nicht zufällig gewesen sein. Das wird sie arrangiert haben, nehme ich an.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das hat sie arrangiert. Wann war diese Thailand-Reise von Ihnen, wo Sie Herrn Steininger in Thailand getroffen haben?

Mag. Erich Deutsch: Das war nach meiner Operation, 2004.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie sich da noch an die Jahreszeit erinnern?, war das Sommer oder..?

Mag. Erich Deutsch: Das muss im Frühjahr gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie lange waren Sie da in Thailand? (*Erich Deutsch: zwei Wochen!*) Wieviele Tage waren Sie mit Herrn Steininger und der Familie Steininger zusammen? (*Erich Deutsch: Ich schätze zwei, drei Tage.*) An welchem Ort waren Sie da? (*Erich Deutsch: Phuket.*) Ist dort auch Herr Steininger zuhause?

Mag. Erich Deutsch: Ich weiß nicht. Ich kenne seine ... In Phuket ist er nicht zuhause. Aber wo er in Thailand zuhause ist, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was haben Sie mit Herrn Steininger in Thailand gemacht in dieser Zeit?

Mag. Erich Deutsch: Was man üblicherweise im Urlaub macht: Nichts Besonderes!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie Gespräche geführt über Eurofighter-Ankauf oder militärische Angelegenheiten? (*Erich Deutsch: Nein!*) Wer hat die Flugtickets bezahlt für die Thailand-Reise?

Mag. Erich Deutsch: Das hat alles meine Frau gemacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kann es sein, dass Herr Steininger die Flugtickets bezahlt hat für Sie und Ihre Gattin?

Mag. Erich Deutsch: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie wissen nicht, wer im Jahr 2004 ...?

Mag. Erich Deutsch: Meine Frau, ich sage ja....

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir haben das Problem schon einmal gehabt, bei der Familie Wolf, dass die Kommunikation offensichtlich unter Eheleuten auf Schwierigkeiten stößt bei Zahlungen. Sie können ja nicht dem Untersuchungsausschuss weismachen wollen, dass Sie mit Ihrer Frau nach Thailand fliegen, den Herrn Steininger dort treffen und nicht wissen, ob Herr Steininger oder Sie selbst diese Rechnung bezahlt haben.

Mag. Erich Deutsch: Dann hat das meine Frau... weil die arrangiert den Urlaub und wickelt das ab, alles.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also, Ihre Frau hat Sie im Ungewissen gelassen, wer diese Thailand-Reise bezahlt hat?

Mag. Erich Deutsch: Sie hat mich nicht im Ungewissen gelassen. Wenn meine Frau das mit dem Urlaub arrangiert, gehe ich davon aus, dass sie das auch bezahlt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihre Frau? – Herr Vorsitzender, vielleicht ist das möglich? – Könnten Sie Ihre Frau anrufen und Sie fragen, (*Erich Deutsch: Das habe ich schon versucht!*) wer im Frühjahr 2004 die Tickets nach Thailand bezahlt hat? Ob das Herr Steininger war oder ob das Sie waren?

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir warten ohnehin auf diesen Rückruf. Sobald es einen Rückruf gibt, wird es wieder eine Sitzungsunterbrechung geben. Aber Sie haben sich doch ohnehin mit Aufzeichnungen vorbereitet. Können Sie dem Ausschuss das genaue Datum der Thailand-Reise sagen?

Mag. Erich Deutsch: Das habe ich nicht, ich habe nur das Jahr.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Waren Sie im selben Hotel wie Herr Steininger?

Mag. Erich Deutsch: Das ist eine größere Hotelanlage mit mehreren Hotels.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie ausschließen, dass Sie mit Herrn Steininger in der selben Hotelanlage waren?

Obmann Dr. Peter Pilz: Sagen Sie uns einfach, wie das Hotel geheißen hat.

Mag. Erich Deutsch: Da gab es Hotelzimmer und Bungalows und so weiter, also...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist Ihnen dort auch Herr Steininger entwischt, nachdem er die Rechnung bezahlt hat? Wer hat die Rechnung bezahlt in diesem Hotel, wo Sie mit Ihrer Gattin abgestiegen sind in Phuket?

Mag. Erich Deutsch: Wie ich schon eingangs erwähnt habe, erledigt diese Dinge meine Frau.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wissen Sie, was das gekostet hat? – Von der Ramsau wissen Sie es. Wissen Sie, was der Flug und das Hotel in Thailand gekostet haben?

Mag. Erich Deutsch: Das war nicht billig. Das war auch sozusagen anlässlich unserer Silberhochzeit, etwas verschoben um ein halbes Jahr, und die Kosten waren nicht zu gering.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War das ein Geschenk von Herrn Steininger anlässlich der Silberhochzeit?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe offiziell kein Geschenk von ihm bekommen. Wenn er meiner Frau vielleicht einen Teil geschenkt hätte, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kann sein, dass Sie inoffiziell dieses Geschenk von Herrn Steininger bekommen haben?

Mag. Erich Deutsch: Ich sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie hoch waren die Kosten?

Mag. Erich Deutsch: Die Kosten waren zwischen 6 000 und 7 000 €.
(*Abg. Dr. Kräuter: Pro Person?*) Nein, insgesamt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also: 14 Tage in einem Ressort auf Phuket für Sie beide, 6 000 bis 7 000 €.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Hofrat, weil wir jetzt gerade bei den Reisen sind und sich das jetzt mit Thailand ergeben hat: Können Sie ausschließen, dass es weitere Reisen gegeben hat in den vergangenen ...
(*Telefonläuten.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich *unterbreche* die Sitzung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Bitte die Plätze einzunehmen. Bitte Herr Deutsch, wenn Sie wollen, unterrichten Sie den Ausschuss kurz über das Ergebnis Ihres Gespräches.

Mag. Erich Deutsch: Das Ergebnis des Gespräches ist, dass meine Frau Ende April, sie konnte ein genaues Datum nicht sagen, aber um die Zeit, die wir auch etwas festgemacht haben, das Geld in bar zurückbezahlt hat, sie kann das nur indirekt beweisen durch Abhebungen vom Konto, das wäre eine Möglichkeit, dass sie Bargeld abgehoben hat. Die Thailandgeschichte ist so, dass sich jetzt herausstellt, dass der Steininger das gebucht hat, aber meine Frau ihm auch das retourniert hat, das hat sie mir jetzt bestätigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Zum selben Zeitpunkt retourniert hat? Jetzt?

Mag. Erich Deutsch: Möglicherweise sogar schon vor dem Abflug damals. Damals.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es macht schon einen Unterschied, ob es damals retourniert worden ist ...

Mag. Erich Deutsch: Nein, nicht jetzt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht jetzt.

Mag. Erich Deutsch: Nicht jetzt, nein, damals sofort.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Hofrat, um fortzusetzen, wo ich vorhin war. Hat es in der Vergangenheit weitere Reisen gegeben, wo Sie zufällig auf den Herrn Steininger getroffen sind?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe schon gesagt, in Kärnten ist er zweimal, wie ich mich erinnere, dort auf ein, zwei Tage vorbeigekommen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Auslandsreisen?

Mag. Erich Deutsch: Also Reisen, mir fällt dazu jetzt nichts ein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann vielleicht, um wegzugehen von den privaten Reisen, irgendeine Dienstreise?

Mag. Erich Deutsch: Dienstreisen? Nein, da war er sicher nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Also das können Sie ausschließen, dass es weitere gegeben hat neben Thailand?

Mag. Erich Deutsch: Also Dienstreisen war Steininger in keiner Weise jemals dabei.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nein, dabei nicht, aber er hätte auch zufällig dazukommen können.

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein. Da müsste er wissen, wo ich bin, welche Dienstreise.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das ist ja nicht auszuschließen.

Mag. Erich Deutsch: Ausschließen kann man es nicht, aber es war nicht so.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, es hat keine weiteren gegeben. Außer Urlaube in Kärnten, Ramsau und Thailand.

Mag. Erich Deutsch: Ja. Mir ist jetzt weiteres nichts in Erinnerung, muss ich sagen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut, danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Deutsch, ich komme noch einmal zurück auf den Umstand, dass der Herr Steininger Sie auf das Disziplinarverfahren Knoll anspricht. Was hat er Ihnen dort gesagt?

Mag. Erich Deutsch: Er hat mir nur den Umstand, dass gegen den Knoll ein Disziplinarverfahren läuft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie damals schon gewusst, dass eines läuft?

Mag. Erich Deutsch: Na ja, die Anzeige ist ja von uns erstattet worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eben. Warum haben Sie dann nicht sofort gesagt, woher weißt du, oder Sie, je nachdem, ich nehme an, Sie sind per Du mit ihm, woher weißt du das?

Mag. Erich Deutsch: Na ja, das habe ich nicht gefragt, das war logisch, dass ihm wahrscheinlich nur der Knoll hat sagen können, oder?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Oder sind Sie einfach davon ausgegangen, dass er ohnehin alles weiß, was im Ressort läuft?

Mag. Erich Deutsch: Nein, von dem bin ich nicht ausgegangen. Aber wenn es um das Disziplinarverfahren von einer bestimmten Person geht, kann das nur der Knoll gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Sie wussten also, dass der Knoll und der Herr Steininger sehr eng miteinander sind?

Mag. Erich Deutsch: Nein, dass sie eng miteinander sind nicht, dass sie sich kannten, weil ja das im Luftbereich irgendwo

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jedenfalls so vertrauliche Dinge wie das Disziplinarverfahren, das hat die Frau Kollegin Fekter schon gesagt, dass er sogar vor seiner Frau geheim gehalten hat oder versucht hat

Mag. Erich Deutsch: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er jedenfalls dem Herrn Steininger als seinem Vertrauten anvertraut. Nun wussten Sie also, dass der Herr Steininger EADS vertritt, respektive Eurofighter. Nun wussten Sie, dass er sehr eng mit einem Mitglied der Bewertungskommission ist, und Sie haben es immer noch nicht für notwendig erachtet, Sie wussten auch, dass er den Herrn Wolf kennt, ein weiteres Mitglied der Bewertungskommission,

Mag. Erich Deutsch: Das weiß ich nicht, ob ich das wusste.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann tun wir das vorläufig einmal, damit wir auf gesichertem Terrain sind, nur einmal diese zwei Fakten. Und Sie haben es immer noch nicht für notwendig erachtet, ein Screening durchzuführen?

Mag. Erich Deutsch: Na was hätte das Screening erbringen sollen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was bringt überhaupt ein Screening? Dann lassen wir es doch überhaupt?

Mag. Erich Deutsch: Nein, was bringt das Screening? Es hätte

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was bringt das ganze Abwehramt, wenn man kein Screening mehr brauchen.

Mag. Erich Deutsch: Nein, das habe ich nicht gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Außer dass gemeinsame Urlaube zustande kommen, bringt dieses Amt offensichtlich nichts. Verstehen Sie, ich will Ihnen damit klar machen, dass Sie Umstände kannten, nachweislich, das haben Sie hier im Ausschuss selber zugegeben, die längst eine Überprüfung und der Verlässlichkeit und überhaupt der ganzen Umstände des Herrn Steininger indiziert haben, und das haben Sie alles nicht gemacht, unterlassen, obwohl Sie der Leiter dieser Behörde sind.

Mag. Erich Deutsch: Das habe ich deshalb

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen aus den Medien, dass dieser Mann eine Ladung hier ins Parlament hat, wissen, dass er bei Ihnen in der Ramsau auftaucht, und machen immer noch keine entsprechende Meldung an Ihre vorgesetzten Dienststellen.

Mag. Erich Deutsch: Ich habe nicht gewusst, dass er

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben es aus den Medien erfahren. Es war breit in den Medien berichtet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, das war nur der Umstand, dass vermutet wurde, dass er sich in Thailand aufhält.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na eben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir konnten noch keinen Nachweis führen, dass Herr Deutsch informiert war über die aufrechte Ladung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Steininger steht nicht im Ruf der Heiligkeit und daher ist auch nicht anzunehmen, dass er bilokal auftreten kann. Das ist mir noch nicht zu Ohren gekommen. Daher gehen wir davon, dass er nicht gleichzeitig in Thailand sein kann, wie die Medien berichtet haben, und für den Leiter des Heeresabwehramtes in der Ramsau greifbar wird. Und das hat keine Konsequenzen. Wollen Sie dazu etwas sagen?

Mag. Erich Deutsch: Ja, natürlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es kann sein, dass Sie es der Dienstbehörde dann erklären müssen. Mir brauchen Sie jetzt nichts mehr erklären

dazu. Wussten Sie, dass der Herr Steininger ein Haus am Pogusch hatte, in der Obersteiermark?

Mag. Erich Deutsch: Von dem habe ich gehört, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wussten Sie, dass es unter mysteriösen Umständen abgebrannt ist?

Mag. Erich Deutsch: Habe ich auch gehört, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie daraufhin eine Überprüfung vorgenommen?

Mag. Erich Deutsch: Es ist ja eine private Geschichte, wenn ein Haus abbrennt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Glauben Sie, dass das eine rein private Geschichte war?

Mag. Erich Deutsch: Ja. Soweit es

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit ihm einmal darüber gesprochen?

Mag. Erich Deutsch: Na, nur dass das Haus abgebrannt ist. Durch einen überhitzten Saunaofen, angeblich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Sie haben eine Überprüfung, Ihr Amt hat eine Überprüfung vorgenommen, über die desaströsen Geheimhaltungsmängel, die erst nach Abschluss des Vertrages dazu geführt hat, dass man erst nach Abschluss des Vertrages die Sicherheitsbestimmungen umgesetzt hat. Wer hätte diese Sicherheitsbestimmungen umzusetzen gehabt?

Mag. Erich Deutsch: Verzeihung, welche Sicherheitsbestimmungen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt, das haben Sie uns berichtet, ein entsprechendes Abkommen in Zusammenhang mit dem Eurofighter, das haben Sie uns einleitend berichtet

Mag. Erich Deutsch: Ja, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So dieses Abkommen wurde im Heer nicht umgesetzt, sondern es hat sicher herausgestellt, dass erst nach dem Abschluss des Kaufvertrages nach der Unterfertigung im Jahre 2003 überhaupt begonnen wurde, dieses Abkommen umzusetzen.

Mag. Erich Deutsch: Es war nur eine Absichtserklärung, dieses „Letter of Understanding“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war überhaupt nie ernst gemeint, das war nur Absicht, machen wir vielleicht?

Mag. Erich Deutsch: Nein, das gegenseitig die Sicherheitsvorschriften so wie sie jetzt sind, auch einzuhalten sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, wer hätte das durchführen müssen? Ihr Amt?

Mag. Erich Deutsch: Was heißt durchführen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hätte die Schulung und die Vorkehrungen treffen müssen, dass diese Absicht bestimmte Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten, dass das durchgeführt wird? Wer hätte das durchführen müssen?

Mag. Erich Deutsch: Durchführen tun wir nicht. Es gibt die, die Vorschriften durchführen müssen. Die verantwortlichen Kommandanten und Leiter müssen das beachten und durchführen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Stimmt es, dass Sie erst danach begonnen haben, die Leute überhaupt zu belehren, die Leute darauf aufmerksam zu machen was alles einzuhalten sei. Nachdem Sie festgestellt haben, dass 128 Personen allein im Verteidigungsministerium Zugang zum Vertrag haben und fünf nicht kopiergeschützte CDs mit Vertragstexten im Ministerium im Umlauf waren.

Mag. Erich Deutsch: Zunächst war was ich weiß der Eurofighter Vertrag überhaupt nicht klassifiziert und wurde dann erst später klassifiziert, so dass es wahrscheinlich vorher schon passiert während der Zeit, wo der Vertrag nicht klassifiziert war, hier schon Kopien intern verteilt wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hätte dafür Sorge tragen müssen, dass im Ministerium Vorkehrungen getroffen werden, dass das alles nicht geschieht?

Mag. Erich Deutsch: Diese Vorkehrungen sind ja dadurch getroffen, dass es eine Verschlussachenvorschrift gibt und sich jeder Leiter und jeder, der damit zu tun hat, verpflichtet ist,

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Deutsch! Wenn ich Ihnen vorhalte, dass die Aufgabe Ihrer Abteilung gewesen wäre, was sagen Sie dazu?

Mag. Erich Deutsch: Das glaube ich nicht. Wir können nicht hinter jeden Mann stehen, ob er die Vorschriften einhält.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, aber Sie können dafür sorgen, dass bestimmte Sicherheitsvorkehrungen von vornherein aufgestellt werden.

Mag. Erich Deutsch: Die sind aufgestellt, weil es diese Vorschriften ja schon gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es hat aus diesem Abkommen dann erst später, nachdem man wieder gemerkt hat, dass schon alles Mögliche passiert ist, hat man erst Sicherheitsvorkehrungen aufgestellt, die dazu geführt haben kurioserweise, dass 128 Personen im Verteidigungsministerium Zugang zum Vertrag hatten, fünf nicht kopiergeschützte CDs im Umlauf waren, aber das Parlament hat davon nichts erfahren dürfen.

Mag. Erich Deutsch: Die Verantwortung für die Einhaltung von diesen Vorschriften liegt bei jedem der damit umgeht erstens und zweitens natürlich mit den Vorgesetzten, die das anzuwenden haben. Es waren keine neuen, auch das Letter of Understanding enthält keine neuen Sicherheitsvorschriften, die es nicht schon gegeben hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Stimmt es, dass Sie anstatt dann auf die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften Wert zu legen, Ermittlungen gegen den Herrn Kuch aufgenommen haben?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe keine Ermittlungen gegen den Herrn Kuch aufgenommen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist der Herr Kuch Gegenstand von Erhebungen Ihres Abwehramtes geworden?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): auf Grund dieses Artikels?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie das ausschließen? Der Herr Kuch hat am 25. Jänner 2007 in der Zeitschrift News über diesen ganzen ungeheuerlichen Vorgang berichtet und ist daraufhin Gegenstand von Ermittlungen geworden. Haben Sie nicht ermitteln lassen?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat jemand Ihrer

Mag. Erich Deutsch: Die Ermittlungen gingen wie diese Informationen aus dem Haus dorthin. Das ist ja auch berichtet worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist berichtet worden. Das heißt, Sie haben diese Ermittlungen in Auftrag gegeben?

Mag. Erich Deutsch: Jawohl.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dort sind Sie also von Amtswegen tätig geworden?

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also wir halten fest, gegen den Herrn Kuch sind Sie sofort amtswegig tätig geworden, aber gegen den Cousin Ihrer Frau nicht?

Mag. Erich Deutsch: Es ist nicht gegen den Herrn Kuch ermittelt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will damit nur in etwa wissen wie die Gewichte verteilt sind. Der Herr Kuch ist nicht verwandt mit Ihnen, daher hat er das Schicksal erleiden müssen, dass gegen ihn ermittelt wird. Wäre er verwandt gewesen, wäre ihm unter Umständen dieses Schicksal erspart geblieben. Ich will es nur herausarbeiten.

Mag. Erich Deutsch: Gut. Darf ich dazu etwas sagen, Herr Vorsitzender. Es wurde nicht gegen den Herrn Kuch ermittelt, sondern es wurde intern ermittelt erstens einmal festgestellt wie viel Kopien es gegeben hat und wie es überhaupt möglich war, dass das hinauskommt. Das war eine interne Ermittlung, aber nicht gegen den Herrn Kuch bitte. Darf ich hier festhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Eheleute Rumpold sind die Gegenstand von Ermittlungen geworden?

Mag. Erich Deutsch: Die haben mit dem Heer nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das sieht aber das Ehepaar Rumpold erheblich anders. Das sind die Lobbyisten, die für den Herrn Steininger tätig wurden in Österreich. Diese behaupten, ohne sie wäre der Vertrag gar nicht zustande gekommen ohne ihre millionenschwere Serviceleistung, die sie erbracht haben. Haben Sie gewusst, dass sie Präsentationen auch im Verteidigungsressort machen?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass sie Veranstaltungen mit dem Verteidigungsressort oder mit Teilen des Verteidigungsressorts durchführen?

Mag. Erich Deutsch: Nein. Das war alles in der Verantwortung der Projektgruppe, die eingerichtet wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Fragezeit ist leider schon wieder vorbei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf fortsetzen, bei dieser Ramsau Woche am 07. März 2007 hat, da steht drunter, Wien am 07. 03. 2007 Erhard P. Steininger, der

Herr Steininger schriftlich die Beschwerde eingebracht gegen den Beschluss des Bezirksgerichtes innere Stadt Wien über die Verhängung einer Beugestrafe. Bei liegt vom 01. März ein zweiseitiger handschriftlicher, sagen wir einmal, Bericht vom Herrn Steininger über seine Sicht der Dinge. Das ist am 01. angefertigt worden und am 07. hat im Namen vom Herrn Steininger der Anwalt das eingebracht. Das heißt es ist davon auszugehen, dass diese Woche Anfang März die entscheidende Woche bei der Beschwerdeerstellung war. Die Beschwerde konnte ja nicht ohne Herrn Steininger erstellt werden. Das heißt, der Ausschuss, ich glaube, wir müssen davon ausgehen, dass die Ramsau Woche auch die Woche der Beschwerdeerstellung des intensiven Kontaktes mit Rechtsanwalt Nödl und dann eben am 07. 03. die Einbringung der Beschwerde war. Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen gemacht?

Mag. Erich Deutsch: Nein, habe ich keine Wahrnehmungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie keine Wahrnehmungen gemacht.

Mag. Erich Deutsch: Gut. Weil das könnte ja nur durch Telefon gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, es hätte ja sein können, dass der Herr Dr. Nödl doch dort war. Was weiß man?

So der § 23 des Militärbefugnisgesetzes regelt die Verlässlichkeitsprüfung. Welche Dienststelle ist zuständig für die Durchführung der Verlässlichkeitsprüfungen?

Mag. Erich Deutsch: Ja das sind wir beziehungsweise die Militärkommanden für bestimmte Sachen. Das ist durch einen internen Erlass geregelt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es heißt hier, militärische Dienststellen, die mit Aufgaben der nachrichtendienstlichen Abwehr betraut sind, dürfen in Angelegenheiten der militärischen Landesverteidigung eine Verlässlichkeitsprüfung durchführen. Das ist also in erster Linie natürlich das Abwehramt?

Mag. Erich Deutsch: Natürlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Der § 24 regelt die Durchführung der Verlässlichkeitsprüfung. Dann gibt es eine Verordnung zum § 24, also zur Durchführung der Verlässlichkeitserklärung. Und jetzt lese ich Ihnen und das muss Ihnen ja bekannt sein, weil Sie die Behörde sind, die das durchzuführen hat, § 3 die Verlässlichkeitsprüfung ist auf Grund einer erweiterten Verlässlichkeitserklärung durchzuführen, wenn der Betroffene Zugang zu militärischen Bereichen oder Heeresgut oder militärischen Geheimnissen haben oder erlangen soll, deren Beeinträchtigung einen erheblichen Nachteil für die militärische Sicherheit darstellt.

Nehmen wir den Herrn Steininger während des Beschaffungsvorgangs als Repräsentanten vom Eurofighter EADS? War der Herr Steininger eine Person, die diese Kriterien des § 3 der Verordnung zum § 24 des Militärbefugnisgesetzes erfüllt?

Mag. Erich Deutsch: Die Frage, die sich hier stellt, ob er Zugang zu militärischen oder militärischen Geheimnissen in dem Fall, wäre das Entscheidende, haben oder erlangen sollen, deren Beeinträchtigung und so weiter darstellt. Also aus unserer Sicht ist das nicht bekannt, dass er zu militärischen Geheimnissen Zugang hätte haben sollen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat er militärischen Bereichen Zugang gehabt?

Mag. Erich Deutsch: Wenn er ins Ministerium reingeht, aber da müsste jeder, der das Ministerium betritt sozusagen

Obmann Dr. Peter Pilz: Schauen Sie, ich sage Ihnen eines, der Vertreter von EADS und Eurofighter, der Repräsentant, der eine Schlüsselrolle spielt im wichtigsten und

größten Beschaffungsvorhaben im BMLV in der Zweiten Republik, wenn der nicht eine Person ist, die unter diese Kriterien fällt, dann tue ich mir persönlich relativ schwer festzustellen, wer es sonst sein könnte.

Schauen wir uns die Folgen an. Im Rahmen der erweiterten Verlässlichkeitserklärung dürfen zusätzlich zu den Themenbereichen nach § 2, Abs. 2 ausschließlich Angaben über folgende Themenbereiche verlangt werden. Erkrankungen sowie Abhängigkeiten von Alkohol und Suchtmitteln jeweils mit Relevanz für die militärische Sicherheit. Zweitens Staatsbürgerschaft, Beruf und Wohnsitz der Eltern und des gegenwärtigen Ehegatten oder Lebensgefährten, drittens Name, Geburtsort und Datum, Staatsbürgerschaft, Beruf und Wohnsitz von Kindern, Geschwistern sowie den Ehegatten oder Lebensgefährten und, du jetzt kommt der entscheidende Punkt, sonstigen näher Verwandten oder näher Verschwägerten oder näher bekannten Personen, jeweils mit Relevanz für die militärische Sicherheit, und dann Art und Häufigkeit der Kontakte.

So. Wäre der Generalmajor Wolf eine sonstige näher verwandte oder näher verschwägte oder näher bekannte Person, jeweils mit Relevanz für die militärische Sicherheit, in Bezug auf Herrn Steininger?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, wie sich jetzt herausstellt, eine näher bekannte Persönlichkeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Müsste man sagen. Das haben Sie damals während des Beschaffungsvorganges nicht gewusst? Sie haben nichts gewusst über die nähere Bekanntschaft zwischen Wolf und Steininger? Haben Sie nicht gewusst.

HR Mag. Erich Deutsch: Also, die übliche Bekanntschaft, die ich aufgrund der langjährigen Tätigkeit hatte. Da Wolf dabei war...

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Trauzeugeneigenschaft für die Gattin von Herrn Wolf war Ihnen unbekannt?

HR Mag. Erich Deutsch: Jawohl.

Obmann Dr. Peter Pilz: War Ihnen unbekannt.

Vermögensverhältnisse mit Relevanz für die militärische Sicherheit, das ist der letzte wichtige Punkt: Das Entscheidende, was man in diesem Zusammenhang feststellen muss: Dass eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung die Aufgabe hat, eine erweiterte, Entschuldigung, Verlässlichkeitsprüfung, mit einer erweiterten Verlässlichkeitserklärung den Sinn hat, bei Personen dieser Qualifikation das sogenannte Umfeld abzuklären, ist dies richtig?

HR Mag. Erich Deutsch: Nicht bei solchen Personen, sondern die unter diese Kriterien alle fallen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, das habe ich etwas volkstümlich mit solchen Personen ausgedrückt.

So. Dann haben wir den Punkt. Ich gehe nämlich von Folgendem aus: Hätten Sie die erweiterte Verlässlichkeitserklärung gefordert, und eine Verlässlichkeitsprüfung genau nach diesem Paragraphen von Gesetz und Verordnung durchgeführt, wären Sie auf das Wolf-Steininger-Verhältnis gestoßen.

HR Mag. Erich Deutsch: Möglicherweise, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Genau darum geht es, weil genau dies ist der Punkt, den ich mit Ihnen klären wollte: Wir haben ein militärisches Abwehramt, um genau solche Überprüfungen durchzuführen, um genau solche Verhältnisse frühzeitig abzuklären,

um genau zu verhindern, dass solche Beziehungen zum Nachteil der Republik Österreich genützt werden. Hat das Abwehramt in diesem Zusammenhang die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben erfüllt Ihrer Meinung nach, können wir zufrieden sein mit Ihrer Arbeit und Ihren Leistungen, mit Ihrer Abwehr und Aufklärungsarbeit in diesem Bereich?

HR Mag. Erich Deutsch: Also, das entspricht nicht der langjährigen Gepflogenheit und Leute, die einfach nur Zutritt zum Ministerium, und das Ministerium ist ein öffentlicher Bereich, dass das darunter zu verstehen ist, dass Leute, die dort Zutritt haben, einer Verlässlichkeitsprüfung auch zu unterziehen sind, wenn man dies natürlich jetzt retrospektiv sieht, was wir da möglicherweise alles erfahren hätten, hätte uns aber Herr Steininger das, wäre es dazu gekommen und hätte Herr Steininger dies in seinem Formular nicht ausgefüllt, wären wir wahrscheinlich wieder schwer darauf gekommen, das ist ja abhängig davon, was einer in dieses Formular hinein ausfüllt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hatten Sie persönlich Grund, an der Verlässlichkeit Ihres Freundes Steininger zu zweifeln?

HR Mag. Erich Deutsch: Also, an der Verlässlichkeit im Hinblick auf schutzwürdige militärische Interessen, wobei die militärische Sicherheit, ich sage es noch einmal, der Geheimschutz, der Objektschutz, der Personenschutz ist, gab es aus meiner Sicht nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich habe dazu nicht mehr zu fragen. Das ist, glaube ich, klar genug. Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hofrat! Eine Frage, nachdem Sie jetzt mehrmals telefoniert haben mit Ihrer Gattin, ist Ihre Gattin berufstätig?

HR Mag. Erich Deutsch: Nicht mehr, nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Seit wann nicht mehr, schon in Pension?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, nein, sie ist jünger als ich, sie ist derzeit arbeitslos gemeldet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich Ihrer Silbernen Hochzeit ist dies ein bisschen ungereimt, und zwar Sie haben erwähnt, dass Sie 30 Jahre verheiratet sind, also vor 30 Jahren schon geheiratet haben, und dann erinnern Sie sich, 2004 die Silberne Hochzeit, das geht sich alles irgendwie nicht ganz aus.

HR Mag. Erich Deutsch: Wieso?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Na, Silberne ist bei 25 Jahren.

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, ja. ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Na, 2004, also...

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, heuer habe ich 30 Jahre, heuer im Sommer sind es 30 Jahre. 2003 war die Hochzeit und im Frühjahr sind wir weggefahren, weil ich auch im Spital gelegen bin.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie oft waren Sie schon in Thailand?

HR Mag. Erich Deutsch: Einmal.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn Ihre Gattin also nicht arbeitet, sie dürfte aber, so wie Sie dies erläutert haben, der Finanzminister der Familie sein, oder?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, sie hat Zugang zu meinem Konto, sie hat auch Sparbücher die Möglichkeit ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und Sie hat einen Überblick darüber, wie die familiären Finanzgeschäfte, wie gemeinsame Urlaube etc. abgewickelt werden?

HR Mag. Erich Deutsch: Ich fahre nicht so häufig in Urlaub.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und Sie kümmern sich da gar nicht um diese Dinge?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, Urlaub, das war ihr Ressort sozusagen. Urlaub und Freizeit überhaupt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bis wann war Ihre Gattin berufstätig?

HR Mag. Erich Deutsch: Bis voriges Jahr.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und als was? Ich meine, müssen Sie nicht beantworten, hat mit dem Untersuchungsgegenstand nur...

Obmann Dr. Peter Pilz: Darauf wollte ich jetzt beginnen hinzuweisen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): ...möglicherweise nichts zu tun, aber wenn Sie es sagen wollen.

HR Mag. Erich Deutsch: Na, sie hat in einer kleinen Werbefirma, wo sie für Werbeangelegenheiten zuständig war, gearbeitet. Hat mit Steininger nichts zu tun, bitte, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie heißt denn diese Werbefirma, können Sie dies nennen?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein, es ist keine Werbefirma, diese hat Werbematerial besorgt, so müsste man richtigerweise sagen, also wo es Artikel wie Schlüsselanhänger, bis zum Kugelschreiber... Sie war dort angestellt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): So Geschenkartikel, so in dieser Art.

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, so in dieser Art.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wo hat diese Firma ihren Sitz?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, in Wien, das war damals im vierten oder fünften Bezirk.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Den Namen dieser Firma können Sie uns nicht nennen?

Weil uns sind schon sehr viele Werbefirmen untergekommen, wo wir uns dann gefragt haben, warum diese Aufträge in Zusammenhang mit der Beschaffung bekommen haben.

HR Mag. Erich Deutsch: Das kann ich nicht sagen, also meine Frau hat dort also, also so etwas ist nie aufgetaucht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Verlässlichkeitsprüfung, die an und für sich Herr Pilz da so einfordert, jetzt frage ich Sie: Hat Herr Kammerhofer so eine Verlässlichkeitsprüfung ablegen müssen?

HR Mag. Erich Deutsch: Na ja, dieser ist ja Unteroffizier der Miliz, und...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie diese Unterlagen von Kammerhofer gesehen?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat er sie gemacht, diese Verlässlichkeitsprüfung?

HR Mag. Erich Deutsch: Ich habe sie nicht gesehen, aber ich gehe davon aus, weil das routinemäßig gemacht wird. Es ist nicht so, dass diese Dinge alle über den Leiter laufen, sondern da gibt es eine zuständige Abteilung, die das routinemäßig durchzuführen hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Jetzt eine ganz laienhafte Frage: Bei Unteroffizieren ist das, sagen Sie routinemäßig, bei Zivildienern, die im Heer zu geheimen Unterlagen kommen...

HR Mag. Erich Deutsch: Also, der Minister wird von uns nicht überprüft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nicht?

HR Mag. Erich Deutsch: Nein.

HR Mag. Erich Deutsch: Als oberstes Organ wäre der Innenminister zuständig, wenn schon.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn schon eine Überprüfung, dann das Innenressort.

Bezüglich dieser klassifizierten Unterlagen und des Beschaffungsvorganges, Ihrer Tätigkeit im Amt, haben Sie Personen aufgrund des Beschaffungsvorganges überprüft, dass Sie sagen können, okay, dieser muss jetzt eine Verlässlichkeitsprüfung über sich ergehen lassen, weil...

Es waren ja nicht nur Offizieren mit dem Beschaffungsvorgang befasst, können Sie da Namen nennen, dass das Abwehramt dies veranlasst hat, weil...

HR Mag. Erich Deutsch: Na, veranlasst, also ich habe versucht, den Vorgang zu erklären, wie dies bei uns abläuft, dass jene Personen, es wird bei uns angefragt, ob eine Verlässlichkeitsprüfung, eine aktuelle, vorliegt. Wenn keine Veränderungen sind, dann bleibt es dabei.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber amtswegig gehen Sie in gar keinem Fall vor, auch wenn Ihnen das noch so schräg erscheint?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, da, die Verlässlichkeit wird bei uns ja, wie gesagt, nur im Zusammenhang mit der militärischen Sicherheit gesehen, dich ich versucht habe, hier darzulegen. Es müssten also Dinge, die hier im Ausschuss zur Debatte stehen, wie familiäre Zusammenhänge, damit keine weiteren sich ergeben, selbst wenn man sie vorher wüsste, führen von Amts wegen sicherlich nicht dazu. Es müssten gravierende Sicherheitsvorfälle oder Vorkommnisse oder beurteilbare Situationen sein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich bin insofern überrascht, weil der Kollege Stadler hat ja vorhin ausgeführt, dass Journalisten sehr wohl überprüft worden sind.

Mag. Erich Deutsch: Dem habe ich ja widersprochen, dass kein Journalist überprüft wurde. Und übrigens auch kein Abgeordneter, nur weil er Abgeordneter ist. Wenn er Angehöriger des Heeres wäre, ist das eine andere Sache.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber Kuch (??) ist doch kein Angehöriger des Heeres?

Mag. Erich Deutsch: Wir haben ihn ja auch nicht überprüft oder ermittelt gegen ihn. Weder, noch.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind die Journalisten, die in St. Johann in den Bunker mussten, vorher einer Verlässlichkeitsprüfung unterzogen worden?

Mag. Erich Deutsch: Üblicherweise werden Journalisten ja nicht von uns überprüft, weil sie ja nicht Angehörige des Heeres sind. Wenn sie dort Zutritt haben, wäre Voraussetzung üblicherweise, dass eine Verlässlichkeitsprüfung durchgeführt wird oder sie werden sicherheitsmäßig begleitet. Das würde allerdings bedeuten, dass dann auch durchgesetzt wird vor Ort, dass das Fotografierverbot eingehalten wird. Das kann nur vor Ort passieren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist das Abwehramt im Zuge des Beschaffungsvorganges irgendwann einmal tätig geworden?

Mag. Erich Deutsch: Es ist sicher die eine oder andere Verlässlichkeitsprüfung auf aktuellen Stand gebracht worden, aber das kann ich jetzt im Detail nicht sagen, oder wenn Anträge gekommen sind. Es wurden, wenn Sie das des Beschaffungsvorganges ... Es kamen keine Anträge, die mir jetzt bekannt wären im Einzelnen, weil das eigene Personal ist laufend überprüft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, beim größten Beschaffungsvorgang der Republik ist außer die Routinearbeit für die eigenen Beamten – die hat man sozusagen amtsbehandelt – das Abwehramt nicht tätig geworden?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ist nicht tätig geworden, weil viele – das habe ich mir so weit geben lassen – Personen mit Clearances gekommen sind. Die laufen aber nicht bei uns auf.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie damals dem Minister darüber berichtet im Hinblick auf Ihre Tätigkeiten und den Beschaffungsvorgang?

Mag. Erich Deutsch: Ich berichte grundsätzlich dem Generalstabschef.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie häufig?

Mag. Erich Deutsch: Anlassbezogen oder routinemäßig alle zwei bis drei Wochen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat es Vorkommnisse gegeben, die Ihnen in irgendeiner Art und Weise sozusagen bedenklich erschienen sind?, Kontakte mit Personen, die in der Bewertungskommission gesessen sind, von ausländischer Herkunft beispielsweise?

Mag. Erich Deutsch: Uns sind diese Kontakte nicht bekannt und es ist auch nicht unsere Aufgabe, Kontakte zu überprüfen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat sich das Abwehramt damit befasst, dass unter Umständen bei Vertraulichkeiten, den Ausschreibungsvorgang betreffend, es Indiskretionen hätte geben können? Und ist man in dieser Causa eingeschritten?

Mag. Erich Deutsch: Es sind uns Vertraulichkeiten in der Form nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nur als Beispiel: Dass man mit einem ausländischen Hersteller verhandelt hat während des Verfahrens, aber mit allen anderen nicht?

Mag. Erich Deutsch: Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir waren in das ganze Bewertungsverfahren und dann in das andere nur im schmalen Bereich militärische Sicherheit eingebunden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn ich mir laienhaft das jetzt so vorstelle, thailändische Generalstochter: Die Thailändische Armee, kann man die als eher befreundete Armee oder wie bezeichnet man das?

Mag. Erich Deutsch: Das ist weder eine feindliche noch eine befreundete in dem Sinn. Es gibt, glaube ich, zur Thailändischen Armee meines Wissens keine besonderen Kontakte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und bei der DDR?

Mag. Erich Deutsch: Die gibt es jetzt nicht mehr.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und war damals eher befreundet, oder?

Mag. Erich Deutsch: Sicher nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also, Ihre Gattin war bis ins Vorjahr bei einer Werbefirma angestellt. Können Sie sich vielleicht jetzt an den Namen erinnern?

Mag. Erich Deutsch: Nein. Das ist ein Einzelkaufmann gewesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie viele Personen waren dort tätig?

Mag. Erich Deutsch: Das weiß ich nicht. Eine kleine Firma mit einer Handvoll Leute. Werbefirma ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber ich glaube, das lässt sich auf kurzem Wege klären. Sie könnten uns diese Information schriftlich sicher nachliefern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also den Namen dieser Werbefirma. Und Frage dazu noch: War Ihre Gattin beteiligt bei der Firma?

Mag. Erich Deutsch: Nein! Angestellt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Waren Sie an der Firma beteiligt? (*Erich Deutsch: Auch nicht!*) Hat Ihre Gattin selbständig auch Aufträge übernommen? Hat Ihre Gattin einmal einen Werbeauftrag von Herrn Steininger bekommen? (*Erich Deutsch: Nein, sicher nicht!*) Hat diese Firma einmal vom Herrn Steininger einen Auftrag bekommen? (*Erich Deutsch: Keine Ahnung!*) Aber das können Sie nicht ausschließen?

Mag. Erich Deutsch: Wie soll ich das ausschließen? Ich habe nicht in der Firma gearbeitet. Ich habe meine Frau dort fallweise abgeholt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie die Familie Rumpold? (*Erich Deutsch: Nein!*) Haben Sie keinen Kontakt gehabt, auch nicht in Kärnten? (*Erich Deutsch: Nein!*) Kennen Sie Herrn Dipl.-Ing. Kurt Wiederwohl?

Mag. Erich Deutsch: Der hat mich einmal angerufen, ich habe aber kein Gesicht zu dieser Person.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was für eine Tätigkeit übt Herr Wiederwohl aus nach Ihrer Einschätzung?

Mag. Erich Deutsch: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das wissen Sie nicht?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe nie mit ihm zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also, Sie haben sich nie dafür interessiert, was Herr Kurt Wiederwohl macht?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe mit ihm nie etwas zu tun gehabt!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber entschuldigen Sie, der hat eine ganze Reihe von Rüstungsaufträgen im Österreichischen Bundesheer abgewickelt.

Mag. Erich Deutsch: Wenn er das kaufmännisch abwickelt, hat das mit der militärischen Sicherheit aus unserer Sicht nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das eine Mal, wo Sie Herrn Wiederwohl getroffen haben

Mag. Erich Deutsch: Ich habe ihn nicht getroffen – das habe ich nicht behauptet!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also nicht bei einem Urlaub oder so etwas?

Mag. Erich Deutsch: Nein, überhaupt nicht getroffen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Für mich ist es eigentlich nur sehr erstaunlich, dass Sie einen, der wirklich über Jahrzehnte hinweg Rüstungsgespräche mit der Republik Österreich tätigt, eigentlich nicht kennen! Wissen Sie was ich meine? Das ist ja Ihr Beruf, den zu kennen.

Mag. Erich Deutsch: Nein, das glaube ich nicht. Da können Sie auch unsere Herren fragen, den kennen sie alle nicht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist unglaublich, ja.

Haben Sie irgendwelche Nebentätigkeiten ausgeübt?

Mag. Erich Deutsch: Früher einmal, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welcher Art waren die?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe an einer Schule unterrichtet.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie außer Unterrichtstätigkeit irgendwelche Beratungstätigkeiten oder etwas ausgeübt? (*Erich Deutsch: Nein!*) Waren Sie jemals für Herrn Steininger beruflich tätig? (*Erich Deutsch: Nein!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. – Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Hofrat, kennen Sie Herrn Hans Drescher?

Mag. Erich Deutsch: Ja, den habe ich einmal kennen gelernt, da war ich bei seinem Achtziger eingeladen. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*) Ja, ein paar Jahre.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wann haben Sie ihn zuletzt getroffen? (*Erich Deutsch: Ich war zu seinem Achtziger eingeladen.*) Da waren Sie auch dort?

Mag. Erich Deutsch: Da war ich auch dort. Da war eine große Korona dort: Vom jetzigen Herrn Bundespräsidenten beginnend, also....

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie ein paar Namen aufzählen, welche Personen sonst noch anwesend waren?

Mag. Erich Deutsch: Ich glaube, Brigadier Bernecker dürfte dort gewesen sein – den kenne ich –, möglicherweise war auch ein Personalvertreter ... Ich weiß nicht, ich habe nicht nachgefragt, warum ich überhaupt eingeladen worden bin.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Haben Sie über Herrn Drescher genauere Informationen im Abwehramt gehortet?

Mag. Erich Deutsch: Nein, glaube ich nicht. Aber ich kann das nicht beantworten. Man müsste jetzt ins Archiv gehen, in die Akten schauen, ob überhaupt etwas vorhanden ist. Bitte, wenn ich das alles auswendig wüsste,

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, Ihnen ist auch nicht bekannt, ob Herr Drescher während der Beschaffungsphase außerberuflich Kontakt zu Bundesheerbediensteten gehabt hat, die entscheidenden Einfluss gehabt haben?

Mag. Erich Deutsch: Nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Ich würde jetzt wirklich ersuchen, weil wir noch zwei nicht unwichtige Auskunftspersonen haben, jetzt von Wiederholungen möglichst abzusehen. – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich stehe aber nicht unter Wiederholungsverdacht, Herr Vorsitzender?

Obmann Dr. Peter Pilz: Deswegen habe ich es extra bei einem unverdächtigen Fragesteller festgestellt, damit sich niemand davon betroffen fühlt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Deutsch, sagt Ihnen die Initiative Sicherer Luftraum etwas?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagt Ihnen auch nichts. Wurden nie Erhebungen getätigt über die Initiative sicherer Luftraum? Über den Herrn Silvan Fügenschuh? Sagt Ihnen auch nichts.

Mag. Erich Deutsch: Na ja, da habe ich etwas gelesen über den Herrn Fügenschuh. Sitzt der nicht in der Präsidentschaftskanzlei?

stzt der nicht in der Präsidentschaftskanzlei?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, da haben Sie schon ins Schwarze getroffen.

Mag. Erich Deutsch: Irgend so etwas, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Sonst sagt Ihnen der nichts? Dass der der Chef dieser Initiative Sicherer Luftraum war? Dass er mit dem Herrn Wolf einen gemeinsamen Verein hat zur Förderung der österreichischen Luftstreitkräfte? Sagt Ihnen das auch nichts?

Mag. Erich Deutsch: Kann ich jetzt nicht bestätigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Silvan Fügenschuh und seine Initiative Sicherer Luftraum haben Werbeartikel gekauft. Haben Sie Kenntnis davon, ob diese Werbeartikel vielleicht von der Firma, bei der Ihre Frau tätig war, stammen könnten?

Mag. Erich Deutsch: Nein, habe ich keine Kenntnis, aber ich kann nichts dazu sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können nichts dazu sagen. Ich sage Ihnen jetzt etwas. Ich halte Ihnen jetzt bestimmte Dinge vor, zu denen Sie etwas sagen können müssten, wenn Sie sich dafür interessiert hätten. Es ist auffällig, dass bei allen Besprechungen, die im Zusammenhang mit den Kickoff Meetings Projekt Abfangjäger zu tun haben, Sie nie dabei waren, sondern immer nur Ihr Stellvertreter, der Herr Brigadier Iby. Ist das richtig, dass Sie sich dafür überhaupt nicht interessiert haben?

Mag. Erich Deutsch: Das hat mit dem Interesse nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sondern?

Mag. Erich Deutsch: Entweder war ich in Urlaub, oder es hat andere Gründe oder war ich nicht anwesend.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie müssen dauernd auf Urlaub gewesen sein, weil es taucht nur der Herr Iby auf.

Mag. Erich Deutsch: Der Herr Iby war der zuständige Abteilungsleiter bis vor kurzem, bevor er Stellvertretender Leiter geworden ist, für diese speziellen Angelegenheiten-

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es. Und der Herr Iby hat Sie nie informiert? Haben Sie die Protokolle nie gesehen?

Mag. Erich Deutsch: Ja, er hat mich informiert, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat Sie informiert. Er hat Ihnen da Protokolle vorgelegt.

Mag. Erich Deutsch: Protokolle kann ich jetzt nicht sagen, aber hat mich sicher mündlich informiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wollen also dem Ausschuss erklären, dass Sie die Protokolle, die hochbrillante Aufträge Ihrer Abteilung beinhalten, als Behördenleiter nie gesehen haben? Sie können ruhig sagen, das stimmt so, weil es deckt sich mit den Informationen, die ich über Ihre Tätigkeit habe, beziehungsweise über Ihre Untätigkeit im Amt.

Mag. Erich Deutsch: Ach so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Es ist auffällig. Sie tauchen nie auf hier. Es wundert mich daher gar nicht, dass Sie über diese Dinge überhaupt nicht Bescheid wissen, weil Sie wirklich sich um diese Dinge nie gekümmert haben.

Mag. Erich Deutsch: Das stimmt so nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sondern? Wie stimmt es denn?

Mag. Erich Deutsch: Weil, es stimmt in der Form, dass mir die Herren ja zu berichten haben, wenn etwas ist. Und dort wird alles besprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und der Herr Iby hat immer Ihnen alles nur mündlich verkündet, und Sie haben sich das alles abgespeichert im Kopf, und er hat Ihnen nie ein Protokoll vorgelegt, dass Sie dann durchstudiert haben?

Mag. Erich Deutsch: Das kann ich jetzt nicht mehr sagen, das liegt Jahre zurück. Möglicherweise, wenn ich eines bekommen hätte, wenn es papiermäßig, dann habe ich es sicher auch abgelegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe hier drei Protokolle, eines vom 29. Juli 2002, ein weiteres vom 9. August 2002, ferner eines vom 6. 9. 2002, und das ist überhaupt das interessanteste, überall nur Iby dabei, wo klipp und klar daraus hervorgeht, dass Ihr Amt es als Aufgabe übernommen hatte, dafür zu sorgen, dass die

Sicherheitsstandards, die man der NATO gegenüber versprochen hat, eingehalten werden. Das haben Sie nicht getan.

Mag. Erich Deutsch: Wieso nicht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil Sie erst, und ich zitiere hier aus einem Schreiben des Herrn Wall vom 1. September 2003, also Monate nach Vertragsunterfertigung, folgendes mitgeteilt bekommen haben: „Seitens des Abwehramtes wurde dringend empfohlen, den Akt nunmehr“ unterstrichen „unter Verschluss (Verschlussache 1) zu nehmen und die Versendung der entsprechenden Informationen (Kopieren, Referatsdurchschriften und Datenträger) entsprechend den bestehenden Verschlussachenvorschrift durchzuführen. Erst Monate nach Vertragsunterfertigung. Obwohl Sie bereits im Jahre 2002 es übernommen haben, das geht aus diesen Protokollen seitenweise hervor, dafür zu sorgen gegenüber den Vertragspartnern, dafür zu sorgen, dass die NATO-klassifizierten vertraulichen Informationen auch als solche behandelt werden.

Mag. Erich Deutsch: Also meines Wissens war der nicht NATO-klassifiziert

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sondern?

Mag. Erich Deutsch: Sondern ist österreichisch dann klassifiziert worden auf die Stufe Verschluss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese Ihnen einmal vor. „Zur militärischen Sicherheit erläutert Brigadier Iby das Folgende“. Dann kommt es, erster Absatz, zweiter Absatz. „Grundsätzlich gilt die Verschlussachenvorschrift. Die Klassifizierung (vertraulich, geheim oder streng geheim) muss eingehalten werden, da ansonsten disziplinäre beziehungsweise strafrechtliche Maßnahmen drohen. Zur Diskussion wird ein Graudruck über jede Seite gestellt. Möglich wäre auch, an den verschiedenen Kopien bestimmte Kennzeichen anzubringen. Ein Problem stellt die große Menge Papier dar. Die Verantwortung dafür ist durch die Leiter der ST zu tragen. Jeder Leiter der ST hat einen Sicherheitsbeauftragten zu bestellen. Dieser ist auf die klassifizierte Verwahrung besonders hinzuweisen. Es gilt das Need to Know-Prinzip, das heißt, Verbreitung der Informationen nur an Personen, die tatsächlich ihn benötigen. Als interner Fachmann für die militärische Sicherheit ist Brigadier Iby zuständig“. Ihr Mitarbeiter. „Wenn das Abwehramt Unterstützung benötigen sollte, sind die erforderlichen Spezialisten anzufordern.“ Haben Sie solche Spezialisten angefordert? Der Behördenleiter weiß nicht, ob er Spezialisten angefordert hat. Seit dem Jahr 2002 haben Sie es im Protokoll stehen. Ich zitiere Ihnen das nächste Protokoll. Hier ist die Verpflichtungserklärung angeführt. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie diese Verpflichtungserklärung dem Herrn Wolf vorgehalten? Diese Verpflichtungserklärung, die Sie selber entwickelt haben? Ich kann sie Ihnen gerne auch körperlich vorlegen.

Mag. Erich Deutsch: Nein, körperlich nicht, weil das ist nicht meine Aufgabe, jedem körperlich das vorzuhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie selber haben dafür Sorge zu tragen gehabt, dass diese Dinge eingehalten werden.

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich zitiere wieder aus dem Protokoll. „Brigadier Iby: Der LOU dient zum Schutz klassifizierter Informationen, um den Zugang zu Informationen auf Personen zu beschränken, die einen Bedarf daran haben. Need to Know-Prinzip, und entsprechend belehrt und überprüft werden. Dieser LOU wurde mit Netma überarbeitet. Jedes Mitglied des Verhandlungsteams hat eine vom

jeweiligen Sicherheitsbeauftragten unterschriebene Verpflichtungserklärung (Beilage 3) auszufüllen. Am Mittwoch, den 14. August 2002, 15 Uhr bis 16 Uhr, findet eine Sicherheitsbelehrung durch das Abwehramt in der Luftabteilung statt.“

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist überall nur Ihr Amt erwähnt, das dafür zuständig ist, sonst niemand. Und der Behördenleiter weiß nichts davon.

Mag. Erich Deutsch: Das ist eine Unterstellung, dass ich nichts davon weiß. Das sind allgemeine Sicherheitskriterien, die sind nicht extra erfunden worden, sondern ständig gehandhabt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ein weiterer Irrtum des Behördenleiters, denn in dem Protokoll vom 6. 9. 2002 heißt es, „Brigadier Iby: Alle Informationen, die wir bekommen, sind NATO-klassifiziert“, nicht österreichische Geheimhaltungsregeln, „NATO-klassifiziert, und wir haben Zugang.“ Dann heißt es ferner: „Auch der Sicherheitsschutz von Informationen soll inhaltlicher Bestandteil des MOUs sein“, das ist dieses Memorandum of Understanding“

Mag. Erich Deutsch: Das gibt es heute noch gar nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Und den LOU in Folge ersetzen.“ Dann wurde der LOU hinten angeführt. Ich kann Ihnen jetzt den englischen Text, wenn Sie wollen, vorlesen und dann übersetzen. Da drinnen ist auf Seite 2 unter den Punkten „Purpose“ und Punkten 6a genau geregelt, was Sie zu tun haben. Diese Verpflichtung haben Sie übernommen. Diese Verpflichtung existiert für Ihr Amt seit dem 5. 9. 2002. Und Sie kommen erst ein Jahr später drauf, dass Sie etwas tun müssen. Weil sich der Herr Behördenleiter nicht darum gekümmert hat.

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sondern?

Mag. Erich Deutsch: Wir sind draufgekommen, dass es zu klassifizieren wäre, obwohl aufgrund der Belehrung die Zuständigen, die diesen Vertrag bearbeitet haben, es tun hätten müssen. Dann ist es uns zu Ohren, wir haben den Vertrag überhaupt selbst nie in der Hand gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich Ihnen gerne, aber es war auch nicht Ihre Aufgabe, den Vertrag zu untersuchen, sondern es war Ihre Aufgabe, sicherzustellen, dass die Informationen, die wir bekommen haben, die NATO-restricted sind, dafür zu sorgen, dass die nicht in unbefugte Hände geraten. Ich kann Ihnen anhand dieser Dokumente beweisen, dass Ihr, der Cousin Ihrer Gattin, Herr Steininger, Zugang zu solchen Informationen hatte, obwohl er es aufgrund dieses LOUs nicht hätte haben dürfen.

Mag. Erich Deutsch: Dann hat es ihm wer gewährt, ohne tätig zu werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und hat nicht einmal von Ihnen gewusst, dass er es nicht tun dürfte, und Sie haben keine Vorkehrungen getroffen, dass das nicht stattfindet?

Mag. Erich Deutsch: Die Vorkehrungen sind das System an sich. Das ganze System ist aufgrund von Meldungen aufgebaut. Ich habe nicht das Personal, überall ständig dahinter zu sein, ob einer die Verschlusssachenvorschrift einhält, oder nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier geht es nicht um irgendeinen Vorgang, sondern hier geht es um den entscheidenden Vorgang, ich arbeite es deswegen heraus, um das Bewusstsein dieses Hauses zu schärfen, insbesondere in

Richtung all jener, die glauben, wir seien NATO-beitrittsreif, ja, wenn das die NATO erfährt, wie hier mit NATO-restricted Informationen umgegangen wird, dann werden die freiwillig darauf verzichten, was ich nur begrüßen würde, uns aufzunehmen.

Mag. Erich Deutsch: Als ich kann jetzt nicht bestätigen, dass der Vertrag als solcher, abgesehen von den technischen Details, ursprünglich als NATO-restricted, es gab offenbar Vorpapiere, die hier gekommen sind, die überhaupt nicht gekennzeichnet waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, danke schön. Einige Fragen habe ich noch. Da Sie ja den Herrn Steininger gut kennen, ist es möglich, dass Sie den Herrn Steininger betreffende Fragen des Ausschusses beantworten können. Ich beginne einmal mit Firmen des Herrn Steininger. Wir haben da eine „Manwill-Foundation“, die Manwill-Stiftung mit der Adresse, Aeulestrasse 5, 9490 Vadutz, Liechtenstein. Diese Manwill Foundation hat mit Kaufvertrag vom 25. Oktober 2000 in der Jordangasse 9, Judenplatz 1, Wohnungseigentum an den Wohnungen zwei und drei und einen Abstellraum erworben. Laut Zeugen sind die einzigen Personen, die diese Wohnung benützen, Herr Steininger und seine Frau. Wissen Sie etwas über diese Liechtensteinsche Manwill Foundation im Zusammenhang mit Herrn Steininger und diese Bürowohnung in Wien?

Mag. Erich Deutsch: Diese konkrete Bezeichnung der Stiftung habe ich jetzt erfahren. Ich habe aber irgendwo gehört, dass er, glaube ich, eine Stiftung hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wo haben Sie gehört, dass er eine Stiftung hat?

Mag. Erich Deutsch: Er hat einmal erzählt, er hat eine Stiftung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und hat er gesagt, wo er diese Stiftung hat?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist in diesem Zusammenhang Liechtenstein gefallen?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht. Jetzt sage ich Ihnen etwas anderes. Wir haben den Steuerakt vom Herrn Steininger bekommen und in diesem Steuerakt findet sich was ausgesprochen Interessantes, nämlich im Jahr 2002 und zwar ab Beginn des Jahres eine regelmäßige intensive Reisetätigkeit nach München und ab Mitte des Jahres immer öfter Flüge nach Zürich. München ist klar, EADS Eurofighter, Manching, Ottobrunn. Zürich – und das sind zahlreiche Flüge – ergibt von der beruflichen Tätigkeit und von den Firmen, die er damals vertreten hat, schlicht und einfach keinen Sinn. Liechtenstein ergibt aber einen Sinn. Ist Ihnen etwas bekannt, dass Herr Steininger in diesem Zeitraum regelmäßig nach Liechtenstein gefahren ist?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ist mir nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist Ihnen nicht bekannt. So wissen Sie etwas über eine Firma namens Mantown, die sich im Eigentum von Herrn Steininger befinden soll?

Mag. Erich Deutsch: Höre ich jetzt zum ersten Mal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. So und jetzt noch was ganz anderes. Ich möchte es ganz offen sagen, über Ihren gemeinsamen Urlaub mit Herrn Steininger im Frühjahr des heurigen Jahres und andere Kontakte von Steininger bin ich in einem Schreiben, das hier vor mir liegt, detailliert informiert worden. In diesem Schreiben steht auch was anderes. Da wird darauf aufmerksam gemacht, dass Herr Ministerialrat Wall vom Bundesministerium für Landesverteidigung im Laufe des Untersuchungszeitraums zu

einem beträchtlichen Vermögenszuwachs gekommen sein soll, Hauskäufe und anderes. Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ist mir nichts bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, Entschuldigung

Mag. Erich Deutsch: Wall, seine Verlässlichkeitsprüfung läuft jetzt auch ab.

Obmann Dr. Peter Pilz: Eben das wäre genau der Punkt, den ich Sie jetzt befragen wollte.

Mag. Erich Deutsch: Jetzt weiß ich das. Sollte er das nicht bekanntgeben, werden wir nachstoßen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja das ist nämlich der Punkt. Verlässlichkeitsprüfungen haben und in dem Fall auch erweiterte Verlässlichkeitsprüfungen mit einem Schwerpunkt, ich glaube, das ist Ziffer 5, die auch Vermögen betrifft, haben ja den Sinn genau solche Punkte zu untersuchen. Hat es in Bezug auf die Vermögensverhältnisse, ich nenne es jetzt schlampig, der Schlüsselbeamten in den Bewertung und in der Durchführung des Beschaffungsvorganges, hat es hier Untersuchungen der Vermögensverhältnisse von Wolf, von Wall, von Brigadier Knoll, von Regierungsrat Blind, von Brigadier Katter und anderen gegeben? Sind die Vermögensverhältnisse überprüft worden?

Mag. Erich Deutsch: Im Zuge von Verlässlichkeitsprüfungen, aber nicht extra. Aber ansonsten werden sie im Sinne der Angaben überprüft. Es werden Grundbuchsauszüge herbeigeschafft. Wenn er es nicht angibt, ist es sehr schwer das festzustellen überhaupt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind Sie bereit, nachdem das nicht getan worden ist, das müssen wir später bewerten, weil ich bin an und für sich davon ausgegangen, dass bei einem derartig heiklen Beschaffungsverfahren im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen erweiterten Erklärungen nach § 7 Militärbefugnisgesetz ohnehin überprüft insbesondere auf mögliche Vermögenszuwächse. Da das offensichtlich nicht geschehen ist, sind Sie bereit, sofort eine Untersuchung etwaiger Vermögenszuwächse von Mitgliedern der Bewertungskommission und Personen, die einen wesentlichen Einfluss auf das Beschaffungsverfahren haben konnten, anzuordnen?

Mag. Erich Deutsch: Ich habe mir jetzt einmal diese Namen notiert und müssten wir jetzt erweitern alle Mitglieder

Obmann Dr. Peter Pilz: Mitglieder der Bewertungskommission und Beamten des BMLV, die einen wesentlichen Einfluss auf den Beschaffungsvorgang haben konnten. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Weil die Konstruktion des Militärbefugnisgesetzes und der Verordnung ist ja gerade so angelegt, dass solche Überprüfungen durchgeführt werden und wir mussten bis heute davon ausgehen, dass nicht nur im Fall Wolf und im Fall Steininger, sondern auch in den Fällen Wall und andere Schlüsselpersonen des Beschaffungsvorganges das geschehen sein müsste. Also ich nehme zur Kenntnis, es ist nicht passiert. Gut.

Mag. Erich Deutsch: Es ist passiert, aber nicht aktuell auf diesen Beschaffungsvorgang, sondern unabhängig davon wie ist die Vermögenssituation dieser Personen, die sicherlich eine Verlässlichkeitsprüfung haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Und was ist üblich, damit ich mir ein Bild machen kann, was wird da überprüft? Natürlich Grundbuchauszug. In dem Fall wäre es wahrscheinlich sinnvoll, Liegenschaften in Kritzendorf und in Bad Fischau zu

untersuchen, aber auch die Anschaffung von teuren PKWs, auch möglicherweise ein Haus in London und Ähnliches.

Mag. Erich Deutsch: Das müsste er angeben, weil sonst kommen wir natürlich nicht ... Er müsste das angeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann haben wir das hier einmal abgefragt und deponiert und dann wird sicher ordnungsgemäß nachgeholt, was bis jetzt nicht überprüft worden ist.

Mag. Erich Deutsch: Na es ist schon überprüft worden, aber nicht zum aktuellen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Weil uns immer vom damaligen Verteidigungsminister gesagt worden ist, es gibt eine ganz penible begleitende Kontrolle und da kann nichts passieren und da gibt es jetzt eindeutig vorgeschriebenen Kontrollen im Militärbefugnisgesetz und in der Verordnung zum § 24. Und wir stellen fest, im konkreten Fall sind keine derartigen Überprüfungen durchgeführt worden. Das haben wir jetzt geklärt. Das ist bei Protokoll. Das schauen wir uns dann weiter an. Ich habe eigentlich sonst keine weiteren Fragen mehr. Höchstens eine, aber da werden Sie wahrscheinlich uns auch nicht helfen können, sagt Ihnen die Firma Vektor Aerospace etwas?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht? In London. Gut das waren meine Fragen. Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hofrat! Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie berichtspflichtig sind gegenüber Ihren Vorgesetzten, den Generalstabschef. Das ist der General Ertl.

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist richtig?

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Für uns ist der General Ertl dem Linken Lager zuzurechnen genauso wie Sie eher dem Linken Lager zuzurechnen sind.

Mag. Erich Deutsch: Ist mir neu.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also in Kenntnis des Generalstabchefs muss ich in seinem Interesse diesen falschen Vorhalt zurückweisen. Ich habe ihn kennengelernt im Rahmen der Bundesheerreformkommission und zwar sehr gut kennengelernt und sehe keinen Grund für diese Zurechnung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind Sie SPÖ-Mitglied?

Mag. Erich Deutsch: Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also ich muss ganz ehrlich sagen aus meiner Sicht, wir haben das anders gerüchterweise zugetragen bekommen. Aber vielleicht können wir den General selber fragen, ob er auch SPÖ-Mitglied ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Besteht hier ein Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Hinblick darauf, wer wen schützt, ja. Nämlich für mich ist überraschend das was der Herr Vorsitzende gerade urgiert hat. Sie haben vorhin schon erwähnt, dass der Beschaffungsvorgang als solches im Abwehramt überhaupt keine außertourlichen Aktivitäten veranlasst hat. Ist Ihnen das nicht irgendwie eigenartig vorgekommen, dass so ein großer

Beschaffungsvorgang müsste ja doch eigentlich dazu führen, dass man dann besonders sorgsam ist?

Mag. Erich Deutsch: Also wir haben das durchgeführt was wir, ob der groß oder klein ist, das hat bei uns keinen Unterschied gemacht. Die Personenüberprüfungen waren entweder vorhanden oder mussten nachgezogen werden, wenn sie abgelaufen sind. Es wurden die erforderlichen Sicherheitsbelehrungen durchgeführt, was ja nur eine Erinnerung dessen ist, was ja immer Gültigkeit hat und hatte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War Ihnen bekannt, dass es ursprünglich eine starke SAAB-Lobby im Ressort gab?

Mag. Erich Deutsch: Das Bundesheer hat, was die Flieger betrifft, immer SAAB gehabt, das ist eine Tatsache.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, dass die Schweden auch unseren Beschaffungsvorgang im Hinblick auf Korruption von SAAB her unter die Lupe nehmen?

Mag. Erich Deutsch: Das geht es ja um andere, ...nicht? Wenn ich schaue, Tschechien und so weiter, da gibt es Vorgänge.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat sich Schweden im bilateralen Kontakt mit unserem Abwehramt in Verbindung gesetzt in diesem Zusammenhang? (*Erich Deutsch: Nein!*) Das heißt, die Schweden haben von uns noch keine Informationen haben wollen diesbezüglich? (*Erich Deutsch: Nein!*) Von der Justizministerin sehr wohl. Nämlich im Zusammenhang mit ...

Mag. Erich Deutsch: Na gut. Also, wenn es an das Ressort gegangen wäre, wäre möglich, aber nicht an uns.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also nicht an das Abwehramt?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. – Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Hofrat, eine etwas ungewöhnliche Frage vielleicht, aber: Sind Sie Jäger?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ich bin kein Jäger. Ich bin kein Jäger, kein Fischer ...

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Kann es trotzdem sein, dass Sie vielleicht einmal von Herrn Drescher eine Einladung in sein Jagdrevier in der Steiermark bekommen haben? (*Erich Deutsch: Nein!*) Ist Ihnen auch nicht bekannt, wer sonst dorthin eingeladen wurde?

Mag. Erich Deutsch: Nein, ich war nie dort. Ich kenne nur ein Buch von ihm, wo er seine eigenen Jagden dargestellt hat vom Nordpol bis was weiß ich wohin.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das betrifft den waidmännischen Abwehrdienst! – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie die Firma Hortobágy in Budapest? (*Erich Deutsch: Nein. Außer jetzt aus den Presseberichten.*) Sagt Ihnen der Name Dr. Janos Szabo etwas? (*Erich Deutsch: Nein!*) Das Ehepaar Kurt und Silvia Scholz aus Kritzendorf? (*Erich Deutsch: Nein!*) Herr Petmegy? (*Erich Deutsch: Auch nicht!*) Haben Sie Kontakt zu ungarischen Diensten gehabt?

Mag. Erich Deutsch: Zu meinem Vis-à-vis, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie auch Reisen unternommen?

Mag. Erich Deutsch: Ich war dort und umgekehrt – das ist üblich, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat diese Reisen bezahlt?

Mag. Erich Deutsch: Das bezahlt das Ressort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch wenn Ihre Gattin dabei ist?

Mag. Erich Deutsch: Das zahlt sie selbst!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Geschenke von Firma EADS oder Eurofighter bekommen?

Mag. Erich Deutsch: Na ja, Geschenke: Ein Modellflugzeug.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von wem haben Sie das bekommen?

Mag. Erich Deutsch: Das hat Herr Steininger besorgt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ah, Steininger hat das besorgt?

Mag. Erich Deutsch: Nicht für mich, das ist weitergeschenkt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das interessiert mich jetzt aber schon. Er hat es Ihnen geschenkt, damit Sie es weiterschenken? (*Erich Deutsch: Ja, natürlich!*) Okay. Wie viele hat er Ihnen geschenkt?

Mag. Erich Deutsch: Dass man es auf einen Schreibtisch stellt, so ein ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja, wir kennen das, Kollegin Fekter hat schon einen hier gehabt. (*Zwischenrufe*)

Mag. Erich Deutsch: Weiß ich nicht, so groß vielleicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er hat Sie gebeten sozusagen, ein bisschen ...

Mag. Erich Deutsch: Nein, nein. Ich habe ihn gebeten, weil nach Richtung Ungarn, der Herr sammelt alles Mögliche ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ah, Sie haben gewusst, da kann Ihnen jemand aushelfen mit solchen Geschenken?

Mag. Erich Deutsch: Das weiß ich nicht. Ich habe gefragt und das dürfte offenbar ... Das hat ja keinen besonderen Wert, glaube ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht nur darum, dass Sie schon genau gewusst haben offensichtlich, dass bei ihm ein Eurofighter, zumindest im Modell, zu bekommen ist.

Mag. Erich Deutsch: Gewusst nicht, ich habe nachgefragt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und dann haben Sie es bekommen, und dann haben Sie es aber gewusst.

Mag. Erich Deutsch: Dann habe ich es gewusst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann war das in etwa?

Mag. Erich Deutsch: Das war sicherlich nach der Typenentscheidung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nach der Typenentscheidung, aber vor der Vertragsunterfertigung? Die Vertragsunterfertigung war am 1. 7. 2003. Wann waren Sie in Ungarn?

Mag. Erich Deutsch: Ich war mehrfach in Ungarn.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber wo Sie Ihrem ungarischen Kollegen ein Fliegerl mitgebracht haben?

Mag. Erich Deutsch: Das war sicher 2003 – ich müsste nachsehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damit relativiert sich, dass Sie nur sozusagen privat mit dem Cousin Ihrer Frau gesprochen haben, sondern offensichtlich haben Sie schon gewusst, dass Sie von dem zumindest einen Modellflieger bekommen können.

Mag. Erich Deutsch: Nein, ich habe gar nicht gewusst ... Irgendwo dürfte ich so etwas gesehen haben, und habe gesagt: Es wäre nicht schlecht, so etwas könnte man als Gastgeschenk mitbringen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wollen wir das einfach einmal zur Abrundung so stehen lassen. Ich habe noch eine Frage: Stimmt es, dass Herr Wolf bei Ihnen im Vorfeld des Untersuchungsausschusses ins Amt gekommen ist?

Mag. Erich Deutsch: Ja, das war eine andere Geschichte. Das hängt mit der Verhaftung zusammen, wo der Vizeleutnant sozusagen verschiedene Anwürfe....

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, das war jetzt erst, das ist jetzt erst bekannt geworden. Ich meine im Vorfeld seiner eigenen Einvernahme.

Mag. Erich Deutsch: Die Verhaftung war jetzt. Aber diese Geschichte hat eine Vorgeschichte: Der Vizeleutnant war zuerst als Zeuge geladen und hat bei seiner Zeugenaussage verschiedene Dinge von sich gegeben, und da haben die den Herrn Wolf befragt. Das liegt einige Wochen zurück.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vorher war Herr Wolf nicht bei Ihnen im Abwehramt?

Mag. Erich Deutsch: In einer anderen Angelegenheit. Da ging es um zwei seiner Mitarbeiter, denen wir die Verlässlichkeit entzogen haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und davor war er auch bei Ihnen?

Mag. Erich Deutsch: Wann, davor?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war im Herbst vergangenen Jahres. – Ist das richtig?

Mag. Erich Deutsch: Das muss im Herbst vergangenen Jahres gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja. Da ist also schon klar gewesen, dass auch Herr Wolf in diesen Ausschuss wird kommen müssen, weil der Ausschuss tagt seit ziemlich genau sehr bald nach Zusammentreten des Nationalrates, Ende Oktober 2006. Das kreuzt sich irgendwie. Ist dabei auch über die Rolle des Herrn Wolf im Zusammenhang mit der Abfangjägernachfolgebeschaffung....

Mag. Erich Deutsch: Das war ja ein ganz spezifischer Grund, warum er bei uns war. Der Grund war ja der: In dem ersten Fall, wo es um zwei Mitarbeiter gegangen ist, die ihm offenbar sehr wichtig waren. Er hat gemeint, ob wir nicht quasi das nicht anders sehen können. Ich habe gesagt, da gibt es keine Möglichkeit, die können jetzt dort und dort nicht verwendet werden. Das war ihm unangenehm, weil das ein Techniker, glaube ich, war. Das war das eine Gespräch. Das andere war eben im Zusammenhang – einige Woche zurückliegend – mit dieser Zeugenaussage des Vizeleutnants, der jetzt

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und über die Rolle des Herrn Wolf im Zusammenhang mit der Draken-Nachfolgebeschaffung ist nicht gesprochen worden?

Mag. Erich Deutsch: In dem Zusammenhang nicht, weil das waren zwei spezifische Dinge, warum

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist in anderem Zusammenhang mit Herrn Wolf darüber gesprochen worden? (*Erich Deutsch: Nein!*) Sie haben keinerlei Gespräch mit ihm darüber geführt? (*Erich Deutsch: Nein!*) Auch nicht darüber, was er hier im Ausschuss machen wird oder was er hier gemacht hat? (*Erich Deutsch: Nein!*) Auch nicht.

Eine letzte Frage: Gibt es eine Abmachung zwischen dem Abwehramt und dem Finanzministerium?

Mag. Erich Deutsch: In welcher Richtung?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wollte ich eben von Ihnen hören. Gibt es eine solche...?

Mag. Erich Deutsch: Es hat eine Absprache gegeben in Richtung gemeinsamer Informationsaustausch betreffend technische Erfahrungen am EDV-Sektor.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gibt es eine Abmachung zwischen dem Finanzministerium und Ihrem Amt über Erkenntnisse, die Staatsbürger betreffen? (*Erich Deutsch: Nein!*) Ein derartiges Abkommen gibt es nicht? (*Erich Deutsch: Nein!*) Gibt es eine Abmachung, dass steuerrechtlich erlangte Erkenntnisse in Ihr Amt gelangen und umgekehrt, Erkenntnisse, die Sie über Steuerpflichtige haben, an das Finanzministerium gehen könnten?

Mag. Erich Deutsch: Wir haben einen Fall gehabt mit einem Herrn, wo wir steuerliche Unterlagen haben wollten. Das Finanzamt hat uns das verweigert. Es musste erst rechtlich bis in das Finanzministerium abgeklärt werden im Hinblick auf die Bestimmungen des Militärbefugnisgesetzes. Es wurde dann entschieden, dass wir diese Informationen auch zu erhalten haben. Das hat, glaube ich, ein dreiviertel Jahr gedauert, bis das geklärt war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und umgekehrt Informationen von Ihnen an das Finanzministerium gibt es nicht?

Mag. Erich Deutsch: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Ich habe jetzt nur noch eine kurze Ergänzung. In dem Schreiben, in dem ich auf Ihre Urlaubs- und sonstigen Beziehungen zu Herrn Steininger aufmerksam gemacht worden bin, heißt es auch: Viele gemeinsame Unternehmungen, wie diverse Einladungen, Ausflüge, Golfen ... Können Sie uns dazu etwas mitteilen?

Mag. Erich Deutsch: Ich bin kein Golfer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, das bezieht sich auch auf den Generalmajor Wolf. Das ist nicht ausschließlich ... Können wir davon ausgehen, dass das nicht nur eine Urlaubsfreundschaft war, sondern dass es durchaus regelmäßige Kontakte mit Herrn Steininger gegeben hat?

HR Mag. Erich Deutsch: Ja, ja, regelmäßig heißt also zwei-, dreimal im Jahr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, ja. Okay, ich möchte eigentlich nicht mehr mehr wissen. Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja, nachdem ich vorhin einen falschen Vorhalt gemacht habe, und das möchte ich jetzt korrigieren, Generalstabschef General Ertl, möchte ich nur dazu sagen, ist sicherlich kein Schwarzer. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na ja, das steigert nicht automatisch seine militärischen Qualifikationen, aber es wird ihn sicherlich freuen, dies zu hören.

(Zwischenrufe.)

Gibt es noch weitere Fragewünsche an Herrn Deutsch? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Befragung geschlossen. Ich danke für das Kommen und die Auskünfte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden jetzt wie folgt weiter tun: Wir brauchen jetzt, glaube ich, schon eine kurze Sitzungsunterbrechung, diese wird aber nicht allzu lange dauern. (*Zwischenrufe.*)

Dann werden wir den Rechnungshofpräsidenten befragen, weil er nur beschränkt Zeit hat und Herr Neudeck ist bereit, so lange zu warten und steht uns im Anschluss zur Verfügung.

Ich ***unterbreche*** die Sitzung bis 16.30 Uhr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bitte die Plätze einzunehmen. Wir fahren in Kürze fort. Danke. Wir wollen beginnen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen zur Anhörung von **Dr. Josef Moser** als Auskunftsperson.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu den Personalien. Bitte das Mikrophon zu benützen. Ihr vollständiger Name lautet?

Dr. Josef Moser (Rechnungshof): Dr. Josef Moser.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

Dr. Josef Moser: 6. 10. 55.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

Dr. Josef Moser: 1050 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

Dr. Josef Moser: Beruf: Rechnungshofpräsident.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei der Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, ich nehme an, das Parlament, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich und wir besprechen die weitere Vorgangsweise. Nach der Verfahrensordnung haben Sie das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Josef Moser: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann komme wir zu Ihrer Vertrauensperson. Ich darf auch um die Personaldaten der Vertrauensperson ersuchen. Ihr vollständiger Name lautet?

Vertrauensperson Dr. Frieder Herrmann: Dr. Frieder Herrmann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

Dr. Frieder Herrmann: 27. 4. 1944.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihre Anschrift?

Dr. Frieder Herrmann: 1190 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Frieder Herrmann als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. Das ist nicht der Fall. Ich setze mit der Belehrung der Vertrauensperson fort. Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur

falschen Beweisaussage haben. Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Das waren die Personalien und Belehrungen. Erster Fragesteller ist der Kollege Kräuter. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja Herr Präsident! Ich möchte eigentlich zwei Dinge herausarbeiten. Zur ersten Sache. Also alle Abgeordneten, denen Kontrolle ein Anliegen ist und auch die kritische Öffentlichkeit hat sich ja in den letzten Jahren folgendes anhören müssen im Zusammenhang mit dem Eurofighter-Kauf. Der Rechnungshof hat dreimal geprüft und daher ist alles sauber, korrekt, rechtlich einwandfrei. Also diese Formel, die haben wir alle noch in den Ohren. Nach acht Monaten Untersuchungsausschuss schauen die Dinge ganz anders aus. Was ich Sie fragen möchte, welche Möglichkeiten hat eigentlich der Rechnungshof gehabt beziehungsweise hat er, wenn er solche Vorgänge wie eben die Nachbeschaffung von Kampfflugzeugen untersucht?

Dr. Josef Moser: Also die Fragen, die Sie gestellt haben, es stimmt, der Rechnungshof hat vier Mal geprüft. Das heißt, von den vier Prüfungen ist eine Prüfung durchgeführt worden direkt auf Eigeninitiative des Rechnungshofes. Eine Prüfung ist durchgeführt worden, das betrifft die Typenbeschaffung. Das heißt, vom 10. 10. 2001 bis zum 02. 07. 2002, das war ein Ersuchen des damaligen Verteidigungsministers. Es war ein weiteres Verlangen betreffend Bewertung des Kaufvertrages. Das war der Zeitraum von 02. 07. 2002 bis 01. 07. 2003. Und in der Folge war ein weiteres Ersuchen, dass wir die Gegengeschäfte geprüft haben.

Es ist so, dass deshalb nach den drei Prüfungen da waren, sich die Prüfung des Rechnungshofes auf den Prüfungsgegenstand, der festgelegt worden ist in dem Prüfungsersuchen bezogen hat und darüber hinaus ist natürlich etwas, dass der Rechnungshof im Rahmen seiner Kompetenzen die Möglichkeit hat, die gesamte Staatswirtschaft zu untersuchen gleichzeitig auch die im öffentlichen Bereich tätigen Bediensteten. Es ihm aber nicht zusteht, Privatpersonen beziehungsweise außerhalb dieses Bereiches befindliche Aktivitäten beziehungsweise in dem Bereich befindliche Aktionen einer Prüfung zu unterziehen. Das heißt also, dass der Rechnungshof die Möglichkeit gehabt hat, alle Vorgänge, die im Rahmen der befassten Ministerien in dem Fall war es das Verteidigungsministerium. Es war das Wirtschaftsministerium. Es war das Finanzministerium. Es war vom Finanzministerium die beigebogene einer Überprüfung zuzuführen, nicht aber zuzuführen konnte er die Bereiche, die außerhalb von Aktenvorgängen oder Vorgänge dem Bereich des Vertragspartners, sprich der Firma EADS oder die im Einflussbereich der Firma EADS tätigen Personen sich befunden haben.

Die Grenze, die Sie gefragt haben, bei der Rechnungshofprüfung ist die, dass der Rechnungshof, wenn man sich hernimmt den § 914 ABGB, ist natürlich so, dass ein Vertrag immer auszulegen ist was beide Vertragspartner haben wollten und in welche Richtung beide Vertragspartner gegangen ist. Der Rechnungshof konnte also den Willen der Vertragspartner, sprich des Auftragsgebers untersuchen, nicht aber den Willen beziehungsweise deren Umstände auf der Seite des Auftragnehmers. Das ist die Grenze, die wir haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich darf vielleicht dazu noch ergänzen und Sie können das wahrscheinlich oder sicher sogar mit einem Ja ins Mikrofon bestätigen, dass natürlich auch keine Wahrheitspflicht dem Rechnungshof gegenüber besteht. Und das, glaube ich, sind die wichtigen Kriterien. Also der Rechnungshof kann nur im öffentlichen Sektor nur Gebarungsfragen und natürlich nicht unter Wahrheitspflicht von Auskunftspersonen das Ganze untersuchen wird.

Dr. Josef Moser: Es ist so, dass dem Rechnungshof alle Unterlagen vorzulegen sind und auf Grund der vorgelegten Unterlagen und auf Grund der Prüfungsmethoden er angewendet, wobei auch Befragungen und so weiter dazu zählen, dementsprechend seine Urteile beziehungsweise seine Empfehlungen abgibt, die objektiv belegt sind, ihm gegenüber aber keine Wahrheitspflicht besteht wie das bei Straf- oder Ermittlungsbehörden der Fall ist. Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also von der Theorie noch einmal kurz in die Praxis, dass wir uns das wirklich plastisch vorstellen können. Wieweit kommt der Rechnungshof bei solchen Untersuchungen? Wieweit kann der Präsident hier Wissen erlangen? Haben Sie gekannt die Steininger und Plattner Rolle bei der Beschaffung?

Dr. Josef Moser: War nicht Gegenstand wie gesagt der Akten beziehungsweise der Unterlagen, die dem Rechnungshof zugänglich waren. Aus dem Grund kennen wir ihn nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War bekannt, wer die Treugeber bei der Firma EBD ist?

Dr. Josef Moser: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Auch nicht. Und ein Letztes noch, dass wir das wirklich klar herausgearbeitet haben, war Ihnen bekannt, wie hoch die Rumpold Firmen Geldbeträge empfangen haben?

Dr. Josef Moser: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Auch nicht.

Dr. Josef Moser: Kann nicht sein, weil sich das außerhalb des öffentlichen Bereiches abgespielt hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Präsident! Es war ungeheuer wichtig, weil ja nicht nur ich alleine sondern auch viele andere Abgeordnete ja seit Jahren argumentiert haben, um die Rolle des Rechnungshofes und die Möglichkeiten, die ganz einfach nach Verfassung und den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen hat, herauszuarbeiten. Danke dafür.

Das Zweite. Es ist heute wirklich ein hoch interessanter Artikel im Wirtschaftsblatt, ein Kommentar vom heutigen Tag. Ich gehe einmal davon aus, Herr Präsident, dass Sie ihn kennen wie wahrscheinlich auch die Mehrzahl des Ausschusses. Ich möchte trotzdem Teile davon zitieren, dass wir es im Protokoll haben. Hier heißt es: Von der ursprünglich ventilierten Zahlungsvariante Lieferantenkredit mit neun Jahresraten ist nämlich absolut nichts übrig geblieben. Der Zahlungsmodus änderte sich vielmehr aus unerfindlichen Gründen auf eine Vorauszahlung sowie eine de facto Cash-Zahlung. Das Besondere daran, die BAWAG, die letztlich die Glückliche war, stellt der Republik nicht in einen formellen Kredit zur Verfügung, sondern kauft die Forderung von EADS gegen die Republik in Form eines Zessionsvertrages. Man könnte auch von Factoring sprechen. Das bedeutet, die Bank zahlt wurde vereinbart eine Milliarde € im voraus und den zweiten Teil bei Lieferung der Geräte. Die Bank schlüpft damit in die juristische Rolle des Vertragspartner Republik Österreich und nimmt auch die Eigentumsrechte wahr. Dann geht es weiter, um diesen Zessionsvertrag zu

ermöglichen, verzichteten die Republik und die BAWAG auf jede Form der Einrede in den Vertrag. Im Klartext: Die BAWAG, die bekanntlich bereits rund eine Milliarde Euro geblecht hat, muss auch den Rest vom Schützenfest zahlen, egal was die Republik auch denkt oder macht. EADS bekommt völlig unüblich auf alle Fälle den vollen Kaufpreis. Da kann Minister Norbert Darabos oder sonst wer noch so viel von Ausstieg oder Rabatten faseln wie es hier heißt.

So jetzt das in Bezug gesetzt diese Argumentation. Die letzte Passage, den Einredeverzicht der Republik hat sich EADS naturgemäß etwas kosten lassen. 200 Millionen € Nachlass wurden gewährt. Rechnet man die 330 Millionen € für die angebliche Neunjahreszahlung dazu, ergibt das weniger Kosten als ursprünglich vom Ministerrat bekanntgegeben. Frage: Wer hat die 200 Millionen kassiert? Und machen die Finanzierungskosten der BAWAG wirklich 330 Millionen € aus? Meine Frage dazu, hat der Rechnungshof diese Sachlage erarbeiten und da irgendwelche Feststellungen treffen können?

Dr. Josef Moser: Also in dem Bereich, das ist ein wichtiger Bereich, der tatsächlich bei der Beschaffung eine Rolle spielt. Ich möchte darauf hinweisen, dass im Rechnungshofbericht dargestellt ist, was den ersten Teil der Angebotseinholung betroffen hat. Das war der 10. 10. 2001 bis zum 28. Jänner 2002. Da war es so, dass die Finanzierungsvariante, die festgelegt worden ist, Zahlung bei Lieferung beziehungsweise Zahlung in neun Jahren. Es war in der Folge damit verbunden, dass man ursprünglich eine Zwischenlösung haben wollte, die aber von keinen der Anbieter angeboten werden konnte. Aus dem Grund ist die Zahlungsvariante in die Richtung gegangen, dass man eben wiederum verlangt hat, Zahlung entweder in fünf Jahren beziehungsweise in zehn Halbjahresraten beziehungsweise Zahlung in 18-Einhalbjahresraten. In der Folge Mai 2002 war es dann so, dass auf Ersuchen auch die Zahlungsvariante Zahlung bei Lieferung angeboten worden ist. Das heißt, es hat sich von der ersten Angebotseinholung zur zweiten Angebotseinholung die Zahlungsvariante als solches verschoben.

Es war dann so und das wurde vom Rechnungshof kritisiert, dass schon ursprünglich im ersten Bericht, der sich noch mit der Vorbereitung der Typenbeschaffung bezogen hat, wo wir darauf hingewiesen haben, dass es zweckmäßig wäre bei Beschaffungsvorgängen dieser Höhe jedenfalls eine Begrenzung der Finanzierung vorgesehen wird. Noch dazu, da zum damaligen Zeitpunkt bereits festgestanden ist, dass die Eurofighter Beschaffung nicht zu bezahlen ist aus dem Budget des Landesverteidigungsressorts, sondern zu bezahlen sein wird aus dem allgemeinen Budgethaushalt. Das wurde nicht gemacht und aus dem Grund war es dann so, dass erst im März 2003 eine Weisung seitens des damaligen Finanzministers erteilt worden ist in der Form, dass auf jeden Fall alles versucht werden sollte, um die Kosten von zu dem Zeitpunkt 2,8 Milliarden zu reduzieren auf unter zwei Milliarden. Das hat dazu geführt, was Sie bereits angesprochen haben, dass eben mehrere Varianten schlagend geworden sind. Die erste Variante war die, dass man die kaufmännische Bestimmungen, einer davon war der Einredeverzicht, festgelegt hat, dass man gleichzeitig Leistungsreduktionen durchgeführt hat und dass man gleichzeitig die Flieger von 24 auf 18 reduziert und dementsprechend auch die Systemkomponenten reduziert hat, hat dazu geführt und das haben Sie angesprochen, dass im Rahmen des Finanzierungsvorganges, wo ja andere Punkte auch noch ausgehandelt worden sind wie Haftungsbeschränkung, Deckungsklausel oder dergleichen, dass im Rahmen dessen als solches auch der Einredeverzicht vorgesehen wurde, der eben besagt, dass egal was mit dem Grundgeschäft passiert, das heißt, man hat den Finanzierungsvorgang losgelöst von dem Grundvorgang und ist in die Richtung gegangen, dass egal was wie gesagt mit der Beschaffung als solches passiert, das heißt mit dem Grundgeschäft passiert, der Finanzierungsvorgang jedenfalls zu laufen

beginnt. Das heißt also, dass in dem Fall die finanzierende Bank, die Ihnen bekannt ist, die erste Rate zu zahlen gehabt hat im Jahr 2004, was gleichzeitig dann Maastricht-schuldfähig geworden ist und dementsprechend die Vorfinanzierung durchführt, die vorgesehen war, bis zum Jahr 2009, und gleichzeitig, das war auch eine Festlegung, die getroffen worden ist, ab dem Jahr 2007 als solches die Republik in Raten pro Jahr zwei Raten, das heißt zu 108 Millionen, im Jahr 2007 sind es vier Raten, dann bis zum Jahr 2014, was mir bekannt ist, dann dementsprechend den Kaufpreis an die Firma PSK zu leisten hat. Es ist also richtig, dass egal, was mit dem Beschaffungsvorgang passiert, jedenfalls die Zahlungen seitens der Republik an die finanzierende Bank zu leisten sind, und allfällige Rückforderungen, die sie allenfalls durch Schlecht-, Minder- oder sonstige Erfüllung ergeben, jedenfalls im Rahmen Schadenersatzrecht, Bereicherungsrecht von der Firma EADS GmbH zurückzufordern sind. Das ist der Finanzierungsvorgang, wie er festgelegt worden ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): So weit, so gut. Das ist klar, und ich bedanke mich, dass Sie das noch einmal dargestellt haben.

Wenn man aber die konsequente Argumentation in diesem Kommentar im heutigen Wirtschaftsblatt verfolgt und die Frage stellt, wer hat die 200 Millionen kassiert?, kann da der Rechnungshof eine Antwort geben auf diese Frage?

Dr. Josef Moser: Also es ist so, Sie haben angesprochen den Ministerratsvortrag. Im Ministerratsvortrag vom 2. 7. 2002 war also etwas, was der Rechnungshof kritisiert hat, dass der Barzahlungspreis ausgewiesen worden ist, ich glaube, 1.791, und gleichzeitig ausgewiesen worden ist, dass dazu noch beispielsweise Ausbildung und Logistik dazukommt, die zu verhandeln ist. Wenn man damals, wie gesagt, im Ministerratsvortrag vorgesehen hat, die der Beschaffung zugrundeliegende Finanzierungsvariante, hätte man 2.802 vorsehen müssen, das heißt, man kann aufgrund der Annahme, was also im Ministerratsvortrag, keine Folgewirkungen sich entwickeln. Feststehend ist, dass der Rechnungshof kritisiert hat, dass man also die Barzahlungsvariante angeführt hat im Ministerratsvortrag, und nicht die der Beschaffung tatsächlich zugrundeliegende Variante mit 18 Halbjahresraten gewählt hat. Der nächste Punkt ist, was Sie angesprochen haben, wie schaut es mit der Finanzierung aus. Es war so, dass ursprünglich die Firma Eurofighter GmbH eben für die Vorfinanzierung einen Zinssatz bekannt gegeben hat, der eben ausgemacht hat mehr als 7 %, gleichzeitig war es dann so, dass also die Republik versucht hat, eben auch selbst Banken zu finden, die einen günstigeren Zinssatz anbieten können. Das hat dann dazu geführt, dass also dieser Zinssatz, als es dann 4,488 ausgemacht hat, wobei dieser Zinssatz dann dazu führt, dass jede Rate etwa 108,8 Millionen eben ausmacht. Dem Rechnungshof, um das Ganze nachvollziehen zu können in Hinblick darauf, dass also da dieser Zinssatz ja festgelegt wurde, beziehungsweise Finanzierung, von der finanzierenden Bank berechnet worden ist. Und nachdem es weder beim Finanzministerium noch bei der ÖBFA zwischengeschaltet war, dementsprechend Unterlagen gegeben hat, war es dem Rechnungshof nicht möglich, genau nachzudetaillieren beziehungsweise nachzuprüfen, wie genau sich dieser Zinssatz als solches berechnet. Für uns war nur entscheidend, dass wir aufgrund der Finanzierungsvariante, aufgrund der Maßnahmen, die festgelegt worden sind, daraus berechnen konnte, dass also der Zinssatz, nachdem es ein Forward-Zinssatz ist, von 4,488 festgelegt worden ist. Und das ist dieser Zinssatz, der da ist, weitere Schlüsse kann der Rechnungshof nicht ziehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich bedanke mich auch für diese Information. Also Ihnen waren dann irgendwo Grenzen gesetzt, dem Instrument Rechnungshof. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke Herr Vorsitzender. Herr Präsident, ich möchte jetzt von der Vergangenheitsbetrachtung ein bisschen in die Zukunft gehen und Sie fragen, wie die Bewertung, die Risikobewertung von Seiten des Rechnungshofes aussieht, wenn die SPÖ ihr politisches Ziel eines Totalausstieges aus dem Eurofightervertrag durchzieht?

Dr. Josef Moser: Also es ist so, dass der Rechnungshof festgestellt hat, also was in der Zukunft ist, kann ich Ihnen nicht sagen, ich kann Ihnen aber sagen, was auf jedenfall aus der Sichtweise des Rechnungshofes zu beachten sein wird, egal, welche Vorgangsweise die Politik wählt. Entscheidend ist, dass also derzeit eben von allen Stellen, das geht zurück ins Jahr 1975, als solches das Bedürfnis erkannt worden ist, abgeleitet aus verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen, ob das also wie gesagt der § 9a ist, Neutralitätsgesetz, Militärbefugnisgesetz und dergleichen, auch Verteidigungsdoktrin, in der also festgelegt worden ist, im Jahr 1975, in der unter anderem ausgeführt wurde, dass als solches, was die Luftraumüberwachung betrifft, das ist beschlossen worden im Nationalrat BGBl Nr. 643 der XIII. Gesetzgebungsperiode, „Dem Bundesheer obliegt die militärische Landesverteidigung. Die Streitkräfte des Bundesheeres sind so zu gliedern, dass auch im Frieden sofort einsatzfähige Verbände in angemessener Stärke verfügbar sind. Dazu gehören auch die erforderlichen Fliegerverbände, die Einrichtungen für eine Luftraumüberwachung und ein technisches Aufklärungs- und Fliegerleitsystem, deren Aufgaben der Verteidigung des Neutralitätsgesetzes entsprechen.“ Diese Vorgaben, die da sind, sind in der Folge weiterentwickelt worden in der Form, dass man nach der Verteidigungsdoktrin 1975 im Jahr 1985 die Draken angekauft hat, dass man im Jahr 1993 das Konzept für das österreichische Bundesheer erstellt hat, dass man aufbauend auf das Konzept des österreichischen Bundesheeres im Jahr 1997 das Konzept für den Einsatz der österreichischen Luftstreitkräfte ermittelt hat, dass man darauf aufbauend als solches dann festgelegt hat ein militärtaktisches Konzept, aus dem dann die Anzahl der Flieger, die eben für die Luftraumüberwachung als solches erforderlich sind, abgeleitet wurde, dass im Jahr 1998 ein militärisches Pflichtenheft festgelegt worden ist, dass das militärische Pflichtenheft im Jahr 2000 überarbeitet worden ist, dass im Jahr 2001 wiederum eine Verteidigungsdoktrin festgelegt worden ist, und dass in der Folge, wenn man sich anschaut das Regierungsprogramm, wieder man sich dazu bekennt, dass also die aktive und passive Luftraumüberwachung sicher zu stellen ist. Das heißt also, dass der Rechnungshof in dem Zusammenhang feststellen muss, dass wir, nachdem wir weder Ziele vorgeben, wir auf jeden Fall zur Kenntnis zu nehmen haben, dass aufgrund der gesetzlichen Vorgaben, aufgrund der Beschlussfassung in der Politik, aufgrund der Entschlüsse des Nationalrates, ich möchte darauf hinweisen, es war am 19. August 2002 eine Entschlüsselung des Nationalrates, wo man sich wiederum zur Luftraumüberwachung bekannt hat, in der Form, dass „der Nationalrat bekennt sich aus verfassungsrechtlichen, völkerrechtlichen, EU-rechtlichen und sicherheitspolitischen Überlegungen heraus zur Notwendigkeit der ständigen Luftraumüberwachung und Luftraumsicherung.“ Das heißt also für den Rechnungshof, dass er für, wir diese Vorgabe zur Kenntnis zu nehmen haben, und nunmehr zu beurteilen haben, ob jetzt diese Vorgabe mit der Beschaffung, die durchgeführt wurde, auch tatsächlich eben diese Vorgabe erfüllt werden kann, oder nicht erfüllt werden kann. Da ist also von uns aus festzustellen, dass es einen gültigen Vertrag gibt, dass es dementsprechend einen Finanzierungsvertrag gibt gleichzeitig mit einem Einredeverzicht, und dass wir gleichzeitig den Gegengeschäftsvertrag haben, wo man jetzt sagen muss, dass auf jeden Fall erstens einmal mehrere Komponenten ihm Rahmen einer Kosten-Nutzwertanalyse, und der Rechnungshof geht immer in die Richtung Kosten-Nutzwertanalysen, verschiedene Momente mit zu berücksichtigen sind. Der erste ist, was wenn strafrechtliche Momente vorliegen sollten, kann man nur mit vollem Effekt in Richtung gehen, dass die Gerichte alles zu unternehmen haben,

auch in Hinblick auf die Reputation Österreichs, um dementsprechend das in den Griff zu bekommen, und dementsprechend auch das zu untersuchen.

Was die zweite Komponente betrifft, das ist die Frage, welche Risiken sind aufgrund eines Ausstiegs als solches verbunden, so ist auf jeden Fall das einmal, das machen gerade die Zivilrechtler, dass sie dementsprechend ein Gutachten erstellen. Aber schlussendlich die Gerichte abzuurteilen haben, ob jetzt in dem Fall und in welchem Fall ein Ausstieg möglich/nicht möglich ist. Da ist nur zu erwähnen, dass, wenn man sich die kaufmännischen Bestimmungen anschaut, wo also die Verhaltensregeln auch festgelegt sind, jedenfalls, was die Konsequenzen betrifft, festgelegt ist, dass eben ein gänzlicher Ausstieg oder ein teilweiser Rücktritt vom Vertrag möglich ist. Das heißt, daraus leitet man ab, dass gewisse Risiken damit verbunden sind. Der nächste Punkt, was die militärische oder verteidigungspolitische Komponente betrifft, muss man sagen, dass auf jeden Fall feststehend ist, dass Österreich eine Luftraumüberwachung benötigt. Ich referiere nur das, was die politischen Vorgaben sind, und gleichzeitig wird Frage zu stellen sein, inwieweit diese Luftraumüberwachung auch im Falle eines Ausstieges sicher gestellt werden kann, mit welchen Momenten, mit welchen Kosten, um dadurch weitere Kosten sicherlich für den Steuerzahler und für die Republik als solches minimieren zu können.

Am Schluss kann ich also nur sagen, aufgrund der Festhaltung der bestehenden Verträge, aufgrund der Vorgaben, die die Politik macht, kann der Rechnungshof nur empfehlen, jedenfalls, egal welcher Schritt gesetzt wird, eine Kosten-Nutzen-Analyse anzustellen, diese Momente gegeneinander abzuwägen, damit als solche nicht unter dem Strich nicht mehr Kosten als solche für die Republik beziehungsweise den Steuerzahler, entstehen können.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wie sehen Sie das, also diese Risikobewertung unter der Berücksichtigung wirklich der ganzen Kompensationsgeschäfte. Gerade mit dem Wegfall zukünftiger Kompensationsgeschäfte?

Dr. Josef Moser: Es ist so, das heißt, was ich bereits erwähnt habe, dass im ersten Teil der Finanzierungsvorgang ist losgelöst vom Grundgeschäft. Was die Gegengeschäfte betrifft, ist festgehalten im Vertrag, das wissen Sie besser als viele andere, dass also jedenfalls die Gegengeschäfte anteilig automatisch sich kürzen. Das heißt also, wenn man aus dem Vertrag aussteigt, das dementsprechend das Volumen, was also tatsächlich bis zum Vertragsausstieg, egal in welchem Fall dann tatsächlich was über bleibt, das heißt, ob es ein teilweiser Rücktritt ist oder ein voller Rücktritt ist, dass also das Vertragsvolumen eingefroren wird und die Gegengeschäfte, die darüber hinaus geht, über das Vertragsvolumen, was sich anteilig kürzt, diese Gegengeschäfte sind in Form einer Gutschrift, wobei diese Gutschrift in der Folge verwendet werden kann, für allfällige weitere Geschäfte diese Firma in Österreich im Verteidigungsbereich oder anderen Bereichen tatsächlich abgeliefert. Das heißt also, die Gegengeschäfte kürzen sich anteilig automatisch in dem Ausmaß, wie das Grundgeschäft als solches dann oder teilen das Schicksal des Grundgeschäftes.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Man hat nicht nur bei den Berichten, sondern auch jetzt bei den Ausführungen gesehen, dass da sehr wohl sich fest beschäftigt wurde im Rechnungshof mit diesem ganzen Vorgang. Wie schätzen Sie das jetzt ein, wenn man sich jetzt denkt, es wird ein Prozess geführt, es kommt vielleicht zu einem Prozess über die Rückabwicklung beziehungsweise den Ausstieg aus dem Vertrag. Der dauert einige Jahre. In der Zwischenzeit müssen wir eine andere Lösung natürlich für die Luftraumüberwachung finden. Vielleicht sogar käuflich erwerben wieder ein anderes Gut. Und im guten Glauben, dass man dann in weiterer Folge diesen Vertrag nicht mehr einhalten muss und die Abfangjäger von Eurofighter nicht

annehmen. Und dann kommt es am Ende des Prozesses zu einer Entscheidung, dass wir sehr wohl diese Fluggeräte annehmen müssen. Und dann haben wir parallel zwei unterschiedliche Flugzeugtypen hier zu erhalten. Hat sich der Rechnungshof auch mit diesem Risiko irgendwie auseinandergesetzt?

Dr. Josef Moser: Der Rechnungshof kann nur feststellen auf Grund der Prüfungen, das heißt er gibt keine Vermutung oder sonst etwas ab. Ich kann nur sagen, dass jedenfalls die kaufmännischen Bestimmungen, die gemacht wurden, um eben den Kaufpreis auf unter zwei Milliarden liegen zu bringen, dass also diese kaufmännische Bestimmung unter anderem der Einredeverzicht sicherlich zu Lasten der Republik gehen. Das heißt, dass jedenfalls die Finanzierung weiterlaufen wird egal was Sie mit dem Grundgeschäft passiert und aus der Sichtweise des Rechnungshofes kann man nur sagen, dass also die drei Komponenten, sprich den Kaufvertrag mit den politischen Vorgaben, sprich gleichzeitig den Einredeverzicht mit den dementsprechenden Folgen, sprich den Gegengeschäftsvertrag abzuwägen haben und zu sagen, was ist der optimale Schritt oder der beste Schritt für die Republik, um auch die Vorgaben die da sind, erfüllen zu können. Jedenfalls was der Rechnungshof festgehalten hat in seinem Bericht, erfüllt die derzeitige Beschaffung, das haben wir dargestellt, nicht die Vorgaben, die in der Landes- und Verteidigungsdoktrin beinhaltet sind beziehungsweise auch nicht die Vorgaben des operativ taktischen Konzepts. Das heißt, man wird also schauen müssen ob jetzt beziehungsweise sich das operativ taktische Konzept, die die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin noch „up to date“ ist beziehungsweise wenn sie nicht „up to date“ ist, wenn neue Bedrohungsszenarien da sind, wird man das anpassen müssen. Und wenn das angepasst wird, wird man schauen müssen, mit welchen Geräten beziehungsweise mit welchen Maßnahmen eine Luftraumüberwachung und eine Luftraumsicherung möglich ist.

Derzeit ist in der Verteidigungsdoktrin nur festgehalten, dass eine ständige Luftraumüberwachung gewünscht wird und gleichzeitig auch eine Luftraumsicherung im Anlassfall, was aber derzeit nur eingeschränkt mit dem bestellten Umfang bewerkstelligt werden kann. Das heißt, nur eine faktische Darstellung. Man gibt nicht in irgendeiner Art und Weise die Meinung des Rechnungshofes wieder, sondern gründet sich auf Fakten, die sich auf Grund der Prüfung ergeben haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. Ich werde es auch so versuchen. Nur zwei Themenbereiche, die Kollege Kräuter aufgeworfen hat noch nachzufragen und keine neuen. Der Rechnungshof ist ja, wie Kollege Kräuter geschildert hat, in die Lage gekommen, dauernd dienen zu müssen als Beweis dafür dass alles immer in Ordnung war. Speziell jene Beauftragung durch den damaligen Bundesminister Scheibner, dort hat auch eine Rolle gespielt die explizite Fragestellung von Bestechungsgeldern. Können Sie einfach noch einmal kurz zusammenfassen, weil das beim Kollegen Kräuter noch nicht ganz so rausgekommen ist möglicherweise auch in Anlehnung dessen wie Sie das mit Vorgänger Fiedler besprochen haben, wo genau die Grenzen sind, dass der Rechnungshof eigentlich, wenn es halbwegs normal läuft bei Bestechungsgeldern gar nie hinkommt. Ich möchte das gerne noch fürs Protokoll haben.

Dr. Josef Moser: Also mir ein wichtiger Punkt in dem Zusammenhang ist zu erwähnen, was ich bereits gesagt habe, der Rechnungshof kann Vertragspartner sein, der im privaten Bereich liegt und die Akteure, die in dem Bereich tätig sind in keinsten Weise eine Überprüfung zuführen. Das heißt, alles was sich nicht außerhalb der öffentlichen Kassen, sprich in den Kassen des Verteidigungsministeriums, des Finanzministeriums oder des Wirtschaftsministeriums abgespielt hat, ist der Prüfung durch den Rechnungshof entzogen. Was kann der Rechnungshof machen? Der

Rechnungshof kann, nachdem man sich in dem Fall einer verbindlichen Angebotseinholung im Rahmen der freihändigen Vergabe verpflichtet hat nach der Ö-Norm 2050 kann er überprüfen, inwieweit der Vorgang, der abgewickelt worden ist, auch tatsächlich Transparenz und nachvollziehbar ist. Das haben wir gemacht im Rahmen der Typenentscheidung, indem wir hier 42 Simulationen gerechnet haben und gesagt haben, auf Grund des Bewertungskatalogs, der nachvollziehbar war, wieso konnte keinerlei Bestechung beziehungsweise kein Missbrauch festgestellt werden. Wir haben auch etwas festgestellt. Unter Zugrundelegung der militärischen Perspektiven beziehungsweise Festlegungen, das heißt insbesondere der Soll-Muss-Kriterien, wobei die Soll-Muss-Kriterien für uns als solche nicht nachvollziehbar waren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja gut. Sie haben noch die Möglichkeit, vom betreffenden öffentlich Bediensteten Steuerakten anzufordern.

Dr. Josef Moser: Es geht in die Richtung, dass wir wenn wir eine Finanzprüfung durchführen, beispielsweise wir haben geprüft die

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir reden hier nur von den gegenständlichen

Dr. Josef Moser: Da ist der Umfang der Prüfung festgelegt. Und der Umfang der Prüfung, der festgelegt war, findet sich auch in den drei Berichten oder in den vier Berichten, die mittlerweile vorgelegt worden sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So ist es. Ich komme zum zweiten Bereich, die Zahlungsmodalitäten. Einleitend Sie haben gesagt Stand März 2003 bereits wie die Vertragsverhandlungen wieder aufgenommen wurden,

Dr. Josef Moser: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): 2,8 Milliarden, da haben Sie unterstellt, dass es noch die 24 waren. Jetzt beginnt die berühmte Rechnung. Können Sie noch einmal festhalten für das Protokoll, woran das gekrankt hat. Weil das Faktum wissen wir ja, dass nur 1,79 Milliarden am 02. Juli 2002 dem Ministerrat, also zur Entscheidung in der entscheidenden Frage der Typenentscheidung vorgelegen haben, auf was da alles vergessen wurde? Weil Faktum ist, dass es eine Milliarde € sind und zwar geradeaus.

Dr. Josef Moser: Es war so, dass in diesem Ministerratsvortrag, es war der 105. Ministerrat am 02. Juli 2002, dass also da eben der Betrag, den Sie erwähnt haben, im Rahmen der Barzahlungsvariante beinhaltet war und dass in dem Bereich nicht beinhaltet war Ausbildung, Logistik, die damals noch zu verhandeln war, nicht abgeschlossen war. Es war so, dass der Betrag, der damals gewählt wurde, ohne die Optionen und sonstigen Leistungserhöhungen, die in der Folge der Rahmen der Vertragsverhandlungen noch angestellt worden sind, als solches ausgemacht hätte, bei dieser Variante 2,052 Milliarden €. In der Folge bis im Rahmen der Verhandlungen sind seitens der Landesverteidigung noch Wünsche gekommen beziehungsweise sind Optionen noch vorgesehen worden, die also dann den Preis eben auf den Betrag von 2,802, glaube ich war das, 2,8 Milliarden eben in die Höhe getrieben haben. Und dieser Betrag war auch der Ausgangspunkt beziehungsweise war der Betrag, der dann Anlass dafür war, dass am 23. März 2002 eben die Arbeitsgruppe eingesetzt worden ist, um den Betrag wiederum unter die zwei Milliarden Eurogrenze zu bringen. Das heißt es waren in dem Bereich über 2,852 war die Finanzierungsvariante 18-Einhalbjahresraten beinhaltet. Was im Ministerratsvortrag nicht beinhaltet war und es waren weitere Optionssteigerungen beziehungsweise Leistungserhöhungen, die in der Zwischenzeit vorgenommen worden sind, die in diesen Betrag ausgemacht haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So wenn wir uns nur mehr auf die Zahlungsvarianten konzentrieren, dann schicke ich voraus, dass wir gleich bei dem Phänomen starten, dass Sie ja im Rechnungshofbericht selbst festgehalten haben, dass erst am gleichen Tag oder am Tag vor der Typenentscheidung das Bundesministerium für Finanzen die Präferenz übermittelt hat letztendlich, wie es im Bericht zur Typenentscheidung aufscheint. Dies brauchen wir nicht mehr erläutern.

Da war es doch so, dass die Bewertungskommission für drei Varianten, die die Reihung vorgenommen hat und immerhin bei Zahlungsvariante Zahlung bei Lieferung und bei Zehneinhalbjahresraten zumindest für die 24 Stück das Produkt Gripen Nummer eins war und das Produkt Eurofighter Taifun Nummer zwei und erst bei 18-Einhalbjahresraten wie bekannt hat sich das knapp gedreht. So jetzt ist ja das Angebot, ich lasse das jetzt alles weg mit möglichen Bietersturz und so, jetzt ist aber das Angebot 18-Einhalbjahresraten ja wohl so zu verstehen, dass die Anbieterfirma in dem Fall Eurofighter respektive EADS ja selbst offensichtlich mit seinem Anbot offeriert, dass es für die Zahlungskonditionen und –umstände einmal selbst aufkommt für 18-Halbjahresraten und „that’s it“. Ist das so?

Dr. Josef Moser: Es ist so, dass also jedenfalls festgestanden ist zum damaligen Zeitpunkt, dass die Eurofighter davon ausgegangen ist, dass die Produktion vorzufinanzieren sein wird und aus dem Grund war es auch so, dass im Rahmen der Vereinbarung des Vertrages es sehr wohl klar war und feststehend war, dass die Vorfinanzierung von der Republik zu übernehmen sein wird. Da war die Frage, trägt diese Vorfinanzierung die Republik selbst. Das heißt, wird das aus dem Budget gezahlt oder bedient man sich einer zu finanzierenden Bank?

Es war auch so, dass dann von der ÖPFA im Rahmen der Finanzierungsvariante, die sie gewählt hat beziehungsweise die Rahmen der Bemühungen, eine Bank zu finden, eben die Vorgabe seitens des Finanzministeriums da war, dass die grundsätzlich die von der Firma Eurofighter gewählte Vorfinanzierungsvariante, das heißt, dieses System mitübernommen wird und dass diese Vorfinanzierungsvariante mit zu verhandeln ist als solche dann mit der Bank, die dafür in Betracht kommt, um eben als solches vergleichbar zu machen. Weil gleichzeitig hat die Firma Eurofighter geschaut, welche Bank sie bekommt mit welchem Zinssatz. Gleichzeitig hat die ÖBFA eine Bank gesucht, die auch wieder die Aufgabe gehabt hat, den Zinssatz als solches auszuverhandeln, um eben als solches diese Finanzierung sicher zu stellen. Es war dann der Punkt, dass also es zwei Finanzierungsvarianten in dem Fall gegeben hat, die also schlagend geworden sind, wobei die Finanzierungsvariante in zehn Halbjahresraten erst in der zweiten Ausschreibung hineingekommen ist, das heißt also, nicht in der ersten Angebotseinholung, sondern in der zweiten Angebotseinholung, und es waren dann die Preise, die im Rechnungshofbericht angeführt worden sind, einmal, wie viel macht es aus, in dem Bereich mit der Variante zehn Jahresraten, und wie hoch ist der Preis bei der Variante in achtzehn Halbjahresraten. Das ist also, wie gesagt, der Betrag, der sich daraus ergibt, wie schnell eben die Republik in der Lage ist, oder bereit ist, diese Vorfinanzierung, die die Bank als solches tätigen, auch tatsächlich zu erledigen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Mag alles sein. Die Verhandlungen haben dazu geführt, dass man ja versucht hat, die Konditionen so nachzubilden, als ob die Bank im wesentlichen der Republik einen Kredit gibt, also möglichst Triple-A-Nähe, was bis auf das Ausmaß von 12 bis 15 Mill. € laut Aussage Kocher gelungen ist, also ist auch noch eine Stange Geld. So. Und jetzt nur die Frage, dass das Ergebnis am Schluss ja erst wieder jenes war, also ob ohnehin die Republik, wenn man jetzt diese Unschärfe abzieht, erst am Schluss die Republik sozusagen, aber über diese Dreieckskonstruktion, mit dem, was sie ist und hat, dasteht und haftet. So. Und jetzt ist

schlicht und ergreifend die Frage, und zwar mit allem, wir sehen ja das Resultat von dem Vertrag, und jetzt ist einfach schlicht und ergreifend die Frage, ob das nicht einer Finanzierung nahe kommt wieder, die eigentlich Zahlung bei Lieferung entspricht, wo die Republik ohnehin sich dann selbst normal, dann aber reines Triple-A, am Kreditmarkt bedienen könnte?

Dr. Josef Moser: Es war der Punkt ganz kurz, dass bei der Kosten-Nutzen-Analyse ja schon diese drei Varianten beinhaltet waren. Das war der Barzahlungspreis, die 10 Halbjahresraten beziehungsweise 18 Halbjahresraten, und die haben also, man kann ja etwas ableiten. Wie Sie gerade erwähnt haben in dem Zusammenhang, es war ja ursprünglich vorgesehen, dass im März 2006 als solches bereits mit der ersten Zahlung, mit der ersten Halbjahresrate begonnen hätte werden sollen. Man hat dann diese Zahlung von wie gesagt März 2006 verschoben in das Jahr 2007, dadurch, hat also der Rechnungshof aufgezeigt, ist es zu Mehrkosten gekommen von zirka 230.000 an erhöhtem Zinsaufwand, und daraus gibt es eben eine Meldung seitens der ÖBFA, die damals festgehalten hat, dass davon auszugehen ist, dass die Finanzierung, die also nicht direkt durch den Bund vorgenommen wird, sprich im Rahmen eines Triple-A, ungefähr 0,25 % mehr ausmacht. Und aufgrund der 0,25 %, wenn man diesen Vergleichsfall heranzieht, kann man hochrechnen, wie hoch also tatsächlich die Finanzierung teurer geworden ist dadurch, dass man sich einer Bank bedient hat. Wobei auch da anzuführen ist, dass also gerade, das ist der nächste Punkt, der eben da ist, der gerade angesprochen ist, das geht zu Lasten der Republik, dadurch, dass ein Einredeverzicht gemacht worden ist, hat man natürlich die Unterlegungspflicht, die sonst nach dem Bankwesengesetz vorgesehen gewesen wäre, hat man dadurch auch nicht mehr erforderlich, und dadurch ist natürlich der Finanzierungssatz durch die Bank, sprich durch die PSK; heruntergefallen und war eben der, dass sehr als solches ein erhöhter Zinssatz von zirka 0,25 % schlagend wird. Und das sind die Mehrkosten, die dadurch entstanden sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie überprüft, letzte Frage, ob den damaligen Markt kennend bei Kreditaufnahme durch eine öffentliche Instanz, also eine Gebietskörperschaft, wie die Republik, zu einem günstigeren Zinssatz hätte selbst Kredit nehmen können, als die gerundeten 4,5?

Dr. Josef Moser: Es war so, dass wir damals im Rahmen der Prüfung, nachdem also wir also keine Unterlagen gehabt haben, das war für uns also nicht nachweisbar, wie sich das verhalten hat, haben wir hergenommen den Anleihezinssatz für Anleihen, das heißt haben die Zehnjahresbetrachtung angestellt und haben in dem Punkt gesehen, dass also auf jeden Fall die Finanzierung mit dem Zinssatz, der rausgekommen ist, mit 4,488 jedenfalls ein günstiger Zinssatz war, und das ist also die Aussage, die wir treffen können, nachdem wir die Problematik gehabt haben, dass, was den Finanzierungsvorgang betrifft, die Abwicklung betroffen hat, die Auswahl der Banken betroffen hat, dass wir hier keinerlei Nachweise gefunden haben, weder beim Finanzministerium noch bei der ÖBFA, weil die ÖBFA der Meinung war, sie wurde nur beauftragt, eine Bank zu suchen, und das Finanzministerium der Meinung war, es hat als solches die ÖBFA gemacht. Aus dem Grund war es nicht ihre Auflage und aus dem Grund haben sie keine Unterlagen. Das war die Problematik, die wir im Rahmen der Prüfung gehabt haben und die auch im Prüfungsergebnis als solches dargestellt ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, da fällt mir nur ein, dass das nicht handelsüblich ist, dass die Bundesfinanzierungsagentur für Rüstungskonzerne Kredite aufstellen geht. Aber das war es dann.

Dr. Josef Moser: Das war der Zinssatz, wie man sieht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, danke. Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Präsident Moser, Sie haben ausgeführt, dass wir sozusagen einen Einredeverzicht gegeben haben, daher müssen wir das einmal grundsätzlich zahlen und können uns das dann im Prozessweg zurückholen. Aber wir haben doch auch eine Bankgarantie, wo wir sozusagen die Gelder, die wir hinzahlen, aber denen keine adäquate Leistung entgegen steht, über die Bankgarantie ja sofort wieder zurückbekommen. Das heißt also, das Risiko der Republik ist da ja eigentlich Null, oder?

Dr. Josef Moser: Also feststehend ist, dass also der Einredeverzicht in die Richtung geht, dass jedenfalls die Zahlungen vom Jahr 2004 bis 2009 von der PSK an die Firma EADS GmbH zu liefern sind, gleichzeitig die Zahlungen der Republik aufgrund des Einredeverzichts vom Jahr 2007 bis zum Jahr 2014 zu leisten sind, und das feststeht auch, dass wenn es zu mangelhaften Lieferungen kommt, oder sonstigen Leistungseinschränkungen kommt, dass dementsprechend die Republik die Möglichkeit hat, als solches sich schadlos zu halten im Rahmen eben eines dementsprechenden Prozesses bei der Firma EADS GmbH, das heißt, im Rahmen einer Bereicherungsklage, Schadenersatzklage. Also es dementsprechend diesen Bereich wiederum zurückholen kann, was natürlich wahrscheinlich auch eines Prozesses bedarf, und dementsprechend auch eines Rechtsstreites bedarf, der also wahrscheinlich einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Das heißt, dass dadurch, dass ein Einredeverzicht also geleistet worden ist, und das ist auch den Unterlagen als solches zu entnehmen, dieser Einredeverzicht und die Folgewirkungen jedenfalls zu Lasten oder auf das Risiko der Republik gehen. Und das steht auch in den Unterlagen und ist dementsprechend ausgeführt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Bankgarantie alleine schützt uns diesbezüglich nicht vor den Leistungen, die wir dann schon erbracht haben? Weil die Bankgarantie ist ja auch wieder mit Einredeverzicht versehen, das heißt, mit der Bankgarantie können das Geld sofort zurückverlangen, obwohl die können dann auch keine Einrede machen?

Dr. Josef Moser: Also feststehend ist, dass also was die Einredeverzicht betrifft, dass also festgehalten ist, dass egal, was immer passiert, auch wenn der Vertrag nichtig ist, auch wenn er aufgehoben wird oder auch wenn er sittenwidrig ist, auch wenn höhere Gefahr oder was immer eintritt, dass jedenfalls in dem Fall die Zahlungen jedenfalls weiterlaufen. Das heißt, es ist festgehalten, dass also die finanzierende Bank keinerlei Einschränkungen zu erwarten hat. Das heißt, dass das Risiko einer Nichtlieferung oder einer mangelhaften Lieferung von der PSK in dem Fall als finanzierender Bank auf die Republik übergeht. Das heißt also, in dem Fall ist es so, dass die Bank auf jeden Fall ihre Zahlungen zu leisten hat und diese Zahlungen auch an die Firma Eurofighter leistet bis zum Jahr 2009 und einen großen Teil dieser Zahlungen auch schon geleistet hat. Wenn es jetzt zu diesen Umständen kommt, die also die Leistungen einschränken, dann besteht eben das Verhältnis wird schlagen zwischen EADS GmbH und der Republik Österreich. Und dementsprechend kann im Rahmen dieses Verhältnisses das Geld wieder zurückgeholt werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben vorhin erwähnt, das operativ-taktische Konzept wird derzeit nicht erfüllt. Können Sie das ein bisschen genauer erläutern?

Dr. Josef Moser: Es ist so, dass also das operativ-taktische Konzept da sind auch wieder die Regelungen, die damals festgehalten worden sind seitens des Ministeriums, das heißt also das Ministerium geht zurück auf das Jahr 1997 wurde das militärtaktische Konzept entwickelt, das also davon ausgegangen ist, jetzt greife ich nur heraus beispielsweise die Luftraumaufklärung, dass auf jeden Fall für die Luftraumaufklärung 24 Eurofighter oder Gripen oder was immer an Gerät 24

Luftraumüberwachungsflugzeuge notwendig sein werden. Darüber hinaus wurde festgehalten 36 Piloten und wurde festgehalten, ich glaube 2.700 Flugstunden. Man hat dann in der Folge dieses Ausmaß reduziert, wurde gesagt, aufgrund der Hochwasserkatastrophe, es war am 27. August 2002 wurde eine diesbezügliche Weisung seitens des damaligen Verteidigungsministers erteilt. Hat dann dazu geführt, dass natürlich es gleichzeitig da im Rahmen der Weisung eben festgehalten wurde, dass also jedenfalls 18 plus Option Aufstockung auf weitere sechs. Diese Aufstockung weitere sechs wurde also weder im Kaufvertrag noch in den weiteren Verhandlungen, vorgenommen. Das heißt, es wurde reduziert auf 18. In dem Fall wurde dann seitens des Verteidigungsministeriums festgehalten, das ist also hier vorliegend, dass man mit 18 Eurofightern in dem Fall, nachdem die Entscheidung schon gefallen ist, gleichzeitig auch mit 1 800 Flugstunden, gleichzeitig auch mit 18 Piloten, man keine ständige Luftraumüberwachung durchführen kann und gleichzeitig auch, wenn Veranstaltungen durchgeführt werden, eine beispielsweise dreitägige Observation durch Luftraumüberwachungsflugzeuge, auch hier Einschränkungen die Folge sind, und zwar in der Form, dass man davon ausgegangen ist, dass mit 18 Eurofightern – man geht davon wieder aus – ein Klarstand, also eine Einsatzfähigkeit von 70 Prozent gegeben ist. Das heißt, von 18 bleiben sechs für den Einsatz als solchem über. Von den zwölf, die übrig bleiben, ist es dann so, dass also jedenfalls angenommen wird, dass ein Eurofighter pro Tag oder im Einsatz fünf Stunden fliegen kann, gleichzeitig Piloten dementsprechend auch einen Einsatz haben müssen.

Das heißt, dass, wenn man hergeht, dass eben für eine Überwachung, die ständig durchgeführt wird mit den fünf Stunden, 18 Eurofighter mal fünf Stunden sind 90 Stunden sozusagen Flugeinsatzbereitschaft, bei drei Tagen wären das 144 Stunden, dann soll es erforderlich sein. Das heißt, dass hier eine dreitägige Überwachung in Form einer Luftraumüberwachung als solches nur möglich ist, wenn andere Systemteile des Bundesheeres mit zur Verfügung stehen, um als solches diese Luftraumüberwachung durchzuführen. Das heißt, man hat darauf hingewiesen, dass jedenfalls durch eine Reduktion der Eurofighter von 24 auf 18 damit eine durchgängige, in der Verteidigungsdoktrin festgehaltene Luftraumüberwachung nicht mehr möglich ist, sondern eine eingeschränkte Luftraumüberwachung in der Blickrichtung, dass beispielsweise Luftraumüberwachung möglichst von 8 Uhr in der Früh bis zu Eintritt der Dämmerung oder 20 Uhr oder aber in gewissen Krisenfällen, wie ich es gerade erwähnt habe, dass dann erhöhte Einsatzbereitschaft gemacht wird, aber sicherlich nur, wenn andere Teile als solche mit involviert sind.

Es war dann so, nachdem also diese 24 festgehalten worden sind, nachdem wir gleichzeitig festgehalten haben, dass also jetzt der bestellte Leistungsumfang nicht mehr den Anforderungen der Verteidigungsdoktrin entspricht, dass man aus dem Grund sehr wohl die operativ-taktischen Überlegungen neu beurteilen soll. Diese Neubeurteilung wurde gemacht. Es wurde dem Rechnungshof in der Folge auf Grund der Empfehlung des Rechnungshofes ein neues militärtaktisches Konzept übermittelt, wo also neue Bedrohungsszenarien dargestellt worden sind. Dieses Konzept wurde von uns nicht überprüft und aus dem Grund kann ich keine Aussage treffen, ob es jetzt logisch, nachvollziehbar oder was immer ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber aus Ihren Ausführungen ist doch herauszuhören, dass eine weitere Reduktion eigentlich den bisherigen militärischen Entscheidungen dramatisch widerspricht.

Dr. Josef Moser: Also, ich kann nur sagen, dass der Rechnungshof auf Grund der Prüfungen, ausgehend von der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, vom operativ-taktischen Konzept, feststellen musste, dass auf jeden Fall mit einer Reduktion auf 18, mit einer Reduktion von gewissen System- oder Leistungsteilen, jedenfalls die in der

Verteidigungsdoktrin festgehaltene ständige Luftraumüberwachung und Luftraumsicherung im Anlassfall nicht im vollen Umfang, sondern nur eingeschränkt möglich ist. Wenn weitere Reduktionen durchgeführt werden, ist das eine Sache, die vom Verteidigungsressort als solche zu bewerten ist beziehungsweise wird sicherlich bedürfen, dass das operativ-taktische Konzept beziehungsweise auch die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin in dem Fall weiter zu überarbeiten sein wird und solches festzulegen sein wird, welcher Bedarf ist damit abgedeckt, was sind die Bedürfnisse für eine Luftraumüberwachung, um daraus ableiten zu können, welches Gerät ist erforderlich, damit also tatsächlich dem festgelegten Neubedarf als solchem dann Folge geleistet werden kann.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir haben hier im Ausschuss den Auftrag, nämlich auf Grund des Antrages des Plenums – steht dezidiert drinnen – wir müssen uns mit den Ausstiegskosten befassen. Können Sie dazu etwas sagen?, in etwa, was man bedenken muss, in welche Größenordnung sich das entwickeln könnte?

Dr. Josef Moser: Also der Punkt ist, dass man eben jedenfalls, und das kann der Rechnungshof nur sagen, eine Kosten-Nutzen-Analyse anstellen wird müssen. Der erste Teil der Kosten-Nutzen-Analyse wird eben sein, das eben zu beurteilen, inwieweit gewisse Vorgänge oder die im Vertrag festgehaltene Möglichkeit des Rücktritts als solches ein Risikopotenzial auslöst, wobei in dem Punkt sehr wohl die kaufmännischen Bestimmungen mit eine Rolle spielen, wobei in den kaufmännischen Bestimmungen eben festgehalten ist Rücktritt oder teilweiser Rücktritt. Da ist die Frage, ob eben hier die Verhältnismäßigkeit zur Anwendung kommt oder nicht zur Anwendung kommt. Das ist der erste Aspekt, der zu beleuchten sein wird. Der zweite Aspekt, der zu beleuchten ist – was ich bereits erwähnt habe – ist der Finanzierungsvorgang, wo ein Einredeverzicht da ist und die Folgewirkung durch den Einredeverzicht. Und der dritte Teil ist der Gegengeschäftsvertrag, wo eben auch entsprechende Folgewirkungen da sind. Immer unter der Prämisse, dass man sagt: Welches Gerät brauche ich? Welche Erfordernisse, habe ich eine aktive beziehungsweise passive Luftraumüberwachung? Und wie kann ich mir diese aktive und passive Luftraumüberwachung gemäß dem festgelegten Grundsatz auch tatsächlich gewährleisten.

Das wird jedenfalls im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse anzustellen sein. Und der Rechnungshof kann nur raten, dass erst dann eine Entscheidung getroffen wird, und dass nicht ohne diese Kosten-Nutzen-Analyse eine Entscheidung getroffen wird, die dann allenfalls höhere Folgekosten verursachen könnte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber das bedingt doch, dass ich die Alternativvariante für die Luftraumüberwachung kennen muss. Das heißt beispielsweise andere Flieger, andere Geräte, anderes Produkt. Das weiß ich aber wiederum erst, wenn ich frisch ausgeschrieben habe, oder?

Dr. Josef Moser: Ich glaube, der erste Punkt wird sein müssen, nachdem der Rechnungshof das festgehalten hat schon auf Grund des Prüfungsberichtes, dass man einmal überlegt beim operativ-taktischen Konzept, wie hoch, wie groß oder in welchem Umfang sind die Anforderungen an eine Luftraumüberwachung, die also im Regierungsprogramm auch festgehalten sind. Es gilt immer noch der Entschließungsantrag vom August 2002. Und wenn diese Anforderungen formuliert sind, ist der nächste Punkt: Womit, mit welchem Umfang oder mit welchen Maßnahmen können diese Anforderungen erfüllt werden und welche Alternative habe ich in dem Bereich? Diese Punkte sind zu bewerten und als solches dann eine Lösung zu finden, die keine Mehrkosten bringt, sondern als solches auch möglichst kostengünstig für die Republik eben ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt aber, dass man eigentlich die Verteidigungsdoktrin abändern müsste. Das ist wiederum ein legislativer Vorgang, das müsste im Parlament beschlossen werden, dieses neue Bedrohungsszenarium, Vision, Vorgaben für das Heer, weil auch das Heer kann sich ja nur im Rahmen der Gesetze bewegen.

Dr. Josef Moser: Also, Frau Abgeordnete, Sie wissen, dass die Verteidigungsdoktrin 2001, genauso wie die Verteidigungsdoktrin im Jahr 1975 einer Beschlussfassung durch den Nationalrat zugeführt wurden. Das ist auch der Grund, warum sich der Rechnungshof auf diese Verteidigungsdoktrin als solches bezieht. Jedenfalls ist es so, dass der derzeitige Beschaffungsumfang nicht den Intentionen der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin in vollem Umfang Rechnung trägt. Wenn also als solches weitere Maßnahmen gesetzt werden, wo ist das sicherlich auch im Lichte dieser Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin zu beurteilen beziehungsweise auch zu beurteilen an Hand der operativ-taktischen Überlegungen, die seitens des Landesverteidigungsressorts im Jahre 1997 festgelegt worden sind, und die fußen auf Überlegungen, die zurückgehen bis ins Jahr 1993, wo eben der Einsatz des Österreichischen Bundesheeres festgelegt wurde, im Jahre 1997 der Einsatz der Österreichischen Luftstreitkräfte, wo dementsprechend festgelegt wurde das operativ-taktische Konzept, in der Folge das militärische Pflichtenheft und in der Folge dann die Leistungsbestimmungen festgelegt worden sind. Das heißt, man muss also zurückgehen zum Ursprung und sagen: Was brauche ich, was benötige ich?, um dann zu sagen: Womit erfülle ich das? Und wie schaue ich, dass diese Erfüllung möglichst sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig ist. Und da sind alle diese Umstände mit zu beleuchten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben erwähnt und Bezug genommen auf jene Kritik, die im Rechnungshof im Hinblick auf die Beschlussfassung Ministerrat, dass hier sozusagen so eine nackte Zahl eigentlich drinnen gestanden ist und haben gemeint, es ist darin nicht enthalten die Verzinsung für die Finanzierung, aber auch nicht jene Verträge, die noch auszuverhandeln, aber unbedingt notwendig sind. (*Dr. Moser: Ausbildung und Logistik!*) Ausbildung und speziell System Boden et cetera. Das sind die Verträge, die Minister Darabos jetzt ausverhandeln muss. In welcher Größenordnung bewegen sich die? Was kommt da noch zusätzlich auf uns zu?

Dr. Josef Moser: Der Punkt ist der: Sie wissen, dass ursprünglich – und das war auch die Frage, tritt ein Bietersturz ein oder tritt kein Bietersturz ein – als solches der Leistungsumfang auf Grund der Vorgaben am 23. März 2002 dazu geführt hat, dass also Muss-Forderungen reduziert worden sind. Ich brauche nicht extra aufzählen, die Aufklärungseinrichtungen, Zusatztanks oder logtoptischen Einrichtungen wurden gekürzt, die Selbstschutzsysteme wurden gekürzt und dergleichen, wobei bei einigen Punkten als solches darauf hingewiesen worden ist, dass bestimmte Punkte, die sehr wohl als Muss-Forderung festgelegt worden sind, nicht Gegenstand der Betriebs- und Einführungsplanung sind. Und es ist also so, wenn Sie nach den Mehrkosten fragen, dass auf jeden Fall – das ist auch im Rechnungshofbericht ausgeführt – noch erforderlich sein werden die Leistungen von, glaube ich, über 463 Millionen €. Da geht es um Primärradar, Sekundärradar, Flugfunk, die IT-Investitionen, Ausbildung und dergleichen. Und darüber hinaus stellt sich die Frage im Hinblick auf die Einsatzfähigkeit, ob die als Muss-Forderung formulierten Punkte seitens des Landesverteidigungsministeriums nachbestellt oder nicht nachbestellt werden, ob die für erforderlich oder für nicht erforderlich erachtet werden. Ich möchte darauf hinweisen, das sind in dem Fall, ich gehe von den Muss-Forderungen aus, elektrooptische Zielerfassungsgeräte, das sind zwei Stück, das macht aus 2,8 Millionen €; Selbstschutzsysteme, weitere zwei Stück, 14,9 Millionen €;

Bedrohungsbibliothek war eine Soll-Forderung, macht aus 34,1 Millionen €, wurde aber darauf hingewiesen, dass die unbedingt erforderlich ist, damit also tatsächlich das Flugzeug einen gewissen Selbstschutz hat; Datenübertragung ist enthalten; Träger von Aufklärungseinrichtungen waren vorgesehen, damit also auch das gemacht werden kann, von 0,6 Millionen €. Pilotenausrüstung war vorgesehen für 36 Piloten, für 18 Piloten ist es mittlerweile vorgesehen, das würde ausmachen 3,3 Millionen €. Zusatztanks, die vorgesehen waren, 14 Millionen €. Basisausbildung der Piloten 6,8 Millionen € und die Einsatzausbildung der Piloten. Das heißt, dass ungefähr, wenn man davon ausgeht, die Muss-Kriterien, die festgehalten worden sind und die der Ausschreibung zugrunde gelegen sind, wird man noch weitere 76 Millionen € in die Beurteilung mit einzubeziehen haben, wobei, was dann tatsächlich bestellt wird, natürlich davon abhängt, inwieweit die Landesverteidigung, sprich: das zuständige Ressort, die zuständigen Verantwortlichen, diese als Muss-Forderung ursprünglich festgelegten Kriterien auch tatsächlich abrufen beziehungsweise noch für notwendig erachten.

Also insgesamt kann daher darauf hingewiesen werden, man wird ungefähr, wie im Rechnungshofbericht vorgesehen oder festgelegt über 400 Millionen € jedenfalls brauchen bis zum Jahre 2015, und man wird die Punkte, die ich zuletzt aufgezählt habe, in gewissem Ausmaß jedenfalls auch benötigen, wenn man die Einsatzfähigkeit, die ursprünglich festgelegt wurde, auch tatsächlich annähernd erfüllen will.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese Punkte, die Sie hier angeführt haben, haben zu einem überwiegenden Teil auch mit der Sicherheit der Piloten zu tun. Würde eine massive Reduktion in diesem Bereich doch auch eine Reduktion der Sicherheit für die Piloten bedeuten, oder?

Dr. Josef Moser: Das ist sicher eine Frage, die man dann dem Militär stellen muss. Wir können nur darauf hinweisen, dass damals, wie der Bewertungskatalog gemacht wurde, wie die Soll-/Muss-Kriterien festgelegt worden sind, jedenfalls diese Anschaffungen für erforderlich und notwendig, sozusagen als Muss, erachtet worden sind – aus welchen Umständen immer. Und dass, wenn es damals ein Muss ist, gehe ich davon aus, dass es immer noch ein Muss sein dürfte. Das heißt, inwieweit dann Einschränkungen da sind, inwieweit dadurch der Selbstschutz sozusagen des Fliegers oder auch, von mir aus, der am Boden befindlichen dadurch gewährleistet oder nicht gewährleistet ist, das ist eine Frage, die an die Militärs zu stellen ist und nicht an den Rechnungshof.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. Von SPÖ keine Wünsche. – Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Eine kurze Frage noch, Herr Präsident: Jetzt bei der Abklärung der Alternativen für die Zukunft, wird auch davon geredet, unsere Flugoldtimer, die SAAB 105, auf ein digitales Cockpit umzurüsten, was natürlich immense Kosten mit sich bringen würde und wo natürlich auch wieder die Kosten-Nutzen-Frage gestellt werden muss. Hat sich der Rechnungshof damit schon in irgendeiner Art und Weise befasst?

Dr. Josef Moser: Nein, das haben wir nicht. Wir haben nur feststellen müssen, dass ursprünglich vorgesehen war, die SAAB 35 OE im Jahr 2005 auslaufen zu lassen. Und gleichzeitig war in dem Einsatzplan beziehungsweise Einsatzplanungen war vorgesehen, dass die 105 OE – also den Sie angesprochen haben – ausgemustert werden soll. Ich glaube vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2010. Das ist also das, was uns bekannt ist. Inwieweit weitere Bemühungen, Intentionen da sind, kann ich nicht beurteilen, weil wir eben nur geprüft haben bis zum Abschluss des Kaufvertrages, dann die Gegengeschäfte geprüft haben, aber nicht weiter in dem Punkt diese Kriterien mituntersucht haben, die Sie gerade angesprochen haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sollte es zu so einer Anschaffung natürlich kommen, wird es sicher eine Überprüfung geben. – Kann man davon ausgehen?

Dr. Josef Moser: Das ist eine Sache, die mit zu beurteilen ist im Rahmen der Prüfungsplanerstellung. Aber es war bisher immer so, dass also gerade im Militärbereich auch wir immer Prüfersuchen bekommen haben. Das heißt, es ist von beiden Seiten bei uns ein Punkt, dass sicherlich bei Erstellung des Prüfungsplanes das mitberücksichtigt wird und ein Punkt auch, der wahrscheinlich im Nationalrat entweder mit einem Minderheitsverlangen oder vom Bundesminister oder dergleichen, besteht die Möglichkeit, diesbezüglich, wenn so etwas vorliegt, auch ein Prüfersuchen zu stellen. – Dem kommen wir sicher nach.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke schön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Von Freiheitlicher Seite sehe ich keine Fragewünsche. Ich habe noch ein paar kurze Fragen. Die erste ist: Zum Zeitpunkt des Beschaffungsvorganges, Angebotseinholung, Typenentscheidung, in welcher Funktion waren Sie damals tätig?

Dr. Josef Moser: Das war im Jahr 2001/2002? (*Obmann Dr. Pilz: Ja!*) Da war ich Klubdirektor.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da waren Sie Klubdirektor im Freiheitlichen Klub, ja. Wir haben durch die Zeugenbefragungen folgendes Bild bekommen – ich beginne mit dem ersten Detail: Kurz vor der Typenentscheidung hatte der Verteidigungsminister eine Entscheidung für SAAB Gripen getroffen. Was können Sie dem Ausschuss darüber berichten?

Dr. Josef Moser: Dazu kann ich überhaupt nichts berichten, weil, wie gesagt, ich war Klubdirektor. Und die Beurteilung beziehungsweise welcher Typ, welches Modell oder sonst etwas ausgewählt werden sollte, müsste oder dergleichen, war nicht Gegenstand einer Klubsitzung, an der ich ja anwesend war. Da war es so, dass beispielsweise, ich glaube im Jahr 2002, sofern ich mich erinnern kann, einmal Militärs da waren, die mit einer Powerpoint-Präsentation dargestellt haben, inwieweit eine Luftraumüberwachung mit welchen Flugzeugen, also in welchem Ausmaß, notwendig ist. Es wurde dargestellt, wie viel Luftraumüberwachungsflugzeuge benötigt werden – und das war es eigentlich. Aber was mir in Erinnerung ist, war die Frage, welches Fluggerät angeschafft werden soll oder nicht angeschafft werden soll, nie ein Gegenstand, der im Rahmen des Klubs, sprich: in einer Klubsitzung, als solches diskutiert worden ist, sondern es war eine Sache, die sich auf der Regierungsseite abgespielt hat; eine Sache, die sich abgespielt hat im Bereich Verteidigungsminister und Bereich Finanzminister, aber nicht im Klub als solchem stattgefunden hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt ist uns geschildert worden, dass kreuz und quer durch die FPÖ nicht nur in dieser, aber auch in dieser Frage heftig gestritten worden ist, und zwar auch im Parlamentsklub. Haben Sie als Klubdirektor von diesem Streit nichts mitbekommen?

Dr. Josef Moser: Also mir war das nicht bekannt, dass da in irgendeiner Art und Weise gestritten oder nicht gestritten wurde beziehungsweise war ich weder in Gespräch noch sonst wie eingebunden, wo dieser Punkt ein Thema war. Woran ich mich noch erinnern kann, ist es darum gegangen, ob es intelligent ist, als solches Luftraumüberwachungsflugzeuge schon zu kaufen, ob man das aufschieben soll oder nicht aufschieben soll. Das war das Thema, das als solches diskutiert worden ist. Ob in Richtung einer Type – die Type oder die Type – war mir nie bekannt, zumindest war ich weder bei einem Gespräch dabei noch sonst irgendwo dabei, wo dieses Thema in

irgendeiner Art und Weise behandelt worden ist, diskutiert worden ist, gestritten worden ist oder dergleichen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kenne ja diese Partei schlechter als Sie, weil in normalen Parteien ist es ja so: Wenn die Regierungsfraktion streitet, der Parteivorstand streitet, die Abgeordneten des Klubs miteinander streiten, es diesen Dreien eigentlich in der Regel nicht gelingt, diesen Streit hinter dem Rücken des Klubdirektors unbemerkt durchzuführen. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass da offensichtlich so geschickt gestritten worden ist, dass der Klubdirektor nichts davon bemerkt hat.

Können Sie dem Ausschuss erklären – weil nur ein geringer Teil der Anwesenden interne FPÖ-Erfahrung hat –, warum gerade der Klubdirektor als einziger nichts von diesem Streit erfahren sollte und auch erfahren hat?

Dr. Josef Moser: Also, warum erfahren hat. Ich weiß nicht, wie ich diese Frage beantworten soll. Jedenfalls war meine Aufgabe – und ich glaube, das wissen Sie, weil damals waren Sie auch schon Abgeordneter –, dass ich auch jemand war, der sozusagen das parlamentarische Geschehen voll abgewickelt hat und, wie gesagt, dort versucht hat, sein Bestes zu geben. Aber Beschaffungen oder sonst etwas haben nie in irgendeiner Art und Weise zu meinem favorisierten, wie soll ich sagen?, Interessenskreis gezählt. Ich habe da persönlich irgendwo eine bestimmte Meinung, aber die muss ich da nicht wiedergeben. Jedenfalls dies hat mich nicht interessiert und aus dem Grund war ich auch weder wo dabei, noch habe ich mich interessiert, noch war ich irgendwo eingebunden. Ich kann nur sagen, was in der Klubsitzung abgewickelt worden ist. Da war die Frage: Soll man es verschieben oder soll man es nicht verschieben? Brauchen wir die Luftraumüberwachungsflugzeuge überhaupt? Brauchen wir sie nicht? Aber dass da ein Typenstreit oder sonst etwas war, jedenfalls nicht in der Zeit, wo ich anwesend war oder wo ich in irgendeiner Art und Weise da mitgewirkt habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das haben wir jetzt schon besprochen. Dieser Streit ist, wenn es so war, hinter Ihrem Rücken durchgeführt worden.

Der nächste Punkt ist die ganze Vorbereitung Knittelfeld. Da hat ja die Abfangjägerbeschaffung offensichtlich eine Rolle gespielt?

Dr. Josef Moser: Da kann ich Ihnen auch etwas dazu sagen: Dass ich jemand bin, der erstens einmal Streit hasst; zweitens einmal mich in Lagerbildungen nicht hineinmische; drittens einmal, wie gesagt, ich weder dabei war noch irgendwo mit involviert war, noch sonst etwas, was also tatsächlich Knittelfeld betroffen hat. Ich war in Knittelfeld auch nicht anwesend. Und ich war auf Grund von Knittelfeld, kann ich auch sagen, ich war nie Parteimitglied, das möchte ich auch erwähnen, auf Grund von Knittelfeld habe ich an und für sich meine Mitarbeit aufgekündigt und habe mich zurückgezogen, bin dementsprechend auch Ende 2002 aus dem Klub ausgeschieden und habe bei der ÖBB die Funktion als Vorstandsdirektor von der HL-AG übernommen. Das war der Punkt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat sich diese Lagerbildung in Richtung Knittelfeld auch hinter Ihrem Rücken vollzogen?

Dr. Josef Moser: Also, ich glaube, dass war ein Prozess, der länger anhaltend war, wobei, wie gesagt, verschiedenste Ursachen dafür maßgebend waren – wie es eben oft ist. Aber, wie gesagt, im Klub an und für sich war keine Stimmung da, dass eine Lagerbildung in dem Fall vorgelegen ist, sondern es hat die Interessen und die Interessen gegeben. Aber ich glaube, das ist immer, dass, wenn eine Regierung tätig ist, es jemanden gibt, der sehr der Regierung anhängt und einige, die sich etwas anderes vorstellen. Das ist ein normaler Diskussionsprozess, der sich in jeder Partei

abspielt und nicht nur zu diesem Zeitpunkt, sondern generell sich abspielt. – Und so soll es auch sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das haben wir soweit. Das Zweite ist die Geschichte Parteienfinanzierung, die den Ausschuss gestern interessiert hat, heute selbstverständlich auch interessiert und bei der nächsten Auskunftsperson ziemlich ausschließlich interessieren wird. Sie kennen ja auch die Offenlegungen nach § 4 Abs. 7 Parteiengesetz, Zif. 4, Veröffentlichung im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“. Die Zahlen werden Ihnen bekannt sein. Uns interessieren die Jahre 2001 bis 2005.

Da haben wir nur Ziffer 4 jetzt von der ÖVP insgesamt 3 597 660 €, die Sie von Interessensvertretungen, vielleicht auch Stiftungen oder Fonds erhalten hat. FPÖ – 1 390 482. Uns interessieren da natürlich die Regierungsparteien, weil ja, wenn dann hier zur Beeinflussung der Entscheidung angesetzt wurde. Wissen Sie noch etwas über die Spender, über das Wissen derjenigen, die die Wiener Zeitung lesen, hinausgeht?

Dr. Josef Moser: Also der Punkt ist der und ich glaube, das ist ja schon mehrmals diskutiert worden auch vor den Wahlen, dass wir hier gewisse Bereiche haben, die in sich sicherlich aus der Sichtweise des Rechnungshofes novellierungsbedürftig sind. Sie haben angesprochen das Parteiengesetz und haben angesprochen den § 4, Abs. 4, Ziffer 7, 8,9, die hier in Betracht kommen. Es ist so, dass gegenüber dem Rechnungshof zu melden sind nach § 4, Abs. 4, Ziffer 7, die betreffen natürliche Personen, die betreffen Vereine, die betreffen beispielsweise auch Firmen, die im Firmenbuch eingetragen sind, ausdrücklich davon ausgenommen sind Körperschaften öffentlichen Rechts, auch freiwillige Berufsvereinigung oder Wirtschaftsverbände, Anstalten, Fonds und Stiftungen. Das heißt, im Unterschied zu den Rechenschaftsberichten, die in der Anlage sehr wohl im Gesamtbetrag diese Spenden auszuweisen sind, sind diese Spenden nicht auszuweisen gegenüber dem Rechnungshof, das heißt, die fallen heraus. Das heißt, das ist er erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass gerade was das Parteiengesetz betrifft, der Rechnungshof eine Notariatsfunktion hat. Das heißt in der Form ist ein Regelungsbereich, der an sich als solches abgeschlossen ist, eine Notariatsfunktion in der Form, dass dem Rechnungshofpräsidenten Spendenlisten bis 30. September zu übermitteln sind. Der Rechnungshofpräsident kann dann feststellen, ob jetzt beispielsweise eine Liste verspätend vorgelegt worden ist. Hat, wenn sie verspätet vorgelegen worden ist, diesbezüglich den Bundeskanzler zu informieren und der Bundeskanzler hat dann die Zahlungen einzubehalten bis tatsächlich die Meldung nachgereicht wird. Wobei man sich da schwertut, weil die Parteifinanzierung halbjährlich ausgezahlt wird, nämlich im Vorhinein. Also ich weiß nicht wie das gehen soll.

Der zweite Punkt ist der, der noch festgehalten ist, dass auf jeden Fall der Rechnungshofpräsident auf Ersuchen einer Partei öffentlich bekanntzumachen hat, ob eine bestimmte Spende in der Höhe gegenüber dem Rechnungshofpräsident als Solches gemeldet wurde oder nicht gemeldet wurde, das heißt auf Ersuchen der Partei. Wenn man sich jetzt die Erläuterungen anschaut, die damals Grundlage eines Initiativantrages waren, so geht aus dem hervor, dass man dadurch festlegen wollte, ich führe aus, das ist aus den parlamentarischen Materialien zu entnehmen, wurde ausgeführt, dass auf diese Weise sowohl die Individualrechte der Spender wie auch die Möglichkeit der nachträglichen Überprüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit der Spenderliste gewahrt werden. Auch wurde im Fall von öffentlichen Diskussionen die politische Abhängigkeit einer politischen Partei von finanziellen Zuwendungen eines bestimmten Spenders oder über die politischen Vertretbarkeit der Annahme bestimmter Gelder jede Partei die Möglichkeit haben, durch Anrufung des Präsidenten des Rechnungshofes den Nachweis zu führen, dass sie entsprechende Spenden

überhaupt nicht erhalten beziehungsweise diese bestimmte Höhe nicht ordnungsgemäß deklariert haben. Das heißt, allein wenn eine Spende bekanntgegeben wird und gleichzeitig kann der Rechnungshofpräsident versuchen, der Partei sagen, ob eine Spende in dieser Höhe tatsächlich bekanntgegeben worden ist, ich glaube, da kann man nicht ableiten, dass durch die Nichtaufnahme ein Nichterhalt sich ergibt. Jedenfalls es wäre sicher zweckmäßig, dass man das Parteiengesetz insbesondere diese Bestimmungen mit mehr Inhalt als Solches ausstattet und gleichzeitig auch in dem Bereich vielleicht mehr Transparenz schafft.

Zur Frage zurück. Der Rechnungshof kann sicherlich in dem Bereich nachdem er auch die Spendenliste unvollständig ist in der Form, dass gerade die zwar in der Anlage zum Rechnungshofbericht auszuweisende Spenden nach § 4, Abs. 4, Ziffer 7 dort aufzunehmen sind, aber gegenüber dem Rechnungshof nicht aufzunehmen sind, ist das schon die Problematik, dass hier keine weitergehende Aussage gemacht werden kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich halte wie Sie diese Regelungen eigentlich für offene Einladungen zur Umgehung zumindest des vermuteten Geistes des Parteiengesetzes. Es gibt auch einen internationalen Vergleich, der in Skandinavien durchgeführt wurde. Ich glaube, von einem schwedischen Institut. Ich müsste nachschauen. Da bewegt sich das österreichische Parteiengesetz in Bezug auf Parteienfinanzierung etwa auf der Stufe von Bangladesch und das ist ja keine Zufall.

Jetzt gibt es aber die Spenderliste. Sie haben zurecht gesagt, die Spenderliste ist unvollständig. Trotzdem finden sich drinnen, nehme ich doch an, einige Spender und Spenderinnen mit Beträgen über 7 260 €. Und nach den drei Möglichkeiten, die in Frage kommen, sind es entweder physische Personen oder juristische Personen (Firmen oder Vereine). Das sind die drei Kriterien, nach denen hier die Spenderliste erstellt wird. Und jetzt habe ich eine ganz einfache Frage. In den Jahren 2001 bis 2005, welche Personen oder Firmen, die einen Zusammenhang mit der Beschaffung oder den Gegengeschäften haben können, tauchen auf in den Spenderlisten wie sie dem Rechnungshof vom ÖVP und FPÖ gemeldet worden sind.

Dr. Josef Moser: Also dazu muss ich Ihnen sagen, das heißt, ich bin Ihrer Meinung, dass tatsächlich das Parteiengesetz geändert werden soll. Das ist eine Verfassungsbestimmung und habe ich gerade erwähnt, ein in sich geschlossener Regelkreis, dem vorsieht, dass der Rechnungshofpräsident haben versuchen, einer politischen Partei das bekanntgeben kann oder nicht bekanntgeben kann. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Das heißt, das ist ein Punkt, ich würde ein Ersuchen benötigen, der betreffenden politischen Partei, die bekanntgibt, ob eine bestimmte Spende in dieser Höhe tatsächlich eben in der Spendenliste aufscheint und dann könnte ich sagen, ja diese Spende in der Höhe scheint in der Spendenliste auf. Mehr Rechte habe ich nicht und aus dem Grund kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie meinen, das unterliegt der Amtsverschwiegenheit?

Dr. Josef Moser: Das unterliegt der Verschwiegenheit, die in der Verfassung beziehungsweise Parteiengesetz festgelegt ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden das nachher gemeinsam in einer Geschäftsordnungssitzung prüfen, weil ich sehr wohl der Rechtsmeinung bin, dass mit einem Beschluss des Ausschusses diese Spenderliste beigeschafft werden kann und ich halte das durchaus für überlegenswert.

Ich habe persönlich keine weiteren Fragen. Gibt es sonst noch Fragewünsche? ÖVP? Scheint nicht der Fall zu sein. Wie geht es dann weiter? SPÖ auch nicht. BZÖ nicht.

Freiheitliche nicht und auch die Grüne Fraktion nicht mehr. Damit ist die Befragung geschlossen. Danke für Ihr Erscheinen und Auskünfte! Auf Wiedersehen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir machen jetzt eine kurze Geschäftsordnungssitzung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender! Noch so lange die Medien zuhören, ich entnehme der APA, dass Ihnen Schreiben mit vertrauliche Hinweise zugegangen sind, die heute zu der Aufdeckung geführt haben, dass Steininger Urlaub in der Ramsau gemacht hat und dass Sie Hinweise haben, dass Wall beträchtliche Vermögenszuwächse verzeichnet. Ich halte es für nicht korrekt, wenn Sie als Vorsitzender das irgendwie uns verheimlichen, noch Beschlüsse fassen wollen, dass wir Zeugen laden, aber uns diese Informationen vorenthalten. Ich würde schon bitten, dass Sie uns diese Briefe, die zu Ihrer Kenntnis führen, uns auch zur Verfügung stellen. Irgendwie ist das sehr eigenartig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe schon verstanden. Ganz einfach. Die wesentlichen Informationen aus diesem Schreiben habe ich heute dem Ausschuss in öffentlicher Sitzung mitgeteilt. Schreiben, die an mich persönlich und möglicherweise vertraulich gerichtet sind und die nicht Akten oder öffentliche Dokumente sind, behandle ich wie solche.

So jetzt kurz Geschäftsordnungssitzung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Da hat es aber zu Beginn eine ganz andere Vereinbarung mit dem Verfahrensanwalt gegeben, weil Sie uns versprochen haben im Ausschuss, wenn Ihnen Schriftstücke zukommen als Vorsitzender, dass Sie dann mit dem Verfahrensanwalt darüber reden und das auch dem Ausschuss zur Verfügung steht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe mit dem Verfahrensanwalt darüber gesprochen und wir haben diese Vorgangsweise bereits vor einiger Zeit gemeinsam vereinbart.

Bitte jetzt Geschäftsordnungssitzung.

(Fortsetzung: nichtöffentlich)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir befinden uns bereits wieder in **öffentlicher** Sitzung und ich bringe zur Kenntnis, dass in nicht-öffentlicher Sitzung die Protokollberichtigungen angenommen worden sind.

Wird eine Pause gewünscht? Okay, dann machen wir weiter. Bitte den Kollegen Neudeck in den Saal zu bitten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen zur Anhörung von Herrn **Detlev Neudeck**. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288, Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten.

Wir kommen zu den Personalien. Bitte, ins Mikrofon zu sprechen. Ihr vollständiger Name lautet?

Detlev Neudeck: Detlev Neudeck.

Obmann Dr. Peter Pilz: Geburtsdatum?

Detlev Neudeck: 01. 02. 1956.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Anschrift.

Detlev Neudeck: 1ß10 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

Detlev Neudeck: Abgeordneter außer Dienst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ein Beruf? (*allgemeines Lachen*)

Detlev Neudeck: Sie werden es auch noch einmal erleben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich gehe fix davon aus. Ich habe nur nicht gewusst, dass ich mich jetzt schon diesen Beruf vorbereiten muss. Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Detlev Neudeck: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich und wir besprechen die gemeinsame weitere Vorgangsweise.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie nach Verordnungsordnung das Recht zu einer persönlichen Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Detlev Neudeck: Danke. Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann beginnt der Kollege Darmann. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke Herr Vorsitzender. Herr Neudeck! Von wann bis wann waren Sie für die Finanzen von der FPÖ zuständig?

Detlev Neudeck: Mai 2000 bis Juni 2005 jetzt mit einem gewissen Ungenauigkeitsfaktor beim Ende. Das kann ich jetzt nicht ganz genau sagen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich frage deswegen, um diese Zeit genau einzugrenzen, wegen der nächsten Frage. Hat es in dieser Zeit irgendwann Zahlungen von Seiten EADS an die FPÖ gegeben?

Detlev Neudeck: Also mir sind keine bekannt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ihnen sind keine bekannt, auch von

Detlev Neudeck: Mir sind keine bekannt, Nein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Auch von EADS nicht, von Eurofighter GmbH nicht?

Detlev Neudeck: Nein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat es andere Zuwendungen an die FPÖ von dieser Seite gegeben entweder von EADS oder Eurofighter?

Detlev Neudeck: Von der Seite sicher nicht, Nein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ist die Abfangjägerbeschaffung in den Gremien, in denen Sie in der Partei gesessen sind, jemals ein Thema gewesen und wenn Ja in welchen Gremien?

Detlev Neudeck: Also jetzt sage ich einmal, in dem Zeitraum bis 2002 kann ich mich im Wesentlichen nicht daran erinnern, dass es im Zuge dieser Beschaffung eine Diskussion im Präsidium oder im Vorstand gegeben hat. Jedenfalls bei den Sitzungen, bei denen ich dabei war nicht. Im Präsidium und im Vorstand ist im Jahr 2002, glaube ich jetzt, jedenfalls zum Zeitpunkt des Hochwassers, ich glaube, das war 2002, über die Reduktion der Stückzahl der beschafften Flieger diskutiert worden. Sonst sind mir jetzt keine wesentlichen Diskussionen über diese Beschaffung bekannt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, erst zum Zeitpunkt wo die Reduktion in Frage gekommen ist, da haben Sie

Detlev Neudeck: Genau im Vorstand ist darüber diskutiert worden, ob diese Reduktion wie weit das die Parteigremien goutieren und ob das eine gescheite Lösung ist. Das war für mich das erste Mal, dass das im Vorstand als ich dabei war oder auch im Präsidium besprochen wurde.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut. Das heißt zuvor haben Sie sich mit dieser Thematik überhaupt nicht befasst?

Detlev Neudeck: Ich habe mich auch mit der Reduktion nicht befasst, aber der Vorstand hat sich damit befasst. Ich nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut, dann ist alles gesagt. Danke schön.

Detlev Neudeck: Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Kollege Haimbuchner. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Neudeck! Es war gestern als Auskunftsperson von der Industriellenvereinigung der Herr Lorenz Fritz im Ausschuss zu Gast und er hat hier bestätigt, dass es Zuwendungen gegeben hat von der IV zur FPÖ. Was haben Sie diesbezüglich für Wahrnehmungen als Finanzreferent der FPÖ gehabt?

Detlev Neudeck: Also mir erinnerlich wie Sie ja wissen bin ich nicht mehr Finanzreferent und auch nicht Mitglied der FPÖ. Ich habe daher auch keinen Zugang mehr zu den Unterlagen und das ist einige Jahre her. Ich kann Ihnen jetzt im Detail das nicht beantworten. Ich kann Ihnen im großen aber sagen, dass meiner Erinnerung nach keine wesentlichen Zuwendungen der IV an die Bundespartei geflossen sind. Das was die IV auch bei Unternehmen und vielleicht auch bei anderen Parteien, das weiß ich nicht, macht Personalleihen gegeben, so genannte Trainies, die in der Parteiorganisation gearbeitet haben. Aber keine wesentlichen Beträge und sicher keine, die jetzt in irgendeinem Zusammenhang mit der Beschaffung der Abfangjäger gestanden sind.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wenn Sie sagen, keine wesentlichen Beträge, könnten Sie das ein bisschen eingrenzen, ab wann ein Betrag für Sie wesentlich ist oder unwesentlich?

Detlev Neudeck: Also jetzt weiß man ja, dass die FPÖ keine finanzstarke Partei war, daher ist ein Betrag von 30 000, 40 000, 50 000 auch ein wesentlicher Betrag für die Partei, aber wahrscheinlich für die IV nicht. Es ist aber alles jedenfalls in meiner Zeit so lange ich Finanzreferent war sowohl an den Rechnungshofpräsidenten gemeldet worden und es ist auch in den Verlautbarungen der Parteifinzen sind diese Beträge aufgeführt. Es war mir aber nicht möglich von heute in der Früh bis jetzt, ich meine, wenn ich gewusst hätte, dass ich draußen drei Stunden sitze, hätte ich mir das auch noch anschauen können, diese Unterlagen zu besorgen. Weil wie gesagt, ich auf die FPÖ-Unterlagen keinen Zugriff habe. Das liegt aber in der Parteizentrale. Es müsste für Sie leicht sein, dort nachzuschauen und wenn Sie mir die Unterlagen geben, dann kann ich es auch gerne hier berichten. *(Zwischenruf)*

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich frage die Auskunftsperson nach seinen Wahrnehmungen, nicht nach den Wahrnehmungen von irgendjemand anderen.

Detlev Neudeck: Ich tue mir nur schwer es konkret zu beantworten, weil ich wirklich

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Neudeck! Seien Sie mir nicht böse, Sie waren ja Finanzreferent. Ich war es ja nicht.

Detlev Neudeck: Ich bin kein Magier, der sich nach vier Jahren alle Zahlen merkt und ich habe auch nicht gefragt, ob ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das verlangt ja keiner.

Detlev Neudeck: Sie wollten es ja gerade wissen!

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich verlange Auskunft über gewisse Wahrnehmungen, die Ihnen bewusst sind. Hat irgendjemand von EADS oder Eurofighter einmal – ist Ihnen diesbezüglich etwas in Erinnerung – Kontakt gesucht zur FPÖ in irgendeinem Zusammenhang?

Detlev Neudeck: Jetzt war das zu einem Zeitpunkt, wo die FPÖ noch eine große Partei war. Daher kann ich Ihnen nicht sagen, ob von Eurofighter jemand Kontakt zur FPÖ gesucht hat. Sie können mich, meiner Ansicht nach, fragen, ob zu mir jemand Kontakt gesucht habe oder ich zu jemanden: Das kann ich Ihnen verneinen. Die restlichen 950 000 Wähler, die wir damals gehabt haben, und Mitglieder, kann ich nicht sagen, ob zu denen jemand Kontakt gesucht hat.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Der Ausschuss hat hervorgebracht, dass es gewisse Zuwendungen gegeben hat, zum Beispiel an Herrn Lukasek oder an Frau Romana Schmidt. Haben Sie einmal diesbezüglich mit jemandem darüber gesprochen oder sind Sie davon in Kenntnis gesetzt worden oder haben Sie diesbezüglich irgendetwas gewusst?

Detlev Neudeck: Also, das habe ich aus den Medien erfahren, weil es da im Ausschuss diskutiert wurde. Ich habe das weder von denen erfahren, die etwas bekommen haben, noch von denen, die ihnen etwas gegeben haben, weil das war erstens nicht meine Aufgabe und, sage ich Ihnen ganz ehrlich, ich hätte mir zum damaligen Zeitpunkt auch nicht vorstellen können, dass man den Leuten etwas gibt, weil ich nicht wüsste, wofür.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie sind ja selbst Unternehmer, Herr Neudeck. Stehen Sie in irgendeiner geschäftlichen Beziehung zu irgendeinem Unternehmen von Eurofighter oder EADS in irgendeiner Art und Weise?

Detlev Neudeck: Also, irgendwo steht da in dem Verfahrensdrinnen, wenn eine Frage dunkel und undurchsichtig ist, brauche ich sie nicht beantworten. Aber meines Wissens nach hat keine Unternehmung, an der ich beteiligt bin, in irgendeiner Form mit Eurofighter oder EADS zu tun und auch nicht in irgendeiner Form mit den Gegengeschäften.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Ich habe ein paar zusätzliche Fragen.

Gehen wir einmal durch diese Spenden von Interessensvertretungen, Stiftungen, Fonds nach dem Parteiengesetz. In welcher Zeit waren Sie Finanzreferent der FPÖ?

Detlev Neudeck: 2000 bis 2005.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Dann fällt der wesentliche Zeitraum der Beschaffung in Ihre Tätigkeit als Finanzreferent.

Detlev Neudeck: Es fällt nicht in meine Tätigkeit, aber in den Zeitraum der Tätigkeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Zeit hat ja etwas mit der Tätigkeit zu tun und darauf werden wir uns einigen können.

Im Jahr 2000 Null von Interessensvertretungen, Stiftungen, Fonds und so weiter. Im Jahr 2001 ebenfalls Null. Im Jahr 2002 sind es 20 000 €. Wissen Sie, von welcher Interessensvertretung, vielleicht auch Stiftung oder Fonds, die FPÖ in diesem Jahr 20 000 € erhalten hat?

Detlev Neudeck: Also, ohne Unterlagen kann ich es Ihnen nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat die FPÖ jemals vom ÖGB Spenden erhalten?

Detlev Neudeck: In der Zeit 2000 bis 2005 für mich nicht erinnerlich, nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat die FPÖ in dieser Zeit Spenden von der Bundeswirtschaftskammer erhalten?

Detlev Neudeck: Sind mir auch nicht bekannt, nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Von der Arbeiterkammer?

Detlev Neudeck: Also meines Wissens nach die Bundes-FPÖ fragen Sie mich jetzt immer? (*Obmann Dr. Pilz: Ja, natürlich!*) Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Von der Industriellenvereinigung?

Detlev Neudeck: Ja. Von der Wirtschaftskammer auch nicht, nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Gerechtfertigter Einwand, da haben wir jetzt auch ein Nein ... Bleibt die Industriellenvereinigung. Jetzt kommen wir zurück in das Jahr 2002, da sind 20 000 € unter dieser Ziffer des Parteiengesetzes. Stammen diese 20 000 € von der Industriellenvereinigung?

Detlev Neudeck: Das kann ich Ihnen jetzt ohne Unterlagen nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt passiert aber von 2002 –2002 war ein Wahljahr. Das Übliche im Wahljahr ist, dass die Finanzreferenten sich auf den Weg machen und schauen, möglichst viel Geld aufzutreiben, um einen teuren Wahlkampf zu finanzieren. Dann war ein für die FPÖ, meiner Erinnerung nach, durchaus teurer Wahlkampf vorbei. Und plötzlich muss für Sie so Weihnachten und Geburtstag in einem gekommen sein,

weil im Jahr 2003 waren es plötzlich 747 826 € unter demselben Titel des Parteiengesetzes. (**Detlev Neudeck:** *Wie viel, noch einmal?*) Ich sage es gerne noch einmal: 747 826 €. Können Sie sich erinnern – es muss ja nicht jede einzelne Überweisung gewesen sein –, von wem im Wesentlichen dieses Geld gekommen ist?

Detlev Neudeck: Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, von wem, weil da kann ich mich wirklich nicht erinnern. Es war sicher eine Größenordnung von um die 200 000 € von der IV meiner Erinnerung nach. Ich kann Ihnen nur sagen – wie viel waren es? 2004 die Zahl haben Sie sicher auch, wenn Sie mir die auch gleich sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: 2004 ist 361 656 €. Ich sage 2005 auch gleich dazu, aber da sind Sie ja, glaube ich, nicht mehr für das ganze Jahr verantwortlich, 261 000 €.

Detlev Neudeck: Wie ich diesen Rechenschaftsbericht, der da veröffentlicht werden muss, unterschrieben habe, habe ich auch zu unserer Buchhalterin gesagt: Das haben wir nicht bekommen, das unterschreibe ich so nicht, weil die Bundespartei im Jahr 2003 keine 700 000 irgendwas Zuwendungen bekommen hat. Es hat sich dann so aufgeklärt, dass wir als Bundesorganisation in unserem Rechnungsabschluss unten eine Zeile hineinfügen, wo wir diese Spenden nach – was weiß ich, mit den Paragraphen habe ich es nicht so – aber die da hineinfallen, die nicht an den Rechnungshofpräsidenten gemeldet werden müssen, dass wir die konsolidiert bekannt zu geben haben, auch von den Landesgruppen. Und 2003 und 2004 – fragen Sie mich jetzt nicht, in welchen Ländern, weil das weiß ich nicht mehr, aber das kann man notfalls erheben – hat es Landtagswahlen gegeben und daher war in diesem Jahr die Zuwendung an diese Länder höher und die mussten wir konsolidiert quasi in den Rechnungsabschluss hineingeben. Ich kann Ihnen also jetzt über diese 400 000 oder 500 000 € nicht sagen, von wem sie gekommen sind, weil ich es auch nicht weiß, weil uns nur die Beträge gemeldet wurden, dass wir sie dort hineinschreiben. Aber eine Meldung, von wem sie an die Länder geflossen sind, ist mir als Bundesfinanzreferent nicht zugegangen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt – jetzt gehen wir wieder zurück –: Im Jahr 2000, es geht ja doch etwas weiter, als ich ursprünglich vermutet habe, haben Bundes- und Länderorganisationen der Freiheitlichen Partei null Euro bekommen von – ich lese vor, wie es im Gesetz heißt – Körperschaften öffentlichen Rechts, von auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden, von Anstalten, Stiftungen und Fonds. – Also, von all denen hat die FPÖ 2000 und 2001 auf Bundes- und Landesebene null Euro und null Cent bekommen.

Detlev Neudeck: Also auf Bundesebene sicher, auf Landesebene kann ich es nicht bestätigen, nur mir wurde es nicht gemeldet, daher kann ich es auch nicht bekanntgeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt frage ich mich schon: Haben Sie ein Jahr konsolidiert und das andere Jahr entkonsolidiert? Wie haben Sie da öffentlich Rechnung gelegt? Entweder sind immer die Landesparteien dabei und Sie interpretieren das Parteiengesetz im § 4 Abs. 7 so,

Detlev Neudeck: Sie haben mich gefragt, ob es zugeflossen ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Dem Bund ist im Jahr 2000 und 2001 aus diesem Kreis der Spender nichts zugeflossen, sonst stünde da etwas drinnen. Und von den Ländern hat mir kein Land etwas gemeldet, daher konnte ich auch nichts hineinschreiben. Ich kann aber nur sagen, dass der Bund nichts bekommen hat, weil für den war ich verantwortlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Jahr 2002 haben wir diese 20 000 €. Dürfen wir annehmen, dass das die Einnahmen unter diesem Titel von Bund und Ländern sind?

(**Detlev Neudeck: Ja!**) Und dann haben wir diesen Sprung auf 747 000 €. Sie haben gesagt, etwa 200 000 Bund von der Industriellenvereinigung. – Ist das richtig?

Detlev Neudeck: Ungefähr diese Größenordnung, ich kann es Ihnen jetzt nicht

Obmann Dr. Peter Pilz: Und sonst keine Zahlung unter diesem Titel auf Bundesebene?

Detlev Neudeck: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, der Rest, also etwa 550 000 € wird plötzlich aus den Ländern gemeldet. Wissen Sie, war da irgendein besonders auffälliges Land?

Detlev Neudeck: Na, es war in einigen Länder war 2003 und 2004, meines Wissens, das war damals die Begründung, dass man gesagt hat, wir haben Wahlkampf und daher gibt es Zuwendungen, die es sonst nicht gibt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, da kommen aber auch wieder nur die genannten Organisationen in Frage. Wir können es aus denselben, wir können es aus denselben Gründen, Herr Neudeck, bei den Kammern und zwar aus gesetzlichen Gründen und beim ÖGB aus politischen Gründen ausschließen. Es bleibt wieder die Industriellenvereinigung. Hat die Industriellenvereinigung, na sonst gibt es Anstalten, Stiftungen und Fonds. Wenn Sie mir eine Stiftung nennen können, wird es möglicherweise noch interessanter. Momentan reden wir noch von der Industriellenvereinigung. Wir können ja, vielleicht landen wir demnächst bei der Manville-Stiftung des Herrn Steininger, aber dahin ist es noch ein gewisser Weg. Bleiben wir einmal bei der Industriellenvereinigung. Wissen Sie, ob von den Landes-IVs hier Gelder geflossen sind?

Detlev Neudeck: Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich die Beträge damals gemeldet bekommen habe, aber ich habe nicht gemeldet bekommen, weil das auch nicht notwendig war, von wem diese Gelder geflossen sind, und ich sage es auch ganz ehrlich, ich habe auch nicht nachgefragt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, hat es hier eine besonders hohe Zahlung, oder Meldung aus Kärnten gegeben?

Detlev Neudeck: Das kann ich Ihnen aus meiner Erinnerung jetzt nicht sagen, weil ich zu diesen Zahlen auch erst gekommen bin, am 30. oder kurz vor dem 30.9.2004, wo ich gesehen habe, das ist der Rechnungsabschluss, das Geld ist uns, Bundespartei, nicht zugeflossen, warum muss ich das bestätigen? So, dann wurde vorgelegt, und diese Erklärung, die ich vorher gegeben habe, wer es den Ländern gespendet hat, war nicht meine Aufgabe zu prüfen, und habe ich auch nicht gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Naja, es ist ja durchaus möglich, ich konstruiere jetzt einfach ein Beispiel. Es ist ja durchaus denkbar, dass sagen wir einmal, die Familie Rumpold sagt, warum soll ich es der Bundesorganisation geben? Speisen wir es doch ein in die Kärntner Landesorganisation. Das Geld verbleibt ja dann dort.

Detlev Neudeck: Also die Familie Rumpold sagt höchstens, warum soll ich denen überhaupt was geben, aber nicht gebe ich das dem Bund oder dem Land.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das hören wir jedes Mal bei der Familie Rumpold, nachdem wir keinen Konten öffnen können, können wir es auch schwer überprüfen.

Detlev Neudeck: Wenn Sie mich das fragen, kann ich auch sagen, dass von der Familie, also nicht Familie, sondern von der Firma Rumpold kein Geld in der Zeit, in der ich Finanzreferent war, in die FPÖ geflossen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das würde ja auch unter diesem Titel nicht gehen, weil die Rumpolds das weder über Fonds noch Anstalt noch Stiftungen nachvollziehbar machen. Das müsste dann einen anderen Weg gehen, und es ist ja nicht auszuschließen, dass ich für einen anderen Weg eine Stiftung finde. Mich interessiert nur in diesem Zusammenhang: Ist es Ihnen aufgefallen, dass es hier auch Meldungen von Stiftungen gegeben hat?

Detlev Neudeck: In welcher Funktion soll mir das aufgefallen sein? Wenn die Länder Geld gekriegt haben, haben sie es als Summe uns in die Bundesgeschäftsstelle gemeldet, damit wir es, wie es das Gesetz verlangt, veröffentlichen. Die haben uns aber nicht aufgeschrieben, wer ist das, und von wem haben wir das gekriegt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ach so, das hat Sie nicht interessiert?

Detlev Neudeck: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nicht. Die Herkunft des Geldes hat die Freiheitliche Partei nicht interessiert?

Detlev Neudeck: Nein, Moment, das ist jetzt vorsichtig, ich habe das Geld nicht bekommen, ich gehe davon aus, wenn mir ein Landesobmann in seinem, mitteilt, dass er die und die Zuwendung in der Höhe bekommen hat, dass das in Ordnung ist. Ich bin ja nicht der Kontrollor der Landesorganisationen gewesen. Ich habe mich eher gefreut, wenn einer ein Geld gekriegt hat, weil dann sind die Begehrlichkeiten an den Bund kleiner geworden. Aber wer das jetzt bezahlt hat, war nicht meine Aufgabe, und habe ich auch nicht nachgefragt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kommt, kommen, werden zusätzliche etwa 550 000 € dem Bundesfinanzreferenten an Spenden unter diesem Titel auf Landesebene gemeldet und der fragt nicht nach, sondern freut sich halt solidarisch mit den Ländern mit. Und Sie können sich, ich wiederhole es nicht, erinnern, ob ein Land zu besonderer Freude Anlass gegeben hat, und Sie können sich auch nicht erinnern, waren das IV oder waren das Stiftungen oder Fonds oder war es sogar eine Anstalt, auch das ist ja nach Gesetz möglich.

Detlev Neudeck: Kann ich mich nicht erinnern, das habe ich nie gewusst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, das haben Sie nie gewusst, okay, dann haben wir das sehr korrekt bei Protokoll. Gehen wir in das Jahr 2004, ich habe Ihnen die Zahl genannt, 361 656 € nach den öffentlich zugänglichen Quellen. Sagen Sie, wie viel davon waren Spenden auf Bundesebene?

Detlev Neudeck: Ich kann Ihnen das jetzt in dem Jahr nicht sagen, nehme an, dass da ein wesentlicher Betrag an die Bundes-FPÖ gegangen ist, kann aber sein, dass in der Größenordnung von 100 000 auch aus einer Landesorganisation oder aus mehreren gemeldet wurde. Wie gesagt, ich habe die Unterlagen nicht und das...

Obmann Dr. Peter Pilz: Na klar, ich werde Sie ja dann zum Schluss fragen, wo wir uns mit Ihren Hinweisen ein bisschen besser kundig machen können, weil die jetzige FPÖ ja offensichtlich großes Interesse an der Aufklärung dieser Geldflüsse hat, und den Ausschuss ja sicherlich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Informationen und Dokumenten unterstützen wird. So, das haben wir so weit. Dann gibt es ja noch etwas zweites, nämlich Spenden von physischen Personen, juristischen Personen und Vereinen, das sind drei untereinander stehende Ziffern, auch diese Bestimmung des Parteiengesetzes und da gibt es eine Meldepflicht gegenüber dem Rechnungshof. Da wurde eine Spenderliste angelegt und so weiter, Sie kennen das, die Mindestsumme, ab der zu melden ist, beträgt 7 260 €. Sind Ihnen aus der Zeit, in der Sie Bundesfinanzreferent waren, Spenden in dieser Größenordnung bekannt, bei denen

Sie nicht ausschließen können, dass das in irgendeinem Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang steht. Also irgendwelche Firmen, die mit den Gegengeschäften zu tun haben?

Detlev Neudeck: Also die Spenden, die wir bekommen haben, und die wir auch dem Rechnungshof gemeldet haben, sind für mich nachvollziehbar gewesen und haben nichts mit der Beschaffung des Eurofighter zu tun gehabt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns da so ein paar der größten Spender nennen, damit wir sehen, so

Detlev Neudeck: Also ich habe mich immer gewundert, anscheinend habe ich viele Leute verscheucht 2000, weil die Spender, wie ich es immer in der Zeitung gelesen habe, von denen wir so viel kriegen angeblich, von denen habe ich 2000 nichts gesehen. Ich kann Sie beruhigen, es sind verhältnismäßig kleine Beträge gewesen, also Zuwendungen in nicht erheblicher Größenordnung, es war ein einziges Jahr, wo es einmal eine Größenordnung von, jetzt muss ich in Euro umrechnen, 120 000 € gegeben hat, war für mich auch eindeutig nachvollziehbar und hat nichts mit der Beschaffung zu tun und eine Erbschaft, die, also ich glaube auch nicht, dass der wegen dem Eurofighter gestorben ist, die also nichts mit der Beschaffung zu tun hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, da wollen wir uns nicht im Detail jetzt damit befassen.

Detlev Neudeck: Waren aber nicht wirklich, man muss immer bei wesentlich und unwesentlich aufpassen, aber auf Parteibudget gesehen waren das im einzelnen bis auf den einen Betrag, den ich gesagt habe, der für mich eindeutig nachvollziehbar war, sind es keine wesentlichen Beträge gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat die FPÖ im fraglichen Zeitraum vom Herrn Glock oder einer seiner Firmen Geld erhalten?

Detlev Neudeck: Wen meinen Sie jetzt mit FPÖ? Die Bundes-FPÖ, dann kann ich Ihnen sagen nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, ich habe es mit Absicht sehr allgemein formuliert.

Detlev Neudeck: Die Bundes-FPÖ, für die ich verantwortlich war sicher nicht, wenn eine Landesorganisation etwas gekriegt haben sollte, dann ist das für mich nicht kontrollier- und nachvollziehbar gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das waren meine Fragen. – Von ÖVP, Kollegin Fekter bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Jahr 2003, wo sozusagen der größere Betrag von 747 000 eingegangen ist, in dem auch die Landesanteile drinnen stecken, Oberösterreich, beispielsweise hat 2003 Wahlkampf gehabt, jetzt kann man aufgrund der Stärke der Freiheitlichen in Oberösterreich kann man da daraus schließen, dass Oberösterreich ein Land ist, dass zur Finanzierung eigentlich in diesem Betrag signifikant drin steckt?

Detlev Neudeck: In dem Betrag ist Oberösterreich sicher ein wesentlicher Teil, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Beispielsweise der Vorhalt, den der Vorsitzende Pilz gemacht hat mit dem Beispiel, das er gebracht hat, also wenn die Rumpolds in Kärnten... dieser Vorhalt ist insofern untauglich, weil sollte die Familie Rumpold plötzlich ihre großzügige Ader in der Parteienfinanzierung entdeckt haben, dann ist das sicherlich nicht in jenem Betrag drinnen, weil die Rumpolds wären ja weder eine Stiftung, noch eine Körperschaft öffentlichen Rechts, noch eine Interessensvertretung, noch ein Fonds. Also in dem Betrag sind Zuwendungen von Privatpersonen nicht enthalten?

Detlev Neudeck: Von Privatpersonen sicher nicht; von Stiftungen ja, aber, ich habe das auch vorher gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, dass jetzt über Rumpold irgendetwas in die Partei geflossen ist, es war eher umgekehrt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Geschichte mit Knittelfeld: Also in diesem Zeitraum 2001 bis 2005 war ja nicht untrüblich für die Freiheitlichen. Uns ist ja bekannt geworden, dass mit der Spaltung der Freiheitlichen im Anschluss dann... Können Sie uns aufklären darüber, wie sich diese Situation dann im Hinblick auf die Parteispaltung dargestellt hat? Sie waren für die Bundesfinanzen, aber irgendwie haben wir gehört, war der Herr Vorsitzende der Finanzprüfer dieser ganzen Geschichte damals, als sich die Partei auseingekollt hat. Er muss ja Kenntnis haben von den Finanzen?

Detlev Neudeck: Die Partei hat sich meines Wissens nicht unmittelbar nach Knittelfeld, sondern drei oder zweieinhalb Jahre später getrennt. Ich war bis kurz nach der Trennung Finanzreferent und es sind – jedenfalls von mir – keine Belege oder sonst etwas aus der Partei entfernt worden. Meines Wissens nach muss die FPÖ über alle Unterlagen Zuwendungsdetails in der Buchhaltung verfügen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie waren nach der Trennung immer noch Finanzreferent der Freiheitlichen Partei. Soweit mein Wissen als Kollegin reicht, sind Sie dann aber irgendwann einmal aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, aber Sie sind nie dem BZÖ beigetreten. – Ist das richtig?

Detlev Neudeck: Das ist richtig. Ich habe, so wie der Vorsitzende, zwar die Partei verlassen, aber nicht den Klub, in den ich gewählt war und bin nach der Trennung noch zirka vier Monate Finanzreferent im Zuge der Übergabe der Finanzgebarung und Unterlagen gewesen und habe auch noch meinen Rechenschaftsbericht im Jahr 2005 am Parteitag in Salzburg gehalten.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: An dieser Stelle, Frau Kollegin Fekter, muss ich ganz kurz einhaken für das Protokoll, sonst werden die Protokollverfasser völlig verwirrt: Der Vorsitzende ist jetzt momentan Ewald Stadler, nicht Peter Pilz!

Detlev Neudeck: Ich habe jetzt geglaubt, Sie wollten berichtigen, dass wir nicht gleich ausgetreten sind!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Kollege Neudeck, wir haben nur ein Tonbandprotokoll und nachdem bis vor kurzem Kollege Pilz am Vorsitz war...

Detlev Neudeck: Ich kenne das Haus – danke, ich habe es verstanden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, normalerweise haben wir Stenographen, die mitschreiben und daher so einen Wechsel protokollieren. Im Tonband ist aber dieser Wechsel dann nicht drinnen und daraus könnte dann im Protokoll ein krasses Missverständnis auftauchen.

Bezüglich der Finanzen der Fraktion BZÖ können Sie uns keine Auskünfte erteilen?

Detlev Neudeck: Aus eigener Wahrnehmung nicht. Ich kann Ihnen das erzählen, was ich in den Medien gelesen habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir wollen nur die eigene Wahrnehmung.

Detlev Neudeck: Habe ich, Gott sei Dank, keine.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und zwar deshalb, weil der Kollege Pilz ja vorhin so die Kärntner Ebene gebracht hat. Aus der Kärntner Ebene

kann von der freiheitlichen Seite doch nicht die große Zuflusswelle gekommen sein, weil dort ist ja das BZÖ stark. – Oder erkenne ich das falsch?

Detlev Neudeck: Ich muss jetzt aufpassen. Also, es ist auch keine starke Meldung aus Kärnten in meiner Zeit gekommen. Aber die Jahre hat es meines Wissens das BZÖ in Kärnten auch noch nicht gegeben, das wurde dort auch erst 2005 gegründet. Also 2003 und 2004 hat es noch kein BZÖ in Kärnten gegeben, meines Wissens.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, diese Zahlungen, die wir da analysieren, sind alles Freiheitliche Partei, weil damals eben noch Freiheitliche Partei. Sie haben das auch in diesem Zahlenwerk übergeben. Mußte es aus irgendwelchen Gründen Ausgleichszahlungen Richtung BZÖ geben?

Detlev Neudeck: In der Zeit, in der ich Finanzreferent war in der FPÖ hat es keine Ausgleichszahlungen in keine Richtung gegeben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es gibt da ein Ihnen sicherlich bekanntes Interview im „NEWS“ – ich glaube, das lässt sich aus der Ferne sogar feststellen – es geht um die Firma mit Herrn Rudolf Lohberger mit Ihnen gemeinsam. Ich zitiere da das entscheidende Stückel:

Lohberger sagt, das Unternehmen mit Neudeck habe mit dem Eurofighter-Geschäft nichts zu tun. Man habe lediglich gemeinsam eine Immobilie erworben und wolle diese vermieten. Neudeck argumentiert gleich und beide wollen den Nachbarn ihrer Firma nicht kennen.

Manchmal werden bei uns Interviews dementiert, manchmal bestätigt. Wir können das Verfahren abkürzen, wenn Sie sagen, Sie wiederholen diese Antworten.

Detlev Neudeck: Ich wiederhole diese Antworten. Ich möchte vielleicht noch einen Satz dazusagen: Mir hat Herr Kuch, glaube ich, der dieses Interview mit mir geführt hat am Telefon so geschwind, irgendeinen russischen Namen mitgeteilt und hat gesagt, ob ich den kenne. Ich habe gesagt, den kenne ich nicht. Dann hat er gesagt: Aber das ist Ihr Nachbar! Worauf ich gesagt habe, ich kenne meinen Nachbarn. Der ist nicht mein Nachbar. Und dazu stehe ich auch heute noch. Wenn der im gleichen Haus ein Büro hat... aber er ist auch den Vermietern des Hauses nicht bekannt, weil ich habe nachgefragt. Nur, es steht da so drinnen, ich will ihn nicht kennen, sondern ich kenne ihn nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nur dass das jetzt nicht zu mystisch wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Entschuldigung, Herr Vorsitzender! Es muss der Vorhalt jetzt trotzdem zu Protokoll gegeben werden, jetzt muss man es durchgehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Genau das tue ich jetzt! Damit das eben nicht mystisch wird, so habe ich das eingeleitet - ich zitiere weiter -: ... denn an derselben Adresse residieren auch die Firmen des geheimnisumwobenen Ostunternehmers Boris K., dessen Name bereits im Eurofighter-Zusammenhang gefallen ist. – Zitatende.

Also darum geht es. Das war unbekannt?

Detlev Neudeck: Der ist mir unbekannt und der ist auch meines Wissens, nachgefragt bei meinem Hauseigentümer, dem Hauseigentümer unbekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kann man ausschließen, dass Herr Lohberger, der ja einigermaßen beschäftigt war mit der Eurofighter-Causa, wie wir inzwischen wissen, mit Boris K. irgendwelche Verbindungen hat?

Detlev Neudeck: Ich kann Ihnen nur sagen, was er mir auf die Frage gesagt hat, ob er ihn kennt. Er hat gesagt: Nein, er weiß nicht, wer das ist. Und das ist auch nicht ein Büro, wo Lohberger aus- und eingeht, sondern das ist eine Büroadresse für eine Firma, die eine Liegenschaft besitzt, aber keine Bürotätigkeit hat. Das war nur damals die Frage: Schaffen wir uns das in Privatvermögen an oder in einer GesmbH. Und aus bestimmten Gründen haben wir eine GesmbH genommen. Lohberger hat mit meinem Büro da in der Goldschmiedgasse überhaupt nichts zu tun.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Nur für das Protokoll: Mit Boris K. dürfte Boris Kandoff gemeint sein. – Ist das richtig?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist das richtig, Herr Neudeck?

Detlev Neudeck: Mich dürfen Sie das nicht fragen, ich kenne ihn nicht! Ich habe meine Nachbarn in der Hausverwaltung abgefragt. (*Abg. Dr. Kräuter: Fragen darf ich es schon!*) Ja, aber ich kenne ihn nicht. Ich weiß auch nicht, ob Ich kenne keinen Russen Boris K., der neben

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Mit Boris K. ist auch nicht wirklich viel anzufangen. Haben Sie nach einem Boris Kandoff gefragt?

Detlev Neudeck: Ich habe gefragt, wer sind die Mitbewohner meines Hauses, weil ich den Namen damals noch gar nicht kannte. Er hat nur gesagt, ob ich einen Russen kenne, der Boris heißt. Da habe ich nein gesagt. Dann habe ich in der Hausverwaltung angerufen und habe gesagt, bitte Zinslisten, wer sind meine Mitmieter? Und da ist kein Boris drauf, da ist kein Boris K. drauf. Damit war für mich klar, okay, ich kenne ihn nur nicht, sondern er ist offensichtlich auch nicht in unserem Haus. Aber ich kenne ihn auch nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie schon länger Geschäftsbeziehungen mit dem Herrn Lohberger gehabt, oder andere Firmen?

Detlev Neudeck: Ich habe noch keine anderen Firmen gehabt. Ich bin mit dem Dr. Lohberger seit vielen Jahren befreundet. Und das war unser erstes gemeinsames Investment, ich glaube, im Jahr 2004 oder 2005, ich weiß jetzt gar nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie mit dem Abgeordneten Scheibner eine Firma gemeinsam?

Detlev Neudeck: Ich habe mit dem Abgeordneten Scheibner keine Firma, sondern gemeinsam ein Haus.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das habe ich irgendwo in den Medien auch mitbekommen. Wann ist denn dieses gemeinsame Haus erworben worden?

Detlev Neudeck: Entweder Ende 1999 oder Anfang 2000.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gemeinsam, heißt das Fifty-Fifty?

Detlev Neudeck: Ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie muss man sich da die Größenordnung vorstellen? Was hat da jeder einzubringen gehabt?

Detlev Neudeck: Der Herbert Scheibner hat das Objekt eingebracht und ich das Know How – und der Bank das Geld. Ein typisches Immobiliengeschäft.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Woher hat der Herr Scheibner da diese Möglichkeiten gehabt, da ein Mietshaus ... – Wie groß ist das? Wie muss man sich das vorstellen? Wie viele Wohnungen sind da?

Detlev Neudeck: Wohnungen sind weniger da, es sind zirka 1300 m² Nutzfläche.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welchen Wert hat das Objekt in etwa?

Detlev Neudeck: Also jetzt würde ich einmal sagen, Größenordnung nicht beim Ankauf, weil beim Ankauf hat es zwar zirka 750 000 €, also 10 Millionen Schilling, und wir haben ungefähr die gleiche Größenordnung in den Um- und Ausbau investiert. Wir haben Lift eingebaut, Fenster neu gemacht, damit die Mieter dort angenehm wohnen können, haben ein Dachgeschoß ausgebaut. Und wie gesagt noch einmal ungefähr die selbe Größenordnung investiert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, ungefähr 10 Millionen Schilling hat der Herr Scheibner eingebracht.

Detlev Neudeck: Nein. Ich habe gesagt, der Herr Scheibner hat das Know-how des Hauses, also die Adresse eingebracht, und ich das Know How der Immobilien und der Bank das Geld, hypothekarisch besichertes ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was hat der Scheibner beigetragen, finanziell?

Detlev Neudeck: Finanziell hat er genauso ein Darlehen auf dem Haus wie ich, von zirka 800 000 €, jeder. Wir haben beide nichts cash einbringen müssen, weil wir das Haus günstig erworben haben, fremdfinanziert haben. Der Herbert Scheibner ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): *(ohne Mikro!)*

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich weiß nicht, warum keppeln eigentlich die ÖVP-Abgeordneten dauernd drein?

Detlev Neudeck: Der Herbert Scheibner hat, da er über vier oder fünf Jahre eine Wohnung gesucht hat, dort das Dachgeschoß angeboten bekommen. Das hat ihn sehr interessiert. Das wollte er sich auch kaufen. Plötzlich hat der Hauseigentümer gesagt, ich verkaufe nicht das Dach allein, ich verkaufe das Haus. Worauf er mir gesagt hat, was soll ich jetzt machen? Der Dachboden gefällt mir, den hätte ich gerne. Aber das Haus „derhebe“ ich nicht. Worauf ich dann mit ihm gemeinsam das gesamte Haus gekauft habe und wir jetzt Hälfte-Hälfte Miteigentümer dieser Liegenschaft sind, die fremdvermietet ist zu einem großen Teil, und wo aus den Mieteinnahmen die Rückführung des Darlehens vollzogen wird, wobei uns der Finanzminister da sehr geholfen hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bei welcher Bankverbindung hat der Herr Scheibner dieses Darlehen?

Detlev Neudeck: Die Hausgemeinschaft hat das Darlehen ursprünglich bei der Bank Austria gehabt und hat dann zur Kärntner Hypo gewechselt 2001, weil das meine Hausbank ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Neudeck! Sind jetzt Zahlungen, die nicht zuordenbar sind auf dieser Spendenliste, fragen wir jetzt einmal sozusagen nach dem Ausschlussprinzip, sind dorthin Zahlungen über Ihre Privatstiftung gelaufen?

Detlev Neudeck: Wohin?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zur Partei.

Detlev Neudeck: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aus anderen Quellen zum Beispiel. Nein?

Detlev Neudeck: Nein, nein, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weder aus der Detlev Neudeck Privatstiftung noch aus der ...

Detlev Neudeck: Nein, aus keiner der Privatstiftungen ist Geld in die Partei gelaufen. Und es ist auch in diese Stiftungen kein Geld, das nicht aus Immobiliengeschäften von mir oder meinen Gesellschaften kommt, ist kein Euro und kein Schilling in meine Stiftung eingezahlt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch bei der GD-Privatstiftung nicht?

Detlev Neudeck: Nein, auch bei dieser nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Andreas Adami Privatstiftung auch nicht?

Detlev Neudeck: Ich habe gesagt, bei allen vier Stiftungen ist das nicht der Fall.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Da können wir das abhaken und als geklärt betrachten. Wer hat Kenntnis über die Herkunft dieser Gelder in der Partei?

Detlev Neudeck: Über die Gelder, die an die Bundespartei geflossen sind, habe ich Kenntnis, weil ich die Konten, die Frau Gibiser hat sie zwar geführt, aber ich habe in die Konten Einsicht gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Frau Gibiser könnte uns wahrscheinlich im Detail Auskunft geben, von wem die Gelder kommen?

Detlev Neudeck: Ich glaube, das kann jeder in der Partei, weil die Einnahmen offenliegen. Das ist kein Problem.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist aber nicht ganz so einfach, denn diese 750 000 € aus dem Jahr 2003 sind ja nicht einmal für den ehemaligen Finanzreferenten zuordenbar.

Detlev Neudeck: Moment. Das stimmt so nicht. Wenn das so übrig geblieben ist, dann habe ich mich vielleicht nicht ganz konkret genug ausgedrückt. Ich kann Ihnen jetzt die Zahlen nicht mehr sagen, weil ich die nicht mehr in Erinnerung habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Etwas Anderes: Im Jahre, der Herr Fritz hat hier im Ausschuss gestern ausgesagt, dass die Zahlung, die die Industriellenvereinigung an die FPÖ im Jahr 2003 geleistet hat, mit Sicherheit nur ein Bruchteil dieser 750 000 € sei und mit Sicherheit unter 100 000 € sei. Daher bleiben 650 000 € aufzuklären übrig.

Detlev Neudeck: Ich weiß nicht, ob Sie nicht herinnen waren, wie ich das gesagt habe. Ich war über diese 700 000 € sehr überrascht, weil der Herr Vorsitzende mich das gefragt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich mitbekommen.

Detlev Neudeck: Weil ich gesagt habe, wir haben so viel nicht gekriegt. Ich weiß jetzt die Größenordnung nicht, ob es 100, 150, 200 waren. Und dann war der Hinweis, es gibt in den Ländern Wahlen, und daher gibt es Zuwendungen, die die Länder von Körperschaften, die unter diesen Paragraph fallen, bekommen, die uns in Summe in den Bund gemeldet werden. Das habe ich gesehen. Daher habe ich es unterschrieben. Ich weiß aber nicht, wer diese Spender waren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kenne einigermaßen Ihre frühere Gestion als Finanzreferent, war nie Prüfer der Finanz, das muss sich gleich dazu sagen, das ist ein Irrtum, sonst müsste ich Sie jetzt nicht danach fragen. Und weiß auch, dass Sie nennenswerte Beträge sehr wohl analysiert haben. Und ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass jetzt auf einmal Sie behaupten können, unter Wahrheitspflicht, dass Sie nicht wissen, woher die Gelder kamen.

Detlev Neudeck: Moment, ich habe gesagt, wenn ich die Unterlagen noch einmal einsehen kann, kann ich es Ihnen auf den Euro sagen. Ich war überrascht, und ich sage es noch einmal, wie plötzlich im Jahr 2004 im August oder wann ich das unterschreiben sollte, ich gesagt habe, Moment, die 750 000 € haben wir als Bundespartei nicht bekommen.

Ich muss aber erst 2004 veröffentlichen und bis dahin habe ich es nicht gewusst, weil das keine Bundesgelder waren. Und dann wurde gesagt, das ist in den Landtagswahlen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat das gesagt?

Detlev Neudeck: Ich habe das mit der Frau Gibiser besprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Frau Gibiser weiß, woher die Gelder kommen?

Detlev Neudeck: Die weiß nicht woher, die weiß die Länder, aber die weiß nicht, woher die Gelder kommen, weil das haben die Länder nicht gemeldet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Erinnern Sie sich noch, welche Länder das waren?

Detlev Neudeck: Zum damaligen Zeitpunkt war eines der Länder Oberösterreich und meiner Erinnerung nach war eines der Länder Kärnten, weil dort waren Landtagswahlen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es.

Detlev Neudeck: Und das war auch die Begründung, dass auf Grund der Landtagswahlen es immer so ist, dass dann diese Aufwendungen in den Landesgruppen zufließen und gemeldet werden, also das muss, Sie waren ja Landesobmann in Niederösterreich, werden Sie das wissen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War ich leider nicht. Das ist schon wieder ein Irrtum. Ich war nie Landesobmann in Niederösterreich. Landesrat war ich dort.

Detlev Neudeck: Verantwortlich für Niederösterreich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch das war ich nicht. Aber ich war Landesrat dort. Das ist etwas ganz Anderes.

Detlev Neudeck: Gut. Ist ja für den Ausschuss jetzt nicht wichtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Glaube ich auch. Aber wir halten es fest, dass nicht schon wieder das Protokoll verwirrt ist und glaubt, da hat es etwas mit einem anderen Stadler zu tun.

Daher meine Frage: Wie hoch war der Anteil an diesen zirka 650 000 € der Kärntner und wie hoch der Anteil der Oberöreicher?

Detlev Neudeck: Ich kann es Ihnen wirklich nicht sagen, weil ich es nicht mehr weiß.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In etwa? Dürfte das Verhältnis eins zu vier sein?

Detlev Neudeck: Kann pari sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Pari?

Detlev Neudeck: Aber ich muss jetzt wirklich raten, weil ich es nicht mehr weiß. Mir wurde die Summe genannt und da hat es geheißen, das sind zwei, drei Länder, die jetzt Wahlen haben, damit war die Geschichte für mich in Wirklichkeit erledigt. Das war nicht der Prüfer der Landesorganisationen. Ich habe diese Beträge ja auch nur in meiner Veröffentlichung unten anzumerken.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, die Liste ist an sich ja auch unter Angabe der Namen ja auch ...

Detlev Neudeck: Nein, nein. Die Liste im Rechnungsding, die Viererliste ist nicht, ist die Höhe und nicht die Namensliste, die muss ich dem Rechnungshofpräsidenten melden. Und das ist ein anderer Betrag, der ist da nicht drinnen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, dass, nachdem ja hier die Liste nicht namentlich erfasst wurde, bleiben daher von diesen Zahlen nur Spender, potentielle Spender übrig, die unter die Ziffer vier des Absatzes sieben im § vier des Parteiengesetzes zu subsumieren sind.

Detlev Neudeck: Ja, Körperschaften, Stiftungen, Vereinigungen et cetera.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jaja, das ist ja das, nur damit wir das klären, das heißt also nicht, die Spender können nicht irgendwelche Private sein, auch nicht Firmen sein, sondern es muss sich hier tatsächlich auch um Stiftungen handeln. Sind Ihnen in Ihrer Zeit als Finanzreferent jemals Stiftungen unter gekommen, die die FPÖ finanziert haben?

Detlev Neudeck: Ich kenne keine Stiftung, die die Bundes-FPÖ finanziert hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie einen Fonds, der die FPÖ unterstützt hat, in Ihrer Zeit als Finanzreferent?

Detlev Neudeck: Die Bundes-FPÖ nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie eine Anstalt, die die FPÖ unterstützt hat?

Detlev Neudeck: Die Bundes-FPÖ nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher bleiben nur im Grunde Körperschaften öffentlichen Rechts und auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Berufs- und Wirtschaftsverbände. Von freiwilligen, auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Berufs- und Wirtschaftsverbänden, welche ist Ihnen hier erinnerlich, die jemals Gelder an die Bundespartei gespendet hat?

Detlev Neudeck: Die Frage habe ich schon gekriegt, aber es war die IV

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, das haben wir sehr genau behandelt, wir sind nach Ausscheiden von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer und ÖGB.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt leider mehrer auf freiwilliger Mitgliedschaft, zum Beispiel der Verband der Handlungsreisenden käme noch in Frage.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, jetzt nähern wir uns der Sache.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nana, der ist nicht ganz ohne Mitgliedschaft, ja. Von allen auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Berufs- und Wirtschaftsverbänden kommt nur die IV in Betracht. Ist das richtig?

Detlev Neudeck: Also meiner Erinnerung nach für die Bundes-FPÖ, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welche Landes-IV hat Ihrer Erinnerung nach früher schon, oder zur Zeit, als Sie Landesreferent waren, namhaft Landesorganisationen der FPÖ unterstützt?

Detlev Neudeck: Ist mir keine bekannt, hat mich auch im wesentlichen nicht interessiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es denkbar, dass die Zahlen, die Ihnen bekannt gegeben wurden, in Wahrheit die tatsächliche Herkunft der Gelder verschleiern könnten?

Detlev Neudeck: Wie war die Frage jetzt genau? Ob das wahr ist, oder ob das sein kann?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, Ihrer Einschätzung nach, nachdem Sie das Milieu dieser IV-Spendenaktivität ja ziemlich genau kennen,

Detlev Neudeck: Ich meine, ich weiß nicht genau, woher ich es genau kennen soll, weil die IV ist ja, das habe ich gesagt, wie Sie nicht herinnen waren, 2005 dürfte ich viele Leute verscheucht haben, weil wir haben keine wesentlichen Gelder gekriegt, als FPÖ.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn also von allen freiwilligen, auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden ausschließlich die IV überbleibt, und die IV in Wahrheit ja eine sehr restriktive, fast zugeknöpfte Spendenpolitik betrieben hat, die sie dann im Jahre 2003 lediglich offensichtlich etwas geweitet hat, weil die FPÖ dord bereits als Regierungspartei für die IV wahrnehmbar war, dann kann nur die Variante übrig bleiben, dass die Länder, oder die Landesorganisationen Oberösterreich und Kärnten unter tatsächlicher Verschleierung der tatsächlichen Herkunft der Gelder unter dem falschen Titel, sie würden aus Quellen stammen, die nach § 4 Abs 7 Z 4, zu bewerten sind, diese Gelder falsch deklariert hat. Ist das denkbar?

Detlev Neudeck: § 13, 2 steht, die an die Auskunftsperson zu richtenden Fragen dürfen nicht unbestimmt, dunkel, mehrdeutig, verfänglich, beleidigend und unterstellend sein, es sind daher insbesondere solche Fragen solche Fragen unzulässig, in denen eine von der Auskunftsperson nicht zugestandenene Tatsache als bereits zugestanden angenommen wird, und dann fehlt die Seite 17 bei mir, ja die fehlt bei mir, da geht es noch weiter. Mir kommt die Frage dunkel, mehrdeutig

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie ist nicht beleidigend.

Detlev Neudeck: Beleidigend ist sie nicht, ich würde den Verfahrensanwalt bitten, ich weiß nicht, was ich darauf sagen soll, weil ich habe zu dem Thema das meiste gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja eben, uns interessiert aber noch....

Obmann Dr. Peter Pilz: Der Herr Neudeck hat sich an den Verfahrensanwalt gewandt, also

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nachdem wir miteinander geklärt haben, dass von allen potentiellen Berufs- und Wirtschaftsverbänden, die in Frage kämen, ausschließlich die IV überbleibt, nachdem wir ferner geklärt haben mit dem Herrn Generalsekretär außer Dienst, Herr Fritz, dass es sich um einen Betrag, der von der IV an die Partei gegangen ist, und zwar Gesamtbetrag, unter 100 000 € bewegt. Nachdem wir letztlich geklärt haben, dass die Landesorganisationen der IV erfahrungsgemäß niemals in mehreren 100 000 € Höhe über derartige Spenden verfügen können, schlicht und einfach, weil sie die Einnahmen nicht haben, das habe

ich gemeint, mit Sie kennen das Finanzierungsmilieu der IV in den Ländern ganz genau. Nachdem wir also alle das geklärt haben, bleibt als denkbare Variante übrig, dass die Landesorganisationen, namentlich Oberösterreich und Kärnten der FPÖ die Zahlen fälschlicherweise unter einem Titel § 4 Abs 7 Z 4, nämlich Berufs- und Wirtschaftsverbände gemeldet haben an die Bundespartei, und in Wahrheit damit die tatsächliche Herkunft der Gelder verschleiert haben. Ist diese Möglichkeit für Sie denkbar?

Detlev Neudeck: Also ich kenne die Finanzierungsgebarungen der Landes-IVs nicht, ich weiß nicht, woher Sie mir das unterstellen, dass ich die kenne, und für mich ist so eine

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das will ich Ihnen genau sagen, auf diesen Einwand habe ich gewartet. Ich kann mich noch genau erinnern, wie alle Landesorganisationen vom Bundesfinanzreferenten Neudeck aufgefordert wurden bei den potentiellen Spendermöglichkeiten in den Ländern intensiv anzuklopfen und abzuklopfen, und es hat sich herausgestellt, dass wir fast nirgends Spenden bekommen. Die Finanznot der Partei war notorisch, nach Knittelfeld.

Detlev Neudeck: Sie haben in Ihrer Frage, nein, nein, Knittelfeld war 2002. Sie haben mir jetzt in Ihrer Frage unterstellt, dass ich die Spendegebarung der Landes-IVs kenne. Die kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Meldung der Landesorganisationen an den Bundesfinanzreferenten Neudeck war: Wir kriegen nichts.

Detlev Neudeck: Ja, und daher war ich etwas überrascht, jetzt sage ich es noch einmal, wie 2004 ich das höre und mir dann gesagt wurde, dass das üblicherweise in Landtagswahlkämpfen so ist. Also, wenn man jetzt nachschaut und sagt, gut fünf Jahre vorher war Landtagswahl, weiß ich nicht in Wien, in Wien wird da nicht viel gehen, aber in der Steiermark oder in Niederösterreich, dann ist das etwas gewesen, was mir bei uns in der Buchhaltung auch gesagt worden ist, ads ist üblich, wenn Landtagswahlen sind, gibt es dort ein Geld aus diesem Topf und das ist zu melden. Und deswegen habe ich das auch in der Form so bestätigt. Ein Wahljahr in zwei Bundesländern gewesen, und daher ist es für mich klar, diese Vorgangsweise, die Sie mir da vorschlagen, die kann ich mir eigentlich nicht vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Sie haben es aber auch nicht überprüft?

Detlev Neudeck: War nicht meine Aufgabe, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie kennen aber die Abschlüsse der Jahre, auch der Bundespartei, die vorher Meldungen an den Rechnungshof gemacht hat, die Meldungen der Jahre davor?

Detlev Neudeck: Vor 2000?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Haben Sie sich nicht angeschaut?

Detlev Neudeck: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, danke, Kollege Kogler bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur mehr eine Nachfrage zu Zahlungen jetzt an die Bundespartei selber, weil da hätten wir eher noch eine Chance, dass wir noch eine Spur etwas Neues kriegen, jetzt kommt von der IV für das Jahr 2003, wenn schon nicht die ganzen 750 000 €, also doch ein hübscher Block herein, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, 200 000 €

Detlev Neudeck: Also ich war in der Höhe, es waren ungefähr 200 000, Stadler hat gesagt, Generalsekretär der IV hat gesagt, um die 100, unter 100, also,

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber selbst 100 oder 200 000, gehen wir davon aus, die Industriellenvereinigung, jetzt auch auf Bundesebene transponiert, spendet das ja nicht aus freien Stücken aus den übrigen Einnahmen. Hat die Industriellenvereinigung irgendwelche sozusagen Mitteilungen gelassen, von wem das Geld kommen könnte? Oder ist die FPÖ davon ausgegangen, Stand jetzt 2003, von Ihnen registriert 2004, dass hier bestimmte andere Quellen dahinter stecken.

Detlev Neudeck: Also die Zahlung, die an uns gegangen ist, jetzt kann man außer Diskussion lassen ob es hundert oder mehr oder unter hundert waren, weil an das kann ich mich wirklich nicht erinnern, waren für mich eindeutig nachvollziehbar, was der Zweck dieser Zahlung war und warum wir die bekommen haben, und hat nichts mit der Beschaffung der Eurofighter zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber der Zweck dieser Zahlung war dann was?

Detlev Neudeck: Einer, der nichts mit der Beschaffung der Eurofighter zu tun gehabt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also jetzt einmal registrieren wir, offensichtlich kennen Sie ja jemand oder vermuten Sie, Sie wissen über eine Quelle, wo man einmal schließen muss, es hat nicht die IV aus Ihrer eigenen laufenden Tätigkeit,

Detlev Neudeck: Das schließe ich nicht daraus. Nein, das war schon etwas, was die IV auf Grund des Wahlkampfes und auf Grund der Kosten, die wir gehabt haben, aus für mich erkennbar, Ihrer Gebarung gezahlt hat und nicht eine Zahlung, die jetzt von irgendeinem Unternehmen gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aus Ihrer Gebarung? Aus der IV-Gebarung?

Detlev Neudeck: Aus der IV-Gebarung und nicht die jetzt über die, weil Sie mir jetzt unterstellt haben, ich weiß, wer hinter dieser Zahlung steht. Für mich steht hinter dieser Zahlung die IV und auf Grund dessen, weil wir dort verhandelt haben und gesagt haben, okay es hat Jahre nichts gegeben, es hat früher mehr gegeben, wurde mir gesagt, und daher haben wir dort wieder verhandelt und haben dann eine Zahlung bekommen, die jetzt irgendwo in der Mitte wahrscheinlich der Größenordnung, die mir rememberlich ist und die der Abgeordnete Stadler gesagt hat, liegen wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie führen das auf Grund unmittelbarer Verhandlungen mit der IV zurück?

Detlev Neudeck: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Das wollte ich

Detlev Neudeck: Sicher nichts mit irgendeinem Unternehmen

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dritten?

Detlev Neudeck: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, das wollte ich wissen.

Detlev Neudeck: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Danke. Gibt es noch weitere Fragen. Dann hätte ich noch eine letzte abschließende Frage. Sagen Sie, wo könnten wir diese Unterlagen bei welcher Person könnten wir die jetzt finden?

Detlev Neudeck: Welche Unterlagen meinen Sie?

Obmann Dr. Peter Pilz: Die wir vorher durchbesprochen haben.

Detlev Neudeck: Also jetzt gehe ich einmal grundsätzlich davon aus, dass die in der FPÖ aufliegen. Nur würde ich die Unterlagen nicht, ich meine, so lange sie nicht andere Parteien auch aufliegen, wird jetzt nicht eine Partei sagen, ich lege alle Unterlagen auf. Ich kann Ihnen sagen, dass die Zahlungen, die die Bundespartei bekommen hat und zu verantworten hat, jedenfalls Zahlungen waren, die nachvollziehbar waren und nichts mit der Beschaffung zu tun haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Gibt es sonst noch weitere Fragen?

Detlev Neudeck: Ich habe vielleicht einen Satz noch, damit das nicht stehen bleibt, auf Ihre Frage Finanzierung und so. Habe ich noch einen Satz gesagt, uns hat der Finanzminister sehr geholfen bei der Finanzierung dieses Hauses. Ich war der Meinung es gibt einen Nachfolger. Es hat ihn nicht gegeben. Daher auch für das Protokoll, das war der japanische Finanzminister, der mit dem Yenkurs und mit den Zinsen ermöglicht hat, dass ... *(Zwischenruf.)*

Nein, aber ich wollte es nur fürs Protokoll. Sie wollten es nicht so genau wissen, weil Sie hätten es dann anders verwendet. Daher sage ich es jetzt, das war der japanische Finanzminister und nicht der österreichische. Also wenn Sie den Pressedienst schon hinausgegeben haben, würde ich ihn einfangen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Wenn der japanische Finanzminister so nützlich war, dann wird er sicher bei der Meindl Bank einen Job bekommen und dann wird alles seine Ordnung haben.

So das war die Befragung. Sie ist hiermit geschlossen. Herzlichen Dank für Ihr Kommen und Auskunft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe noch eine Frage: Wie geht es einem Abgeordneten a.D.?

Obmann Dr. Peter Pilz: Er macht das eh beruflich.

Detlev Neudeck: Das kann ich nur außer Protokoll beantworten, weil sonst ist der Saal leer und Ihr macht es alle so wie ich. *(Heiterkeit.)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Das war aber nicht mehr unter Wahrheitspflicht.

So, der Tag endet wie immer mit einer kurzen Geschäftsordnungssitzung.

(Fortsetzung: nichtöffentlich; bis Schluss der Sitzung.)

ANHANG

In der 43. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 13. Juni 2007 angenommene Einwendungen von Auskunftspersonen zur Übertragung der Wortprotokolle ihrer Befragung gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA

I.

Einwendungen der Auskunftsperson DI Hans-Michael MALZACHER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Protokoll der 36. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 21. Mai 2007.

- Auf Seite 46, Zeile 23: Das fehlende Wort heißt „Agent“.
- Auf Seite 49, vorletzte Zeile muss es **statt** „...Malscher GmbH ...“ **richtig** „...Malzacher GmbH...“ lauten.
- Auf Seite 50, Zeile 13 u. 20 muss es **statt** „...Malscher GmbH ...“ **richtig** „...Malzacher GmbH...“ lauten.
- Auf Seite 50, Zeile 44 muss es **statt** „...nie verständlich...“ **richtig** „...nicht verständlich...“ lauten.
- Auf Seite 51, Zeile 42 **zu ergänzen** nach „8.“: „Mai“
- Auf Seite 52, erste Zeile **zu ergänzen** nach dem Wort „Entscheidung“: „von BAE“.

- Auf Seite 58, Zeile 10 vor dem Wort „100 Prozent“ **zu ergänzen:** „über 100 Prozent“
- Auf Seite 67, Zeile 25-32 muss es **statt** „Mill“ **richtig** „Wills“ lauten.
- Auf Seite 69, Zeile 40 muss es **statt** „...Medienbeispiele...“ **richtig** „...Medienbeiträge...“ lauten.
- Auf Seite 72, Zeile 26 muss es **statt** „...Sub-Begriffen...“ **richtig** „...Such-Begriffen...“ lauten.
- Auf Seite 75, Zeile 40 muss es **statt** „...baut...“ **richtig** „...braucht...“ lauten.

25. 5. 2007

DI Hans Malzacher e.h.

II.

Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Gernot FINA gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 37. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 22. Mai 2007.

- Auf Seite 59, Zeile 36 muss es **statt** „formal“
richtig „früher“ lauten.
- Auf Seite 59, Zeile 38 muss es **statt** „Juko der Nation“
richtig „EU-Koordination“ lauten.
- Auf Seite 59, Zeile 44 muss es **statt** „931“
richtig „9.3.1.“ lauten.
- Auf Seite 60, Zeile 10 muss es **statt** „praktisch diesen § 931“
richtig „den Paragraphen 9.3.1.“ lauten.
- Auf Seite 61, Zeile 2 muss es **statt** „die Person“
richtig „die juristische Person“ lauten.
- Auf Seite 61, Zeile 5 muss es **statt** „Dann liegt das“
richtig „Dann die Frage, liegt das“ lauten.
- Auf Seite 61, Zeile 7 u. 8 muss es **statt** „so ist praktisch je ein eigener Punkt“
richtig „so gibt es hier einen eigenen Punkt“ lauten.
- Auf Seite 61, Zeile 25 u. 26 muss es **statt** „wo ... einzureichen sind vom
Vertragspartner, da ist praktisch dokumentiert, mit den Vorgängen, die EADS

setzt“

richtig „wo vom Vertragspartner Informationen im Rahmen eines Pre-Approval-Antrages einzureichen sind. Hier sind die Vorgänge, die EADS setzt, dokumentiert.“ lauten.

- Auf Seite 61, Zeile 28 muss es **statt** „Es gibt praktisch einen ... Antrag. Dieser ... Antrag wird“
richtig „Es gibt einen Pre-Approval-Antrag. In diesem Pre-Approval-Antrag wird“ lauten.

- Auf Seite 61, Zeile 35 u. 36 muss es **statt** „gibt es praktisch im Rahmen des ... eine vorab Prüfung, eine vorab Zustimmung“
richtig „gibt es im Rahmen des Pre-Approval-Antrages eine Vorabprüfung, eine Vorabzustimmung“ lauten.
- Auf Seite 61, Zeile 43 muss es **statt** „sprechen was die Fälle betreffen 2005“
richtig „sprechen für die Fälle 2005“ lauten.
- Auf Seite 62, Zeile 16 muss es **statt** „für uns praktisch...“
richtig „für uns relevant.“ lauten.
- Auf Seite 62, Zeile 40 muss es **statt** „sehr wohl also Firmenkontakte“
richtig „sehr wohl auch Firmenkontakte“ lauten.
- Auf Seite 63, Zeile 5 u. 6 muss es **statt** „Weil es gibt, sollte es der Fall sein, Falschaussagen“
richtig „Sollte es der Fall sein, dass Falschaussagen“ lauten.
- Auf Seite 63, Zeile 26 muss es **statt** „weiß ich es, also es wurde“
richtig „weiß ich es, er wurde“ lauten.
- Auf Seite 63, Zeile 27 muss es **statt** „Informationsstand ja“
richtig „Informationsstand ebenfalls nicht“ lauten.
- Auf Seite 64, Zeile 1 muss es **statt** „An sich die Mitglieder“
richtig „Die Mitglieder“ lauten.
- Auf Seite 64, Zeile 1 muss es **statt** „wohl also die“
richtig „wohl die“ lauten.

- Auf Seite 64, Zeile 38 muss es **statt** „eben“
richtig „es“ lauten.
-
- Auf Seite 65, Zeile 2 muss es **statt** „eine Rechtsanwalts“
richtig „eine Rechtsanwaltskanzlei“ lauten.
- Auf Seite 65, Zeile 17 muss es **statt** „Mag. Gernot Fina“
richtig „Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ)“ lauten.
- Auf Seite 65, Zeile 19 muss es **statt** „Das war richtig“
richtig „Das ist richtig“ lauten.
- Auf Seite 67, Zeile 8 muss es **statt** „Ein Vertragspartner“
richtig „Der Vertragspartner“ lauten.
- Auf Seite 69, Zeile 25 u. 26 muss es **statt** „aber ich bin ja ein Jahr praktisch also
zuständig“
richtig „aber ich bin ja erst ein Jahr zuständig“ lauten.
- Auf Seite 70, Zeile 19 u. 20 muss es **statt** „wo eben eine ??? list und eben die
Erfüllungsberechtigten eben genannt sind.“
richtig „die Vendors-Liste, wo die Erfüllungsberechtigten genannt sind.“ lauten.
- Auf Seite 72, Zeile 20 muss es **statt** „durchgeführt worden.“
richtig „durchgeführt worden ist.“ lauten.
- Auf Seite 72, Zeile 21 u. 22 muss es **statt** „gewusst, deswegen ist es für mich
etwas schwer, alle 140 Fälle ... ja, also praktisch, dass ich da die Kenntnis habe“
richtig „gewusst, es ist für mich etwas schwer, über alle 140 Fälle des Jahres
2005 Kenntnis zu haben“ lauten.

- Auf Seite 72, Zeile 41 muss es **statt** „Also das heißt ... ja Zirka, ja.“
richtig „Das heißt zirka 25 % sind abgelehnt worden.“ lauten.
- Auf Seite 73, Zeile 34 u. 35 muss es **statt** „die Geschäftsfälle, Technologie, Investitionen, Bildung werden“
richtig „die Geschäftsfälle in den Bereichen Technologie, Investitionen und Bildung werden“ lauten.
- Auf Seite 74, Zeile 7 bis 9 muss es **statt** „Die Plattform Gegengeschäfte haben praktisch alle Unterlagen im Zusammenhang, also im Technologie-, Bildungs- und Investitionsprojekten zur Verfügung.“
richtig „Die Plattform Gegengeschäfte hat alle Unterlagen im Zusammenhang mit Technologie-, Bildungs- und Investitionsprojekten zur Verfügung.“ lauten.
- Auf Seite 74, Zeile 36 muss es **statt** „also so weit ab, also“
richtig „so weit ich das sagen kann, also“ lauten.
- Auf Seite 75, Zeile 23 u. 24 muss es **statt** „BMFIT das abklären“
richtig „BMVIT abklären“ lauten.
- Auf Seite 76, Zeile 30 u. 31 muss es **statt** „Wir prüfen praktisch, wir schauen uns schon wegen der Anrechnung selber, dass diese Bestätigung von der Firma Stalem? kommt.“
richtig „Wir prüfen, wir schauen, schon wegen der Anrechnung selber, dass die Bestätigung von der Firma Starlim kommt.“ lauten.
- Auf Seite 76, Zeile 42 u. 43 muss es **statt** „wird die Firma EBD dient als Ansprechpartner auch und andererseits kann er auch Geschäfte“
richtig „dient die Firma EBD als Ansprechpartner und andererseits kann sie auch Geschäfte“ lauten.

- Auf Seite 77, Zeile 9 muss es **statt** „praktisch“ **richtig** „erst“ lauten.

25. Mai 2007

Mag. Gernot Fina e.h.

III.**Einwendungen der Auskunftsperson ADir. Friedrich MACHINEK gem. § 23 Abs. 4
VO-UA zur Tonbandabschrift der 37. Sitzung des Untersuchungsausschusses
betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 22. Mai 2007.**

- Auf Seite 79, Zeile 26 muss es **vor Beginn des Absatzes**
„.....“
richtig „ADir Friedrich Machinek: ...“ lauten.
- Auf Seite 83, Zeile 29 muss es **statt** „Pofors mit der Anschrift Pofors“
richtig „Bofors mit der Anschrift Bofors“ lauten.
- Auf Seite 86, Zeile 6 muss es **statt** „ADir Friedrich Machinek“
richtig „Abgeordneter Ewald Stadler (FPÖ)“ lauten.

25. Mai 2007

Friedrich Machinek

IV.

Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Karin KEGLEVICH gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 37. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 22. Mai 2007.

- Auf Seite 3, Zeile 37 u. 38 muss es **statt** „...ich habe für eine Vereinbarung abgeschlossen mit der EADS Military und meine Aufgabe war auf der einen Seite mediale, also in der Kommunikationsseite ...“
richtig „...ich habe eine Vereinbarung abgeschlossen mit der EADS Military und meine Aufgabe war auf der einen Seite mediale, also der Kommunikationsseite ...“ lauten.
- Auf Seite 4, Zeile 31 u. 32 muss es **statt** „Wie haben beim Landeshauptmann Niessel zum Beispiel Termin gemacht.“
richtig „Wir haben beim Landeshauptmann Niessel zum Beispiel einen Termin gehabt...“ lauten.
- Auf Seite 4, Zeile 40 u. 48 muss es **statt** „BMFIT..“
richtig „BMVIT..“ lauten.
- Auf Seite 4, Zeile 42 muss es **statt** „...aufbaut, in der EADS respektive das BMFIT gemeinsam...“
richtig „...aufbaut. In der EADS respektive im BMVIT wurden gemeinsam...“ lauten.
- Auf Seite 5, Zeile 20 muss es **statt** „Es gibt für Airbus gerade interessante Zonen“
richtig „Es gibt für Airbus interessantere Zonen“ lauten.

- Auf Seite 7 Zeile 22 muss es **statt** „...Mag. Domani...“
richtig „...Mag. Domany...“ lauten.
- Auf Seite 8, Zeile 39 u. 40 muss es **statt** „...Unternehmenszweck auch klassische Werbung, einen Gewerbeschein dafür habe, aber klassische Werbung mache ich nicht.“
richtig „...Unternehmenszweck auch klassische Werbung inkludiert ist, und dafür einen Gewerbeschein habe, mache ich klassische Werbung nicht.“ lauten.
- Auf Seite 9, Zeile 18 u. 19. muss es **statt** „...glaubwürdige Objekte täglich sein und nur die Wahrheit berichten. Das heißt, man muss die Medien beobachten, feststellen...“
richtig „...täglich glaubwürdige Objekte sein und nur die Wahrheit berichten. Das heißt, man muss die Medien beobachten.“ lauten.
- Auf Seite 9, Zeile 29 muss es **statt** „...Piramis verstanden oder...“
richtig „...Pierer richtig verstanden wurde oder...“ lauten.
- Auf Seite 9, Zeile 31 muss es **statt** „...dementiert und hier einfach festzustellen...“
richtig „...dementiert und ich muss einfach feststellen...“ lauten.
- Auf Seite 9, Zeile 39 muss es **statt** „...einen Dreizeiler. Man...“
richtig „...einen Dreizeiler mit der Richtigstellung lesen. Man...“
- Auf Seite 9, Zeile 48 muss es **statt** „...Galaschnikow...“
richtig „...Kalaschnikow...“ lauten.
- Auf Seite 9, Zeile 51 muss es **statt** „...nur im umgekehrten Fall...“
richtig „...nur nicht im umgekehrten Fall...“ lauten.

- Auf Seite 10, Zeile 17 muss es **statt** „Meine vorrangige Aufgabe ist auch nicht jetzt, wenn es...“
richtig „Meine vorrangige Aufgabe ist das auch nicht jetzt. Wenn es...“ lauten.
- Auf Seite 11, Zeile 5 muss es **statt** „...man noch Kontakte knüpfen sollte wie Herr Landeshauptmann...“
richtig „...man noch Kontakte knüpfen sollte wie zu Herrn Landeshauptmann...“ lauten.
- Auf Seite 12, Zeile 9, 14, 16, 22 bis 24, 28, 38 und 40 muss es **statt** „EBT“
richtig „EBD“ lauten.
- Auf Seite 17, Zeile 29 muss es **statt** „...beide Herren nicht...“
richtig „...beide Herren nichts...“ lauten.
- Auf Seite 17, Zeile 46 muss es **statt** „Jetzt muss man as...“
richtig „Jetzt muss man das...“ lauten.
- Auf Seite 18, Zeile 5 muss es **statt** „...Return und ein Investment...“
richtig „...Return on Investment...“ lauten.
- Auf Seite 18, Zeile 30 muss es **statt** „Nein mit Eskimo ist im Konzern nicht vertreten.“
richtig „Nein Casa ist in der EBD nicht vertreten.“ lauten.
- Auf Seite 18, Zeile 36 muss es **statt** „..., die ein EADS-Konzern ist...“
richtig „...,die zum EADS Konzern gehört...“ lauten.
- Auf Seite 18, Zeile 44 muss es **statt** „Ich selbst wickle, insgesamt sind jetzt,...“
richtig „Insgesamt sind jetzt,...“ lauten.

- Auf Seite 20, Zeile 22 muss es **statt** „...ich, wird das als...“
richtig „...ich und das wird...“ lauten.
- Auf Seite 20, Zeile 39 muss es **statt** „Internationale...“
richtig „International...“ lauten.
- Auf Seite 20, Zeile 46 muss es **statt** „...Geld in eine Maschine nehme,...“
richtig „...Geld in eine Maschine investiere...“ lauten.
- Auf Seite 20, Zeile 47 muss es **statt** „...wird noch bewertet, was die Stücke, die hinten rauskommen, noch als Gegengeschäft...“
richtig „...wird hoch bewertet, und die Stücke, die hinten rauskommen, werden auch noch als Gegengeschäft...“ lauten.
- Auf Seite 21, Zeile 5 muss es **statt** „...jetzt, dass...“
richtig „...jetzt, durch...“ lauten.
- Auf Seite 26, Zeile 12 muss es **statt** „...doch auf eine gewisse Funktion hier auf sei es, so betrachte ich...“
richtig „...doch auf eine gewisse Funktion ein, so betrachte ich...“ lauten.
- Auf Seite 26, Zeile 13 u. 14 muss es **statt** „auf der politischen Seite tätig zu sein und auf der politischen Seite tätig zu sein...“
richtig „...auf der politischen Seite tätig zu sein...“ lauten.
- Auf Seite 27, Zeile 25 muss es **statt** „...1972...“
richtig „...1974...“ lauten.

- Auf Seite 29, Zeile 19 muss es **statt** „...vorangegangene Jahr, geben wir ab die Einreichungen für...“
richtig „...vorangegangene Jahr, die Einreichungen ab für...“ lauten.
- Auf Seite 30, Zeile 29 muss es **statt** „Ich kannte Herrn, ich weiß...“
richtig „Ich weiß...“ lauten.
- Auf Seite 31, Zeile 9 u. 41 muss es **statt** „EBT“
richtig „EBD“ lauten.
- Auf Seite 32, Zeile 4, 13, 18 u. 23 muss es **statt** „EBT“
richtig „EBD“ lauten.
- Auf Seite 32, Zeile 16 muss es **statt** „CAC“
richtig „CRC“ lauten.
- Auf Seite 32, Zeile 31 muss es **statt** „... das ist...“
richtig „...das sind...“ lauten.
- Auf Seite 32, Zeile 35 muss es **statt** „...die Kontakte aufzustellen, dass ausländische...“
richtig „...die Kontakte aufzustellen, ausländische...“ lauten.
- Auf Seite 32, Zeile 43 muss es **statt** „Albs“
richtig „Alpps“ lauten.
- Auf Seite 33, Zeile 28 muss es **statt** „...die Industriellenvereinigung kommt...“
richtig „...die Industriellenvereinigung kommen...“ lauten

- Auf Seite 34, Zeile 11 muss es **statt** „Nein, es ist in der Plattform...“
richtig „Nein, in der Plattform...“ lauten
- Auf Seite 34, Zeile 31 muss es **statt** „Schedler“
richtig „Schädler“ lauten
- Auf Seite 37, letzte Zeile muss es **statt** „EMKO“
richtig „EMCO“ lauten
- Auf Seite 38, Zeile 4 muss es **statt** „...und sich hier einfach...“
richtig „...und hier einfach...“ lauten
- Auf Seite 38, Zeile 7 muss es **statt** „...schlussendlich...“
richtig „...schlussendlich ein Gegengeschäft abgeschlossen haben...“ lauten
- Auf Seite 38, Zeile 10 muss es **statt** „...man kümmert nicht um sie...“
richtig „...man kümmert sich nicht um sie...“ lauten
- Auf Seite 38, Zeile 6, 9 u. 11 muss es **statt** „EMKO“
richtig „EMCO“ lauten
- Auf Seite 44, Zeile 5 muss es **statt** „...Danzer Spannung...“
richtig „...Titan Zerspanung...“ lauten
- Auf Seite 54, Zeile 16 muss es **statt** „...Sitschlag...“
richtig „...Siedschlag...“ lauten

V.**Einwendungen der Auskunftsperson SC Mag. Josef MAYER gem. § 23 Abs. 4 VO-
UA zum Protokoll der 38. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die
Beschaffung von Kampfflugzeugen am 29. Mai 2007.**

- Auf Seite 4, Zeile 43 muss es **statt** „Orth“
richtig „Borth“ lauten.
- Auf Seite 14, Zeile 6 muss es **statt** „ ... wegkommen wollten. Nur hauptsächlich
zusätzliche Warenlieferungen sollten unter Gegengeschäfte fallen. “
richtig „ ... wegkommen wollten, dass nur hauptsächlich zusätzliche
Warenlieferungen unter Gegengeschäfte fallen.“ lauten.
- Auf Seite 32, Zeile 40 muss es **statt** „ erkennen wir ... “
richtig „ ... anerkennen wir“ lauten.

4. Juni 2007

SC Mag. Josef Mayer e.h.

VI.**Einwendungen der Auskunftsperson Waltraud KLASNIC gem. § 23 Abs. 4 VO-UA
zum Protokoll der 38. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die
Beschaffung von Kampfflugzeugen am 29. Mai 2007.**

- Auf Seite 102, Zeile 23, muss es **statt** „... sondern Dipl.Ing. war ...“
richtig „... sondern Dipl. Ing. Paierl war ...“ lauten.
- Auf Seite 104, Zeile 43, muss es **statt** „des anwesenden damals
Kammerobmannes ...“ **richtig** „... des damaligen Kammerobmannes“ lauten.
- Auf Seite 106, Zeile 5, muss es **statt** „... sie unterstützen.Projekte ...“
richtig „ ... wir unterstützen ...“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 18, muss es **statt** „ ... Eigentümer oder sonst was von EBD
ist“
richtig „ ... Eigentümer von EBD ist“ lauten.

4. Juni 2007

Waltraud Klasnic e.h.

VII.**Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Brigitte EDERER gem. § 23 Abs. 4 VO-
UA zum Protokoll der 38. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die
Beschaffung von Kampfflugzeugen am 29. Mai 2007.**

- Auf Seite 75, Zeile 11 muss es **statt** „und wir sind nicht Vertragspartner, sondern...“ **richtig** „aber wir sind nicht Vertragspartner beim Projekt Border Control System, sondern..“ lauten.

1. Juni 2007

Mag. Brigitte Ederer e.h.

VIII.**Einwendungen der Auskunftsperson Alfred PLATTNER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA
zur Tonbandabschrift der 39. Sitzung des Untersuchungsausschusses
betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 31. Mai 2007.**

- Auf Seite 103, Zeile 20 muss es **statt** „Vom Steininger?“
richtig „Ja, vom Steininger!“ lauten.
- Auf Seite 128, Zeile 1 muss es **statt** „Aber ich will jetzt für Dr. Schön sprechen.“
richtig „Aber ich will jetzt nicht für Dr. Schön sprechen.“ lauten.

5. Juni 2007

Alfred Plattner e.h.

IX.**Einwendungen der Auskunftsperson GenMjr i. R. Rudolf HOFER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Protokoll der 40. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 4. Juni 2007.**

- Auf Seite 127, Zeile 26 muss es **statt** „Konkurrenzen“ **richtig** „Konkurrenten“ lauten.
- Auf Seite 128, Zeile 6 muss es **statt** „Panzerabwehrrohre hat er gemacht“ **richtig** „er war für Panzerabwehrrohre“ lauten.
- Auf Seite 130, Zeile 27 muss es **statt** „Abteilungsleiter mit dem zuständigen“ **richtig** „zuständigen Abteilungsleiter“ lauten.
- Auf Seite 131, Zeile 32 muss es **statt** „Generalmojar“ **richtig** „Generalmajor“ lauten.

8. Juni 2007

Rudolf Hofer e.h.
